

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

WALDEMAR BESSON

Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik

RUDOLF VON ALBERTINI

Die Volksfront in Frankreich

WILHELM DEIST

Schleicher und die Abrüstungsfrage 1932

DOKUMENTATION

Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Waldemar Besson* . . . Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik 113
- Rudolf von Albertini* Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich (1934–1938) 130
- Wilhelm Deist* . . . Schleicher und die deutsche Abrüstungspolitik im Juni/Juli 1932 163

DOKUMENTATION

- Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr (*Ernst Deuerlein*) 177

- BIBLIOGRAPHIE 17

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43651 / 45256 / 45456 – Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart O, Neckarstraße 121 – Preis des Einzelheftes DM 7.– = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.– = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im Normalumfang von 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Dieser Nummer liegt ein SUBSKRIPTION-PROSPEKT auf die in der Deutschen Verlags-Anstalt erscheinende TOCQUEVILLE-AUSGABE bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

7. Jahrgang 1959

2. Heft/April

WALDEMAR BESSON

FRIEDRICH MEINECKE UND DIE WEIMARER REPUBLIK

Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik¹

Unser Thema stellt eine doppelte Frage. Einmal will es anregen, den Wirkungen nachzuspüren, die das politische Erlebnis der Weimarer Republik, ihre Vorgeschichte, ihr Verlauf und ihr schließliches Scheitern, auf das wissenschaftliche Werk des Historikers Friedrich Meinecke gehabt hat. Damit wird zugleich an ein methodisches Grundproblem der Geschichtswissenschaft gerührt, insoweit als offenbar politische Erfahrung die Sehweise des Historikers und die Art seiner Fragestellungen zu bestimmen vermag. Da die historische Erkenntnis nur perspektivisch ihren Gegenstand erfassen kann, sind auch alle die Faktoren unmittelbar für das Ergebnis konstituierend, die es, wie die eigene politische Erfahrung, in der Perspektive des Historikers vorformen.

Doch das Thema ist noch nicht ausgeschöpft, wenn man sich darauf beschränkt, Art und Grad der Bestimmtheit der Meineckeschen Geschichtsschreibung durch die Politik zu untersuchen. Man muß die Fronten auch umkehren. Hat nicht ebenso die Anschauung des Historikers den politischen Kommentar gefärbt und beeinflußt, mit dem der Publizist Friedrich Meinecke das Geschick der Weimarer Demokratie begleitet hat?² Auch von dieser Seite der Frage her ergeben sich Ausichten auf allgemeinere Probleme der Geschichtswissenschaft. Gilt der alte Spruch noch: *Historia vitae magistra*? Hat Droysen recht, wenn er in seiner *Historik* die Geschichte als die beste Vorbereitung auf die Politik und den Staatsmann als den praktischen Historiker bezeichnet?³ Oder muß man nicht mit Nietzsche vom Nachteil der Historie für das Leben reden: „Wer sich nicht auf der Schwelle des Augenblicks, alle Vergangenheiten vergessend, niederlassen kann, wer nicht auf einem Punkte wie eine Siegesgöttin ohne Schwindel und Furcht zu stehen vermag, der

¹ Öffentliche Antrittsvorlesung an der Universität Tübingen (14. November 1958).

² Meineckes politische Kommentare in Form von Zeitungsartikeln und Vorträgen liegen jetzt gesammelt vor: Friedrich Meinecke, *Politische Schriften und Reden*. Hrsg. und eingeleitet von Georg Kotowski. (Friedrich Meinecke, *Gesammelte Werke*, Bd. 2, Darmstadt 1958). Der folgenden Skizze der politischen Entwicklung Meineckes sind diese Sammlung sowie die beiden Erinnerungsbücher „*Erlebtes 1862–1901*“ (Leipzig 1941) und „*Straßburg, Freiburg, Berlin 1901–1929*“ zugrundegelegt.

³ Johann Gustav Droysen, *Historik*. Hrsg. von Rudolf Büchner. 3. Auflage, München 1957, S. 365.

wird nie wissen, was Glück ist, und noch schlimmer: er wird nie etwas tun, was andre glücklich macht⁴.“

Gerade unter Beachtung des doppelten Bezugs unseres Themas gibt schon der Eintritt Meineckes in die Politik der Interpretation eigentümliche Schwierigkeiten auf. Meinecke war 1910 gebeten worden, für eine Zeitungskorrespondenz irgendeinen Beitrag, sei er politischen oder unpolitischen Inhalts, zur Verfügung zu stellen⁵. Er entsprach dieser Aufforderung durch einen Angriff auf die neue Linie der Reichspolitik, die nach dem Rücktritt Bülow's in Bethmann Hollweg einer „schwarz-blauen“ Richtung, einer Verbindung des Zentrums mit den Konservativen, zu folgen schien. Er bedauerte, daß mit dem Ende der liberal-konservativen Paarung des Bülow-Blocks die Chance verpaßt war, die Konservativen mittelparteilich gestimmt zu machen, sie zur Anerkennung der sozialreformerischen Bedürfnisse zu bringen und gleichzeitig den Linksliberalismus mehr nach rechts zur Bejahung der nationalen Machtbedürfnisse zu führen.

Diese Motivierung der Kritik am Abbruch der Bülow'schen Blockpolitik weist auf den eigentlichen Antrieb dieser ersten ausdrücklichen politischen Meinungsäußerung hin. Er entstammte der Sorge Meineckes, die machtpolitische Substanz des deutschen Nationalstaates werde sich durch die scharfen sozialen Spannungen des Kaiserreichs vermindern. Schon Ende der 90er Jahre hatte Meinecke begonnen, dem konservativen Grundgefühl seiner Jugend zu mißtrauen. Er war unter den Einfluß Friedrich Naumanns geraten und hatte während der Straßburger und Freiburger Jahre im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts eine lebendige Berührung mit dem süddeutschen Liberalismus erfahren. Immer deutlicher hatte er das Mißverhältnis bemerkt, das zwischen den Aufgaben, die sich aus Deutschlands Weltlage, aus der imperialistischen Idee, ergaben, und der aus konservativer Parteistimmung heraus beibehaltenen reaktionären Innenpolitik entstanden war. „Die höchste aller Staatsnotwendigkeiten“, so schrieb Meinecke nun 1910⁶, „ist heute die Zusammenfassung der Nation zur Abwehr der Gefahren, die ihr aus ihrer Weltlage und zugleich aus ihren eigensten und kräftigsten Lebenstrieben drohen.“ Und er fuhr fort: „In diesem Sinne hat allerdings die innere Politik ihr Gesetz zu empfangen von der auswärtigen Politik, die heute mehr als je in der Wahrung der großen Lebens- und Zukunftsinteressen der Nation kulminiert. Gelingt es nicht, die ganze Stoßkraft der Nation und aller ihrer Schichten zu vereinigen und die inneren Spaltungen, die sie bedrohen, zu überwinden, so werden wir innerlich schwach am Tage der Entscheidung dastehen. Die heutige innere Politik der Konservativen aber, die auf einen mit den Waffen des Polizeistaates geführten latenten Bürgerkrieg gegen die Sozialdemokratie hinausläuft, zerreißt uns, statt uns zu verbinden.“

⁴ Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen*. Aus dem Nachlaß 1873–1875, Bd. 2, Leipzig 1922, S. 109.

⁵ Friedrich Meinecke, *Straßburg*, S. 126.

⁶ Meinecke, *Politische Schriften*, S. 40f.

Meinecke hatte das unterirdische Beben registriert, das den nach außen so kräftigen Schritt des deutschen Kaiserreiches begleitete. Seine Forderung nach innerer Reform kam demnach nicht aus primär demokratischen Überzeugungen. Sie entstammte vielmehr einem nachdrücklichen Bekenntnis zur nationalen Größe, deren Voraussetzung die innere Stabilität war⁷. Es ist auch nicht ein prinzipienhafter Liberalismus, der sich hier äußert, sondern ein zweckhafter, dem es zuerst und zuletzt in der nationalliberalen Tradition um die Sicherung des deutschen Nationalstaats ging. Was in der Äußerung von 1910 uns als Vorbote des späteren Eintretens für den Weimarer Kompromiß nahe berührt, daß es nämlich not tue, ein Ventil für den Klassenkampf zu schaffen, war in erster Linie national, nicht etwa sozial motiviert.

Es ist höchst auffällig, daß der fast 50jährige erfolgreiche Gelehrte diesen vielbeachteten Schritt in die politische Öffentlichkeit tat. Zumal der eine Schritt bald andere nach sich zog. Anfang 1912 finden wir Meinecke im Reichstagswahlkampf auf das tatkräftigste beteiligt. Dieser endete in Freiburg mit dem Siege des Naumannianers Schulze-Gävernitz, der dem Zentrum den Wahlkreis wegzunehmen vermochte. Im Mai 1912 reiste Meinecke nach Berlin, um als Freiburger Delegierter am nationalliberalen Parteitag teilzunehmen, auf dem die zukünftige Richtung des politischen Liberalismus wieder einmal zur Diskussion stand. Nationalliberal oder altliberal? so fragte Meinecke in mehreren Zeitungsartikeln. Orientierung an der „Wucht der unmittelbaren Lebensinteressen“⁸ oder „bürgerliche Hilfstuppe der Konservativen und Anhang der westfälischen Großindustriellen“⁹?, das war in seinen Augen die entscheidende Frage für die Nationalliberalen.

Diese politische Aktivität ist noch überraschender angesichts der geringen Affinität, die Meinecke als Person dem aktiv Politischen gegenüber besaß. Über die Gabe des freien Worts verfügte er nicht. Jede Robustheit für das politische Geschäft ging ihm ab. Am ehesten noch lag ihm die Form des politischen Leitartikels, dem dann auch in der Folge der größte Teil seiner öffentlichen Wirksamkeit galt. Wenn der Fünfzigjährige trotzdem politische Schritte wagte gegen alle seitherige Lebensart und Lebensgestaltung, so waren sie der eigenen Natur abgerungen und beruhten auf einer im wesentlichen sittlichen Erwägung. Daß dabei auch Spontaneität im Spiele war, indem Meinecke der Erregung und Betroffenheit des Augenblicks folgte, der das Kaiserreich am Scheideweg sah, hat er selbst ausdrücklich bezeugt. Das Verhalten des Kaisers in der Daily-Telegraph-Affäre gab den Anstoß. Es brach damals unter den Freiburger Freunden aus ihm heraus, „der Kaiser ist unser Unglück“ und sogleich danach die Frage: Was können wir tun?

Dabei ist für unser Thema festzuhalten, daß diese engere Berührung mit der Tagespolitik und das Eintreten in sie zu einem Zeitpunkt erfolgte, an dem der Historiker sich weit vom Vordergrund des politischen Getümmels entfernt hatte.

⁷ So auch Georg Kotowski, *Parlamentarismus und Demokratie im Urteil Friedrich Meineckes* (Festgabe für Hans Herzfeld), Berlin 1958, S. 190 f.

⁸ Meinecke, *Politische Schriften*, S. 63.

⁹ Ebd., S. 59.

Was sich schon im Erstlingswerk, der zweibändigen Biographie des Generals Boyen, angedeutet hatte, wurde zum meisterlich gehandhabten Gestaltungsprinzip in „Weltbürgertum und Nationalstaat“, das kurz vor der Daily-Telegraph-Affäre erschien. Den Historiker Meinecke faszinierte zunehmend, wie er es selbst ausdrückte, die „Spiegelung der Essenz des Geschehens in Geistern, die auf das Essentielle des Lebens gerichtet sind“. Suchte er doch „den Tropfen Rosenöl, der aus Hunderten von Rosen gewonnen wird“¹⁰.

Dieser ideengeschichtliche oder essentielle Zug in Meineckes Geschichtsschreibung hatte sich zunächst auf einem identitätsphilosophischen Fundament ausgebildet, das Walther Hofer im einzelnen analysiert hat¹¹. Dem subjektiven Zustand eines harmonischen und optimistischen Lebensgefühls entsprach als genaues objektives Korrelat ein harmonischer Weltbegriff. Man wird diese für die deutsche Geistigkeit der Jahrhundertwende charakteristische Dominante eines objektiven, den Gegensatz von Idee und Wirklichkeit auflösenden Idealismus leicht in der These von Weltbürgertum und Nationalstaat wiedererkennen. Daß sich das Nationale im Laufe des 19. Jahrhunderts aus dem Weltbürgerlichen gelöst hatte, erschien als Befreiungstat, als Erwachen des Nationalstaates zu seiner eigenen Individualität. Aber diese neue mächtige Gestalt des Nationalstaats, die nun die Geschichte der Menschen bestimmte, schritt doch noch auf dem Goldgrund der Idee dahin. Sie folgte, indem sie sich aus weltbürgerlichen Bindungen löste, nicht einfach egoistischen Machttrieben. Der Nationalstaat erfüllte vielmehr in seiner Selbstentfaltung ein universales Gebot und blieb eben dadurch eingehüllt in einen „unfaßbaren Lebenshauch“¹². Es war geistdurchwirkte Macht, was da dahinschritt. Es war, wie man deutlich empfindet, der Strom der Zeit in seinem Drängen nach Deckung von Geist und Macht, der hier den Historiker mit sich führte und der in ihm Gestalt annahm.

Was diesem geschichtlichen Bild von der Befreiung zum Nationalen an politischen Kategorien zugrundeliegt, folgt unmittelbar aus den ideellen Prämissen. Es ist die Sicherheit der Bismarckschen Erben, für welche die Reichsgründung und

¹⁰ Friedrich Meinecke, *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*, 3. Aufl. 1929, S. 25f. – S. dazu auch Hans Rothfels, *Friedrich Meineckes wissenschaftliches Lebenswerk*, Berlin 1955.

¹¹ Walther Hofer, *Geschichtsschreibung und Weltanschauung, Betrachtungen zum Werk Friedrich Meineckes*, München 1950. – Hofer betont zwar in seiner Einleitung den „innerlich notwendigen Zusammenhang zwischen Lebensschicksal und wissenschaftlichem Denken und Schaffen“ (S. 23). Den damit angedeuteten Prozeß der Wechselwirkungen verfolgt er jedoch nicht weiter, da seine Absicht auf eine systematische Darstellung der theoretischen Voraussetzungen von Meineckes Geschichtsschreibung zielt. Dasselbe Verfahren ist kennzeichnend für Hofers Aufsatz über Meinecke als politischen Denker (in der Aufsatzsammlung *Geschichte zwischen Philosophie und Politik*, Basel 1956). Auch hierin ist zunächst eine Darstellung der wichtigsten politischen Begriffe Meineckes beabsichtigt, als deren Voraussetzung die Parallelität von politischer und philosophischer Entwicklung zwar kurz skizziert wird, ohne aber die gegenseitige Bedingtheit von historischem und politischem Urteil näher zu erläutern oder in ihrer Problematik nach beiden Seiten hin zu sehen.

¹² Friedrich Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, 5. Auflage, 1919, S. 328.

der Aufstieg des deutschen Nationalstaats zur Weltmacht beglückende Erfahrungen waren, in denen sich wie selbstverständlich die Wahrung der Lebensinteressen der eigenen Nation dem allgemeinen Sittengesetz einfügte. Auch Meinecke war, wie er im Rückblick schrieb, „Bismarckisch deutsch mit stark preußischen Vorzeichen gesinnt“. Ein vegetatives, unbeschwertes Nationalgefühl bestimmte seine politischen Ansichten. Die Erben teilten nicht mehr die Skepsis des alten Reichskanzlers, der noch zutiefst von der inneren Problematik der nationalen Bewegung überzeugt gewesen war.

In diese optimistische Weltsicht brach nun jene elementare Sorge um die nationalstaatliche Substanz. Der Politiker konfrontierte den Historiker mit Problemen, die im Glücksgefühl über die nationale Befreiung zunächst gar keinen Raum besaßen. Vertrug sich denn, so lautete diese Problematik allgemein, der Anspruch, ein Weltvolk zu sein, mit der herkömmlichen sozialen und politischen Struktur des preußischen Obrigkeitsstaates? In Meineckes Augen tat er es nicht; und die große entscheidungsvolle Frage mußte sich erheben, ob es eine evolutionäre Entwicklung des historisch gewordenen Staates geben könne, wie sie das nationale Prinzip offenbar forderte. Auf alle Fälle löste sich nun das Meineckesche Nationalgefühl aus dem Vegetativen und verlor seine Instinktsicherheit. Naturhaftes, Elementares bedurfte der rationalen Steuerung, der versittlichenden Kräfte, wenn das Gesetz, nach dem der deutsche Nationalstaat angetreten war und das ihm nun gebot, in die Welt auszugreifen, erfüllt werden sollte. Was Meinecke an sich selbst vollzog, indem er gegen seine Natur Politiker wurde, galt ihm auch als allgemeine politische Maxime.

Bis 1917 hat Meinecke geglaubt, daß der deutsche Nationalstaat dieser politischen Anpassung fähig sei. Der nationale Aufschwung vom August 1914 war ihm dafür nur eine Bestätigung. Er selbst hat unablässig im Sinne der inneren Reform gewirkt. Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und eine sozial breitere Schicht als Reservoir für die staatlichen Führungskräfte waren die Forderungen. Bezeichnend für die staats- und machtpolitische Sehweise Meineckes ist, daß er die Parlamentarisierung der Reichsregierung selbst für unerwünscht hielt. In der „Parteiregierung“ sah er eine „westeuropäische Doktrin“, die sich mit den Erfordernissen einer festen Staatsführung nicht würde vereinbaren lassen. Meinecke zielte mit seinen Reformplänen auf eine spezifisch „deutsche Demokratie“, deren Grundriß unschwer erkennen läßt, daß ihre innere Ausgestaltung eine Funktion der äußeren Lage bleiben sollte¹³.

Aus der Mitte 1915 beginnenden innerdeutschen Auseinandersetzung um die Kriegsziele erwachsen nun freilich für den Reformen und Evolutionär Meinecke Erfahrungen, die seine Hoffnungen auf Erfolg verdüsterten. Er selbst, der spätere Mitgründer des Volksbundes für Frieden und Vaterland, in dem die Weimarer Koalition vorgeformt war, sah schon bald nur noch die Möglichkeit eines Hubertusbürger Friedens. Im Annexionismus des Alldeutschtums mußte Meinecke aber

¹³ Für die von Meinecke der Reform gesetzten Grenzen, die später als dauernde Vorbehalte gegenüber der Weimarer Demokratie wieder aufgenommen werden, s. Politische Schriften, S. 174 ff. u. S. 181 ff.

inne werden, wie sich ein maßlos werdender Nationalismus mit einem robusten Klasseninteresse der besitzenden Schichten verband, und wie offenbar keineswegs die Versittlichung dieses doppelt motivierten Egoismus gelingen wollte. Die Ahnung verstärkte sich, daß Kriegsverlust und soziale Revolution zusammenfallen könnten.

Solche Entwicklungen im politischen Urteil Meineckes verknüpften sich beziehungsweise mit zwei bedeutsamen persönlichen Begegnungen. Er lernte den deutschen Gesandten im Haag und späteren Staatssekretär des Auswärtigen Kühlmann und den Reichskanzler Bethmann Hollweg kennen und kam in der Folge mit beiden in engeren persönlichen Kontakt. Meinecke erfuhr dabei, daß beide über die Notwendigkeit von Reformen so dachten wie er selbst, und daß sie doch nicht das Steuer in diese Richtung zu wenden vermochten. Schmerzlich hat Meinecke das am Nachgeben Bethmann Hollwegs in der Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges bemerkt, das, wie er wohl wußte, beim Reichskanzler gegen besseres Wissen geschah. Auch in der Frage der inneren Reform war Bethmann in Meineckes Erinnerung wie gelähmt. Von einer Unterredung mit ihm am 26. Juni 1917 schrieb er im Rückblick¹⁴: „Als ich von ihm schied, trat mir das Bild des älteren Radowitz vor Augen, dessen Schicksal ich einst darzustellen hatte. Auch dieser hatte, wie jetzt Bethmann, völlige Einsicht in das, was eigentlich geschehen mußte, und fühlte sich doch durch Gewissensbedenken tragisch gehemmt und nicht stark genug, den Entscheidungskampf für seine Sache aufzunehmen.“ Und noch betroffener notierte er am 1. Mai 1918 in sein Tagebuch¹⁵: „Wie Kühlmann in Brest zwischen den beiden Mühlsteinen des Militarismus und Bolschewismus zerrieben wurde, – so wir überhaupt. Die rohe Kraft des Militarismus ist jetzt nötig, um uns durchzuschlagen, – gewiß – aber das Geistige in uns wird dabei zerrieben. Ich denke immer an das Goethewort über Hamlet: Diese Zeit pflanzt uns einen Eichbaum in ein Gefäß, das nur Blumen tragen sollte. Wenigstens mir geht es so. Über Troeltschs innerliche Zerwühlung und pessimistische Gedanken urteilte ich früher sehr scharf und fand ihn oft etwas haltlos, – aber jetzt will der Halt in mir selbst nicht mehr halten. Auch die geschichtliche Arbeit macht mir keine Freude mehr. Alles konkret Geschichtliche ist mir gleichgültig, widert mich zuweilen beinahe an. Das frohe Gefühl, das ich früher hatte, auf einem schmalen, aber gangbaren und sicheren Grate zu wandeln und alle Machtkämpfe, alles Geistige, das rechts und links auseinanderzufallen scheint, in der Tiefe doch einheitlich und mächtig zu wissen, – dies Gefühl wankt bei mir jetzt.“

Das hier wie oft bei Meinecke auftauchende Bild der Gratwanderung kennzeichnet den Weg, den der Politiker Meinecke seit 1910 gegangen war. Man hat in den schmerzlichen Erfahrungen der Jahre 1917/18 mit Recht auch den Ansatz jener philosophischen Wendung gesehen, den Hofer als Übergang vom objektiven zum dualistischen Idealismus bezeichnet hat¹⁶. Idee und Wirklichkeit, Geist und Natur,

¹⁴ Meinecke, Straßburg, S. 227.

¹⁵ Meinecke, Straßburg, S. 244f.

¹⁶ Hofer, Geschichtsschreibung, S. 25f. spricht sogar von einer „Bruchstelle“ in Meineckes Denken und Schaffen, ohne sie allerdings, da nicht in Hofers primärem Interesse liegend, in

Sollen und Sein traten auseinander. Rankes Überzeugung, in der die Macht als ein geistiges Wesen erschien, konnte jetzt nicht mehr geteilt werden. Der Staat war nicht mehr die Synthese von Geist und Macht. Er wird jetzt für Meinecke zum „Amphibium“, und die Macht enthüllte sich als „urmenschlicher, ja vielleicht animalischer Trieb“¹⁷. Der Grundgedanke der Idee der Staatsräson war geboren. Dem Leiden am Politischen verdankte der Historiker seine tiefsten Einsichten. Gerade im Scheitern aller politischen Hoffnungen erwuchs der große fruchtbare Gedanke für das neue Werk.

Das ist der tragische Hintergrund, auf dem nun Meineckes Verhältnis zum Weimarer Staat genauer zu bestimmen sein wird. Dabei wird eine dritte Komponente unseres Themas sichtbar werden. Die Probleme, die Meineckes Stellung zum Weimarer Staat aufgibt, vermögen gleichsam als heuristische Prinzipien in allgemeinere Fragen der geschichtlichen Beurteilung des Weimarer Staatswesens hineinzuführen¹⁸. Niemand hat besser als Ernst Troeltsch, der Analytiker der geistigen Situation des Historismus, das besondere Lebensgesetz des Weimarer Staates gesehen. Seine „Spektatorbriefe“ wiederholen unablässig die eine These: Die Republik besitzt die Norm ihrer Existenz im kategorischen Imperativ des sozialen Ausgleichs¹⁹. Er hat den Kompromiß gestaltet, der die Weimarer Verfassung prägte. Und mochte auch Carl Schmitt die dilatorischen Formelkompromisse, die sie enthielt, scharf verurteilen, es schien zunächst doch, daß das Verfassungsrecht sich erfüllen werde mit dem Strom neuen geschichtlichen Lebens, den die Novemberrevolution freigesetzt hatte. Wie Troeltsch hat Friedrich Meinecke um das Lebensgesetz des Weimarer Staates gewußt: 1925 hat er es einmal unmißverständlich beim Namen genannt. „Die Republik ist das große Ventil für den Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, sie ist die Staatsform des sozialen Friedens zwischen ihnen“²⁰.

Was Troeltsch und Meinecke hier sahen – in gleicher Front stehend, wie schon das frühere Zitat erkennen läßt –, das war die jetzt gestellte elementare Forderung nach einer undogmatischen Staatsgesinnung, hinter der die ideologischen Leitbilder

ihren politischen Voraussetzungen zu spezifizieren. Der Hinweis auf den „Weltkrieg und seinen für Deutschland tragischen Ausgang“ erklärt die Verknüpfung des politischen Erlebnisses mit den neuen Denkkategorien nicht ausreichend. Bezüglich der Bruchstelle modifizierend und die gleichwohl bestehende Kontinuität hervorhebend: Rothfels, Meinecke.

¹⁷ Meinecke, Staatsräson, S. 20.

¹⁸ Hofer (Geschichte, S. 71) beschreibt die auch von ihm beobachtete besondere Beziehung Meineckes zum Weimarer Staat nicht ausreichend, wenn er feststellt: „Einer Verwirklichung seiner maßvollen und vernünftigen, aus tiefer Geschichtskennntnis geborenen Ansichten und Einsichten war der politisch zerrissene und weltanschaulich aufgewühlte Boden der ersten deutschen Republik nicht günstig.“ Es sind, wie noch zu zeigen sein wird, analoge Gründe gewesen, die sowohl die Labilität des Weimarer Staates wie die Problematik von Meineckes politischem Urteil verursacht haben.

¹⁹ S. dazu auch Eric C. Kollman, Eine Diagnose der Weimarer Republik. Ernst Troeltschs politische Anschauungen. In: Hist. Ztschr., Bd. 182 (1956), S. 306.

²⁰ Meinecke, Politische Schriften, S. 376.

der Parteien zurücktreten mußten, auf der Linken wie auf der Rechten, wenn dieser Staat eine Chance haben sollte. Was Meinecke schon seit 1910 immer wieder gefordert hatte, umschloß auch das Gebot der Weimarer Staatsräson: Parteimeinungen, Parteistrebungen und gesellschaftspolitische Wünsche, die sich hinter der Diskussion um die Staatsform verbargen, mußten sich disziplinieren, nicht nur, so wird man Meinecke richtig interpretieren, um eine Resultante sozialer Kräfte zu finden, den bloß formalen Ausgleich, sondern weil die Bezogenheit auf ein Drittes, das Ranke das Real-Geistige des Vaterlandes genannt hatte, als sittliche Kraft auch hier das Naturhafte überwinden müsse. Wieder stoßen wir auf die Grundform von Meineckes politischem Denken. Sie klingt an in der oft ausgesprochenen Wendung, er sei vom Herzensmonarchisten zum Vernunftrepublikaner geworden. „Eine eiserne politische Notwendigkeit“, so rief er auf der Weimarer Tagung deutscher Hochschullehrer 1926 seinen Kollegen zu²¹, „nicht Ideologie und Doktrinarismus führte uns zur Staatsform der demokratischen Republik.“ Die Forderung nach Koordinierung gesellschaftlicher Gegensätze in einem historisch gesättigten Staatsbewußtsein ist die Deutung, die man der Meineckeschen Mahnung zur Volksgemeinschaft geben muß.

Aus solcher Schau der Formprinzipien des neuen Staates lassen sich nun auch leicht die politischen Forderungen ableiten, wie sie etwa Meineckes großer Essay „Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik“ enthielt²². Der Kerngedanke ist deutlich ausgesprochen: „Die Republik ist heute diejenige Staatsform, die uns am wenigsten trennt.“ Aber dieser Einsicht fügt sich nun rasch eine zweite hinzu, die den Charakter des Neuanfangs zu beschränken sucht: „Ich würde es für ein unschätzbare Glück gehalten haben, wenn es uns gelungen wäre, was den Engländern bisher gelungen ist, den geschichtlichen Zusammenhang, die Kontinuität der Verfassungs- und Rechtsentwicklung zu erhalten, inmitten radikalster Wandlung ihrer Grundlagen. Es atmet sich zu dünn, zu leicht, man friert in einem politischen Dasein, das ganz von Vergangenheitswerten gereinigt ist.“ In einem gewissen Grade mochte der so hinzutretende Kontinuitätsgedanke, möglichst viel aus dem alten Staat herüberzunehmen, sich einfügen in das, was als Lebensgesetz des Ausgleichs erkannt worden war. Diese Kontinuität würde es vielleicht ermöglichen, eine Irredenta der gestürzten Klassen zu vermeiden und sie zu versöhnen. So fand in Meineckes Urteil die Ausgleichsforderung ihre natürliche Ergänzung im Kontinuitätsgedanken. Er sollte den Bruch mit der alten Ordnung für deren Träger überbrückbar machen. Meinecke hat in Reden und Aufsätzen immer wieder für diesen Brückenschlag zum alten Staat hin geworben, zunehmend sogar mit der weiteren Entwicklung unter der Republik.

Aber zielten die Vergangenheitswerte, von denen Meinecke so sehnüchtig gesprochen hatte, nicht im Grunde auf einen anderen Staat als den, der als Ventil für den Klassenkampf geschaffen worden war? Bestand nicht die Gefahr, daß durch allzu

²¹ Ebd., S. 407.

²² Abgedruckt: ebd., S. 280 ff.

starke Betonung der Kontinuität das Besondere, das Individuelle des neuen Staates verloren? Im Kontinuitätsgedanken, wenn er auf den Weimarer Staat angewandt wurde, lag eine innere Problematik. Gesellschaftspolitischer Neuansatz und staatliche Kontinuität bedingten sich wechselseitig. War das eine vorherrschend, mußte das andere notwendig zurücktreten. Das Lebensgesetz des neuen Staates forderte nicht nur beides, sondern auch das Gleichgewicht zwischen beiden, das nur möglich war, wenn beide, in der Qualität verschiedene Tendenzen quantitativ die gleiche politische Kraft besaßen.

Es ist nicht zu verkennen, daß Meinecke das Problematische, das nach alledem in der Forderung nach Kontinuität stecken mußte, nicht so deutlich gesehen hat wie ihre Notwendigkeit. So entfernte er sich desto mehr vom Neuansatz von 1918/19, je intensiver seine Bemühungen um Verständlichmachung der 1918 überwölbenden Kontinuität der deutschen Staatspersönlichkeit wurden. Die Frage drängte sich dabei auf, ob die Ursache dafür nicht darin zu suchen sei, daß die das historische Denken Meineckes bestimmenden Kategorien auch seine politischen Urteile bestimmt haben. Diese Frage wird später noch einmal aufzunehmen sein.

Indem Meinecke die Bruchstellen zu heilen strebte, verlor seine Forderung nach dem sozialen Ausgleich allmählich jene Dringlichkeit, mit der er sie 1918/19 erhoben hatte. Er läßt damit in seiner Person symptomatisch den Prozeß erkennen, in dem sich das Schicksal der Partei erfüllte, der Meinecke als Mitgründer und treues Mitglied bis zu ihrem Ende angehört hat, der DDP. Ist sie doch allmählich zerrieben worden zwischen der Sozialdemokratie, die bestrebt war, die mit der Novemberrevolution ermöglichten Ansätze eines Neubaus von Staat und Gesellschaft nicht verwischen zu lassen, und der restaurativen Tendenz des deutschen Bürgertums. Arthur Rosenberg hat in seiner bekannten These das Scheitern der Republik darauf zurückgeführt, daß die Revolution von 1918 eben keine Revolution gewesen sei. Der neue Staat wäre nach seiner Meinung nur zu sichern gewesen, wenn vollständig mit den politischen Wertmaßstäben des Kaiserreichs gebrochen worden wäre, um Staat und Gesellschaft wirklich von Grund aus umzugestalten. Die Stärke des Gedankens einer Kontinuität von Kaiserreich und Republik mußte in einer solchen Perspektive als der Felsblock erscheinen, der den sozialrevolutionären Weg versperrte.

Es ist sehr die Frage, ob die – verglichen mit Rosenbergs These – geschichtlich zwingendere Alternative, das sozialistisch-konservative Zweckbündnis einer parlamentarischen Republik, scheitern mußte. Aber in der Wandlung, die auch in Meineckes politischem Urteil zu beobachten war, in der Überlagerung des Revolutionären, des Neuen, durch das Traditionelle, tritt ein Element hervor, das mitentscheidend für dieses Scheitern geworden ist. Es spricht ferner einiges dafür, daß das für die Weimarer Zeit so charakteristische Mißverständnis der Demokratie als eines formalen Prinzips seine Wurzeln in jener Zwiespältigkeit der Kontinuität besaß. Zwischen der Kontinuität als Voraussetzung der Volksgemeinschaft und der Kontinuität als gegenrevolutionärer Kraft konnte in der Tat das Lebensgesetz des Ausgleichs der Klassen in einen reinen Formalismus entarten.

Das Dilemma, in das die Stärke der Forderung nach Kontinuität Meineckes politisches Denken bringen mußte, sei noch in einem anderen Bereich aufgezeigt. Dazu ist zurückzugreifen auf den politischen Ansatz von 1910. Was war aus der Absicht geworden, die machtpolitische Substanz des deutschen Nationalstaats durch eine wirkliche Volksgemeinschaft zu verstärken? Welchem letzten Ziel, so fragt man, sollte sie nach dem verlorenen Kriege dienen, wo offenbar eine deutsche Weltpolitik nicht mehr zur Diskussion stand? Gewiß, Volksgemeinschaft bedeutete im Moment der größten Not des Vaterlandes ganz schlicht staatliche Existenzsicherung überhaupt. Aber lag dahinter nicht bewußt oder unbewußt auch für Meinecke der Gedanke, daß sich als Folge nationaler Solidarität der Ausgangspunkt für einen neuen Anlauf, ein Weltvolk zu werden, gewinnen ließe? Er schrieb allerdings in Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik: „Aber über die Reformen ist die Revolution hinweggeschritten, und von deutscher Machtpolitik kann im heraufsteigenden Zeitalter der angelsächsischen Weltherrschaft, die nur durch den Völkerbund etwas gemildert zu werden vermag, keine Rede mehr sein. Deutschland wird jetzt, was nationale Selbstbehauptung betrifft, in der Welt sein, was die Schweiz bisher in Europa war. Das ist bitter, aber unbestreitbar²³.“ Der hier anklingende Gedanke Meineckes, daß es eine deutsche Machtpolitik alten Stils in Zukunft nicht mehr geben könne, steht auch keineswegs isoliert. Es sei auf eine Tagebuchaufzeichnung vom 7. Oktober 1918 hingewiesen, die in die gleiche Richtung weist²⁴: „Wir werden doch alle fortan mit gebrochenem Herzen leben. Die Aussicht auf Wiedererhebung Deutschlands muß, bei modernen Verhältnissen, viel länger vertagt werden als vor einem Jahrhundert. Wann werden wir physisch und ökonomisch auch nur wieder so stark werden, um das Joch abzuschütteln? Alle Behelfe des Völkerbunddaseins, mit denen Leute wie Dernburg sich trösten, sind ja doch für den historisch-realistisch Urteilenden vorläufig nur taktische Notbehelfe! Oder ist es doch zu Ende mit der Ära der Großen Mächte? Wird wirklich durch demokratisch-pazifistische Umwandlung der Mentalitäten und Einrichtungen die Machtpolitik und der Nationalegoismus überflüssig? Ich fürchte, nur dadurch, daß wir eben faktisch unter eine Weltherrschaft, unter eine pax americana kommen. Auch Hintze erklärt jetzt, rebus sic stantibus müsse Deutschland sich auf die demokratisch-pazifistische Seite fortan legen. Aber man kann doch seine Ideen nicht wechseln wie Röcke, und ein Auge, das bisher natürlich zu sehen glaubte, mit einem Mal farbenblind machen . . .“

Man könnte geneigt sein, in der Interpretation dieser Äußerung die inneren Vorbehalte, die Meinecke einer neuen außenpolitischen Situation des Reiches gegenüber hier geltend machte, damit zu erklären, daß die Tiefe des nationalen Absturzes ihm am 7. Oktober 1918 noch nicht voll gegenwärtig war, daß er in den vom Prinzen von Baden eingeleiteten Reformen noch eine Chance sah, die Revolution zu vermeiden. Sie erst ließ für einen Augenblick Meineckes Zweifel verstummen, ob wirklich das Ende der deutschen Großmachtstellung gekommen

²³ Ebd., S. 284.

²⁴ Meinecke, Straßburg, S. 268 f.

sei, wie das frühere Zitat bezeugt. Aber schon wenige Jahre später, im Schlußkapitel der 1924 erstmalig erschienenen *Idee der Staatsräson*, traten die Zweifel an der Endgültigkeit einer neuen Situation wieder mächtig hervor: „Ob jemals der echte Völkerbund Wirklichkeit werden wird, kann man, wenn man die Bilanz von Naturgewalten und Vernunftgewalten im geschichtlichen Leben zieht, bezweifeln²⁵.“ Neues und Altes standen auch in Meineckes außenpolitischen Zielvorstellungen nebeneinander. Aber hier wie in der Forderung nach Kontinuität trat das gewohnte Bild der „Großen Mächte“ wieder stärker hervor²⁶, ohne daß freilich die am Kriegsende gemachte Erfahrung einer von Grund auf veränderten weltpolitischen Konstellation völlig verblaßt wäre. Meinecke schien sich auch in der Außenpolitik einen Weg zu suchen zwischen revisionistischer Großmachtspolitik und radikalem Abbruch seither gültiger Traditionen. Auch darin offenbart sich etwas von der allgemeinen Problematik des Weimarer Staatswesens, wie sie der erbitterte innerpolitische Streit um die Methoden des deutschen Revisionismus erkennen läßt. Er vor allem hat der sogenannten Mittelphase, den Jahren zwischen 1924 und 1929, in denen sich die Republik zu konsolidieren schien, das Gepräge gegeben.

Daß man es deshalb für diese Jahre in Wahrheit mit einer Periode der Zwielligkeit zu tun hat, ist uns unlängst aufs deutlichste gezeigt worden. Gemeint ist der Versuch, aus dem Stresemann-Nachlaß zu erweisen, daß aus dem Saulus kein Paulus geworden sei, daß es kein Damaskus in der Stresemannschen Politik gegeben habe und somit die These vom guten Europäer eine Legende sei²⁷. War die Locarnopolitik mehr als ein taktisches Rezept, um die alte nationalistische Strategie durchzuhalten? Das damit gestellte Stresemann-Problem ist hier nicht weiter zu erörtern. So gewiß es ist, daß die Deutung Stresemanns als eines bloßen Machiavellisten der Komplexität einer spannungsreichen, den politischen Gegensätzen seiner Zeit verhafteten Persönlichkeit nicht gerecht wird, so offenbar ist doch auch, daß sich bei der historischen Beurteilung der Stresemannschen Außenpolitik die gleiche allgemeine Frage nach dem Verhältnis von Taktik und Strategie stellt, wie sie sich für Meineckes außenpolitische Vorstellungen und seine vollzogene oder nicht vollzogene Revision des Machtstaatsgedankens aufdrängte. Karl Dietrich Erdmann hat in seinem Artikel über die Ost-West-Orientierung in der Locarnopolitik Stresemanns in einer gespaltenen Staatsräson die Ursache für jene allgemeine Zwielligkeit der außenpolitischen Leitbilder in der Weimarer Republik gesehen²⁸. Der Charakter der inneren Verhältnisse legte im Weimarer Staat eine Option für den Westen nahe, eine solidarische Haltung der freiheitlichen

²⁵ *Staatsräson*, 3. Auflage 1929, S. 539.

²⁶ Vgl. dazu besonders: *Politische Schriften*, S. 315, S. 325.

²⁷ Vgl. Anneliese Thimme, *Gustav Stresemann, Legende und Wirklichkeit*. In: *Hist. Ztschr.* Bd. 181, S. 287 ff. Mit gleicher Tendenz, ohne allerdings zu so einseitigen Werturteilen wie Anneliese Thimme zu gelangen, die Arbeiten von Hans W. Gatzke, insbes. in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 1 ff.

²⁸ In: *Geschichte, Wissenschaft und Unterricht* 6 (1955), S. 133 ff.

Demokratien gegen die sich abzeichnende totalitäre Gefahr. Aus der außenpolitischen Staatsräson aber, die auf Revision von Versailles zielte, folgte die Rapallopolitik, das Vermeiden jeglicher Option. Als sicher wird man nach dem jetzigen Stand unseres Wissens für Stresemanns Politik wie für Meineckes politisches Urteil nur annehmen können, daß nach 1918 eine machtpolitische Motivierung für die Forderung nach Volksgemeinschaft nicht allein entscheidend gewesen sein dürfte. Das wilhelminische Leitbild deutscher Außenpolitik war gewiß nicht verschwunden. Aber es beherrschte keineswegs mehr ausschließlich die deutsche Szene, auf der sich ein Revisionismus, der unbedingt zur Ära der „Großen Mächte“ zurückwollte, in Zwiespalt befand mit der Notwendigkeit, in einem sich abzeichnenden gesellschaftlichen und politischen Dualismus Stellung zu beziehen.

Die politischen Äußerungen Meineckes über die Weimarer Republik weisen insgesamt eine einheitliche Struktur auf. Der Neuanfang von 1918/19 wird ernst genommen und positiv gewertet, ganz im Gegensatz zur Haltung der meisten deutschen Historiker. Andererseits verhinderte die starke Betonung des Gesichtspunkts der Kontinuität von Kaiserreich und Republik das Weiterdenken des Ansatzes. Vor allem hat Meinecke immer nur gefordert: so viel Altes wie möglich, ohne genauer die andere Seite zu prüfen: so viel Neues wie nötig. Auch das berührt sich wieder mit einem Strukturmerkmal der Republik, die in Deutschland eine Demokratie liberaler Prägung aufzurichten unternahm, als die Weltstunde des Liberalismus schon vorüber war und die industrielle Gesellschaft auch nach neuen Formen politischen Lebens verlangte. Das konnte leicht dazu führen, und läßt sich für die Weimarer Zeit auch mannigfach beobachten, daß das politische Denken zurückblieb hinter den tatsächlichen Verhältnissen. Für Meinecke insbesondere mag angemerkt werden, daß der Gesichtspunkt der Polarität von Staat und Persönlichkeit, in der er alles politische Leben geschehen sah²⁹, doch nur noch in sehr eingeschränktem Maße die eigene politische Umwelt erfaßte. Meinecke hat im elementaren Egoismus gesellschaftlicher Gruppen, die sich zwischen den Einzelnen und den Staat schoben und beide mediatisierten, nur wild wucherndes Unkraut gesehen und nicht die diesem Prozeß innewohnende soziologische Notwendigkeit anerkennen wollen. Auch von daher wird man recht nachdrücklich an die Grenzen des Kontinuitätsdenkens erinnert, das zu selbstverständlich im 20. Jahrhundert die geradlinige Fortsetzung des liberalen 19. erblickte.

Es gab freilich auch politische Gegenwartsaufgaben, die aus dem Bewußtsein des Kontinuierlichen der geschichtlichen Entwicklung heraus klarsichtiger erkannt werden konnten. Dazu zählte vor allem die Notwendigkeit der Schaffung einer starken Staatsautorität, die Meinecke am liebsten als „Vertrauensdiktatur“³⁰ aus-

²⁹ S. das im Herbst 1932 geschriebene Vorwort zu der unter dem Titel „Staat und Persönlichkeit“ 1933 erschienenen Aufsatzsammlung.

³⁰ Meinecke bezeichnete schon 1912 die „temporäre Vertrauensdiktatur“ als die „spezifisch moderne Verwaltungs- und Regierungsform“ (Politische Schriften, S. 51). Ähnlich auch 1925: „Es geht ein Bedürfnis nach starker Vertrauensdiktatur durch das ganze moderne Staatsleben.“ (Ebd., S. 379 und an vielen anderen Stellen.)

gestaltet sehen wollte. Demokratie und starke Staatsführung schlossen sich, wie er immer wieder versicherte, nicht aus, sondern bedingten einander. Die Räson des neuen Staates, so schrieb Meinecke Anfang 1919, verlange gebieterisch beide³¹. Als die parlamentarische Demokratie Weimarer Prägung im Auseinanderbrechen der Großen Koalition im März 1930 zu Ende ging, ist nicht nur im Verzicht auf das unbedingte Gebot des Ausgleichs von Drittem und Viertem Stand das Gesetz verlassen worden, dem der Weimarer Staat seine Entstehung verdankte. Die dauernden Führungskrisen der Großen Koalition waren nichts anderes als die Endglieder einer Kette, die Meinecke, wie viele andere, als Misere des deutschen Parlamentarismus bezeichnete, als Unfähigkeit, die gesellschaftliche Mitgestaltung am Staat zu verbinden mit fester staatlicher Führung³². Auch darin vermochte man das Gesetz des Anfangs nicht durchzuhalten: so wie die Klassen sich wieder voneinander entfernten, wurde auch der Weimarer Staat im Laufe der Jahre nicht stärker, sondern schwächer.

1919 hat Meinecke gleichzeitig mit Max Weber und Friedrich Naumann, aber durch selbständiges Durchdenken dahin geführt, den peblisitären Reichspräsidenten als Korrektiv gegen die Parteiherrschaft gefordert³³. In ihm sollte die doppelte Aufgabe des sozialen Ausgleichs und der starken Staatsgewalt gelöst werden. Auch in dieser Konstruktion lag ein erhebliches Maß an Kontinuität. Und wieder zeigt sich hier, daß diese die Originalität des Ansatzes allmählich zurückdrängte. Im Neujahrsartikel am 1. Januar 1930 in der Kölnischen Zeitung³⁴ standen beide Seiten anscheinend noch gleichberechtigt nebeneinander: „Denn der Staat ist das Herz des nationalen Körpers, das enorm gesund sein muß, wenn alles übrige Leben in ihm gedeihen soll. Was ihm heute bei uns fehlt, das ist die starke und selbständige Regierungsgewalt. Sie muß befreit werden von den Verstrickungen der Parteiinteressen. Die Demokratie, ohne die ein friedliches Zusammenwirken aller Volksschichten heute nicht mehr denkbar ist, muß lernen, sich selbst zu beschränken. Davon wird ihr Schicksal abhängen. Möge sie die Kraft finden, den Egoismus der Parteien zurückzudrängen, und dem Reichspräsidenten, dem Vertrauensmann der Nation, die Ausübung der Rechte erleichtern, die ihm die Verfassung jetzt schon gibt und deren Erweiterung zu wünschen wäre.“ Aber in der doppelten und gleichzeitig zu erfüllenden Forderung nach Demokratie und starker Staatsgewalt war die Warnung vor der Verstrickung in Parteiinteressen das stärkere Element. Die Gesichtspunkte, die Meinecke vor und während des ersten Weltkrieges den vollen Parlamentarismus ablehnen ließen, machten sich gegen Ende der zwanziger Jahre wieder mit voller Kraft geltend. Schon früher hatte er bezweifelt, ob ein „Parteiement“ überhaupt fähig sei, den „Leidenschaften der Straße“ und

³¹ Politische Schriften, S. 307.

³² Dazu neuerdings die Dokumentation „Zur Frage der Staatsführung in der Weimarer Republik“, in dieser Zeitschrift 7 (1959), S. 85 ff.

³³ Politische Schriften, S. 291 ff.

³⁴ Ebd., S. 454.

den „Interessen“ zu widerstehen³⁵. Schon immer waren ihm Parteien nur als „Staatsparteien“ willkommen gewesen³⁶, berechtigt und notwendig nur insofern sie mithelfen, den Staatsnotwendigkeiten zu genügen. Das im Wesen der modernen Partei als politischer Organisationsform gesellschaftlicher Kräfte liegende elementare Bedürfnis, nicht nur vom Staat bestimmt zu sein, sondern ihn auch mitzugestalten, mußte der traditionellen Staatsräson, wie sie der Historiker Meinecke zu verstehen gelernt hatte, weichen. Die Einsicht von 1918/19, daß die Staatsräson unter den Bedingungen der modernen Welt gerade darin ihren Auftrag habe, die gesellschaftlichen Gegensätze zu koordinieren, trat wieder zurück. Unter dem Eindruck des versagenden Parteienstaats löste sich Meinecke auch von jenem Teil des Weimarer Kompromisses, der Staat und Gesellschaft, Autorität und Freiheit zusammenzufügen versucht hatte³⁷.

So galt, wie sich erweisen sollte, in der Stunde neuer Not der „Ersatzkaiser“ mehr als die Demokratie. Meinecke hat Brünings Versuch auf das intensivste mitgetragen, durch die Sanierung der Staatsfinanzen und ein bürokratisches Notverordnungsregime den Staat als Widerpart einer in ihre sozialen Gegensätze auseinanderfallenden Gesellschaft zu kräftigen. „Der Regierung Brüning ist die historische Aufgabe geworden, das, was man neuerdings die konstitutionelle Demokratie nennt, zu verwirklichen. Weil durch das Anwachsen des Rechts- und Linksradikalismus und die Zermürbung der Mittelparteien das rein parlamentarische System bei uns erschüttert ist, gleitet der Schwerpunkt des staatlichen Lebens zwangsläufig auf die Regierung hinüber. Wir nennen diesen heute zunächst nur durch tatsächlichen Verfassungswandel, noch nicht durch Verfassungsänderung sich anbahnenden Primat der Regierung gegenüber dem Parlament konstitutionelle Demokratie, weil das demokratische Prinzip in ihm gesichert ist und auch immer bleiben muß durch den Willen des volksgewählten Reichspräsidenten³⁸.“

Aber das konnte doch weder Meinecke noch Brüning verborgen bleiben, daß die Person Hindenburgs allein Staat und Gesellschaft nicht ineinanderbinden konnte. In Wahrheit hatte diese der erstrebte „Staat über den Parteien“ bereits wieder geschieden, und hatte so auch einer neuerlichen sozialen Zerklüftung, wie einer durch die Wirtschaftskrise verstärkten Radikalisierung gesellschaftlicher Kräfte Vorschub geleistet. Meinecke hat zwar auch nach 1930 immer wieder die unbefangene Kampfsgemeinschaft mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als Lebensprinzip der Weimarer Republik hervorgehoben. Aber der bürgerliche Partner fehlte doch jetzt. Die Staatspartei war weder quantitativ noch qualitativ die alte

³⁵ Ebd., S. 173.

³⁶ Vgl. z. B. ebd., S. 59, S. 379 und an vielen anderen Stellen.

³⁷ Diese Rückwärtswendung in Meineckes Verhältnis zu Demokratie und Parlamentarismus wird, wie seine Teilhabe am äußeren und inneren Revisionismus überhaupt, bei Hofer und Kotowski übersehen. Zu den grundsätzlichen Fragen einer Staatsräson in der industriellen Welt vgl. demnächst meine Schlußbemerkungen in „Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933“. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart 1959.

³⁸ Meinecke, Politische Schriften, S. 442.

DDP. Ihr Programm der Staatsnotwendigkeiten, mit dem sie Brüning unterstützte, kam vor dem sozialen Ausgleich. Er war nicht mehr, wie noch 1918/19, ein konstituierendes Element der Staatsräson. Charakteristisch dafür ist eine Äußerung Meineckes vom August 1930³⁹: „Weil es auch im Lager der Sozialdemokraten an staatspolitisch denkenden Führerköpfen nicht fehlt, müßte die gemeinsame Devise der Regierung wie aller bürgerlichen Staatsparteien sein: so zu regieren, daß man in Lagen wie der heutigen den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht scheut, aber auch die Hand zum Frieden bereit hält, sobald die staatspolitisch notwendigen Dinge durchgesetzt sind.“ Auf dem zeitlichen Nacheinander liegt jetzt der Schwerpunkt. Das zeigt, wie sich seit 1919 die Gewichte verschoben hatten.

Meinecke hat gerade in der Endphase der sich auflösenden Weimarer Republik noch einmal einen starken Anlauf politischer Tätigkeit genommen. Er ist nicht müde geworden, die Personifizierung der Staatsräson in Heinrich Brüning zu beschreiben und zu preisen. Aber indem er, wie Brüning, die Exekution der Staatsnotwendigkeiten ohne den gleichzeitigen Ausgleichs- und Integrationsvorgang forderte, kehrte er im Grunde zur alten Staatsräson zurück, deren Voraussetzung die Trennung von Staat und Gesellschaft gewesen war und die im Staat das höhere sittliche und politische Prinzip erblickt hatte. Daß diese Rückkehr zum Obrigkeitsstaat aus der Sorge sich nährte, mit der die nationalsozialistische Dynamik bürgerliche Menschen erfüllte, ist anzunehmen, auch wenn uns aus dieser Zeit die persönlichen Zeugnisse noch fehlen.

Jedenfalls steht auch in dieser Entwicklung Friedrich Meinecke symptomatisch für jenen Teil der deutschen bürgerlichen Bildungsschicht, die vor, in und nach dem Krieg sehr wohl über den Klassenstandpunkt hinaussah und um die politisch integrierte Gesellschaft als Voraussetzung eines gesunden nationalen Lebens wußte. Das Tragische war, daß man das Richtige sah, ohne die Kraft zu haben, es durchzusetzen, und daß man dann vor dem Ansturm stärkerer Kräfte den Rückzug auf den historischen Staat, nicht auf das demokratische Prinzip von 1918/19 angetreten hat. In Meineckes „Idee der Staatsräson“ lag die weltanschauliche Sanktionierung dieses Vorgangs bereits vorgezeichnet: „Alle Geschichte ist zugleich Tragödie“⁴⁰. Daß darin ein Zug politischer Resignation lag, hat niemand schärfer erspürt als Carl Schmitt in der Kritik, die er 1926 an Meineckes Buch und seinen tragenden Gedanken geübt hat⁴¹: „„Tragisch“ ist keine Kategorie, die, wenn man einmal ein moralisches Gebot ernst nimmt, die letzte Antwort auf einen Konflikt geben könnte. Das Wort ist höchstens ein Ausdruck der inneren Problematik dieses moralischen Gebotes selbst, eine Umschreibung tiefen Bedauerns und der Erschütterung, die aus der historischen Einsicht in die Ohnmacht des Gebotes oder in die Unvermeidlichkeit der Durchbrechung entsteht, aber es kann nicht der überzeugende Schluß eines Werkes sein, in welchem das Problem der Staatsräson von der moralischen

³⁹ Ebd., S. 440.

⁴⁰ Walther Hofer, *Geschichte*, S. 17.

⁴¹ Abgedruckt in: *Positionen und Begriffe*. Hamburg 1940, S. 45 ff.

Seite gestellt wird. Ein solches Wort bedeutet, daß das Buch kein letztes Wort hat.“ Aus dieser Kritik sprach schon die politische Unbedenklichkeit einer neuen Zeit, für die das Bewußtsein eines tragischen, unaufhebbaren Dualismus von Politik und Moral, und damit notwendigerweise der Verzicht auf ein „letztes Wort“ einen Übergang ins Ästhetische darstellte. Vor ihrer Robustheit und ihrem totalitären Anspruch waren Friedrich Meinecke und das deutsche Bürgertum waffenlos. Im Zug zum präsidialen Staat wie im Primat des außenpolitischen Revisionismus erwies die Geschichte sich stärker als die Gegenwart. Im Nationalsozialismus enthüllte diese freilich dann um so furchtbarer ihre Gewalt und riß alle Erbteile und Traditionen der deutschen Geschichte mit in den Strudel.

So sah Meinecke, wie schon 1917/18, noch einmal 1933 das, wofür er politisch gewirkt hatte, scheitern, dieses Mal ohne die Chance eines Neubeginns. Er hat nun bewußt und endgültig sich seinem gelehrten Werk zugewandt und man weiß⁴², was als Frucht dieser Jahre der tiefsten Versenkung Meineckes in die Geschichte erwuchs: das Buch über die Entstehung des Historismus. Auch hier ist wieder das Leiden am Politischen die Ursache großer produktiver Gedanken gewesen.

Doch müssen wir noch einmal die andere Seite unseres Themas aufnehmen und zusammenfassen, was als positive oder belastende Wirkung des Historischen am politischen Urteil und Schicksal Meineckes sichtbar wurde. Es ist ja auffällig, daß die beiden am stärksten durch den Historismus geprägten Persönlichkeiten des deutschen geistigen Lebens vor 1918, Troeltsch und Meinecke, am ausgesprochensten das Lebensgesetz von Weimar erfaßt haben. Der Sinn für Individualitäten und Entelechien war hier etwas, was den Historismus politisch realistisch und wach machte für das, was einen neuen Anfang als solchen konstituierte. Aber der Historismus, der für Meinecke nicht nur ein „Wissenschaftsprinzip“ sondern ein „Lebensprinzip“, eine „neue Schau menschlichen Lebens überhaupt“ bedeutete⁴³, der, um Kategorien von Ernst Troeltsch zu gebrauchen, nicht nur formale Geschichtslogik, sondern materiale Geschichtsphilosophie war, harmonisierte im methodischen und weltanschaulichen Postulat der kontinuierlichen Entwicklung individueller geschichtlicher Kräfte die Brüche, die die Geschichte nun eben unvermeidlicherweise auch kennt. Im Alter hat Meinecke einmal bekannt, Jakob Burckhardt sei ihm jetzt wichtiger als Ranke⁴⁴. Er hat damit wohl sagen wollen, daß ihm Zweifel gekommen seien an der Verbindlichkeit historischer Weltanschauung, weil er selbst in Abgründe geblickt hatte, die sich als natürliche Entfaltung individueller Lebensmächte nicht mehr begreifen ließen.

Das lenkt zum Schluß noch einmal den Blick zurück auf den Zusammenhang,

⁴² Vgl. Hofer, *Geschichtsschreibung*, S. 36.

⁴³ Friedrich Meinecke, *Vom geschichtlichen Sinn und vom Sinn der Geschichte*. 2. Aufl. Leipzig 1939, S. 96.

⁴⁴ Vgl. dazu Hofer, *Geschichte*, S. 80, sowie die Akademieabhandlung. Ranke und Burckhardt, *Deutsche Akademie der Wissenschaften. Vorträge, Schriften, Heft 27*, Berlin 1948. Dazu auch Rothfels, *Meinecke*.

den unser Thema als These enthält. Schon Karl Dietrich Erdmann hat angeregt⁴⁵, darüber nachzudenken, ob es nicht analoge Gründe gewesen seien, die das Staatsbewußtsein der Weimarer Republik mit seinem Postulat der Koordinierung des Gegensätzlichen Fragment bleiben ließen, und die selbstgestellte Forderung von Ernst Troeltsch, Geschichte durch Geschichte zu überwinden, unerfüllbar machten. Im Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik gibt es Wechselwirkungen, aber die Harmonie scheint heute gestört. Müssen die Grundgedanken einer historischen Weltanschauung, Individualität und Kontinuität, in ihrer wissenschaftlichen Fruchtbarkeit nicht versiegen, wenn in einer technischen Welt dem Individuellen das Gleichförmige und dem Kontinuierlichen und Wachstümlichen das von der vorindustriellen Welt radikal Verschiedene entgegentritt? Was bedeutet es für den Historiker, wenn er als politisch Handelnder oder Leidender Geschichte und Gegenwart nicht mehr in eins denken kann, wie es Goethe, Ranke und der junge Meinecke konnten? Welche Bedeutung und welcher Auftrag der Geschichtswissenschaft in einer gewandelten Welt zukommen, ist hier nicht weiter zu erörtern. Aber der Frage kann nicht ausgewichen werden, was die besondere zeitgeschichtliche Gestalt unserer Epoche⁴⁶ an Verlust, aber auch an neuen Aufgaben für den Historiker gebracht hat. Meinecke hat einmal in einem Kriegsartikel von 1914 zustimmend Treitschke zitiert: „Es ist eine höchste Blüte feiner und dennoch kräftiger Bildung möglich, welche mit dem raschen Mute der Tat die überlegene Milde des Historikers verbindet. Es ist möglich, festzustehen und um sich zu schlagen in dem schweren Kampfe der Männer und dennoch das Geschehene wie ein Geschehenes zu betrachten, jede Erscheinung der Zeit in ihrer Notwendigkeit zu begreifen und mit liebevollem Blicke auch unter der wunderlichsten Hülle der Torheit das liebe, traute Menschenangesicht aufzusuchen. Diese zugleich tätige und betrachtende Stimmung des Geistes . . . soll einem geistreichen Volke immer als ein Ideal vor Augen stehen.“ Wir mögen dies Ideal noch so sehr bejahen, aber wir sind nicht mehr so sicher wie Droysen und Treitschke, daß es auch zu verwirklichen ist. Nicht zuletzt Friedrich Meinecke hat es uns gelehrt.

⁴⁵ Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In dieser Zeitschrift 3 (1955) S. 18.

⁴⁶ Zu ihrer Charakterisierung s. Hans Freyer, Die Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955, S. 9 ff.

RUDOLF VON ALBERTINI

ZUR BEURTEILUNG DER VOLKSFRONT IN FRANKREICH (1934—1938)

Kaum ein anderes Ereignis der französischen Geschichte der dreißiger Jahre hat die Gemüter so erregt und hat so sehr im Mittelpunkt der politisch-ideologischen Diskussion gestanden wie die Bildung der Volksfront und das „Experiment Léon Blum“ – und zwar innerhalb wie außerhalb Frankreichs. Während in den meisten europäischen Staaten die große Wirtschaftskrise abflaute, die Produktion wieder anstieg und die Arbeitslosigkeit zurückging, während in Deutschland Hitler seine Macht konsolidierte, die Aufrüstung mächtig vorantrieb und zu seinen ersten aufsehen-erregenden Aktionen ansetzte, bildete sich in Frankreich die Volksfront, eine Koalition von Radikalsocialisten, Sozialisten und Kommunisten, die 1936 einen durchschlagenden Wahlerfolg erzielte. Léon Blum übernahm die Leitung eines sozialistisch-radikalsocialistischen Kabinetts und realisierte in kurzer Zeit ein reichhaltiges Programm von Sozialreformen. Das „Experiment Blum“ dauerte faktisch zwar nicht viel länger als ein Jahr, aber die außenpolitische Situation Frankreichs und damit Europas, das Parteiensystem, die französische Wirtschaft, die Beziehungen der Sozialpartner, aber auch die französische Armee sind entscheidend davon beeinflusst worden. Hat die Volksfront Frankreich vor dem Faschismus gerettet und in sozialistischem Geiste innerlich erneuert, oder handelte es sich um einen Sieg der „Roten“, der die französische Wirtschaft und die militärische Widerstandskraft desorganisiert hat? Die parteipolitischen und ideologischen Gegensätze verhärteten sich, die Klassenkonflikte in Frankreich wurden weiter verschärft; die Auseinandersetzung für oder gegen die Volksfront war lebhaft bis zur Katastrophe von 1940. Im Zeichen der „Nationalen Revolution“ hat der Vichy-Staat im Prozeß von Riom 1942 die Träger der Volksfrontpolitik vor Gericht gezogen, um sie für die Niederlage verantwortlich zu machen und gleichzeitig das parlamentarische System zu kompromittieren. Nach 1945 erfolgte in den Kollaborations-Prozessen und in der großen parlamentarischen Untersuchung der Gegenstoß. Aber noch heute sind die Geister nicht zur Ruhe gekommen, noch immer scheint ein sachlich-kritisches Urteil bei den beteiligten Gruppen kaum möglich.

Da bisher nur Einzelaspekte näher untersucht worden sind und auch diese meist nur in einem größeren Zusammenhang, kann es sich im folgenden nicht darum handeln, die fehlende Detailforschung nachholen zu wollen. Nur ein Aufriß ist bezweckt, der das Phänomen einzuordnen und in möglichst objektiver Weise Leistung und Fehlleistung, Erfolge und Mißerfolge abzuklären versucht¹.

1. Es besteht kein Zweifel, daß die Volksfront nur von den Ereignissen des 6. Februar 1934 her verständlich gemacht werden kann. Diese Bezugnahme wurde

¹ Ich möchte Herrn R. Dufraise (Châlons-sur-Marne), der mir ein Manuskript über die franz. Arbeiterbewegung 1929–1939 zur Verfügung stellte und eine Reihe zusätzlicher Fragen brieflich beantwortete, meinen besten Dank aussprechen. – Einige Hinweise zur Haltung der kommunistischen Partei verdanke ich meinem Assistenten, Herrn Dr. Siegfried Bahne.

nicht nur schlagwortartig für den Zusammenschluß selbst und dann rückblickend zur Rechtfertigung der Volksfront verwendet, sondern darf auch als objektiv begründet angesehen werden. Es ist fraglich, ob es ohne diese Pariser Unruhen, die eine faschistische Gefahr von unerwarteter Aktualität anzuzeigen schienen, zu einer so geschlossenen Aktionsgemeinschaft der Linksparteien und -gruppen gekommen wäre.

An sich allerdings war bereits der 6. Februar eine Art Reaktion. Seit 1930 etwa traten die Krisenerscheinungen im politischen Regime der Dritten Republik immer offener zutage: mehrere Kabinette wurden gestürzt; man weigerte sich, alte Positionen aufzugeben und versäumte die Anpassung an die neuen Probleme; im Zeichen der Wirtschaftskrise versagten Regierung und Parlamentarier; sie vermochten nicht mehr, dem Lande die notwendige Stabilität und Führung zu geben; Skandalaffären kompromittierten zudem das Parlament und das politische Personal. Man kann von einer wachsenden Spannung zwischen „pays légal“ und weiten Kreisen des „pays réel“ sprechen, von einer zunehmend sichtbar werdenden Vertrauenskrise, die das Regime belastete und zu parteiinternen Konflikten wie zu mannigfachen Erneuerungsbewegungen (Esprit, Ordre nouveau u. a.) führte. Vor allem profitierten davon die militanten Ligen (Camelots du Roi der Action française, Jeunesses Patriotes, Croix du Feu u. a.), die mit einer deutlichen Spitze gegen das Parlament einen rechtsautoritären Kurs propagierten². Ob man von einem französischen Faschismus sprechen kann, ist fraglich und hängt von der Begriffsbestimmung ab³. Ansätze dazu waren zweifellos vorhanden: die polemische Auswertung einer berechtigten Kritik am parlamentarischen Regime; die Suche nach neuen Formen politischer Aktivität, nationalistische Strömungen, die gegen die „schwache und verräterische Demokratie“ mobil gemacht wurden, die Transformierung von Frontkämpferverbänden in politische Bewegungen bei gleichzeitiger Übernahme faschistischer Ideologiegehalte und paramilitärischer Organisationsformen. Es handelte sich jedoch um keine geschlossene Partei oder Bewegung; die verschiedenen Gruppen und Ligen standen unkoordiniert nebeneinander, ohne Massenführer im eigentlichen Sinn und auch ohne den entschiedenen Willen zur Macht.

Am 6. Februar 1934 kamen – nachdem mehrere kleinere Zwischenfälle vorausgegangen waren – diese antiparlamentarischen Ligen zum Zuge; sie standen bei den Unruhen, beim Vormarsch der Demonstranten gegen das Palais Bourbon in vorderster Front und gaben der Aktion ihr Gepräge. Aber kann man von einem eigentlichen Staatsstreichversuch sprechen? An der Demonstration haben sich ganz verschiedene

² Karl Braunias, Staatskrise und Staatsreform in Frankreich, in: Jahrb. d. öff. Rechts, Bd. 23, 1936, S. 88 ff. René Rémond, La Droite en France de 1815 à nos jours, Paris 1954, S. 199 ff. H. Maizy, Les groupes antiparlémentaires de Droite 1935–1940, Thèse des Institut des Etudes Politiques, Paris 1954 (Maschinenschrift).

³ Von radikalsozialistischer und sozialistischer Seite wurde und wird natürlich durchgängig von Faschismus gesprochen. Sorgfältig abwägend und im wesentlichen negativ jedoch Rémond a.a.O., S. 203. Die Leugnung eines franz. Faschismus 1934 geht wohl aber zu weit. Dazu noch Raoul Girardet, Note sur l'esprit d'un fascisme français (1934–1939) in: Revue française de Science politique V/3, 1955.

Gruppen und Organisationen beteiligt, selbst die kommunistische Partei hatte in der „Humanité“ gegen die Regierung Daladier Stimmung gemacht und zur Teilnahme aufgerufen – im Sinne einer Diskreditierung der Republik und als „agents provocateurs“. Die verschiedenen Organisationen hatten ihr Vorgehen nicht abgestimmt, und eine eigentliche Führungsgruppe war nicht sichtbar geworden. Über den Fortgang der Aktion – sofern das Palais Bourbon „erobert“ worden wäre – bestand Unklarheit⁴. Ein geplanter Staatsstreich hätte sich auch weniger gegen das Parlament als gegen die Machtzentren des modernen Staates gerichtet; die Parole „A bas les voleurs“ erinnerte stark an die Boulangeraffäre. Die Unruhe legte sich zudem erstaunlich schnell, als Daladier zurücktrat und der 72jährige Doumergue eine Regierung der Union Nationale bildete.

Von einer unmittelbaren faschistischen Gefahr wird man also nur bedingt sprechen dürfen⁵. Die Unruhen des 6. Februar 1934 standen im Zeichen der Vertrauenskrise gegenüber den Parteien und dem Parlamentarismus – verschärft noch durch die unmittelbar vorausgegangene Stavisky-Affäre, die eine allgemeine Korruption der Abgeordneten zu beweisen schien. Es handelte sich mehr um eine großangelegte Demonstration und Protestbewegung, nicht aber um eine politische Aktion mit dem bestimmten Ziel des Umsturzes und der Machtergreifung.

Damit soll die Bedeutung des 6. Februar nicht geschmälert werden. Allein schon die Tatsache, daß eine von den Ligen angeführte Straßendemonstration eine Regierung, die an sich mit der Stavisky-Affäre nichts zu tun hatte, zur Demission zwingen konnte, zeigte die Gefahr für die Republik. Die Polizei hatte teilweise versagt; der eben abgesetzte Polizeipräfekt Chiappe, der Sympathien für die Ligen bekundet hatte, war an den Unruhen vom 6. Februar maßgeblich beteiligt. Bekannt war auch, daß die Ligen in Armeekreisen viele Anhänger zählten. Im übrigen zeigten gewisse bürgerliche Kreise ihr Interesse für Mussolini und wurden in zunehmendem Maße antiparlamentarischen, rechtsautoritären Gedankengängen zugänglich. Die Verfassungsreformvorschläge von Doumergue – Tardieu wurden allzu deutlich unter diesen Aspekten propagiert, Doumergue selbst gab nach seiner Demission seiner Sympathie für die Ligen Ausdruck.

So hat denn der 6. Februar zweifellos das Zeichen zum Widerstand gegeben und die Bildung der Volksfront ermöglicht. Als „défense républicaine“ wird man die Bewegung, die zu ihr führte, in erster Linie zu verstehen haben, auch wenn man die parteitaktischen Aspekte kennt und in Rechnung stellt. Der Auftrieb, den nun die „Militants“ der Linken erhielten, die plötzliche Aktivität von Intellektuellen, die Kampf Stimmung schließlich vor, während und nach den Wahlen von 1936 müssen als Positivum bewertet werden, insofern als sich die Träger der demokratisch-

⁴ Rémond a.a.O., S. 207, François Goguel, *La politique des partis sous la troisième République*, Paris 1946, S. 487–488.

⁵ Publizisten und Historiker der Volksfront sprechen natürlich durchweg von einem Faschismus „ante portas“, z. B. Marceau Pivert, *Juin 1936 et les défaillances du mouvement ouvrier*, in: *Revue socialiste* No. 98, 1956, S. 4; Edouard Dolléans, *Histoire du Mouvement ouvrier*, Bd. III, Paris 1953, S. 151.

republikanischen Tradition auf diejenigen Werte besannen, die es zu verteidigen galt. Allerdings entstand die Volksfront nicht über Nacht, obschon man es später propagandistisch so darzustellen beliebte. Beträchtliche Widerstände innerhalb der verschiedenen Parteien mußten vorher überwunden werden. Die Deflationspolitik der Regierungen und vor allem die Haltung Laval's in der Abessinienfrage haben dabei eine wesentliche Rolle gespielt und den Eindruck, faschistische Kräfte seien in Frankreich bereits am Werke, verstärkt.

2. Die ersten Anstrengungen galten der „Einheitsfront“ (Front unique) von sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gewerkschaften. Die „Einheit des Proletariats“, die 1920/21 verloren gegangen war, sollte wiederhergestellt werden. Dieses Ziel war besonders populär bei den „Militants“, den aktiven Genossen in den Organisationen, während sich die Führer vorerst zurückhielten. Die Militants sahen ihr altes sozialistisch-syndikalistisches Kampffideal, das an die Einheit der Arbeiterschaft gebunden war, wieder aktiviert und drängten Führer und Spitzenfunktionäre zur Aufgabe ihres Widerstandes. Es war wesentlich diesem Druck von unten zuzuschreiben, daß sich die sozialistischen Parteiführer, insbesondere auch Léon Blum, auf die Einheitsfront mit den Kommunisten einließen. Dies wird man im Auge behalten müssen.

Obschon die kommunistische Partei am 6. Februar gegen die Regierung Daladier agitiert hatte, versuchten linksorientierte Vertreter der sozialistischen Départementsorganisationen Seine und Seine-et-Oise die Kommunisten zu einer gemeinsamen Aktion „gegen den Faschismus“ zu gewinnen, stießen aber auf Ablehnung⁶. Die Kommunisten demonstrierten am 9. Februar allein. Am 24-stündigen Generalstreik und an der Großdemonstration des 12. Februar, die von der Confédération Générale du Travail (CGT), der Ligue des Droits de l'Homme und der sozialistischen Partei (SFIO) organisiert worden war, beteiligten sie sich dann ebenfalls; doch hatte ihre Führung die Losung dazu erst im letzten Moment ausgegeben. Die Begründung lautete, daß die PCF und die Confédération Générale du Travail Unitaire (CGTU) bei einer solchen Demonstration nicht fehlen durften⁷. Der 12. Februar war die erste Großkundgebung, bei der die beiden Arbeiterparteien und Gewerkschaften wiederum gemeinsam protestierten. Zugleich fanden sie auch bereits den Anschluß an die bürgerliche Linke. Namentlich bei den Militants der Lokalorganisationen fand die gemeinsame Demonstration gegen den Faschismus Widerhall.

Von einer eigentlichen Einheitsfront war man aber noch weit entfernt. An sich hatte die kommunistische Partei seit langem diese Parole ausgegeben, aber in ihrem Sinn bedeutete sie: Zusammenschluß an der Basis bei gleichzeitiger Frontstellung gegen die sozialistischen Führer; also Gewinnung der Anhängerschaft, Unterwande-

⁶ Gérard Walter, *Histoire du Parti Communiste Français*, Paris 1948, S. 252.

⁷ Franz Borkenau, *Der europäische Kommunismus*, München 1952, S. 107 behauptet, die Initiative sei vom Vertreter der Komintern in Paris ausgegangen. Nach Boris Nikolajewsky, *Stalin, Kirow und der Faschismus*, in: *Ostprobleme IX* (1957), Nr. 15, wäre die Kursänderung auf dem gleichzeitig stattfindenden XVII. Parteitag der KPdSU beschlossen worden unter Führung Kirows, und zwar unter dem Eindruck der Nachrichten aus Paris.

zogen und war dem Völkerbund beigetreten; ein Beistandspakt – von den Rechtspolitikern Barthou und Laval vorbereitet und unterzeichnet – verband die beiden Länder. Das traditionelle marxistisch-syndikalistische Credo bildete noch immer die Basis der französischen Arbeiterbewegung. Seit der Spaltung 1920 hatte sich die neue SFIO zwar sehr klar gegen den Kommunismus und vor allem dessen sowjetische Prägung totalitären Charakters abgegrenzt und die Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte betont, andererseits aber jede „reformistische Aufweichung“ zurückgewiesen. Der Klassenkampf, die Interpretation der Dritten Republik als einseitig bürgerlichen Staates, selbst die Diktatur des Proletariats als Übergangsregime zum Sozialismus und damit der Hinweis, daß man sich im entscheidenden Moment der Revolution nicht an die Legalität gebunden fühlen könne, bezeichneten weiterhin die ideologische Ausrichtung. Eine Beteiligung an einer radikalsozialistischen Regierung war immer wieder abgelehnt worden. Léon Blum hat jeweils zwischen einem linken und einem rechten Parteiflügel vermitteln müssen und mit dialektischer Gewandtheit eine gemeinsame Basis gefunden¹³. Die Machtergreifung Hitlers führte zu einer Verschärfung der parteiinternen Richtungskämpfe und 1933 zur Abspaltung des reformistischen Flügels der Neo-Sozialisten unter Renaudel und Déat¹⁴. Damit bekam der Druck von links größeres Gewicht, um so mehr als er sich innerhalb einer Parteistruktur, die den regionalen Verbänden weitgehende Bewegungsfreiheit ließ, auf einige traditionell linksorientierte Organisationen stützen konnte. Die weitgehende innerparteiliche Demokratie der SFIO hat somit die Tendenz zur Einheitsfront verstärkt. Als die Frage dieser Einheitsfront entschieden werden mußte, hatte die Parteiführung die Kontrolle weitgehend verloren und dem Druck der Militants nachgegeben. Die Ideologie hatte über politische Überlegungen gesiegt.

Es stellte sich nun die Frage, ob die Sozialisten dem Druck der zentral geleiteten kommunistischen Partei genügend Widerstand leisten würden und eine „noyautage“, die man – mindestens anfänglich – als Gefahr durchaus erkannte, vermeiden könnten. Von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen SFIO und PCF konnte jedenfalls keine Rede sein. Die Klagen aus den Reihen der sozialistischen Militants häuften sich¹⁵. Die Kommunisten verheimlichten ihre eigentlichen Ziele nicht: sowohl auf dem VII. Kongreß der Komintern (Juli–August 1935) wie auf dem VIII. Parteikongreß der PCF (Januar 1936) wurde recht offen dargelegt, daß die neue Politik der Einheitsfront der Unterwanderung gegnerischer Organi-

¹³ Texte wieder abgedruckt in: *Revue socialiste*, Juni–Juli 1950. Dazu B. Mirkine-Guetzévitch, *La République parlementaire dans la pensée politique de Léon Blum*, in: *Revue socialiste*, Jan. 1951. Der revolutionäre Ideologiegehalt wird hier jedoch weitgehend verschwiegen und somit die Problematik verkannt. Vgl. auch Joel Colton, *Léon Blum and the French Socialists as a government party*, in: *The Journal of Politics*, Vol. XV, 1953/4.

¹⁴ Über die parteiinterne Diskussion neuerdings John T. Marcus, *French Socialism in the crisis years 1933–1936*, New York 1958. Die Schwäche der SPD vor und nach der Machtergreifung Hitlers habe den linken Flügel gestärkt, S. 14, 20, 37.

¹⁵ Borkenau a.a.O., S. 125–126.

sationen dienen und der kommunistischen Partei die Ausweitung ihrer Massenbasis erlauben solle. Dimitrov prägte – allerdings in anderem Zusammenhang – das Schlagwort vom „trojanischen Pferd“, während Thorez betonte, daß die PCF selbstverständlich weiterhin die „französischen Sowjets“ anstrebe. Die Volksfront sei dazu nur Mittel und Vorbereitung¹⁶.

Es waren vor allem die Kommunisten, die die Einheitsfront sogleich zum „Front Populaire du travail, de la liberté et de la paix“, d. h. zur Eingliederung der bürgerlichen Linken, insbesondere der Radikalsozialisten, erweitern wollten. Annäherungsversuche sogar an die Linksgruppen innerhalb des französischen Katholizismus setzten ein. Im Interesse der sowjetischen Außenpolitik sollte der Anschluß an den Radikalsozialismus gesucht werden, da dies für die Aufrechterhaltung des franko-russischen Paktes notwendig erschien. Im übrigen galt es, Aktivität und Initiative zu zeigen, die Bewegungsfreiheit gegenüber den Sozialisten zu bewahren und durch die Wendung nach rechts bestehendes Mißtrauen gegenüber der PCF zu zerstreuen. Die „classes moyennes“ und die Bauern sollten nicht nach rechts gedrängt, sondern durch Unterstützung ihrer unmittelbaren materiellen Forderungen in die Aktionsgemeinschaft des Antifaschismus einbezogen werden. (Hier hatte man zweifellos seit der Machtergreifung Hitlers hinzugelernt!) Dazu bedurfte es freilich einiger taktischer Anpassungen: Die PCF gab das Nationalisierungsprogramm auf – und geriet damit in Konflikt mit der Linksgruppe der SFIO, welche an Revolution und Klassenkampfideologie festhielt und der VF ohnehin kritisch gegenüberstand. Vor allem aber setzte nun die vielbeachtete Wendung in der nationalen Frage und in der Stellungnahme zur Landesverteidigung ein. Thorez begann von „le pays que nous aimons“ zu sprechen, berief sich auf das aufklärerische Erbe, die Große Revolution, später sogar auf Jeanne d'Arc. In der Frage der Landesverteidigung wurde die alte Position anfangs noch aufrechterhalten¹⁷, bis unvermittelt Stalin eingriff. Anläßlich der Unterzeichnung des französisch-russischen Beistandspaktes am 15. 5. 1935 erklärte er, daß er die Notwendigkeit einer französischen Landesverteidigung und die Bereitstellung der dazu erforderlichen Kredite voll anerkenne. Was diese völlige und konsequent durchgeführte Schwenkung genau besagen sollte, hat Thorez nicht verschwiegen: es gehe um die Unterstützung Sowjetrußlands gegen einen kommenden Angriff Hitler-Deutschlands; wer sich mit Rußland verbünde, könne nicht mehr als imperialistisch bezeichnet

¹⁶ Milorad M. Drachkovitsch, *De Karl Marx à Léon Blum*, Genf 1954, S. 105. Maurice Paz, *Echec de 1936*, in: *La Nef* Nr. 65/66, 1950, S. 104. Belege auch bei Georges Izard, *Où va le communisme*, Paris 1936, S. 49f. VII. Congress of the Communist International. Abridged Stenographic Report of Proceedings, Moskau 1939, S. 160 (Dimitrow), vgl. 92 (Cachin), 218f. (Thorez).

¹⁷ Zum Beispiel Thorez am 15. 3. 1935: „Nous ne permettrons pas qu'on entraîne la classe ouvrière dans une guerre dite de défense de la démocratie contre le fascisme. Les communistes ne croient pas au mensonge de la défense nationale“, und am 30. 3. 35: „Nous invitons nos adhérents à pénétrer dans l'armée afin d'y accomplir la besogne de la classe ouvrière qui est de désagréger cette armée“, zit. bei Conquet, *L'énigme des blindés*, Paris 1956, S. 147, Anm. 19; ebenfalls *Ostprobleme VII*, S. 619.

werden; in einem Kampf gegen Sowjetrußland jedoch verweigere die PCF jede Unterstützung¹⁸!

Trotz dieser bezeichnenden Einschränkung hat erst die Frontschwengung in der Frage der Landesverteidigung den Anschluß der Radikalsozialisten an die Volksfront ermöglicht. Zwar hatte sich auf Seiten der bürgerlichen Linken schon bald nach dem 6. Februar ein „Comité de vigilance des intellectuels antifascistes“ mit prominenten Persönlichkeiten (u. a. Langevin, Alain) gebildet. Zusammen mit der ebenfalls aktivierten „Ligue des Droits de l'Homme“ nahm es die Auseinandersetzung mit den antiparlamentarischen Gruppen auf. Es propagierte die Verteidigung der Republik und mußte sich in seiner von parteipolitischen und konkreten Fragen wenig belasteten Haltung durch die Idee der Volksfront besonders angezogen fühlen. In der radikalsozialistischen Partei jedoch bestand vorerst ansehnlicher Widerstand. Während radikalsozialistische Minister (darunter Herriot) noch an den Rechts-Regierungen beteiligt waren, kam die Parteilinke der „Jungtürken“ (Pierre Cot, Jean Zay, Pierre Mendès-France) indessen schrittweise zum Zuge¹⁹. Die alte Garde der Partei war durch den Stavisky-Skandal geschwächt und nun dem Druck von links ausgesetzt. Dabei übernahm Daladier, der seit Jahren den Linkskurs propagiert hatte und gewissermaßen die jakobinische Tradition der Partei verkörperte, die Führung, während Herriot sich eindeutig zurückhielt. Nur im Interesse der Parteieinheit fügte er sich der Kongreßentscheidung, mit der die Beteiligung an der Volksfront beschlossen wurde. Im Zeichen des Antifaschismus konnte nun die alte „défense républicaine“, der Zusammenschluß der „Gauche“ gegen die „Reaktion“ – einstweilen ohne Rücksicht auf die divergierenden Wirtschaftsprogramme – mobilisiert werden. Der italienische Angriff in Abessinien, die Politik Laval, die Aktivität der Ligen und zweifellos auch die Deflationspolitik mit ihrer Rückwirkung auf die Parteilanhängerschaft²⁰ haben dieser Bewegung nach links Auftrieb gegeben. Weiter wird man die Tradition des „pas d'ennemis à Gauche“ in Rechnung stellen müssen, die Angst also, den Anschluß an die Linke zu verlieren und nach rechts gedrängt zu werden. Außerdem mußten sich die in der radikalsozialistischen Partei so zahlreich vertretenen Freimaurer durch den Aufstieg Hitlers ganz besonders bedroht fühlen.

Der 14. Juli 1935 darf als erster Höhepunkt der Volksfrontbewegung bezeichnet werden. 10000 Delegierte von 69 Parteien, Organisationen und Gruppen bezeugten ihren Zusammenschluß durch die etwas theatralische Geste eines Schwurs; anschließend defilierten eine halbe Million Manifestanten, an ihrer Spitze auch Daladier, mit erhobener Faust! Es war den Kommunisten zweifellos gelungen, mit ihren geschickten taktischen Anpassungen die Führung der Bewegung zu übernehmen und als aktivste Träger der Volksfrontidee in Erscheinung zu treten. Die

¹⁸ Borkenau a.a.O., S. 150. Ostprobleme VII, S. 619. Izard a.a.O., S. 17f.

¹⁹ Jaques Kayser, Souvenirs d'un militant (1934–1939) in: Cahiers de la République, 1958/12.

²⁰ Darüber gut Henry W. Ehrmann, French Labor, from Popular Front to Liberation, New York 1947, S. 5–19.

Initiative war seit dem Abschluß des Paktes mit der SFIO weitgehend an sie übergegangen. Die neue Taktik trug denn auch bald ihre Früchte: die Mitgliederzahl der PCF stieg rapid, und die Kaderpartei konnte sich zur Massenpartei ausweiten²¹. Aber man wird den 14. Juli nicht nur unter diesem Aspekt sehen dürfen: die ehrliche Begeisterung der Manifestanten, die ihren Willen zur Verteidigung der Republik und der demokratischen Freiheiten, ihre Opposition gegen wirklichen und vermeintlichen Faschismus zum Ausdruck bringen wollten, war offenkundig und bleibt als solche beachtlich²². Allerdings wird man sich rückblickend fragen, ob Veranstalter und Demonstranten auch bereit waren, aus ihrer Kampfansage an den Faschismus die Konsequenzen zu ziehen und etwa dem Problem der Aufrüstung entsprechende Beachtung zu schenken.

Der 6. Februar 1934 hat auch die CGT aufgeschreckt und ihre traditionelle Mißachtung des politisch-parlamentarischen Lebens in Frage gestellt. Nach dem erfolgreichen Generalstreik vom 12. Februar – es war eigenartigerweise eine Aktion mit ausschließlich politischem Gehalt – nahm die CGT Verbindung zu anderen nicht-parlamentarischen Organisationen auf, während die kommunistische CGTU den Zusammenschluß der Gewerkschaften forderte. Mit der Schwenkung der Komintern und der PCF übernahm dann auch sie die Taktik des Nachgebens: im Juli 1935 wurde die Vereinigung der beiden Spitzenorganisationen der Gewerkschaften beschlossen und in Toulouse im März 1936 durch den ersten gemeinsamen Kongreß sanktioniert²³. Nach außen setzte sich die CGT durch: die CGTU trat wieder in die „alte CGT“ ein, die Unabhängigkeit gegenüber Parteien und Parlament wurde aufrechterhalten, die CGTU akzeptierte die Organisationsstruktur der CGT und verzichtete auf eigene Organisationen innerhalb der Gewerkschaften. Es stellte sich allerdings bald heraus, daß damit im Sinn des CGT nur wenig gewonnen war. Indem die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sprunghaft anstieg, im Jahre 1936 allein von 1 auf 5 Mill., indem insbesondere nun die Privatindustrie erfaßt wurde, deren Belegschaft bis dahin z. T. nur minimal organisiert war, zeigte sich, daß der alten CGT die Kader fehlten, um diesen Massenandrang zu bewältigen. Hingegen konnten die Kommunisten auf ihre Zellenorganisation zurückgreifen und damit einen Vorsprung gewinnen. Sie bemühten sich besonders um die bisher nicht syndikalisierten und die nichtqualifizierten Arbeiter²⁴, andererseits um die neu ent-

²¹ 1932: 25 000 Mitglieder, 1934: 50 000, 1935: 70 000, 1936: 329 000, 1938: 550 000, *Communism in Western Europe*, hrsg. v. Mario Einaudi, 1951, S. 71.

²² „Surtout, quelles qu'aient pu être les fautes des chefs, il y avait, dans cet élan des masses vers l'espoir d'un monde plus juste, une honnêteté touchante, à laquelle on s'étonne qu'aucun cœur bien placé ait pu rester insensible.“ Marc Bloch, *L'étrange défaite*, Paris 1957, S. 210.

²³ Dazu: Jean Montreuil, *Histoire du mouvement ouvrier en France*, 1947, S. 450f. Val. R. Lorwin, *The French Labor Movement*, Cambridge (USA), 1954, S. 67f. Borkenau a. a. O., S. 139f. Ehrmann a. a. O., S. 30–35.

²⁴ Treffend bemerkt Georges Lefranc: „C'est en entraînant les inorganisés de 1935, ceux qu'ironiquement les vieux militants appellent les 'syndiqués de promotion Blum' que les communistes étendront leur influence sur la CGT“, *Le syndicalisme en France*, Paris 1953, S. 85.

stehenden Gewerkschaften und gewannen in der Folgezeit die Kontrolle über wichtige Organisationen (Eisenbahnen, Baugewerbe, Textil, Chemie, Metallindustrie u. a.). Die Verachtung des Organisatorischen, die zur syndikalistischen Tradition Frankreichs gehörte, hat zweifellos den Widerstand der alten Gewerkschaften gegenüber dem Organisationstalent der Kommunisten geschwächt²⁵.

Die Gefahr der Unterwanderung und „Kolonisation“ ist von der CGT-Führung vorerst gewiß nur teilweise gesehen worden²⁶. Jouhaux etwa hatte zwar den Zusammenschluß keineswegs begeistert begrüßt, sondern – ähnlich wie die Parteiführung der SFIO – dem Drängen der Kommunisten und dem Druck der Militants nachgeben müssen. Aber dann hatte die realisierte Einheit und die Atmosphäre der Volksfront manches anfängliche Mißtrauen zerstreut, zumal man sich wohl auf die stärkere Ausgangsposition verließ. „La psychose de la menace fasciste suscite la mystique de l'unité“²⁷.

3. Die Ausarbeitung eines kohärenten Programms der Volksfront, das bei einer Übernahme der Regierungsverantwortung maßgeblich sein sollte, erwies sich als schwierig. Der Kampf gegen Faschismus und Ligen und die Polemik gegen die Deflationspolitik waren vornehmlich negative Positionen und boten dafür wenig positive Anhaltspunkte. Die Divergenzen zwischen den Koalitionsparteien zeigten sich bald und zwar in eigenartiger Weise: das von der CGT und der SFIO in den Jahren 1934–35 viel diskutierte „Plan“-Programm, das die Nationalisierung der Schlüsselindustrien und Kreditinstitute vorsah, wurde von den Radikalsozialisten und den Kommunisten abgelehnt²⁸. Die Wahlplattform der Volksfront bekam somit einen stark propagandistischen Charakter: Auflösung der Ligen, Polemik gegen die Deflation, aber Vermeidung einer Inflation; „faire payer les riches“ im Sinne einer Steigerung der Steuerprogression; Kampfansage an die „200 familles“, die angeblich die französische Wirtschaft kontrollierten – ein von Daladier geprägtes Schlagwort; Ausbau der Sozialversicherung, Herabsetzung der Arbeitszeit, kollektive Arbeitsverträge; Nationalisierung der Rüstungsindustrie und Reorganisation der Banque de France; öffentliche Arbeiten. Diese Programmpunkte, die sichtlich auf die Parteikoalition der Volksfront abgestimmt waren, wurden jedoch später von der sozialistischen Partei und vor allem von Léon Blum als eigenes kohärentes Wirtschafts- und Finanzprogramm ausgegeben. Im Sinne der damals viel erörterten Kaufkrafttheorie interpretierte man die Wirtschaftskrise als Unterkonsumtionskrise, der durch Erhöhung der Kaufkraft begegnet werden müsse. Die Steigerung der Kaufkraft werde die Produktion anregen, Rationalisierungsmaßnahmen erlauben und somit größere Preissteigerungen vermeiden lassen und die Arbeitslosigkeit

²⁵ Lorwin beim Vergleich zwischen französischen und amerikanischen Gewerkschaften, *Reflections on the history of the French and American Labor Movements*, in: *Journal of Economic History* 1956/1, S. 55.

²⁶ Wenn nach dem Kriege behauptet wurde, man habe damals die Gefahren durchaus gesehen, so überzeugt das nicht, vgl. Lorwin, *The French Labor Movement*, S. 71, Anm. 12.

²⁷ Montreuil a.a.O., S. 457.

²⁸ Ehrmann a.a.O., S. 63–67. Montreuil a.a.O., S. 459. Borkenau a.a.O., S. 134.

absorbieren. Trotz Steuersenkungen und eines defizitären Budgets werde sich auf erhöhtem Niveau – dank einer Steigerung der Steuereingänge – ein neues Gleichgewicht ergeben. Neben neosozialistischen Gedankengängen hat hier der New Deal entscheidend eingewirkt. Die Krise sollte also überwunden werden durch eine Erneuerung und Anpassung des kapitalistischen Systems, und zwar mit Mitteln, die diesem System entsprachen, nicht aber durch seine Abschaffung. Faktisch war man beim Reformismus angelangt. In der Parteiprogrammatik jedoch wurde weiterhin die revolutionäre Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft propagiert²⁹. Dies führte zu einer offensichtlichen Spannung zwischen praktischer Ausrichtung und traditioneller Ideologie, die – wie noch zu zeigen sein wird – zum Mißerfolg des „Experiments Blum“ wesentlich beitrug.

Entsprechende Schwierigkeiten zeigten sich auch in der Stellungnahme zur Außenpolitik. Die Kritik an Laval's Haltung gegenüber Italien, die Forderungen nach neuen Abrüstungsverhandlungen und die Unterstützung des französisch-russischen Beistandspakts, der als Friedensinstrument interpretiert werden konnte (allerdings stand der pazifistische Flügel innerhalb der SFIO dem Pakt sehr kritisch und z. T. ablehnend gegenüber), waren mit der bisherigen Parteilinie relativ leicht vereinbar. Bereits die Stellungnahme zum Einmarsch deutscher Truppen ins Rheinland jedoch ergab Schwierigkeiten: Entsprach er der früher geforderten Revision untragbarer Bestimmungen des Versailler Friedens, oder handelte es sich um eine erste aggressive Handlung Hitlerdeutschlands³⁰? In diesem Fall mußte ihr mit Gewalt begegnet werden; mindestens hieß es die Armee auf die Abwehr weiterer Aggressionen vorbereiten. Die sozialistische Partei hatte aber bisher Militärkredite zurückgewiesen und die Verlängerung der Dienstzeit und die materielle Aufrüstung abgelehnt. Wie war nun letztere in Einklang zu bringen mit dem tief eingewurzelten Pazifismus oder dem zum Teil damit verbundenen Mythos des revolutionären Aufstandes im Moment des Kriegsausbruchs? Léon Blum war konsterniert, als 1935 Stalin die Notwendigkeit einer französischen Aufrüstung vertrat³¹! Es schien unfaßlich, daß Moskau die langjährige Auseinandersetzung der französischen Sozialisten mit den französischen Nationalisten und Kapitalisten in Politik und Armee desavouieren konnte. Blum hat zwar recht bald die sich aufdrängende Anpassung vollzogen und schließlich, als Ministerpräsident, die Wiederaufrüstung energisch vorangetrieben. Die Militants der Partei jedoch sind nicht entsprechend „umerzogen“ worden, sei es, daß man sich die bestehende Inkonsequenz nicht eingestehen wollte, sei es, daß man eine negative Reaktion in der Partei-Anhängerschaft befürchtete. In der Wahlpropaganda ist kein Versuch gemacht worden, die Massen

²⁹ „C'est le renversement total du régime capitaliste qui demeure et demeurera jusqu'à sa réalisation complète le but révolutionnaire de notre Parti et la préface nécessaire de la construction de l'ordre socialiste“: Léon Blum in: „Le Populaire“ 2. Juni 1936, zit. bei Drachkovitch a.a.O., S. 107.

³⁰ Léon Blum, *Exercice du pouvoir*, 1937, S. 133. Marcus a.a.O., S. 166.

³¹ Blum im „Populaire“ 17. Mai 1935, zit. bei Borkenau a.a.O., S. 128. Marcus a.a.O., S. 121 f.

auf die konkreten Voraussetzungen einer energischen Volksfront-Außenpolitik aufmerksam zu machen. Die Polemik gegen die „marchands de canons“ bot im Moment, da Hitler aufrüstete, zweifellos keinen realistischen Ausgangspunkt! Hier ist die SFIO, befangen in ihrer eigenen Überlieferung, den Weg des geringsten Widerstandes gegangen³². Das gleiche kritische Argument wird man auch gegen die CGT und das linksintellektuelle „Comité de vigilance“ mit seinem ausgeprägten Pazifismus vorbringen müssen.

Die Kammerwahlen vom Mai 1936 brachten der Volksfront eine klare Mehrheit. Das Entscheidende des Ergebnisses lag allerdings nicht hierin, sondern in der Kräfteverschiebung innerhalb der Linken. Die Wählerzahl der Radikalsozialisten war um 400 000 zurückgegangen, die Zahl der Abgeordneten von 157 auf 109; die Sozialisten, die ihre Wählerzahl halten konnten, verfügten nun über 149 Deputierte (bisher 129); die Kommunisten erhielten 1,5 Mill. Stimmen (1932: 796 000) und erhöhten ihre Parlamentsvertretung von 12 auf 72. Die PCF hatte zweifellos in die sozialistische Anhänger- und Wählerschaft einbrechen können (insbesondere in der Pariser Region), profitierte aber auch von der wirtschaftlichen Krise im Kleinbürgertum, während die SFIO vorwiegend von den Radikalsozialisten Zuzug erhielt. Die soziale Basis der sozialistischen Partei verschob sich damit weiter nach rechts. Das Wahlergebnis zeigt aber auch, daß die Abwendung von der ultralinken Taktik der KPF den erstrebten Erfolg eingebracht hatte. Die Parole der Verteidigung der Republik und der demokratischen Freiheiten hatte sie dem französischen Wähler zugänglicher und damit zum ernststen Konkurrenten der Sozialisten gemacht. Als neuer Träger des Mythos der Revolution und der Verteidigung des Proletariats wie auch der Republik rückte die isolierte Kleinpartei zur koalitionsfähigen Großpartei auf.

Die SFIO als nunmehr stärkste Fraktion mußte die Regierungsverantwortung übernehmen. Es war jene Situation eingetreten, die Léon Blum als „exercice du pouvoir“ bezeichnet hatte. Während „conquête du pouvoir“ eine revolutionäre Machtergreifung oder Ministerpräsidentenschaft mit sozialistischer Kammermehrheit bedeutete und damit die Möglichkeit sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaft einschloß, sollte „exercice du pouvoir“ dann gelten, wenn die SFIO zwar stärkste Fraktion war, eine Regierung aber nur durch Koalition mit der bürgerlichen Linken gebildet werden konnte; in diesem Falle war keine sozialistische Politik, sondern nur Reformpolitik innerhalb der bestehenden Ordnung möglich. Es galt dann, dieser Ordnung möglichst weitgehende Reformen im Interesse der Arbeiterschaft abzugewinnen. Blum hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß seine Regierung von 1936 nur als „exercice du pouvoir“ verstanden werden dürfe und ihre Politik nicht als eigentlich sozialistisch³³. War sich aber die Anhängerschaft – Militants der

³² Ein Ansatz zur Selbstkritik findet sich in: A l'échelle humaine, in: Léon Blum, Oeuvre, Bd. Mémoires, Paris 1955, S. 465, 454.

³³ Auf dem SFIO-Parteikongreß am 31. Mai 1936; Exercice du pouvoir, S. 53. Hier soll bereits einer Kritik und Enttäuschung vorgebeugt werden! Weitere Formulierungen: S. 241, 246. Sehr klar auch Paul Faure im „Populaire“ am 6. Juni 1936.

Partei, Wähler, Gewerkschaftler – dieser Situation bewußt und zu den entsprechenden Konzessionen bereit? Konnte sie sich mit einer Politik zufrieden geben, die zwar dem „exercice du pouvoir“ entsprach, nicht aber dem ideologischen Ansatz einer angeblich noch immer revolutionären Partei und den hochgespannten Erwartungen, die Wahlkampf und Wahlerfolg erzeugt hatten? Mußten sich hier nicht Enttäuschungen einstellen? Léon Blum hat diese Probleme selbst gesehen³⁴. Er hat sich durchaus legal verhalten, die Installierung seines Kabinetts in korrekter Weise vorbereitet, legal regiert und Spannungen abzubauen versucht und ist auch ohne Widerstand zurückgetreten, als ihm der Senat im Juni 1937 das Vertrauen verweigerte. Um jedoch die Parteidoktrin aufrechterhalten zu können und dem Drängen des linken Parteiflügels entgegenzukommen, hat er gleichzeitig doch noch den revolutionären Ausweg offen zu lassen versucht³⁵. Damit aber ließen sich weder Enttäuschung noch Kritik von seiten der Militants der Partei und Gewerkschaften verhindern, während die bürgerliche Mitte und Rechte einmal mehr sich vor den Kopf gestoßen fühlte. Die Angst vor der Volksfront und die Kritik am „Experiment Blum“ steigerten sich zu eigentlichem Haß, genährt und getragen von dem nicht unberechtigten Argument, daß die SFIO ihre revolutionären Ziele nicht verleugnet habe. Man möchte meinen, Léon Blum und die SFIO seien Gefangene ihrer eigenen Formeln geworden.

Es scheint, daß die Kommunisten nicht eine Regierung Blum, sondern eine Regierung Daladier mit sozialistischer Beteiligung erwartet hatten; diese hätte ihrer bisherigen Linie der Volksfront-Taktik, dem sowjetischen Interesse am französisch-russischen Pakt und ihrer Konkurrenzposition gegenüber den Sozialisten am besten entsprochen³⁶. Trotz sozialistischer Bemühungen lehnte Thorez eine Beteiligung an der Regierung Blum ab und stellte nur eine parlamentarische Unterstützung in Aussicht. Die PCF behielt damit ihre Bewegungsfreiheit und konnte im gegebenen Moment zur Kritik von links ansetzen. Man wird aber sagen müssen: die Kommunisten nahmen für sich nun die gleiche Position in Anspruch, wie sie die SFIO gegenüber den Radikalsozialisten innerhalb des „Cartel des Gauches“ eingenommen hatte!

4. Die Regierungsübernahme durch das Kabinett der Volksfront vollzog sich in

³⁴ Exercice, S. 59.

³⁵ „Mais s'il se trouvait que nous échouions, s'il se trouvait que des résistances insurmontables nous obligent à constater qu'il est impossible d'amender du dedans la société actuelle, qu'il est impossible d'exécuter, dès à présent, cette oeuvre de salut nécessaire pour la nation tout entière, je serais, moi, alors le premier à venir vous le dire. Je serais le premier à venir vous dire: c'était une chimère, c'était un rêve vain, il n'y a rien à faire de cette société telle qu'elle est, on ne peut rien en attendre, les résistances de l'égoïsme ou de la routine, ou de l'intérêt sont insurmontables. Je serais le premier à venir vous dire pourquoi, et comment nous avons échoué, et quelles conséquences vous devez en tirer.“ „Exercice“, S. 55. Dieser Passus wurde vom Parteikongreß begeistert aufgenommen!

³⁶ Belege dazu werden kaum zu finden sein. Die Gesamtpolitik der Kommunisten 1934–1938 weist aber darauf hin. Bezeichnenderweise hieß der kommunistische Slogan bei der Demonstration des 14. Juli 1935 „Daladier au pouvoir“.

einer völlig ungewöhnlichen Gesamtsituation: seit Mitte Mai stand Frankreich in der größten Streikaktion seiner Geschichte³⁷. Über die Einzelvorgänge ist hier nicht zu berichten. Die Streikwelle setzte einige Tage nach den Kammerwahlen in der Flugzeugindustrie der Provinz ein, gewann dann die Pariser Region und weitete sich auf einen Großteil der Maschinenindustrie, des Baugewerbes, der Warenhäuser u. a. aus. Neu für Frankreich war die Form der Fabrikbesetzung. Die Arbeiter richteten sich in den Betrieben häuslich ein und organisierten Aufsichtsorgane; doch kam es zu keinerlei Zerstörungen oder Sabotageakten. Im Vergleich zu früheren und späteren Streiks fehlte die Verbitterung und Härte der Kampf Stimmung; es herrschte eine Atmosphäre von „kermesse“, „une joie pure, une joie sans mélange“ (Simone Weil). Im Unterschied zu den Fabrikbesetzungen in Italien 1920 machten die Streikenden keine Versuche, die Leitung der Betriebe selber zu übernehmen.

Es steht heute fest, daß diese große Streikaktion im wesentlichen spontan ausgebrochen ist und sich vor allem spontan ausgebreitet hat. Verdächtigungen (Provokation durch die Arbeitgeber, um Blum zu kompromittieren; Anstiftung durch kommunistische, anarchistische oder trotzkistische Elemente u. a.) haben sich als haltlos erwiesen. Aufschlußreich ist vor allem, daß auch die CGT-Führung überrascht wurde (die ersten Streiks fanden in der Gewerkschaftspresse wenig Beachtung; keine interprofessionellen Abmachungen); ungezählte Streiks brachen in Betrieben ohne Gewerkschaftsorganisation aus. In der Metallindustrie waren nur 4,7% der Arbeiter organisiert³⁸, während ein Streik bei den Eisenbahnen und den öffentlichen Diensten, die allein etwa 60% der CGT-Mitglieder stellten, auf gewerkschaftliche Veranlassung verhindert werden konnte. Die Gewerkschaften wurden von der Massenbewegung überrannt, fanden zum Teil bei den Arbeitern keinen Gehorsam und konnten ihren Einfluß nur schrittweise zur Eindämmung und schließlich zur Beendigung des Streiks geltend machen³⁹.

Der spontane Ausbruch muß als Reaktion der Arbeiterschaft auf den Sieg der Volksfront verstanden werden. Wahlvorbereitungen und Wahlerfolg hatten eine Atmosphäre hoher Erwartungen („cela va changer“) geschaffen; der Unwille gegenüber der Deflationspolitik und die Mißstimmung infolge Ganz- und Teil arbeitslosigkeit konnten sich auslassen; das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft war gestärkt worden, und der Zeitpunkt ihrer Anerkennung als vollberechtigter Sozial-

³⁷ Dazu: Jacques Danos et Marcel Gibelin, Juin 36, Paris 1952. Montreuil S. 473 f. Michel Collinet, L'ouvrier français. Esprit du Syndicalisme, Paris 1951, S. 103 f.

³⁸ Collinet a.a.O., S. 112 f. In der Chemie nur 2%, im Bergbau hingegen 23%, im Transportgewerbe 33%.

³⁹ Während der Verhandlungen um die Accords Matignon weisen die Vertreter der Volksfront darauf hin, daß die mangelhafte Kontrolle der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften auf die Politik der Arbeitgeber zurückzuführen sei, die während der Krise die gewerkschaftlichen Aktivisten systematisch ausgeschlossen hätten. Und Richemont, Präsident des Verbandes der Metallindustrie in der Pariser Region, habe zustimmend geantwortet: „c'est vrai, nous avons eu tort.“ Exercice, S. 103; wiederum Mémoires, S. 262.

partner schien endlich gekommen. Konkrete materielle Forderungen haben keineswegs im Vordergrund gestanden. Repressive Maßnahmen waren von einer sozialistischen Regierung nicht zu erwarten; Volksfront-Gemeindeverwaltungen haben die Streikenden materiell unterstützt. Daß zwischen Wahlerfolg und Investierung der Regierung Blum ein Monat verstrich, erregte Ungeduld. Die alte syndikalistische Geisteshaltung mit ihrem Mißtrauen gegenüber Parlament und Staatsgewalt und ihrem Anspruch, durch Streiks die eigenen Forderungen zu erzwingen, hat zweifellos mitgesprochen. Wäre auch in der Privatindustrie eine starke gewerkschaftliche Organisation vorhanden gewesen – wie in anderen Ländern –, und hätten engere organisatorische und personelle Beziehungen zwischen CGT und SFIO bestanden, so wäre der Streik wohl kaum ausgebrochen, jedenfalls nicht in diesem Umfang. Der spontane Unabhängigkeitswille und die Abneigung, sich Organisationen einzufügen und ihren Direktiven zu folgen, sind damals aufs neue bekundet worden und haben dieser Streikwelle eine charakteristisch französische Prägung gegeben.

Die Regierung Blum hatte unterdessen am 4. Juni ihr Amt angetreten. Sie für die Fabrikbesetzungen verantwortlich zu machen, wie es im Prozeß von Riom mindestens der Tendenz nach versucht worden ist, geht nicht an. Die Streikaktion vor und während der Regierungsübernahme hat Léon Blum in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt und ihm die schwierige Aufgabe zugewiesen, als Sozialist die durch Streiks gestörte Ordnung und Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Es ist offensichtlich, daß die Streikwelle den Widerstand von bürgerlicher Seite gegen eine Regierung der Volksfront verstärkt hat. Die Fabrikbesetzungen waren für eine Volksfront-Regierung nur dann wertvoll, wenn sie als Ansatz eines Durchbruchs zur Revolution dienen konnten. An einen solchen Schritt aus der Legalität heraus hatten jedoch weder Blum noch Jouhaux gedacht. Man war sich durchaus bewußt, daß die Volksfront auf die Unterstützung der Radikalsozialisten und auch der bäuerlichen Bevölkerung angewiesen blieb; im übrigen hätte ein revolutionärer Versuch in einem Moment, da selbst die Streikenden den gewerkschaftlichen Organisationen und der Partei entglitten und auch keine eigentliche revolutionäre Stimmung herrschte, wohl kaum zum Erfolg geführt – eher zu Anarchie oder Bürgerkrieg. Und dies mußte schon im Hinblick auf die außenpolitische Situation unter allen Umständen vermieden werden⁴⁰.

Andererseits mußte es Léon Blum ablehnen, dem offensichtlich verletzten Recht auf Schutz des Eigentums – die Illegalität der Fabrikbesetzungen wurde durchaus anerkannt – mit den Mitteln der Polizei und Armee Geltung zu verschaffen. Eine Volksfrontregierung konnte diesen Weg nicht beschreiten. Aber auch rein objektiv waren die Voraussetzungen dafür kaum gegeben. Wenn Blum später zu seiner Verteidigung das Argument anführte, ein polizeiliches Eingreifen hätte zu einer sofor-

⁴⁰ Wenn heute etwa aus dem Umkreise Jean-Paul Sartres Léon Blum mangelnder Revolutionswille und somit Verrat an der Arbeiterklasse vorgeworfen wird, so bedeutet dies eine ideologisch verzeichnete Einschätzung der damaligen Situation. Colette Audry, *Léon Blum ou la politique du Juste*, Paris 1955, S. 115.

tigen Wandlung der Streiksituation, zur Entfaltung einer Kampf Stimmung und dann zu schweren Unruhen oder gar zum Bürgerkrieg geführt, so wird man ihm weitgehend recht geben müssen⁴¹. Ein Vergleich mit dem 30. Oktober 1938 geht fehl, da es sich 1936 nicht um einen geplanten 24stündigen Generalstreik handelte, der energische Gegenmaßnahmen erlaubte. Blum konnte denn auch darauf hinweisen, daß zwar einzelne Fabrikbesitzer, nicht aber die großen Arbeitgeberorganisationen den Einsatz von Polizei verlangt hätten. Die Lage schien vielmehr den letzteren so bedrohlich, daß sie Rettung allein von der persönlichen Einwirkung des sozialistischen Parteiführers erwarteten. Auch der Präsident der Republik, Lebrun, hat Blum aufgefordert, sich – noch ehe die neue Regierung dem Parlament vorgestellt worden war – in einer Radioansprache an die Streikenden zu wenden⁴². Blum hat dies getan; ähnlich der Arbeits- und der Innenminister am 5. und 6. Juni.

Nach einigem Zögern hat die Regierung die Verhandlungen der Sozialpartner selber in die Hand genommen; die Initiative zu einem solchen Spitzentreffen scheint jedoch von Arbeitgeberkreisen ausgegangen zu sein⁴³. Da sowohl die Spitzenverbände der Industrie wie die Gewerkschaften an einer baldigen Beilegung des Konflikts interessiert waren, konnten bereits am 7. Juni die bekannten Accords Matignon unterzeichnet werden. Sie hatten zum Inhalt: sofortigen Abschluß kollektiver Arbeitsverträge; Anerkennung der Gewerkschaften und Einstellung jeglicher Diskriminierungsmaßnahmen wegen Gewerkschaftszugehörigkeit und -tätigkeit; Wahl von Arbeiterdelegierten in den Betrieben; Anpassung anormal tiefer Löhne⁴⁴ und eine allgemeine Lohnerhöhung von durchschnittlich 12%. Diese Vertragsbestimmungen wurden ergänzt durch eine Reihe von Sozialgesetzen, die in den folgenden Tagen im Parlament zur Abstimmung gelangten: Einführung der Vierzigstundenwoche; Gesetz über den kollektiven Arbeitsvertrag; bezahlter Urlaub von zwei Wochen; Nationalisierung eines Teils der Rüstungsindustrie und Reorganisation der Banque de France.

Accords Matignon und Sozialgesetzgebung müssen als Einheit gesehen werden. Ihre Bestimmungen entsprechen weitgehend dem Programm der Volksfront; ihre Annahme war zudem von den Streikausschüssen als Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Arbeit ausgegeben worden. Arbeitgeber und Regierung standen unter dem Druck der Massenbewegung, und auch Deputiertenkammer und Senat haben sich ihm fügen müssen. Eigentlicher Widerstand trat nicht in Erscheinung, das Parlament war momentan faktisch ausgeschaltet! Es ist fraglich, ob die Radikalsozialisten – insbesondere auch im Senat – in normalen parlamentarischen Verhand-

⁴¹ „Je suis convaincu aujourd’hui encore que l’emploi de la force brutale, dans les semaines qui ont suivi ma prise du pouvoir, aurait pu déchaîner une véritable guerre civile que j’ai voulu, à tout prix, prévenir.“ Mémoires, S. 149, ähnlich S. 209, 265, 309.

⁴² Mémoires, S. 259, 316.

⁴³ Mémoires, S. 260.

⁴⁴ Anormal tiefe Lohnkategorien bestätigt auch R. P. Duchemin (Präsident der Confédération Générale de la Production Française), L’accord Matignon, ce que j’ai vu et entendu, in: Revue de Paris, 1937/1, S. 592.

lungen ihre Einwilligung zu so weitgehenden Sozialgesetzen und Lohnerhöhungen gegeben hätten. Insofern hat die außerparlamentarische Pression Léon Blum seine Tätigkeit erleichtert. Andererseits wäre die Regierung wohl lieber schrittweise vorgegangen und hätte so die einzelnen Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzsituation besser anpassen können; die sofortige Einführung der Vierzigstundenwoche – und zwar als Fünftageweche – wäre dem Parlament kaum vorgelegt und noch weniger bei den Abstimmungen durchgebracht worden. (Im Programm der Volksfront war nur von einer Herabsetzung der Arbeitszeit die Rede gewesen⁴⁵.) In dieser Beziehung ist das „Experiment Blum“ gerade durch die Anfangserfolge in seiner weiteren Entwicklung gehemmt worden.

5. Es wurde erwähnt, daß die Kaufkraft-Theorie eine Anpassung der Konsumkraft an die Produktion – durch Lohnsteigerungen, öffentliche Arbeiten, Steuerermäßigungen – zum Ziele hatte und das allgemeine Reallohnniveau heben sollte. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Da die Lohn/Preis-Spirale in Bewegung geriet, hat sich das Realeinkommen der Arbeiterschaft in der Periode der Volksfront nur um wenige Prozent erhöht⁴⁶. Die Produktion, die man durch die Hebung der Kaufkraft anzuregen gehofft hatte, ging vorerst, durch die Auswirkungen des Streiks gehemmt, zurück, stieg dann zwar nach der Abwertung im Oktober 1936 leicht an, um aber im Frühling 1937 erneut abzufallen oder zu stagnieren. Frankreich machte die wirtschaftliche Erholung, die allgemein 1933 einsetzte und sich nach 1936 auch in den Ländern der Franc-Zone auswirkte, nur sehr begrenzt mit. Die französische Industrieproduktion lag 1938 noch 25% unter dem Niveau von 1929⁴⁷. Von Arbeitgeberseite hat man dafür ausschließlich die Volksfront verantwortlich gemacht. Steigende Preise und Abwertung haben sich zweifellos psychologisch negativ ausgewirkt⁴⁸. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß das massive Ansteigen der Lohnkosten, das durch Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, bezahlten Urlaub und dann weitere Lohnanpassungen bedingt war⁴⁹, produktionshemmend wirken mußte und das an sich schon weit überhöhte französische Preis-

⁴⁵ In einer Ansprache am 9. 4. 1937 vor der Fédération Socialiste de la Seine gab Blum zu, daß die Fünftageweche nicht seinen Ansichten entsprochen hatte und der Regierung faktisch aufgezwungen wurde. Zit. André Piettre, *La politique du pouvoir d'achat devant les faits*, Paris 1938, S. 145, Anm. 1.

⁴⁶ Je nach statistischer Auswertung wird eine Erhöhung von 0–10% angenommen. Für Beamte und kleine Rentner hat eher eine Kaufkraftverminderung stattgefunden. Dieses negative Ergebnis der Volksfront wird auch von sozialistischer Seite bestätigt, vgl. Etienne Weill-Raynal, *Les obstacles économiques à l'expérience Léon Blum*, in: *La Revue Socialiste* Nr. 98, 1956, *passim*.

⁴⁷ Louis Pommery, *Aperçu d'histoire économique contemporaine*, vol. I, Paris 1952, S. 313.

⁴⁸ *Revue d'économie politique* 1937, S. 765.

⁴⁹ Ende 1937 soll diese Erhöhung der Lohnkosten etwa 70% ausgemacht haben, bestehend aus: 12% Lohnerhöhung Accords Matignon, Anpassung der tiefsten Lohnkategorien, Urlaub 4%, Verkürzung der Arbeitszeit 20% und nachfolgende Erhöhungen, Pommery S. 308; Piettre hat die Erhöhung der Lohnkosten auf 63–101% errechnet, a.a.O., S. 92; vgl. auch C. J. Gignoux, *L'Economie française entre les deux guerres*, Paris 1942, S. 305.

niveau noch auffälliger in Erscheinung treten ließ und den Export erschwerte. Ein Gleiches gilt für die Einführung der Vierzigstundenwoche⁵⁰. Die Herabsetzung von 48 auf 40 Stunden, das streng gehandhabte Verbot von Überstunden – das zur Absorption der Arbeitslosigkeit notwendig erschien – und vor allem die Einführung der Fünftagewoche mußten zu Anpassungsschwierigkeiten führen, bei gut beschäftigten Betrieben sogar zu Produktionseinschränkungen⁵¹. Die Atmosphäre der Volksfront, die weiterhin angespannten Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, die Angst auch vor weiteren Eingriffen des Staates in die Wirtschaft (eventuelle Nationalisierungen!) haben den Anreiz zur Investierung gedämpft; die Emissionen fielen 1936 stark ab und gingen zudem mit einer weiteren Verlagerung auf die öffentliche Hand einher⁵².

Es besteht andererseits kein Zweifel, daß der Produktionsapparat Frankreichs veraltet und daher höchst ungeeignet war, die Sozialreformen der Volksfront aufzunehmen und dem theoretischen Modell der Kaufkrafttheorie zu entsprechen. Die französische Wirtschaft hatte den Nachkriegsboom nicht mit gleicher Vehemenz wie andere Industrieländer mitgemacht, blieb noch wesentlich von der Agrarproduktion bestimmt, hatte sich zusehends von den Auslandsmärkten abge sondert und die Produktion am Inlandskonsum ausgerichtet. Ein Netz von Monopolsituationen, Absprachen, Verbandspositionen – wenig kontrolliert durch die Konkurrenz des Auslandes – beraubte die französische Wirtschaft ihrer Flexibilität. In der Depression war der Produktionsapparat erst recht nicht erneuert worden; Investierungskredite standen zudem nur zu hohem Zinsfuß zur Verfügung. Die traditionell konservative Haltung des französischen Unternehmertums hat sich nach dem Wahlerfolg der Volksfront noch verdeutlicht.

So ist denn die erwartete Absorption der Arbeitslosen nicht erfolgt; ihre Zahl ist 1936–1937 nur leicht zurückgegangen, die Teilarbeitslosigkeit hingegen gestiegen. Es zeigte sich, daß sie insbesondere die ungelerten Arbeiter traf und daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit keineswegs eine sofortige Einstellung neuer Arbeiter

⁵⁰ Es ist allerdings richtig, daß – wie vor allem von sozialistischer Seite betont wird – 1936 nur ein Teil der Betriebe überhaupt 48 Stunden oder auch nur 40 Stunden gearbeitet hat, und daß sich die verkürzte Arbeitswoche oft nur in der Erhöhung der Lohnkosten und nicht in einem Produktionsausfall auswirkte. Diese Unterbeschäftigung galt aber nur für Teilbereiche der französischen Wirtschaft, und anscheinend besonders für die Kleinbetriebe. Eine Umfrage bei Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern am 1. Juni 1936 habe ergeben, daß 67% 48 Stunden und mehr, 26% 40–48 Stunden arbeiteten. Fernand Maurette, *Die soziale Neuordnung in Frankreich*, in: *Internationale Rundschau der Arbeit*. Bd. 2. 1937/9, S. 800.

⁵¹ Darüber ausführlich Piettre a.a.O., S. 125f. Die „rigidité“ der Arbeitszeitverkürzung wird besonders kritisiert. Weill-Raynal versucht nachzuweisen, daß die franz. Wirtschaft die Verkürzung der Arbeitszeit 1938 absorbiert habe, weil die Produktion wieder anstieg, S. 56. Aber gerade 1938 sind die Bestimmungen für Überstunden gelockert worden! Man vergleiche zudem, wie gerade heute der Übergang von der 48-Stundenwoche auf die 40-Stundenwoche schrittweise erfolgt, um Anpassungsschwierigkeiten zu vermeiden.

⁵² Pommery, S. 319. Charles Bettelheim, *Bilan de l'économie française 1919–1946*, Paris 1947, S. 114–115.

ermöglichte⁵³. Vor allem im Bergbau fehlte es an gelernten Kräften, so daß nicht nur die Leistung pro Mann und Tag, sondern auch die Gesamterzeugung wesentlich zurückging⁵⁴. Da die Arbeitszeitverkürzung als Fünftagewoche erfolgte, bestand für die Industriebetriebe ohnehin wenig Veranlassung, mehr Personal einzustellen. Massenweise Neueinstellungen mußten und konnten zwar z. B. bei den Eisenbahnen (etwa 80 000) erfolgen, bedeuteten aber eine Erhöhung der Betriebskosten und des den Staatshaushalt belastenden Defizits.

6. Wenn man nach der Kaufkrafttheorie glaubte, trotz Erhöhung von Löhnen und Staatsausgaben inflationäre Auswirkungen vermeiden zu können, so sollte sich das bald als Täuschung erweisen. Bereits vor der Volksfront-Regierung hatte eine massive Goldflucht eingesetzt, sei es ins Ausland oder als private Hortung. Nach den Wahlen nahm die Bewegung noch größeres Ausmaß an und zog die Goldreserven der Bank von Frankreich stark in Mitleidenschaft. Beamtengehälter wurden erhöht, Neueinstellungen vorgenommen, Darlehen an Mittel- und Kleinbetriebe vergeben, öffentliche Arbeiten in die Wege geleitet. Der Staatshaushalt kam erneut aus dem Gleichgewicht, und die Banque de France mußte wieder für umfangreiche Vorschüsse an den Staat herangezogen werden. In der Vertrauenskrise unter inflationären Vorzeichen stieg der Kurs von Pfund und Dollar, und am 1. Oktober 1936 mußte die erste Abwertung vorgenommen werden, eine Abwertung, die vorübergehend die Produktion erleichterte und – da das Preisniveau des Weltmarktes wiederhergestellt war – auch den Export ansteigen ließ, jedoch bald von neuen Preissteigerungen illusorisch gemacht wurde.

Von unserer politischen Fragestellung aus verdient die Abwertung eine etwas nähere Betrachtung. Obschon 1931 England und 1933 die Vereinigten Staaten abgewertet hatten, hatte Frankreich damals geglaubt, auf eine entsprechende Maßnahme verzichten zu können: der „Franc Poincaré“ schien gesichert, und eine starke Goldzufuhr aus den abwertenden Ländern hatte die Währung noch weiter stabilisiert. Paul Reynaud gehörte zu den wenigen, die seit 1934 eine Abwertung verlangten, und zwar als rechtzeitige Anpassung an das internationale Preisniveau und damit als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung Frankreichs. Auch von sozialistischer Seite ist eine Abwertung nicht postuliert worden; in der Wahlpropaganda 1936 wurde einer „Politik der Deflation“ die „sauvegarde du Franc“ entgegengestellt und eine „Reflationspolitik“ propagiert, die angeblich Inflation und

⁵³ „Durch die Einführung der Vierzigstundenwoche wurde der Mangel an gelernten Arbeitskräften, wenn nicht verursacht, so doch verschärft. Er ist heute kein ausschließlich französisches Übel . . . Selbstverständlich aber macht er sich besonders fühlbar in einem Lande, das die Arbeitszeit verkürzt, um die Arbeitslosigkeit zu mildern; außerdem zieht jeder neu angestellte gelernte Arbeiter 3 oder 4 ungelernete Arbeiter nach sich und umgekehrt . . .“ Maurette a.a.O., S. 813.

⁵⁴ H. W. Ehrmann, *The Blum Experiment and the Fall of France*, in: *Foreign Affairs*, 1941, S. 154.

Deutsche Kohlenproduktion Mai 36–Mai 37	+14%
Französische Kohlenproduktion	–11%

Deflation vermeiden lasse⁵⁵. Ebenso hat die kommunistische Partei vor und nach den Wahlen eine Währungsmanipulation ausdrücklich abgelehnt!

Denkbar ist, daß eine Abwertung kurz nach den Wahlen erfolgreich gewesen wäre und der französischen Wirtschaft einen starken Antrieb verschafft hätte; man hätte sie zudem als Ergebnis der voraufgegangenen Deflationspolitik und als überfällige Anpassung an die Weltwirtschaft interpretieren können⁵⁶. Als sie schließlich doch durchgeführt werden mußte, geschah das bereits im Zeichen inflationärer Tendenzen und einer leeren Staatskasse⁵⁷. Die Regierung war jedoch an ihre Wahlpropaganda gebunden und befürchtete zudem – mit Recht natürlich – eine anschließende Preissteigerung. Die Radikalsozialisten mußten in ihrer Rücksichtnahme auf das Mittel- und Kleinbürgertum ohnehin Gegner einer Abwertung sein. Léon Blum weist zudem darauf hin, daß man eine Abwertung zu vermeiden hoffte, weil – im Unterschied zu den Vereinigten Staaten bei Regierungsantritt Roosevelts – in Frankreich wesentliche Goldbeträge gehortet waren und nun zur Finanzierung einer Politik der Kaufkraft herangezogen werden sollten⁵⁸. Diese Hoffnung mußte sich aber als trügerisch erweisen, denn eine Regierung der Volksfront mit ihren recht demagogischen Parolen gegen den Reichtum und einer unklaren Einstellung zum Privateigentum konnte mit einer Politik der „Enthortung“ schwerlich Erfolge erzielen. Rückfluß gehorteter oder ins Ausland geflüchteter Kapitalien war an die Spielregeln des kapitalistischen Systems und an eine Atmosphäre des Vertrauens gebunden. Es bedeutete daher eine Verkennung der Situation, wenn man von der Sabotage der Finanzmächte oder – wie früher Herriot – von dem „mur d'argent“ sprach, an der die Linksregierung gescheitert sei. Neben offensichtlichen Fehlentscheidungen lag das grundlegende Problem der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Volksfront darin, daß sie innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems erfolgen mußte, dessen Spielregeln aber im Grunde nicht anerkannte und ständig verletzte – andererseits aber nicht einmal jene Maßnahmen treffen konnte, die die minimalen Voraussetzungen für den Erfolg eines sozialistischen Experiments (Devisen-, Preis-, Investierungskontrolle, gründliche Reform der Banque de France und des Kredit-systems) gebildet hätten. Léon Blum und sein Finanzminister Auriol sahen sich gezwungen, dieser Grundsituation Rechnung zu tragen und eine Atmosphäre des Ver-

⁵⁵ Léon Blum noch am 6. Juni 1936. Wieweit Blum selbst bereits früher die Notwendigkeit der Abwertung erkannt hat, aus parteipolitischen Gründen jedoch nicht dafür eintreten konnte, muß dahingestellt bleiben. Vgl. Reynaud, in: *Le Figaro Littéraire*, 13. 8. 1955.

⁵⁶ Prof. Charles Rist gehörte damals zu den wenigen „Experten“, die eine Abwertung forderten, Weill-Raynal a.a.O., S. 52.

⁵⁷ Unverständlich ist mir, wie Pommery, S. 309, behaupten kann, eine Abwertung sei nicht notwendig und daher falsch gewesen. Ebenso eigenartig wirkt das Argument von Gignoux a.a.O., S. 241: Frankreich habe noch über Kapitalreserven verfügt. Soll man erst abwerten, wenn der Nullpunkt erreicht ist? Und das Preisniveau auf dem Weltmarkt?

⁵⁸ Vor dem Senat am 16. 6. 1936, *Exercice*, S. 93. Und am 28./29. 9. 1936 vor der Kammer: „Nous avons aussi essayé d'obtenir, par un appel à la thésaurisation intérieure, le reflux dans la circulation d'un apport de capitaux, jusque-là inutilisés.“ S. 222.

trauens anzustreben⁶⁰. Die Proklamierung der „Pause“ am 13. Februar 1957 bedeutete einen weiteren Schritt in dieser Richtung, blieb aber faktisch ohne positives Ergebnis. Man kann sich fragen, ob die Volksfront-Führung sich dieser Situation bewußt war und danach gehandelt hat. Die These vom „exercice du pouvoir“ hätte an sich die Voraussetzung dazu gegeben; die darin enthaltenen Befürchtungen sind auch in weitem Maße eingetreten, und zwar zum Nachteil des „Experiments Blum“. Dennoch schien mindestens anfänglich die Überzeugung vorzuherrschen, daß man die auftauchenden Widerstände bezwingen oder umgehen könne – entweder durch legislative Maßnahmen, durch Druck von Gewerkschaftsseite oder einfach durch die Tatsache, daß eine Politik der Kaufkraft auch den Interessen der Finanzkreise und Unternehmer entspreche. Die Bezugnahme auf den New Deal mag dabei zu falschen Analogien verleitet haben. Verfügt den doch die Vereinigten Staaten über einen ganz anderen Wirtschaftsraum, waren Rohstoffproduzenten und daher viel unabhängiger von Auslandsmärkten; ihr Produktionsapparat war viel beweglicher und die Unternehmermentalität anpassungsfähiger und mehr an Initiative gewöhnt – und dennoch war der wirtschaftliche Erfolg des New Deal sehr fraglich und umstritten.

Die positive Seite des „Experiments Blum“ liegt ähnlich wie beim New Deal nicht im Bereich der Produktion, des Reallohnes und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern im neuen Verhältnis der Sozialpartner. Die Gewerkschaften fanden endlich ihre Anerkennung von Arbeitgeberseite und konnten nun auch in der Privatindustrie ihre Massenorganisationen aufbauen⁶⁰. Die Sozialversicherung, die vom New Deal erst geschaffen werden mußte, brauchte von der Volksfront nur ausgebaut zu werden. Die gesetzliche Regelung des bezahlten Urlaubs war längst überfällig, da ein entsprechendes Gesetz von der Deputiertenkammer bereits 1931 verabschiedet worden war! Sie bedeutete dennoch – darüber sind sich die Betrachter einig – eine kleine Revolution in der Arbeits- und Lebensatmosphäre der französischen Arbeiterschaft. Weite Kreise der Bevölkerung erhielten damit erstmals Gelegenheit, zu reisen und ihren Horizont auszuweiten. Es war billige Polemik, wenn von bürgerlich-konservativer Seite die Schaffung eines Unterstaatssekretariats „aux loisirs“ kritisiert wurde.

Wichtig waren auch die neuen gesetzlichen Grundlagen für die kollektiven Arbeitsverträge, die nun in großer Zahl abgeschlossen wurden; auch hier mußte im Vergleich zum Ausland ein offensichtlicher Rückstand aufgeholt werden⁶¹. Die Re-

⁶⁰ Finanzminister Auriol erklärte am 15. Juli 1936: „Dans leur propre intérêt, les détenteurs d'or et de devises doivent les vendre, car le danger de dévaluation est écarté. La méfiance a pu parfois être justifiée; elle ne l'est plus, car la politique économique du Gouvernement est saine.“ (Zit. b. Pommery a.a.O., S. 309.) Am 1. 10. wurde abgewertet und die Maßnahme als geplante Angleichung an den Weltmarkt interpretiert. Selbstverständlich haben Finanzkreise und politische Gegner diese Widersprüche aufgegriffen! – Blum selbst spricht vom „libéralisme économique poussé“ seiner Regierung: Exercice, S. 341.

⁶⁰ Darüber ausführlich Collinet a.a.O., S. 116.

⁶¹ Danos-Gibelin, S. 206, gibt folgende Liste der abgeschlossenen kollektiven Arbeitsverträge: 1934 – 24, 1935 – 28, 1936 – 1123, 1937 – 3064, 1938 – 972. Lorwin gibt andere Zah-

gierung erhielt dabei die Kompetenz, die von den betreffenden Organisationen abgeschlossenen Verträge regional auszuweiten und für obligatorisch zu erklären; ab Dezember 1936 konnte sie Dispute an sich ziehen und durch Einsetzung eines Schiedsrichters verbindlich regeln⁶². Staat und Gewerkschaften haben sich damit in neuer Weise in die Regelung der Arbeitsbedingungen eingeschaltet. Der Herr-im-Hause-Standpunkt des Arbeitgebers („le patron de Droit divin“) und die einseitig negativ-fordernde Haltung der gewerkschaftlichen Vertretung ließen sich nicht mehr mit der bisherigen Intransigenz aufrechterhalten. Allerdings kam man nicht über Ansätze hinaus. Die Bereitschaft, die Sozialgesetzgebung der Volksfront zu akzeptieren und auf der neuen Basis zu verhandeln, fehlte weitgehend in den Kreisen der Arbeitgeber; deren eigene Organisation wurde erweitert und umgeformt, der Widerstand versteifte sich⁶³. Die Gewerkschaften andererseits konnten ihr traditionelles Mißtrauen und ihre ideologische Ausrichtung nicht überwinden und zeigten sich an einer Entspannung der Atmosphäre nicht sonderlich interessiert. Von einer Milderung der sozialen Konflikte konnte daher kaum gesprochen werden; dennoch war das Verhältnis der Sozialpartner zueinander in ein neues Stadium getreten.

7. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Volksfront mußte auch die französische Rüstungsproduktion beeinflussen. Die Frage, ob das „Experiment Blum“ für die Niederlage von 1940 verantwortlich gemacht werden könne, hat zu einer heftigen Diskussion zwischen Vertretern der Zivilgewalt und den Militärs, zwischen Anhängern Pétains und dessen Gegnern geführt. Auch hier können wir nur einige strittige Punkte stichwortartig anführen⁶⁴. Es ist zunächst einmal festzustellen, daß die Regierung Blum großzügig Rüstungskredite zur Verfügung gestellt hat; allerdings – und das wird meistens übersehen – erst als unmittelbare Antwort auf die Erklärung der zweijährigen Dienstpflicht in Deutschland⁶⁵. Die Wahlpropaganda der

len S. 76; nur wenige Abkommen betreffen ganz Frankreich. Ausführlich auch Ehrmann a.a.O., S. 42 ff.

⁶² Darüber ausführlich Joel Colton, *Compulsory Labor arbitration in France 1936–1939*, New York 1951.

⁶³ Die negative Haltung der Arbeitgeber bestätigt auch Gignoux a.a.O., S. 309. Die CGPF wurde neu organisiert und hieß fortan *Confédération Générale du Patronat Français*. Klein- und Mittelbetriebe schlossen sich an, Koordination und Büros wurden ausgebaut. Die Unterzeichner der *Accords Matignon* wurden – mit Ausnahme von Lambert-Ribot, dem Vertreter des *Comité des Forges* – ausgeschaltet. C. J. Gignoux übernahm die Leitung.

⁶⁴ Eine Gesamtuntersuchung steht auch hier noch aus. Dazu: Général Gamelin, *Servir*, Bd. III, Paris 1946; Paul Reynaud, *La France a sauvé l'Europe*. Bd. I. Paris 1947, S. 383 f.; Blum, *Mémoires*; *Événements survenus en France de 1933 à 1945* (gesammelte Aussagen und Dokumente der parlament. Untersuchungskommission) Paris 1951. R. D. Challenger, *The defeat of 1940*, in: *Modern France*, hrsg. v. Earle, Princeton 1951; J. M. d'Hoop, *La politique française du réarmement (1933–1939)*, in: *Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale*, 1954/14.

⁶⁵ Kriegsminister Daladier habe vorgeschlagen: entweder nochmalige Erhöhung der franz. Dienstpflicht um ein Jahr oder massive Rüstung – als ob es sich hier um ein Entweder-Oder handeln konnte! Blum, *Mémoires*, S. 115, 341.

antifaschistischen Volksfront hatte kein Aufrüstungsprogramm eingeschlossen! Am 7. September 1936 wurde ein Kredit von 14 Milliarden bewilligt, der in den Jahren 1937–40 verausgabt werden sollte. Da später weitere Krediteröffnungen erfolgten, ist die Wiederaufrüstung nicht durch Mangel an Geld behindert worden; auch das Parlament der Volksfront hat hier seine Aufgabe erfüllt.

Von Volksfrontseite wird gern betont, das Programm 1937–40 sei vorzeitig erfüllt worden⁶⁶; man muß jedoch berücksichtigen, daß dieser Erfolg nur den rapid ansteigenden Produktionszahlen seit Ende 1938 zu verdanken war. Die Produktion an Panzern und Flugzeugen blieb in den Jahren 1936 und 1937 gering, sank zum Teil sogar noch ab⁶⁷.

Im übrigen besteht kein Zweifel, daß sich die Einführung der Vierzigstundenwoche gerade auf die Rüstungsproduktion nachteilig ausgewirkt hat. Der Mangel an hochqualifizierten Spezialarbeitern, die 1936 zum Teil mehr als 48 Stunden arbeiteten, hat zu einer merklichen Behinderung geführt; die Ausfälle konnten dabei kaum durch Einstellung von Arbeitslosen wettgemacht werden⁶⁸. Das Überstundenverbot wurde gerade in den nationalisierten Rüstungsbetrieben strikt durchgeführt. Zwar wären Ausnahmen für die Landesverteidigung möglich gewesen, doch wurden sie nicht beansprucht bzw. von den Gewerkschaften verhindert. Léon Blum hat im Prozeß von Riom die Frage der Überstunden in der Rüstungsindustrie zu bagatellisieren versucht⁶⁹, bestätigt aber selber in „Echelle humaine“ die Engstirnigkeit des gewerkschaftlichen Standpunktes⁷⁰. Im Parlament ist Kritik laut geworden⁷¹, doch hat die Regierung keine ernsthaften Versuche unternommen, die Dringlichkeit der Aufrüstung und die Notwendigkeit längerer Arbeitszeiten, die sich ja gerade im Vergleich zu Deutschland aufdrängten, zu unterstreichen.

Die Nationalisierung ansehnlicher Teile der Rüstungs- und Flugzeugindustrie entsprach einem alten Programmpunkt der sozialistischen Partei; sie war aber auch von den Radikalsozialisten und anderen Gruppen mehrmals verlangt worden. Sie war also vorerst parteipolitisch-ideologisch bedingt. Erst rückblickend erfolgte dann die Rechtfertigung unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Rationalisierung und Ausweitung der Produktionskapazität. Eine gewisse Berechtigung wird man diesem Argument allerdings nicht absprechen können: die 1936 nationalisierten Industrien waren in unzählige Kleinbetriebe mit oft geradezu handwerklicher Arbeitsweise (insbesondere Flugzeugzellen) aufgesplittert und boten kaum die Basis für eine

⁶⁶ Evénements II, 1, S. 204. Blum, Mémoires, S. 166, 341.

⁶⁷ Produktion leichter Panzer: 1935 2 pro Tag, 1936 1, erst 1938 wieder 2. Produktion schwerer Panzer fiel 1936 von 6 auf 3 im Monat, 1939 dann 8; Hoop a. a. O., S. 14.

⁶⁸ Evénements I, 2, S. 216.

⁶⁹ Mémoires, S. 247 f., 279 f.

⁷⁰ „Des heures supplémentaires avaient été chicanées ou refusées par les syndicats, bien qu'elles fussent s'appliquer à des fabrications urgentes; l'agitation avait persisté dans beaucoup d'usines; le rendement horaire avait fléchi.“ Mémoires, S. 463. Bezeichnenderweise sind diese Zeilen in der Gefangenschaft geschrieben worden, unter dem Eindruck der Niederlage. Seit 1945 ist ein kritisches Urteil nicht mehr mit dieser Deutlichkeit ausgesprochen worden!

⁷¹ Reynaud a. a. O., I., S. 389.

rapide Produktionssteigerung⁷². Hier setzte eine völlige Reorganisation – auch Dezentralisation – ein. Bedeutende Finanzmittel sind dafür aufgewandt worden und haben schließlich, wenn auch wohl mit einiger Verspätung, positive Resultate ergeben⁷³. Mit einer längeren Anlaufzeit mußte ohnehin gerechnet werden, bevor zur Serienproduktion übergegangen werden konnte. 1940 standen bekanntlich Panzer in beinahe ausreichender Zahl zur Verfügung. Es kann nicht der Volksfront zum Vorwurf gemacht werden, daß die Panzer z. B. ungenügend ausgerüstet waren (z. B. in bezug auf drahtlose Verbindungen), daß Abänderungswünsche die Produktion verzögerten, daß Geschwindigkeit und Reichweite gegenüber der Panzerung zu kurz gekommen waren und daß die Militärführung mehr auf Begleitpanzer der Infanterie als auf zusammengefaßte Panzerdivisionen abzielte. Versuche, den Generalstab zu rechtfertigen, können in keiner Weise überzeugen⁷⁴. Daß Léon Blum als Ministerpräsident die Vorschläge de Gaulles und Reynauds zur Aufstellung von Panzerdivisionen zwar verfolgt und zur Kenntnis genommen, faktisch dann aber auf die Defensivkraft der französischen Armee vertraut hat, wird man ihm kaum persönlich zur Last legen können, da vom Generalstab entsprechende Forderungen nicht gestellt worden sind⁷⁵.

Die Produktion in der nationalisierten Flugzeugindustrie war während der Volksfront durch viele, zum Teil von den Kommunisten lancierte Streiks (gegen den „Etat patron“) gehemmt und hat erst 1938 richtig eingesetzt. Allerdings standen 1936 nur veraltete Modelle für die Serienproduktion zur Verfügung. Die 1936 vorbereiteten Prototypen gingen – mit der normalen Vorbereitungszeit von etwa 2 Jahren – 1938 in Produktion; doch konnte der Rückstand nicht mehr aufgeholt werden⁷⁶. Die Bestellung von Flugabwehrgeschützen, Sturzkampfbombern u. a. gehörte in den Aufgabenbereich der militärischen, nicht der politischen Führung. Ähnliches gilt für die überlebte und starre Auftragserteilung, abgesehen von der überhaupt fehlenden Gesamtkonzeption.

8. Nach Tradition und Programm der Sozialisten war die Regierung Blum vorerst um eine Aktivierung des Völkerbundes bemüht. Sie wollte die Politik der kollektiven Sicherheit und die Abrüstungsanstrengungen wiederaufnehmen⁷⁷. Man gab die Hoffnung auf einen Ausgleich, selbst mit Hitlerdeutschland, nicht auf. Frankreich bemühte sich um einen neuen „Locarno-Pakt“, ohne jedoch zu greifbaren Ergeb-

⁷² Aufschlußreiche Beispiele bei Blum, *Mémoires*, S. 274, 295. *Événements* II, 1, S. 280.

⁷³ Blum, *Mémoires*, S. 295. Gignoux' Urteil S. 81 ist sicher einseitig. Wenn die Kritiker von hohen „Reibungsverlusten“ sprechen, so behaupten die Vertreter der Nationalisierung, daß diese dank ihrer Entmonopolisierung und Rationalisierung Preissenkungen ergeben habe.

⁷⁴ Ein solcher Versuch etwa bei Général Conquet, *L'énigme des blindés*, Paris 1956, S. 59 f.

⁷⁵ Über die Unterhaltung de Gaulles mit Ministerpräsident Blum: Charles de Gaulle, *Mémoires de guerre*, vol. I, *L'Appel*, Paris 1954, S. 18–20; Blum, *Mémoires*, S. 113 f. Rechtspolitiker wie z. B. P. E. Flandin waren für de Gaulles Ideen noch viel unzugänglicher als Léon Blum!

⁷⁶ Die Monatsproduktion an Flugzeugen stieg von 55 im Jahre 1938 auf 220 1939 und 300 im Jahre 1940.

⁷⁷ Darüber Survey of International Affairs 1936, London 1957, S. 344 f.

nissen zu kommen. Allerdings verbesserten sich die französisch-englischen Beziehungen, ja es kam zu einer sehr engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Mächten. Blum war sich der drohenden Isolierung Frankreichs bewußt und daher an den Beziehungen zu England besonders interessiert, mußte aber in Kauf nehmen, daß die diplomatische Führung schrittweise an Großbritannien überging.

Dies sollte sich deutlich in der Spanien-Frage zeigen, die wenige Wochen nach der Regierungsübernahme der Volksfront ganz in den Mittelpunkt der außenpolitischen Erörterungen rückte und gleichzeitig den inneren Zusammenhalt der Volksfrontpartner schwerer Belastung aussetzte. Ein Erfolg der Aufständischen mit italienischer und deutscher Unterstützung bedeutete eine dritte faschistische Regierung an den Grenzen Frankreichs und damit eine fast völlige Einkreisung. In Volksfrontkreisen begleitete man die gleichgerichteten Anstrengungen in der spanischen Nachbarrepublik mit lebhafter Sympathie. Der Aufstand gegen die legale Regierung forderte Vergleiche mit dem 6. Februar 1934 und den Ligen heraus. Er mußte als gemeinsame Bedrohung durch den aggressiven Faschismus empfunden werden. Eine energische Hilfeleistung an die spanische Republik drängte sich also auf. Léon Blum, Vincent Auriol und Daladier waren anfänglich dazu entschlossen und leiteten entsprechende Maßnahmen ein, stießen dann aber, nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten aus London, auf den energischen Widerstand der radikalsozialistischen Koalitionspartner Jeanneney, Herriot, Delbos (Außenminister) und Chautemps; der Präsident der Republik, Lebrun, sprach sich ebenfalls ablehnend aus. Auch die Polemik der extremen Rechtspresse, welche die Regierung der Hilfeleistung an Spanien anklagte, scheint Eindruck gemacht zu haben⁷⁸. Im Ministerrat vom 25. Juli 1936 wurde eine offizielle Waffenlieferung abgelehnt und vorerst nur der private Export nach Spanien gestattet. Die Rücksichtnahme auf England, das sich auf kein spanisches Abenteuer einlassen wollte, damals an einem Ausgleich mit Italien arbeitete und in seinen konservativen Kreisen ohnehin Sympathien für Franco hegte, hat dabei wohl entscheidend mitgesprochen, doch ist noch unklar, wie energisch Großbritannien sein „Veto“ zum Ausdruck gebracht hat⁷⁹. Als am 30. Juli italienische Flugzeuge in Marokko landen mußten und die offizielle italienische Intervention klar zutage trat, drängte Blum nochmals zur Intervention – er scheint sogar an einen

⁷⁸ *Événements I*, S. 215f. Die Dokumentation für diese wichtige Frage ist bisher äußerst spärlich. Vgl. dazu und zum Folgenden P.A.M. van der Esch, *Prelude to War, The International Repercussion of Spanish Civil War (1936–39)*, The Hague 1951, S. 52f.; *Survey of International Affairs 1937*, London 1938, S. 230f.

⁷⁹ Der britische Gesandte Clerk habe Delbos informiert, daß „if France should find herself in conflict with Germany as a result of having sold war material to the Spanish Government, England would consider herself released from obligations under the Locarno-Pact“. (Esch a. a. O., S. 54.) Das Zeugnis stammt aber vom Spanier Del Vayo und kann nicht überprüft werden. Nach Blums eigener Aussage war die britische Stellungnahme weniger kategorisch. Eden habe ihm auf eine entsprechende Frage geantwortet: „C'est votre affaire, mais je vous demande une seule chose: je vous en prie, soyez prudents!“ *Événements I*, S. 216. Blum berichtet zudem von Versuchen, durch Admiral Darlan die englische Admiralität zu beeinflussen. Zur englischen Haltung auch Keith Feiling, *The Life of Neville Chamberlain*, London 1947, S. 299.

Rücktritt gedacht zu haben –, entschloß sich dann aber zum Kurswechsel und leitete die Nicht-Interventionspolitik ein. Am 1. August wurde den Mächten ein entsprechender Vorschlag unterbreitet, am 8. August verbot Frankreich den französischen Export nach Spanien, und Anfang September kam es dann, nachdem Italien und Deutschland die Zustimmung im Interesse ihrer Intervention auf Seiten Francos verzögert hatten, zur Bildung des Nicht-Interventionsausschusses in London.

Léon Blum hat gegenüber einer Kritik von Links und in späterer Rückschau seine Nicht-Interventionspolitik damit verteidigt, daß nur so ein allgemeiner Krieg habe verhindert werden können; wirksame Hilfe für das republikanische Spanien hätte mehr als nur die Lieferung einiger Waffen erfordert und außerdem die Intervention auf beiden Seiten gesteigert⁸⁰. 1942 wies Blum zudem darauf hin, daß ein aktives Eingreifen zu einem französischen Bürgerkrieg geführt hätte, den er vermeiden wollte⁸¹. Das sind Argumente nachträglicher Rechtfertigung, deren Stichhaltigkeit man bezweifeln mag. Die Nicht-Intervention ging in erster Linie auf den Widerstand der Radikalsozialisten und auf die negative Haltung Englands zurück. An guten Beziehungen zum Inselreich wollte und mußte Blum festhalten⁸². Es war zweifellos gewagt, ohne englische Rückendeckung großzügig zu intervenieren, während Frankreich mit einer europäischen Isolierung zu rechnen hatte und dem Machtzuwachs Deutschlands gegenüberstand. So ergab sich die paradoxe Situation, daß sich das Volksfront-Frankreich eng an das konservative England anlehnte und außenpolitisch von diesem sogar ins Schlepptau genommen wurde, gleichzeitig aber die Beziehungen zur Sowjetunion nicht weiter ausbaute. Die Regierung Blum hat keine besonderen Anstrengungen gemacht, die franko-russische Allianz zu verstärken oder sich gar auf Rußland zu stützen. Die militärische Stärke der Sowjets schien zweifelhaft – die große Säuberung hatte eingesetzt –, und die praktischen Möglichkeiten eines sowjetrussischen Eingreifens (Durchmarsch durch Polen) waren höchst unklar⁸³. So blieb der Außenminister Delbos mißtrauisch: Rußland mische sich weiterhin in die inneren Angelegenheiten Frankreichs ein⁸⁴.

⁸⁰ Blum konnte am 5. Dezember 1936 dem Kommunisten Gabriel Pétri entgegen, daß auch Thorez die letzten Konsequenzen nicht ziehe und einen europäischen Krieg vermeiden wolle. *Exercice du pouvoir*, S. 192.

⁸¹ Unveröffentlichter Brief vom 9. 9. 1942, zit. bei Audrey, S. 124. Spanien wäre nicht gerettet, sondern Frankreich faschistisch geworden.

⁸² Eden am 5. 11. 1936 über die französisch-englischen Beziehungen: „It would be difficult to recall a time when they were better.“ *Survey* 1936, S. 345. „Quelles que soient les conséquences sur d'autres terrains, la France doit considérer la collaboration avec l'Angleterre comme la pièce maîtresse de son effort en faveur de la paix.“ 5. 12. 1936 Salomon Grumbach in der Kammer. Zit. Arnold Wolfers, *Britain and France between two wars*, New York 1940, S. 151.

Der am Quai d'Orsay sehr wichtige Alexis Léger glaubte nur durch eine französische Nicht-Intervention die englische Neutralität sichern und eine Annäherung Englands an Deutschland und Italien verhindern zu können: *The Diplomats 1919-1939*. Hrsg. v. Gilbert und Craig, Princeton 1953, S. 391.

⁸³ Max Beloff, *The Foreign Policy of Soviet Russia 1929-1941*, vol. II, London 1949, S. 60, Anm. 4.

⁸⁴ Robert Coulondre, *Von Moskau nach Berlin 1936-39*, Bonn 1950, S. 16f. Diese Aussage

Léon Blum ist seine Entscheidung für die Nicht-Intervention zweifellos schwer gefallen. Es hieß, eine legale und befreundete republikanische Regierung in ihrem Kampf gegen einen von den faschistischen Mächten unterstützten Aufstand im Stiche lassen. Die Nicht-Intervention und das Verbot der Waffenausfuhr nach Spanien bedeuteten faktisch eine Begünstigung der Aufständischen, da eine legale Regierung und die Rebellion einander gleichgesetzt wurden – von der höchst aktiven Intervention der Gegenseite ganz abgesehen! Dabei hielt sich Frankreich an die Nicht-Intervention, noch ehe die Zustimmung der Achsenpartner vorlag, und ohne den Versuch zu machen, den Abschluß der Konvention zu verzögern⁸⁵. Blum hat später selbst seine Haltung kritisiert⁸⁶; er scheint mit seiner Vorleistung gehofft zu haben, die Achsenmächte zur Einstellung ihrer Intervention veranlassen zu können.

Eines muß jedoch hier festgehalten werden: heute kritisieren auch „bürgerliche“ Historiker die Nicht-Interventionspolitik Léon Blums, vor allem die angezeigte Bereitschaft, sich strikt daran zu halten, während auf der Gegenseite der Sieg Francos vorbereitet wurde. Man muß sich aber die damalige Haltung des europäischen Bürgertums – auch in den westlichen Demokratien – ins Gedächtnis rufen: mit welcher Leidenschaftlichkeit wurde die spanische Regierung von 1936 als kommunistisch bezeichnet und ein Sieg Francos erhofft, wie scharf verurteilte man ausgerechnet Blums Politik als Hilfeleistung für die „Roten“, und zwar als eine von Moskau inspirierte Hilfeleistung! In Frankreich war diese Auseinandersetzung von besonderer Schärfe. Seit Stresa und Abessinien hatte die Rechte ihre bekannte Frontschwengung vollzogen und die Vertreter der Volksfront der Kriegstreiberei („bellicistes“) anzuklagen begonnen, während sie selbst am faschistischen Italien Rückendeckung zu gewinnen versuchte. Selbst die Anlehnung an Großbritannien wurde als ein Versagen und als Verrat an den Interessen Frankreichs ausgelegt⁸⁷. Es wurde hier völlig verkannt, daß gerade Léon Blum auf eine Außenpolitik der Linken verzichtet und im nationalen Interesse Anlehnung an England gesucht und gefunden hatte.

9. Während Blum seine Gegner von rechts nicht entwaffnen konnte, blieb er gleichzeitig der Kritik und den Angriffen von links ausgesetzt: der linke Flügel der eigenen Partei (Zyromski und die Fédération de la Seine), die CGT-Führung – auch Jouhaux –, vor allem aber die kommunistische Partei verlangten eine energische

bezieht sich allerdings auf Oktober-November 1936. Reynaud weist auf den Widerstand des pazifistischen Flügels innerhalb der SFIO hin, der den Pakt mit Rußland als Steigerung der Kriegsgefahr ausgelegt und daher abgelehnt habe. (*La France a sauvé l'Europe*, I, S. 125.)

⁸⁵ Audry, S. 124. Ihre kritische Interpretierung muß aber als primitive ideologische Verzeichnung bewertet werden. Ebenso Marceau Pivert, *Juin 1936*, *Revue socialiste a. a. O.*, S. 28–31.

⁸⁶ Am 6. 9. 1936: *Exercice du pouvoir*, S. 182. Blum erwähnt Versuche der Regierung, Waffen auf Umwegen nach Spanien zu liefern. Die Nicht-Intervention sei erst begonnen worden, als die Lieferung von 40–50 kaum brauchbaren Flugzeugen eingeleitet war. *Evénements I*, 217, 219.

⁸⁷ Diese an sich bekannte Situation wird gut illustriert durch Alfred Fabre-Luce, *Le Secret de la République*, Paris 1938.

Hilfe für das republikanische Spanien und lehnten die Nicht-Intervention ab. Moskaus Politik gegenüber Spanien ist noch nicht völlig durchsichtig⁸⁸; fest steht, daß es sich anfänglich erstaunlich zurückgehalten hat und – im Interesse seiner Beziehungen zu den Westmächten – lieber neutral geblieben wäre, dann aber die spanische Republik nicht offen im Stich lassen konnte und daher schließlich durch Materialsendungen und Aufstellung der Internationalen Brigaden eingriff. Auch in der spanischen Innenpolitik hat es zuerst den revolutionären Antrieb gebremst, dann durch Einsatz seiner GPU-Agenten die Anarchisten und Linkssozialisten bekämpft und die Kontrolle zu erlangen versucht. Unklar bleibt, seit welchem Zeitpunkt der Kreml an einem Sieg der Republik nicht mehr interessiert war.

Jedenfalls griff die kommunistische Partei die spanische Frage auf, um Blum und seine Regierung zu attackieren⁸⁹. Zwar gewährte sie weiterhin parlamentarische Unterstützung – das war zur Aufrechterhaltung des Volksfront-Mythos unumgänglich und konnte als opferbereiter Verzicht auf eigene Ansprüche ausgelegt werden; aber sie inszenierte gleichzeitig Manifestationen, Streiks, parlamentarische Debatten, Diskussionen im Koordinationskomitee der Volksfront. Und es ging offensichtlich nicht nur um die Spanienfrage. Die kommunistische Partei protestierte gegen den freundlichen Empfang Schachts in Paris (der gar nicht so freundlich gewesen war!), drängte „Blum à l'action“, bekämpfte Wirtschaftspolitik und Abwertung⁹⁰ und widersetzte sich gleichzeitig einer Kontrolle des Gold- und Devisenhandels. Inwiefern sie für die vielen neuen, anscheinend wilden Streiks (u. a. Weltausstellung 1937) verantwortlich gemacht werden kann, bleibe dahingestellt⁹¹. Obschon die Kominternführung wiederum heftig gegen die sozialistische Internationale polemisierte, wurde einmal mehr die Verschmelzung mit der sozialistischen Partei gefordert. Vor allem aber sollte die Volksfrontregierung nun nach rechts zu einer „Front français“ erweitert werden, unter Einschluß aller national gesinnten Kreise, selbst der „Croix du feu“! Mit dieser offensichtlichen Desavouierung der Volksfront sollten Léon Blum und die Volksfrontregierung überspielt und durch ständige Kritik bei den Massen kompromittiert werden; es galt, mit der Politik der „surenchère“ die Machtbasis der KPF und innerhalb der CGT die neugewonnenen Positionen auszubauen. Dies ist fraglos weitgehend gelungen; insbesondere machte die „Kolonisation“ der Gewerkschaften Fortschritte⁹². Gleichzeitig aber sollten auch die „classes

⁸⁸ Franz Borkenau, *The Communist International*, London 1938, S. 407; ders., *Europäischer Kommunismus*, S. 152 f. Beloff a. a. O., S. 28 f.

⁸⁹ Borkenau, *Europäischer Kommunismus*, S. 179 f. Maurice Paz, *Echec de 1936*, in: *La Nef* Nr. 65/66, 1950.

⁹⁰ Borkenau geht zu weit, wenn er die PCF für die Kapitalflucht, die finanziellen Schwierigkeiten und die Abwertung verantwortlich macht, a. a. O., S. 191.

⁹¹ Borkenau sieht jeweils nur geplante kommunistische Sabotageakte gegen die Regierung Blum. Montreuil weist auf die Aktivität der unteren Chargen hin, die ohne Zustimmung der Zentralen gehandelt hätten (a. a. O., S. 493). Collinet a. a. O., S. 126 ähnlich; er erwähnt die Enttäuschung innerhalb der Arbeiterschaft angesichts der steigenden Preise, der kollektiven Arbeitsverträge und der Schiedsgerichtsurteile.

⁹² Über die Methoden ausführlich Collinet a. a. O., S. 121 f.

moyennes“ und die Bauern erfaßt werden. Welche Ziele Moskau dabei verfolgte, ist kaum mit Sicherheit zu sagen. Glaubte man, in Frankreich selbst an die Macht zu kommen, oder wollte man einer radikalsozialistischen Regierung den Weg bahnen? Ging es noch immer um eine Festigung des westlichen Partners, oder war man an einer Verschärfung der Spannungen zwischen Paris und Berlin interessiert? Jedenfalls wird man den deutsch-russischen Nichtangriffspakt von 1939 im Auge behalten und im kommunistischen Verhalten eine zwei- oder mehrgleisige Politik erblicken müssen⁹³. Wichtig bleibt, daß Moskau die Volksfront in keiner Weise loyal unterstützt und faktisch spätestens ab Ende 1936 sabotiert hat.

Léon Blum und die sozialistische Partei haben sich gegenüber dieser kommunistischen Kritik eher passiv und defensiv verhalten. Der Nationalausschuß der SFIO hat zwar am 2. September 1936 deutlich gegen den Sinowjew-Prozeß Stellung bezogen, die Partei wies kommunistische Kritik zurück, lehnte mehrheitlich die Verschmelzung an der Basis ab und verteidigte die offizielle Spanienpolitik; innerhalb der Gewerkschaften begann im Oktober 1936 die Zeitschrift „Syndicats“ (Belin, Dumoulin) gegen die kommunistischen Kolonisationsbestrebungen aufzutreten⁹⁴. Aber es ist doch so, daß sich Léon Blum geweigert hat, auf eine eigentliche Klarstellung und eventuelle Kampfansage einzugehen. Er hatte am 31. Mai 1936 offen erklärt, niemals ohne kommunistische Unterstützung regieren zu wollen, und sich damit weitgehend den kommunistischen Manövern ausgeliefert. Er hatte zwar vor der Bildung der Einheitsfront 1934–35 gezügert und sein Mißtrauen gegenüber der neuen kommunistischen Taktik bekundet, sich dann aber die Politik der Volksfront ganz zu eigen gemacht. Eine Kampfansage an die Kommunisten mußte die eigene Regierung gefährden, jedenfalls den Radikalsozialisten vermehrtes Gewicht geben und die SFIO Anschluß nach rechts suchen lassen. Gerade dies aber wollten die Sozialisten vermeiden. Der kommunistische Vorschlag eines „Front français“ stieß auf schärfste Ablehnung; er bedeute Aufgabe der Volksfront, Paktieren mit antidemokratischen

⁹³ Borkenau a. a. O., S. 185f. kann uns nicht überzeugen: Moskau sei es darum gegangen, Anschluß an die Radikalsozialisten zu finden, um nicht mehr als revolutionäre Umsturzpartei zu erscheinen und damit für Hitler bündnisfähig zu werden – bei gleichzeitiger Ausweitung der Massenbasis. Dieses Doppelspiel Stalins sei zu raffiniert gewesen und habe keinen Erfolg gebracht, da sich die Radikalsozialisten nicht darauf eingelassen hätten. Er stützt sich wesentlich auf W. G. Krivitskij, *In Stalins secret service*, New York 1939, S. 36, der bekanntlich die These vertritt, daß Stalins Außenpolitik ab Juni 1934 eine Allianz mit Hitler angestrebt habe. Coulondre a. a. O., S. 58 nimmt an, daß Stalin zuerst geglaubt habe, ein Frankreich der Volksfront unter direkten Einfluß zu bekommen. Als dies nicht gelang, sei er an einem starken Frankreich – also einem bürgerlich-, „nationalen“ – interessiert gewesen. Daher Litwinows Anspielungen auf Clemenceau und Poincaré. Ab April 1937 stellt er eine „zunehmende Zweideutigkeit der russischen Außenpolitik“ fest (S. 176). Georg von Rauch, *Geschichte des bolschewistischen Rußland*, Wiesbaden 1955, S. 361–363, sieht die Zweigleisigkeit 1936/37 darin, daß Stalin einerseits mit der Volksfront die Westallianz gegen Hitler festigen wollte, andererseits durch die Steigerung des Masseneinflusses unter Umständen doch noch zur Macht zu kommen hoffte.

⁹⁴ Jouhaux wandte sich gegen die Kommunisten, als er im April 1937 gewisse Streikaktionen kritisierte: Ehrmann, S. 73. Im übrigen nahm er eine vermittelnde Position ein.

Gruppen, Chauvinismus und eine gefährliche – von den Kommunisten anscheinend gewünschte – Verschärfung der außenpolitischen Lage⁹⁵. Andererseits wollte man, trotz aller Kritik an der von Moskau gesteuerten KPF, die in der Volksfront neu realisierte Einheit der Arbeiterklasse erhalten. Auch außenpolitisch blieb man an guten Beziehungen zur Sowjetunion – trotz aller Spannungen – interessiert. Jedenfalls sollte die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Partei nur sehr zurückhaltend und wenn möglich nicht in der Öffentlichkeit erfolgen, da dies als Unsicherheit der Volksfront interpretiert und von den politischen Gegnern ausgewertet worden wäre. Daß man damit der KPF die Möglichkeit verschaffte, ihre Kolonisationspolitik fortzusetzen und weitere Positionen innerhalb der Arbeiterschaft zu gewinnen, wurde entweder nicht erkannt oder in Kauf genommen. Erst das kommunistische Einschwenken auf den deutsch-russischen Nichtangriffspakt von 1939 hat hier einen entscheidenden Einschnitt vollzogen.

Am 13. Februar 1937 hat Léon Blum die „Pause“ angekündigt: vorläufiges Ende weiterer Sozialgesetze, Einschränkung der Staatsausgaben, Erhöhung der Eisenbahntarife, Appell an die Finanzkreise u. a. m. Doch auch dies brachte keine Konsolidierung. Die Opposition der bürgerlichen Rechten war nicht zu entwaffnen, während die Kommunisten ihre Politik der „surenchère“ fortsetzten. Vor allem aber hatte die Kritik an der Regierung Blum auch bei den Radikalsozialisten Boden gewonnen. Fabrikbesetzungen und Demonstrationen hatten ihre vorwiegend kleinbürgerliche Anhängerschaft beunruhigt; Inflation und Abwertung, Sozialgesetzgebung und Vierzigstundenwoche mußten gerade in diesen Kreisen als Gefährdung der eigenen Existenz empfunden werden. Insbesondere im ohnehin konservativen Senat mit seiner starken Vertretung des ländlichen Frankreich nahmen Mißstimmung und Mißtrauen zu. Und so war es denn auch der Senat, der Blum am 21. Juni 1937 die Erteilung von Vollmachten zur Einführung der Devisenkontrolle verweigerte und die Regierung zur Demission zwang. Linkssozialistische Kreise – vor allem etwa in der Fédération de la Seine – drängten zum Widerstand gegen diese Entscheidung des Senats. Léon Blum jedoch hielt sich an die parlamentarischen Spielregeln – trotz seiner bei Regierungsantritt ausgesprochenen Drohungen! Es zeigte sich nun, daß er weder willens noch vorbereitet war, den Schritt aus der Legalität heraus zu tun und vom „exercice du pouvoir“ zur „conquête du pouvoir“ überzugehen. Allerdings kannte er wohl auch die innere Schwäche der eigenen Partei und wollte im Moment der außenpolitischen Gefährdung die Republik nicht in innere Unruhen stürzen⁹⁶. Die Volksfront wurde vorerst offiziell aufrechterhalten mit schnell sich ablösenden Kabinetten. Sozialisten wie Radikalsozialisten zeigten Hemmungen, einander die Partnerschaft aufzusagen und die Brücken zu den Kommunisten abzubreaken. Das offizielle Ende der Volksfront bezeichnete erst der 10. November 1938 – nach München –, als sich die Radikalsozialisten aus dem Koordinationskomitee der Volksfront zurückzogen.

⁹⁵ Dieser Auseinandersetzung diente die genannte Broschüre Georges Izards S. 36.

⁹⁶ Audry, S. 147, im Urteil wiederum entsprechend verzerrt.

10. Ein Gesamturteil über Erfolg und Mißerfolg der Volksfront kann nur mit betonter Zurückhaltung erfolgen. Weder die These von „Links“, die Volksfront habe Frankreich vor dem Faschismus gerettet, sie habe eine großzügige französische Erneuerung im Interesse der Arbeiterschaft eingeleitet und sei nur am intransigenten Widerstand des bereits weitgehend faschistisch orientierten kapitalistischen Bürgertums gescheitert, noch die gegensätzliche, die Léon Blum für die mangelhafte Rüstung Frankreichs und die Niederlage von 1940 verantwortlich machen möchte, ist haltbar. Man wird in der Volksfront vorerst eine typisch französische Reaktion auf die Krisensituation der Jahre nach 1932 sehen müssen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die innere Krise des parlamentarischen Regimes und die Aktivität antiparlamentarischer Ligen führten zu einer Reaktivierung der französischen Linkstradition. Die Sachwalter der Republik sahen sich in eine Abwehrposition gedrängt, die nur im Zeichen der „défense républicaine“ unter Führung der „Gauche“ erfolgen konnte. Dies um so mehr, als die bürgerliche Rechte offensichtliche Schwächezeichen aufwies und in steigendem Maße mit dem italienischen Faschismus sympathisierte. Allerdings war die „défense républicaine“, im Vergleich zur Zeit vor 1914, problematisch geworden, insofern sie die Kommunisten einschloß und somit die politische Ordnung der Dritten Republik nicht mehr voll anerkannte. Links- und Rechtsextremismus hatten den Spielraum bereits weitgehend eingeengt. Dennoch war die Volksfront anfänglich eine echte Massenbewegung – nicht nur eine Parteienkoalition –, die in ihrem Willen zur Verteidigung der Republik und in ihrer Hoffnung auf eine wirtschaftlich-soziale Erneuerung des Landes ernst genommen werden muß. Diese Erwartungen wurden enttäuscht, ja – so wird der Historiker sagen dürfen –, mußten enttäuscht werden, da die Voraussetzungen für ihren Erfolg nicht gegeben waren.

Die Regierung Léon Blum war faktisch doch weitgehend eine Koalitionsregierung. Keine Partei hatte eine parlamentarische Mehrheit erlangt, die ihr die konsequente Durchführung eines bestimmten Programms gestattet hätte. Auch die Verbindung Radikalsozialisten–Sozialisten ergab keine Majorität, so daß auf die kommunistische Unterstützung nicht verzichtet werden konnte. Eine weitgehende Übereinstimmung hat nur in den defensiven Positionen und während des Wahlkampfes bestanden. Nach der Regierungsübernahme jedoch war Léon Blum an die Zustimmung der linksbürgerlichen Radikalsozialisten gebunden, die nicht bereit waren, auf eine sozialistische Wirtschaftspolitik einzuschwenken und ihre Unterstützung an entsprechende Bedingungen knüpften. Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft, Bauern und Kleinbürgertum hat sich nicht ergeben. Es rächte sich nun, daß die SFIO – im Unterschied zur Labourpartei, der SPD und den skandinavischen Sozialisten – in der Zwischenkriegszeit die Eingliederung in den bestehenden demokratisch-parlamentarischen Staat nur teilweise vollzogen, den Eintritt in eine Koalitionsregierung immer wieder abgelehnt und ihre marxistisch-revolutionäre Phraseologie weitergepflegt hatte, ohne Rücksicht auf die starken „Verbürgerlichungs“-Tendenzen innerhalb der Anhänger- und Wählerschaft, ohne Rücksicht auch auf die neue außenpolitische Situation, die sich mit dem Jahre 1933

ankündigte. Ja, der linke Parteiflügel konnte Positionen gewinnen und verschärfte den antimilitaristischen Kurs der Partei, teils mit pazifistischen Argumenten, teils mit einer vehementen revolutionären Frontstellung gegen den bürgerlichen „Klassenstaat“. Léon Blum, der nach dem Ausscheiden der Neo-Sozialisten dem rechten Flügel nahestand, mußte Konzessionen machen und durfte partei-ideologisch die revolutionäre Zielsetzung nicht aufgeben. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung jedoch war man faktisch zu einer reformistischen Politik gezwungen: man mußte mit den bürgerlichen Radikalsocialisten zusammenarbeiten, auf Strukturreformen im wirtschaftlich-sozialen Bereich weitgehend verzichten, ja im Einklang mit dem bisherigen „Klassenfeind“ die Aufrüstung vorantreiben. Allein, diese Anpassung an die gegebene Lage und Aufgabe war parteiintern weder ideologisch noch organisatorisch genügend vorbereitet. Dank dem gewaltigen Ansehen Blums standen die Führungsgremien der Partei wie der CGT zwar im allgemeinen hinter der Regierung, doch die Fraktionen innerhalb der SFIO, der lose Organisationsaufbau und die syndikalistische Tradition der französischen Arbeiterbewegung ließen keine disziplinierte Gefolgschaft zu und schufen eine Atmosphäre der Unruhe, welche die Volksfront als solche kompromittierte. Die kommunistische Partei hat dies noch gefördert. Zwar hat sie zum Wahlerfolg von 1936 wesentlich beigetragen und im Parlament eine klare Mehrheit gesichert, innerhalb der Koalition aber hat sie als desintegrierender Faktor gewirkt. Man kann zwar nicht sagen – obschon dies von Rechtskreisen ständig behauptet wurde –, daß Léon Blum im Fahrwasser der KPF gestanden und jeweils ihrem Druck nachgegeben hätte; aber es gelang der kommunistischen Partei, im Zeichen der Volksfront initiativ voranzugehen, durch Kurswechsel und Kritik die SFIO unter Druck zu setzen, die „mystique socialiste“ zu übernehmen und so auch organisatorisch die eigenen Positionen, insbesondere in der Arbeiterschaft und bei den Intellektuellen, auszubauen. Die Koalition zwischen Radikalsocialisten, Sozialisten und Kommunisten erwies sich demzufolge als zu inkohärent, um eine sichere Basis für eine zielstrebige Wirtschafts- und Finanzpolitik abzugeben.

Das „Experiment Blum“ ist denn auch im wesentlichen gescheitert. Unter dem Druck der Massenstreiks war zwar ein großes Reformprogramm angenommen worden, doch hat sich die Lage der Arbeiterschaft nur wenig gebessert. Es zeigte sich, daß die Theorie der Kaufkraft fragwürdig – mindestens lückenhaft – und der französischen Wirtschaftslage nicht angepaßt war. Die mit der massiven Erhöhung der Löhne gleichzeitig erzwungene Herabsetzung der Arbeitszeit hat sich zweifellos negativ ausgewirkt und wesentlich zu einer Stagnation der Produktion geführt. Dies um so mehr, als von seiten der Arbeiterschaft wenig Verständnis für die gegebenen Bedingungen der industriellen Produktion aufgebracht wurde und sowohl die strikte Einhaltung des Überstundenverbots als auch die produktionshemmende Fünftagewoche die notwendigen Anpassungen erschwerten oder unmöglich machten. Es besteht kein Zweifel, daß hier die Regierung der Volksfront der außerparlamentarischen Pression nachgegeben hat oder nachgeben mußte und ihrem gesamtverantwortlichen Führungsanspruch nicht gerecht wurde.

Vierteljahrshefte 2/4

Es erwies sich zudem als innerer Widerspruch, ein Wirtschafts- und Finanzprogramm der Volksfront innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Systems und mit dessen Mitteln realisieren zu wollen, nachdem man selbst dieses System seit langem als „ausgelebt“ und unfähig dargestellt hatte und auf seine Revolutionierung nicht verzichten wollte. Das notwendige Vertrauen war unter diesen Umständen – trotz Konzessionen – nicht zu erlangen. Es muß des weiteren beachtet und in Rechnung gestellt werden, daß das Jahr 1936, in dem Außenpolitik und Aufrüstung immer mehr in den Vordergrund rückten, für das Gelingen des „Experiments Blum“ keinen günstigen Ausgangspunkt bot. Wir haben darauf hingewiesen, daß Léon Blum keineswegs Rüstungs- und Außenpolitik vernachlässigt oder gar seiner Innenpolitik geopfert hat; im Gegenteil, die Volksfrontregierung war durch die Dringlichkeit der Aufrüstung und der außenpolitischen Stellungnahme in ihrer innenpolitischen Bewegungsfreiheit gehemmt, ohne doch die Energie zu besitzen und innerlich bereit zu sein, eine völlige Umstellung vorzunehmen. Der traditionelle Pazifismus, das Mißtrauen gegenüber der Armee und den „marchands de canons“ und die vorwiegend innenpolitische Blickrichtung erwiesen sich in weiten Kreisen sowohl der SFIO wie der Gewerkschaften als zu tief verwurzelt, als daß die notwendige Anpassung an die außenpolitische Lage erfolgt wäre. Hinzu kommt, daß das Bürgertum zu keinem Entgegenkommen bereit war und mit allen Mitteln den Sturz Blums anstrebte. Die Klassenspannungen ließen nicht nach, sondern spitzten sich gerade in der Auseinandersetzung um die Volksfront weiter zu. Die Volksfront unter Führung Léon Blums hat daher im Zeichen der „défense républicaine“ wohl antifaschistische Kräfte aufrufen können, aber es ist ihr nicht gelungen, diese Energien im wirtschaftlichen, außenpolitischen und geistigen Bereich zur Auswirkung gelangen zu lassen und die so sehr erhoffte und so dringend nötige Erneuerung anzubahnen.

WILHELM DEIST

SCHLEICHER UND DIE DEUTSCHE ABRÜSTUNGSPOLITIK
IM JUNI/JULI 1932

Die Bildung eines Kabinetts der „nationalen Konzentration“ unter Franz von Papen in den ersten Junitagen des Jahres 1932 und die darauf folgende innerpolitische Entwicklung stehen seit langem im Blickpunkt historischer Forschung und werden allgemein als eine Wende des innerdeutschen Geschehens betrachtet. Die außenpolitischen Vorgänge jener Zeit sind jedoch bis jetzt nur in groben Umrissen bekannt und erfreuen sich nicht einer ebenso intensiven Durchdringung. Das mag daran liegen, daß auch unter Papen und Neurath die außenpolitische Praxis im wesentlichen die gleiche blieb. Neurath versuchte, wie seine Vorgänger, die schrittweise Revision des Versailler Vertrages auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Doch zeigen sich auf diesem Gebiet Ansätze und Entwicklungen, die deutlich den Abstand zur Außenpolitik Brüning erkennen lassen. An Fragen, die sich um das Problem der Abrüstung gruppieren, soll dies im folgenden untersucht werden.

Über den äußeren Verlauf der Abrüstungskonferenz bis Ende April 1932 ist bereits früher¹ berichtet worden. Auch können der Gegensatz zwischen „Sécurité“ und „Gleichberechtigung“ sowie die Mehrdeutigkeit des letzteren Begriffs als bekannt vorausgesetzt werden. Brüning hat ohne jeden Zweifel ausschließlich die rechtliche Gleichberechtigung zu verwirklichen versucht. Wie wenig wichtig ihm – im Vergleich zu diesem großen Ziel – die materiellen Bestimmungen waren, zeigte die Diskrepanz zwischen seinen in Bessinge vorgetragenen Wünschen und den Vorstellungen Groeners zu diesem Problem². Neben dem sachlich zu verfolgenden Ziel, das Deutschland einen unmittelbaren Nutzen bringen sollte, sah er doch immer die Notwendigkeit, die veränderte Stellung Deutschlands in der Welt auf allseitiges Vertrauen zu gründen und um neues Vertrauen zu werben. Auf diesem Weg ließ er sich durch keine Tageswünsche, mochten sie noch so dringend erscheinen, aufhalten³. Es ist nicht verwunderlich, daß Brüning in diesem Bestreben zunächst mehr Erfolg bei den angelsächsischen Regierungen als bei den Fran-

¹ W. Deist: Brüning, Herriot und die Abrüstungsgespräche von Bessinge 1932, in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 265–72.

² Brüning begründete die Notwendigkeit der Abstufung der 12jährigen Dienstzeit mit der relativ hohen Zahl von Selbstmorden in der Reichswehr. Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers (US Doc.) 1932 II, S. 108–12. Für Groeners Programm die Literaturangaben bei W. Deist a. a. O., S. 268, Anm. 6 und Groener, Die Abrüstungsbestimmungen von Versailles und die deutsche innere Politik, Ztschr. f. Politik 21 (1932), S. 763 ff.

³ Brüning am 8. 5. 32 vor der ausländischen Presse: Es geschieht das (gemäßigte Außenpolitik) aus der klaren Erkenntnis heraus, daß ich für Deutschland nur dann das Beste heraushole, wenn mir auch gleichzeitig der überzeugende Nachweis gelingt, daß Deutschlands Ziele mit den wohlverstandenen Interessen der Welt zusammenfallen. (Berliner Tageblatt v. 9. 5. 32.)

zosen hatte. Deshalb stützte sich seine Politik auch vor allem auf eine Zusammenarbeit mit Großbritannien und den kleineren europäischen Mächten – ohne Frankreich zu brüskieren oder in eine bewußte Isolierung drängen zu wollen⁴. Mit dieser politischen Konzeption hatte Brüning einige Achtungserfolge errungen; es war ihm indessen nicht vergönnt, eine Lösung der wichtigsten Fragen deutscher Außenpolitik herbeizuführen. Die Verhandlungen in Bessing zwischen den drei Westmächten und Deutschland sind hierfür ein Beispiel. Dort trat zum ersten Mal die angelsächsisch-deutsche Verbindung sehr gewichtig in Erscheinung, und doch gelang es ihr infolge widriger Umstände nicht, den französischen Widerstand zu überwinden. Das Wohlwollen der Angelsachsen weitete sich nicht zu einer aktiven Unterstützung der Außenpolitik Brünings aus.

Einen Monat später mußte der Kanzler die Geschäfte aus der Hand geben, und Freiherr von Neurath wurde an seiner Stelle Außenminister. Von dem bisherigen Botschafter in London konnte man eine Fortführung der Brüning'schen Linie erwarten⁵. Ob sie sich aber im Gesamtkabinett behaupten würde, blieb eine offene Frage, der nun nachgegangen werden soll. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß das durch Brüning erworbene Vertrauen des Auslandes in die deutsche Politik mit dem Abgang des Kanzlers zusehends zu schwinden begann⁶.

Vom 2. Juni datiert eine Denkschrift⁷ des Staatssekretärs von Bülow zur Abrüstungsfrage, die er zur Information des neuen Ministers anfertigte und die in kurzer, prägnanter Weise die bisher betriebene Politik umriß und begründete. Die Aufstellung dieser „Richtlinien“ sollte vor allem der Vorbereitung der Lausanner Konferenz⁸ dienen, auf der von deutscher Seite versucht werden sollte, die Abrüstungsgespräche wieder in Gang zu bringen. Bülow hielt es bei der Bedeutung des Abrüstungsproblems für notwendig, den Kanzler und den Reichswehrminister zur Beratung der „Richtlinien“ heranzuziehen, ihre Billigung zu erwirken und danach das Kabinett zu unterrichten.

Inhaltlich schloß sich das Exposé, wie gesagt, eng an die bisher verfolgte Linie an. Das zeigte sich besonders in der Betonung des theoretischen Charakters der zu erreichenden Gleichberechtigung. Sollte durch eine Konvention nicht das Maß an Abrüstung für alle Staaten erreicht werden, wie es für Deutschland durch den

⁴ Charakteristisch hierfür das Stillhalteabkommen Nadolnys, des deutschen Delegationsführers auf der Abrüstungskonferenz mit Tardieu, dem französischen Ministerpräsidenten. Nadolny, Mein Beitrag, Wiesbaden 1955, S. 115.

⁵ Vgl. hierzu den Wunsch Schleichers, Brüning in einem Kabinett Papen als Außenminister beizubehalten. O. E. Schüddekopf, Das Heer und die Republik, Hannover 1955, S. 343, Anm. 845.

⁶ US Doc. 1932 II, S. 295; Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, Second Series, (Brit. Doc.) III, Nr. 241, S. 518 ff.

⁷ Aus den in London liegenden Akten des Auswärtigen Amtes. Büro des Reichsministers, Sicherheitscommittee Abrüstung (BdRS), 18 Nr. 1, 101/1, Bd. 6, Brit. Blattzählung (BB): D 667304–12.

⁸ Konferenz zur Regelung des Reparationsproblems vom 16. 6.–9. 7. 1932.

Versailler Vertrag festgesetzt worden war, so würde Deutschland nur prinzipiell – sozusagen symbolisch – für sich das Recht in Anspruch nehmen, eine geringe Anzahl der Waffen, die die Konvention nicht verbiete, zu besitzen. Über Umfang und Form dieser „Umrüstung“ sei Deutschland jederzeit bereit mit allen interessierten Mächten zu verhandeln, namentlich mit Frankreich, dem ein Sonderabkommen ausdrücklich angeboten werden sollte⁹. Für den Geist, in dem diese Politik – nach Bülow – geführt werden sollte, ist der Abschnitt „Begründung“ aufschlußreich. Es heißt dort:

„Deutschland hat ein sehr erhebliches allgemein-politisches Interesse an einem erfolgreichen Ausgang der Abrüstungskonferenz. Es handelt sich einmal um die allgemeine politische Entspannung, die eine erfolgreiche Konferenz mit sich bringen würde. . . . Der Angelpunkt einer Verständigungsmöglichkeit liegt in der Tatsache, daß wir tatsächlich in den nächsten Jahren aus finanziellen Gründen zu einer irgendwie nennenswerten Aufrüstung nicht in der Lage sein werden. . . . Art und Umfang der Verständigung werden uns nicht nur durch die Materie selbst, sondern auch durch die Haltung der verschiedenen interessierten Staaten vorgeschrieben. . . .“

Bülow betonte in den folgenden Zeilen, daß auch die geringfügigste Umrüstung nur im Einverständnis mit Frankreich durchzuführen sein werde. Eine ablehnende Haltung Frankreichs gegenüber einer solchen Umrüstung würde zur Folge haben, daß auch die angelsächsischen Mächte sie als Aufrüstung betrachten würden. Deshalb sei auf eine Absprache mit Frankreich besonderer Wert zu legen.

Es ist nun interessant, das Schicksal dieser „Richtlinien“ an Hand der Akten während der Monate Juni und Juli 1932 zu verfolgen, wobei insbesondere der Schriftverkehr zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswehrministerium aufschlußreich ist. Nach allem, was über die Rolle Schleichers¹⁰ beim Sturz Brüning und über seine Pläne mit der NSDAP und ihren Organisationen bekannt ist, dürfen wir annehmen, daß er sich nicht so ohne weiteres in das geduldige, verständigungsbereite und nicht sehr ehrgeizige Programm der bisherigen Außenpolitik einspannen ließ. Schon in seinem Aufruf an die Reichswehr vom 3. Juni¹¹ und dem darin öffentlich bekundeten Interesse an den paramilitärischen Verbänden klang ein neuer Ton an, der außenpolitische Konsequenzen haben mußte. Denn dem hier gezeigten Interesse entsprach der Plan, diese Verbände durch eine kurzdienende Miliz in eine engere Beziehung zur Reichswehr zu bringen.

⁹ Die Erwägung eines Sonderabkommens mit Frankreich stellte gegenüber Brüning ein gewisses Novum dar. Aus einem Begleitschreiben Nadolnys (Allgemeine Abrüstungskonferenz 1932 (AK), II F Abrüstung, Bd. 5, BB: E 535364–67) zu den Empfehlungen der Deutschen Abrüstungsdelegation für die „Richtlinien“ darf man schließen, daß dieser Gedanke auf Bülow selbst zurückgeht. Diese Überlegung fußte wohl auf den Erfahrungen von Bessinge und der richtigen Einschätzung des Maßes der von den Angelsachsen zu erwartenden Unterstützung.

¹⁰ Hierzu das Werk von Schüddekopf, den Beitrag von Th. Vogelsang, Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 86 ff. u. die dort angegebene Literatur.

¹¹ Schüddekopf a. a. O., S. 361.

Zwischen dem 2. und 6. Juni fand eine erste Besprechung zwischen Papen, Schleicher, Neurath und Bülow über das Abrüstungsproblem statt, über die wir leider nicht näher unterrichtet sind. Bülow betonte zwar in einem Brief an Nadolny vom 6. Juni, daß die neuen Männer „den ‚Richtlinien‘ auch für unser künftiges Verhalten zugestimmt“ hätten; doch sollte sich diese Ansicht als voreilig erweisen. Schon in der Ausfertigung der „Richtlinien“, die Bülow dem erwähnten Schreiben an Nadolny vom 6. Juni anfügte¹², finden sich Korrekturen, die auf Einwände und Wünsche Schleichers zurückgehen dürften. Zwar wurde in dem veränderten Schriftsatz Wert auf die Feststellung gelegt, daß Deutschland grundsätzlich bereit sei, während der „ersten Abrüstungsperiode“ auf dem augenblicklichen Rüstungsstand zu verbleiben und „zunächst“ die weitere Entwicklung abzuwarten. Außerdem sollte eine zweite Abrüstungskonferenz „etwa in fünf Jahren“ sichergestellt werden. Die Zustimmung des Reichswehrministers war damit aber noch nicht gewonnen.

Schleicher erklärte sich nämlich in einem Brief vom 9. Juni¹³ mit diesen etwas unbestimmten Formulierungen nicht einverstanden und bat um eine neuerliche Besprechung „am besten unter Hinzuziehung von Nadolny und Blomberg“, die aber in dieser Form nicht zustande gekommen ist. Drei Punkte waren ihm besonders wichtig: 1. müsse der Termin einer zweiten Abrüstungskonferenz genau festgelegt werden, „spätestens in fünf Jahren“; 2. genüge die Bülowsche Denkschrift im Hinblick auf die „besonders dringliche Miliz-Frage“ nicht und 3. müsse die völlige Gleichberechtigung hervorgehoben werden, die nur durch eine deutsch-französische Verständigung über die tatsächlichen deutschen Rüstungszahlen – aber auch nur für die Laufzeit der ersten Abrüstungskonvention – eingeschränkt werden könne.

Auf diesen kurzen Bescheid antwortete Bülow am folgenden Tage ruhig und vermittelnd¹⁴. Eine Formel der Verständigung werde sich leicht finden lassen, da nur die Frage des taktischen Vorgehens geklärt zu werden brauche. Zur Dringlichkeit der Milizfrage erklärte er, daß auf dem Wege der Abrüstungskonferenz an eine schnelle Bewilligung – schon wegen der notwendigen Ratifikationen – nicht zu denken sei.

In den folgenden Tagen entstand – nach einer neuen Aussprache mit Schleicher – eine weitere Variation der ursprünglichen „Richtlinien“, die den gleich zu besprechenden materiellen Forderungen Schleichers weitgehend entsprach¹⁵. Auch die Tonart veränderte sich, die Forderungen wurden unmißverständlich formuliert und nahmen einen breiteren Raum ein. Jedoch – das ist zu betonen –, bei allem Entgegenkommen gegen Schleichers Wünsche in materieller Hinsicht blieb die Zielsetzung wie die in Aussicht genommene Art der Verwirklichung die gleiche. Um dies besonders deutlich zu machen, fügte Bülow seiner Denkschrift handschriftlich drei Bemerkungen hinzu: „1. Abrüstung so weit als möglich;

¹² AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535368–74.

¹³ AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535897.

¹⁴ AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 538995/96.

¹⁵ AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535883–91.

2. Auf dem erreichten Niveau verlangen wir Gleichberechtigung; 3. Über die Zahlen lassen wir mit uns reden.“

Daraus darf man den Schluß ziehen, daß Bülow zu jeder Konzession gegenüber dem Reichswehrministerium bereit war, solange diese drei Grundsätze aufrechterhalten blieben.

Daß es sich indessen bei Schleicher nicht nur um theoretische Überlegungen handelte, zeigte sich bald. Am 14. Juni legte er mit einer Denkschrift: „Das interne deutsche Ziel auf der Abrüstungskonferenz“¹⁶ den Grund zu einer erregten und politisch folgenreichen Auseinandersetzung mit dem Auswärtigen Amt. Schon die im Titel zum Ausdruck kommende Betonung des „internen“ deutschen Zieles kann als charakteristisch für den Tenor der ganzen Denkschrift gelten. Sie enthält Forderungen, die offensichtlich ohne Rücksichtnahme auf die außenpolitische Lage gestellt worden sind. Ihr Inhalt ist kurz folgender: Der Teil V des Versailler Vertrages müsse beseitigt werden; Deutschland dürfe nach Abschluß einer Konvention nur an diese selbst gebunden sein. Die Dauer der 1. Abrüstungsperiode müsse auf höchstens fünf Jahre beschränkt werden; dabei müsse darauf geachtet werden, daß Deutschland nach dieser Zeit nicht in eine rechtlich ungünstigere Lage gerate. Deshalb sei es unbedingt erforderlich, daß in der Konvention einmal die Zahlen für Deutschland erscheinen, auf die es einen rechtlichen Anspruch habe, d. h. Parität mit Frankreich oder Polen + Tschechoslowakei, und zum anderen die Zahlen, auf die es sich während der ersten fünf Jahre freiwillig beschränke. Im Zeichen der Gleichberechtigung müsse Deutschland alle Waffen für sich in Anspruch nehmen, welche die Konvention nicht verbiete. Deutschland werde sich aber freiwillig beschränken und sich im wesentlichen mit dem jetzigen Rüstungsstand begnügen. Allerdings könne dieses Zugeständnis der freiwilligen Beschränkung nur dann gemacht werden, wenn den folgenden Forderungen entsprochen würde: Abstufung der Dienstzeit der Reichswehr zwischen 12 und 3 Jahre, zahlenmäßige Auffüllung einzelner Verbände, Ausrüstung weniger Verbände mit den neuen technischen Waffen (schwere Artillerie, Fliegerstaffeln, Flaktruppen, Panzer) und die Aufstellung einer schwachen Miliz mit einer etwa dreimonatigen Dienstzeit. Eine Beschränkung des Budgets wurde ausdrücklich abgelehnt. Entsprechende Bestimmungen für die Marine schlossen sich an.

Während Schleicher von Anfang an Wert auf die präzise, zeitliche Begrenzung der Konvention auf fünf Jahre gelegt hatte¹⁷, kommt nun in dieser Denkschrift die nachdrückliche Forderung hinzu, die beiden Zahlengruppen in dem Vertragswerk zu verankern. Von politischen Überlegungen her gesehen, könnte dies als Rechthaberei, als Starrheit ausgelegt werden. Berücksichtigt man aber den militärischen Gesichtspunkt, so verliehen eine solche zeitliche Begrenzung und die

¹⁶ AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 555898–901. – Dazu eine durch Nadolny überlieferte Äußerung Blombergs, die besagt, daß dieses Programm vom Reichskanzler „gebilligt“ worden sei. AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 555921.

¹⁷ Brüning hatte sich in Bessinge ohne weiteres mit einer 10jährigen Konventionsdauer einverstanden erklärt. US Doc. 1932 I, S. 109.

rechtliche Sicherung des vollen Anspruches Deutschlands der Umrüstung und den möglicherweise vorhandenen umfangreicheren Plänen die Stetigkeit, die für eine Umgestaltung des Heerwesens erforderlich war.

Auch die politischen Überlegungen, die sich am Schluß der Denkschrift finden, entspringen dem gleichen militärischen Anliegen. „Die Möglichkeit, das jetzige Heer und die Marine in vorstehenderweise zu modernisieren, muß unter allen Umständen gewährleistet sein, auch in dem Falle einer irgendwie gearteten Verlängerung der Rüstungsfeierzeit. . . . Wird vorstehender Mindestforderung Deutschlands nicht entsprochen, dann fordert das Interesse der Wehrmacht einen Abbruch der Verhandlungen, der dann zwangsläufig zu einem Ausbau der Wehrmacht im Sinne vorstehender Forderungen führen muß.“

Diese Denkschrift dürfte wohl eine der ersten politischen Auswirkungen der Pläne des Reichswehrministeriums gewesen sein, die um die Jahreswende 1931/32 ausgearbeitet waren und im Laufe des Jahres 1932 ihre endgültige Form erhielten¹⁸. In der Denkschrift erscheinen bereits alle jene Elemente – zeitliche Zielsetzung, Abstufung der Dienstzeit, Aufstellung einer Miliz, Einführung neuer Waffengattungen –, die auch in dem von Castellan zitierten Dokument als wesentlich hervorgehoben werden¹⁹.

Schleicher zog somit zwar eine Regelung der Frage durch die Konferenz noch in Betracht, aber aus den zitierten Sätzen geht klar hervor, daß er den Weg von Verhandlungen nur so lange billigen würde, als die Verwirklichung seines eigenen Programms nicht gefährdet war. Bedeutete für Bülow Gleichberechtigung soviel wie Gleichbehandlung im rechtlichen Sinne und hatten für ihn die militärischen Konsequenzen mehr symbolischen als realen Wert, so sind für Schleicher gerade diese militärischen Veränderungen das ausschlaggebende Element geworden.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Lage in Genf, so wird deutlich werden, welche Konsequenzen sich ergeben mußten, sollte das Schleichersche Programm zur Durchführung gelangen. Gerade an jenem 14. Juni fand in Genf eine erste Begegnung zwischen dem neuen französischen Ministerpräsidenten Herriot und seinem britischen Kollegen MacDonald statt. Bei dieser Aussprache und den folgenden Besprechungen²⁰ zeigte sich deutlich, daß Frankreich nicht bereit war, auch nur über die rechtliche Gleichberechtigung Deutschlands, geschweige denn über eine irgendwie geartete Umrüstung, zu verhandeln. Letztlich hielt Herriot noch an der ursprünglichen französischen Auffassung fest, daß die Verhandlungen und Ergebnisse der Abrüstungskonferenz Deutschland nicht betreffen, da der Versailler Vertrag für Deutschland allein maßgebend sei und bleibe. Selbst die Briten, die

¹⁸ G. Castellan (*Le réarmement clandestin du Reich 1930–35*, Paris 1954) gibt hierüber erschöpfend Auskunft; vgl. vor allem S. 82 ff. Vgl. auch E. Raeder, *Mein Leben I*, 1956, S. 273.

¹⁹ Nach Castellan a. a. O., S. 84, war die Aufstellung von 21 Div. bis zum 1. April 1938 geplant. In der Denkschrift wurde eine Tagesdurchschnittsstärke von 160 000 Mann gefordert. (Tagesdurchschnittsstärke = Gesamtzahl der jedes Jahr abgeleiteten Diensttage, geteilt durch 365.) Diese beiden Angaben lassen sich kaum zueinander in Beziehung setzen.

²⁰ Vgl. Brit. Doc. III, Nr. 241, S. 518 ff. u. Nr. 245, S. 532 ff.; US Doc. 1932 I, S. 177/78.

sich in Bessing so entgegenkommend gezeigt hatten, verhielten sich sehr zurückhaltend und wollten Deutschland erst am Ende der 1. Abrüstungsperiode die rechtliche Gleichberechtigung gewähren.

Wenn Schleicher auch über diese jüngste Entwicklung nicht unterrichtet gewesen sein kann, so mußte ihm doch der ganze Verlauf der Abrüstungskonferenz gesagt haben, daß im günstigsten Falle die rechtliche Gleichberechtigung für Deutschland dort zu erreichen war. Erst recht mußte dem Auswärtigen Amt, das die internationale Situation genauer als Schleicher überblickte, und namentlich dem Staatssekretär von Bülow, gemäß seiner Kenntnis der veränderten Einstellung des Auslandes gegenüber Deutschland²¹, die Durchführbarkeit des Schleicherschen Programms von vornherein als unmöglich erscheinen. Bei der Deutlichkeit, mit der Schleicher seine Wünsche vortrug, war aber an ein Ausweichen nicht zu denken. Das Auswärtige Amt war also gezwungen, wollte es seine bisherige Arbeit nicht für wertlos erklären, gegen das Programm des Reichswehrministers klar Stellung zu nehmen.

Bevor es jedoch zu dieser Auseinandersetzung kam, bot sich noch einmal die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien. Vom 16. Juni bis 9. Juli 1932 tagte in Lausanne die abschließende Konferenz über das Reparationsproblem. Wir sahen bereits, daß die erwähnten „Richtlinien“ für diese Konferenz gedacht waren und daß sich die Überlegungen Schleichers und Bülows in dem Gedanken an Sonderverhandlungen mit Frankreich trafen²². Die Konferenz gab reichlich Gelegenheit zu besonderen deutsch-französischen Gesprächen, an denen Papen und Bülow, für Frankreich Ministerpräsident Herriot teilnahmen. Der Anstoß zu diesen Verhandlungen kam von deutscher Seite, vor allem während der ersten Tage der Konferenz, vom 16. bis zum 25. Juni.

Aus der Fülle der von Papen mit Herriot erörterten Vorschläge²³ greifen wir nur diejenigen heraus, die sich auf die Abrüstung beziehen. Gleich am ersten Tage der Konferenz schlug der Kanzler dem französischen Ministerpräsidenten u. a. Kontakte zwischen den beiden Generalstäben vor²⁴, die zu einer Regelung der schwebenden Rüstungsfragen herangezogen werden sollten. Bülow unterstützte diesen Wunsch

²¹ Vgl. hierzu Nadolny a. a. O., S. 121.

²² Für Bülow siehe Anm. 9. Für den General dürfte die Tatsache ausschlaggebend gewesen sein, daß Frankreich Europas militärische Vormacht darstellte und deshalb ein direktes Abkommen allen anderen Möglichkeiten vorzuziehen war. Aus den Memoiren Papens weiß man, daß Schleicher ausgesprochenen Wert auf dessen französische Beziehungen gelegt hat. An des Generals stete Verbindung zu François-Poncet sei in diesem Zusammenhang erinnert (Papen a. a. O., S. 166). In einem Schreiben an Nadolny vom 20. 6. (BdRS, 18 Nr. 1, 101/2, Bd. VII, BB: D 667391–98) bekannte sich auch Neurath zu diesem Gedanken.

²³ In den Memoiren Herriots (Jadis, Paris 1952, Bd. II, S. 521–48) erscheinen folgende Angebote: Abschluß eines europäischen Konsultativpaktes, deutsch-französische Verständigung über eine Regelung der deutschen Ostgrenzen, Anerbieten einer Beteiligung am wirtschaftlichen Wiederaufbau SO-Europas, ein direktes deutsch-französisches Bündnis, gemeinsame Politik gegenüber der Sowjet-Union. – Herriots Memoiren sind für diese Gespräche eine gute Grundlage, da sie für diese Zeit offensichtlich auf Tagebuchaufzeichnungen beruhen.

²⁴ Herriot a. a. O., S. 521/2; Papen a. a. O., S. 119.

am nächsten Tage in einem Gespräch mit dem Staatssekretär des Quai d'Orsay, de la Boulaye²⁵. Am 24. Juni schließlich legte Papen Herriot ein Memorandum vor, das bei politischen Konzessionen folgende Rüstungsforderungen enthielt: 1. Anerkennung der rechtlichen Gleichberechtigung und 2. – dadurch ermöglicht – eine Verständigung der Generalstäbe über die beiderseitigen tatsächlichen Rüstungszahlen. Erinnern wir uns des dritten Punktes von Schleichers Brief vom 9. Juni und vergleichen wir jene Äußerungen mit der nur grob überlieferten Formel Papens, so läßt sich ein großes Maß von Übereinstimmung feststellen²⁶.

Wie reagierte nun Herriot auf diese Vorschläge? Da der Hauptgegenstand der Konferenz die Regelung der Reparationsfrage war, würde Papen auf alle Fälle ein Positivum mit nach Hause bringen; denn nach allen vorangegangenen Entschlüssen und Handlungen der Regierungen war es offenkundig, daß Lausanne in dieser oder jener Form ein Ende der Reparationen bringen mußte. In dieser Lage konnte Herriot unmöglich einen Schritt tun, der in Frankreich als ein erneutes Nachgeben gegenüber deutschen Forderungen gewertet werden würde und der seine Koalitionsregierung in unmittelbare Gefahr gebracht hätte. Außerdem war die Fülle der Vorschläge Papens sehr geeignet, den französischen Ministerpräsidenten mißtrauisch zu machen. Er wird sich gefragt haben, welche Ziele hinter diesen vagen politischen Plänen stehen mochten. So beschränkte er sich denn strikt auf die Regelung der Reparationsfrage und griff keinen der übrigen weitgehenden Vorschläge Papens auf. Als der Kanzler nach Beendigung des ersten Konferenzabschnittes nach Berlin fuhr (24. Juni abends), war er mit seinen politischen Plänen, auch denen der Abrüstung, bei dem französischen Ministerpräsidenten um keinen Schritt vorangekommen.

Als dann in der nächsten Woche Deutschland gezwungen wurde, den Gläubigern zumindest eine symbolische Abfindungssumme anzubieten, nahm der Kanzler die Gelegenheit wahr, dieses Angebot mit politischen Bedingungen zu verbinden, unter denen sich auch die Anerkennung der formellen Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstung befand²⁷. Nichts mehr von separaten Rüstungsvereinbarungen! Auch diese deutschen Pläne brachte der Widerstand Herriots zum Scheitern; er hatte die Briten durch Andeutungen über Papens Militär-Vorschläge ganz für sich gewonnen²⁸. Dieser vereinten Front zeigte sich, wie Bülow vorausgesehen

²⁵ Herriot a. a. O., S. 529. Als deutsche Teilnehmer schlug Bülow nicht Schleicher – „politique plus que militaire“ –, sondern Blomberg und Hammerstein vor.

²⁶ Es sei vermerkt, daß gegenüber der britischen Delegation nur einmal und da im Zusammenhang mit der Reparationsfrage die Abrüstung berührt wurde. In einem Memorandum vom 21. 6. für MacDonald erläuterte ein Punkt die Abrüstungspolitik des Reiches ganz in den Bahnen von Bülows erster Denkschrift. Als MacDonald von den politischen Plänen Papens erfuhr, erklärte er dem Kanzler: „... your political ideas ... might come in very useful a little later on.“ Brit. Doc. III, Nr. 144, S. 251; Nr. 141, S. 252.

²⁷ Brit. Doc. III, Nr. 150, S. 279.

²⁸ Brit. Doc. III, Nr. 148, S. 271; der Abrüstungsvorschlag des Präsidenten Hoover vom 22. 6., in dessen Ablehnung sich Frankreich und England einig waren, verstärkte die gemeinsame Haltung.

hatte, die deutsche Argumentation nicht gewachsen. In einer knappen, klaren Rede am 28. Juni lehnte es Herriot ab, politische Pläne, die keinen unmittelbaren Bezug zu den Reparationen hätten, überhaupt zu diskutieren²⁹.

So war dieser erste Vorstoß Papens zur Regelung der Abrüstungsfrage durch direkte Verhandlungen mit Frankreich gescheitert. Zweifellos waren Ort und Zeitpunkt schlecht gewählt. Papen hat es dann verstanden, durch sein persönliches Vorgehen die noch bestehende, geringe Chance gänzlich zunichte zu machen.

Das mußte auch seine Rückwirkungen auf die Haltung Schleichers haben, waren doch Papens Pläne einer deutsch-französischen Rüstungsvereinbarung sehr stark vom Reichswehrministerium beeinflußt worden, sofern sie nicht direkt von dort stammten. Der General mußte sich jetzt, wollte er sein Programm der Verwirklichung näher bringen, verstärkt in die Genfer Abrüstungsverhandlungen und in die innerdeutsche Auseinandersetzung einschalten. Das führt uns auf die Kontroverse zwischen dem Reichswehrministerium und dem Auswärtigen Amt um die Denkschrift vom 14. Juni zurück, die ja im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen verfasst worden war.

In verschiedenen Schreiben an Schleicher³⁰ – für die von Nadolny und dem Gesandten Weizsäcker Stellungnahmen angefordert worden waren³¹ – widersprach nun Bülow hartnäckig der Forderung, daß die Zahlen, welche der völligen Gleichberechtigung Deutschlands entsprechen würden (Parität mit Frankreich oder Polen + Tschechoslowakei), in die erste Abrüstungskonvention einzusetzen seien. Er argumentierte, daß eine solche Forderung keine Aussicht auf Verwirklichung auf der Abrüstungskonferenz habe, da einer derartigen deutschen Absicht die an den Abrüstungsverhandlungen beteiligten kleineren Staaten folgen würden, die Konferenz aber ohnehin schon überlastet sei. Aus diesem Grunde erachte er es als klüger, zunächst die für die Übergangszeit der 1. Konvention tatsächlich erforderlichen Zahlen in ihr zu verankern, ohne auf der von Schleicher geforderten zweiten Zahlengruppe zu bestehen. Im übrigen glaube er nicht, daß die Konferenz vor der mehrmonatigen Sommerpause noch zur Festlegung von Rüstungszahlen schreiten werde; deshalb sei die Angelegenheit auch nicht so dringlich. Dem Wunsche des Generals könne nur dann entsprochen werden, wenn die bisher für die deutsche Delegation geltenden Richtlinien durch das Kabinett entsprechend abgeändert würden.

Dieser letzte Gedanke stammte aus dem Memorandum Nadolnys, das sich mit den Plänen Schleichers beschäftigte. Der Staatssekretär hatte Nadolny die Denkschrift vom 14. Juni übersandt und sie als „Wunschzettel“ des Reichswehrministeriums bezeichnet. Aus Nadolnys Zeilen geht hervor, daß er schärfer als Bülow erkannt hatte, was dieser „Wunschzettel“ bedeutete. „Bisher“ habe er die Vorstel-

²⁹ Brit. Doc. III, Nr. 150, S. 280.

³⁰ AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535904–06 (vom 16. 6. 32) und E 535925–28 (vom 6. 7. 32).

³¹ AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535917–24 (Brief Nadolnys vom 2. 7., Brief Weizsäckers vom 29. 6. 32).

lungen des Reichswehrministeriums als Sonderwünsche eines Ressorts aufgefaßt. Sollte aber jetzt irgendeine Änderung der Abrüstungspolitik vorgenommen werden, so könne dies eben nur durch Kabinettsbeschluß erreicht werden. Übrigens würde eine aktivere Politik den Rahmen der geltenden Richtlinien in keiner Weise sprengen. Wie zu vermuten, blieb der Reichswehrminister auch nach diesen Ausführungen bei seiner Forderung³².

Mittlerweile waren die Verhandlungen der Konferenz in ein neues Stadium getreten. Die Vorschläge des Präsidenten Hoover vom 22. Juni hatten die Konferenz mehr verwirrt als gefördert, und es schien zunächst so, als ob die Delegationen, ohne ein Ergebnis vorweisen zu können, in die Sommerferien gehen würden. In dieser Situation ergriffen die Briten die Initiative³³ und schlugen die Abfassung einer Resolution vor, in der das bisher Erreichte zusammengefaßt werden sollte³⁴. Der britische Außenminister Sir John Simon und später dann der tschechoslowakische Ministerpräsident Benesch übernahmen die Redaktion dieser Erklärung. Für die deutsche Delegation, ja für die gesamte deutsche Abrüstungspolitik, war dies ein sehr kritischer Augenblick³⁵. Die Resolution mußte als erstes Ergebnis der Verhandlungen betrachtet werden und würde den Ausgangspunkt für die weiteren bilden. Die Anerkennung der Gleichberechtigung mußte also in der Resolution verankert werden, sollten nicht alle Bemühungen, auch die Gespräche von Bessinge, umsonst gewesen sein.

Bereits am 2. Juli legte Baron von Rheinbaben dem britischen Vertreter in Genf, Sir H. Samuel, den Entwurf für eine Erklärung der Abrüstungskonferenz zur Gleichberechtigungsfrage vor³⁶. Dieser versprach, die Anregung zur Kenntnis des Außenministers zu bringen. Die Akten berichteten erst unter dem Datum vom 15. Juli von einer weiteren darauf bezüglichen deutsch-britischen Aussprache³⁷; Rheinbaben sprach bei dieser Gelegenheit über die deutschen Umrüstungswünsche, die auch in der Resolution ihren Niederschlag finden sollten. Aus dem Gesprächsverlauf kann man entnehmen, daß die deutsche Delegation nicht mit einer Ablehnung des deutschen Wunsches durch die Briten rechnete³⁸, obwohl eine positive britische Äußerung hierzu fehlte. Als aber etwas später³⁹ Verhandlungen in Paris über die grundsätzliche Frage der Gleichberechtigung zu keiner Einigung führten, zeigte es sich, daß auch Großbritannien sich gegen eine Anerkennung der rechtlichen

³² AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535909–13 (Brief vom 23. 6. 32).

³³ Besprechung der englischen, französischen u. amerikanischen Delegation, Genf, 30. 6. 32; Brit. Doc. III, Nr. 257, S. 573–78. Vgl. auch Brit. Doc. III, Nr. 261, S. 579–81.

³⁴ Text der Resolution: Hoetzsch-Bertram, Dokumente zur Weltpolitik der Nachkriegszeit 2, S. 131 ff.

³⁵ Nadolny a. a. O., S. 123.

³⁶ Brit. Doc. III, Nr. 260, S. 578/79.

³⁷ Brit. Doc. III, Nr. 264, S. 583–85

³⁸ Dafür spricht auch die große Zeitspanne zwischen dem 1. und dem 2. Gespräch. Rheinbaben verwies am 15. 7. auf Äußerungen MacDonalds in Bessinge und Lausanne, die eine Anerkennung der rechtlichen Gleichberechtigung in sich zu schließen schienen.

³⁹ Die Angaben Nadolnys a. a. O., S. 124 lassen eine genauere Bestimmung nicht zu.

Gleichberechtigung Deutschlands wandte⁴⁰. Man darf in dieser britischen Haltung eine erste Folge des am 13. Juli abgeschlossenen Übereinkommens zwischen England und Frankreich erblicken, in dem sich England u. a. verpflichtete, alle Deutschland betreffenden Fragen nur in Übereinstimmung mit Frankreich zu behandeln⁴¹.

Diese Entwicklung zwang die deutsche Regierung zu einer klaren Stellungnahme, zumal Papen noch am 7. Juli, in einer Rede, und am 8. Juli, in einer offiziellen Verlautbarung, eine energische Außenpolitik angekündigt hatte⁴². Eine Unterstützung der Resolution oder eine Stimmenthaltung bei der Abstimmung war auch für das Auswärtige Amt nach der vorangegangenen Entwicklung nicht möglich. Schon der die einzelnen Abrüstungsmaßnahmen betreffende Teil der Resolution war so ungenügend, daß Deutschland sich der Stimme enthalten hätte, wie Nadolny am 23. Juli erklärte⁴³. Da die Gleichberechtigung in keiner Weise anerkannt wurde und nur ein allgemeiner Hinweis auf den Artikel 8⁴⁴ der Völkerbundssatzung in der Resolution enthalten war, blieb für Deutschland nur das „Nein“. Es kam nun aber sehr darauf an, wie dieses „Nein“ ausgesprochen wurde.

Man konnte sich mit dem Protest begnügen und die weitere Entwicklung abwarten. Das dürfte die ursprüngliche Position des Auswärtigen Amtes gewesen sein⁴⁵. Schleicher aber wollte – wie wir sahen – eine klare Festlegung des deutschen Kurses erzwingen, er glaubte auch nicht an die Ungunst der Lage. „Im Gegenteil, ich bin der Überzeugung, daß unsere Stellung nie wieder so gut sein wird wie jetzt“, äußerte er einmal gegenüber Bülow⁴⁶. Diesem war die grundsätzlich andersartige Position Schleichers offenbar nicht völlig klar. Nach einer Denkschrift, die er für die am 12. Juli stattfindende Kabinettsitzung über das Abrüstungsproblem abfaßte⁴⁷, sah er den Kernpunkt im Zahlenstreit, der zwischen ihm und Schleicher geschlichtet werden müsse, und schrieb dazu: „Entscheidend dürfte sein, daß wir keinen Anlaß haben, den Erfolg der Konferenz dahin zu gefährden, daß wir unsererseits auf Festlegung von Zahlen . . . dringen.“ Schleicher hingegen kam es darauf an, die Auseinandersetzung um die Resolution zur Durchsetzung seines eigenen Programms im Kabinett zu benutzen.

Wir besitzen eine Zusammenfassung der Position Schleichers in einem Schreiben Neuraths vom 14. Juli⁴⁸. Schleicher ist danach der Auffassung gewesen, Deutschland solle sich sofort von der Konferenz zurückziehen und erklären, daß es sich

⁴⁰ Dies kann erst nach dem Gespräch v. 15. 7. geschehen sein. Am 20. 7. machte Nadolny Simon mit der endgültigen deutschen Stellungnahme zur Resolution bekannt. Brit. Doc. III, Nr. 265, S. 585. Vgl. Nadolny a. a. O., S. 123/24.

⁴¹ Brit. Doc. III, Nr. 172 (v. 5. 7.), Nr. 184 (v. 8. 7.), Nr. 189 (v. 11. 7.).

⁴² Berliner Monatshefte 10 (1932), S. 735 ff.

⁴³ Actes de la Conférence pour la limitation et la réduction des armements, Série B I, S. 186.

⁴⁴ Das Abrüstungsprogramm des Völkerbundes.

⁴⁵ Dies wird deutlich im Schreiben Neuraths vom 14. 7. an Schleicher; AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535934.

⁴⁶ Aus einem Brief Schleichers an Bülow v. 23. 6., vgl. Anm. 32.

⁴⁷ AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535902/03.

⁴⁸ Siehe Anm. 45.

nicht mehr an den Teil V des Versailler Vertrages gebunden fühle, d. h. volle Handlungsfreiheit für sich in Anspruch nehme, falls die Konferenz nicht in den nächsten Wochen zu einem befriedigenden Ergebnis in der Gleichberechtigungsfrage gelange. Es ist die gleiche Schlußfolgerung, wie sie aus der Denkschrift vom 14. Juni zitiert wurde. Sein Ziel der Umrüstung erschien Schleicher wichtiger als die theoretische Gleichberechtigung, von der er offenbar glaubte, man brauche sie sich nicht erst von anderen bestätigen zu lassen. Sie war ihm ein Mittel zur Erreichung des vorgezeichneten militärischen Zieles. Der Reichswehrminister glaubte wohl, die Reichsregierung in diesen Tagen um so mehr unter Druck setzen zu können, als die Lausanner Verhandlungen Papen keinen Schritt weiter gebracht hatten.

Wie aber würde sich Neurath in dieser Frage verhalten? Seine Weisung an Nadolny vom 20. Juni⁴⁹ hatte gezeigt, daß er genau wie Bülow die Gleichberechtigung zunächst als rechtliche Gleichbehandlung verstand. Auch er forderte nur um des Prinzips willen eine geringe Zahl neuer Waffen etc. Würde er sich jedoch gegenüber dem Reichswehrminister behaupten können?

In dem erwähnten Brief an Schleicher vom 14. 7. versuchte er zunächst einmal die Differenzen zu bagatellisieren, indem er sie mit der Verschiedenheit der Sprache, hier der Diplomaten, dort der Militärs, erklärte. Zugleich machte er das formelle Zugeständnis, daß er die entscheidende Weisung an Nadolny nur im Einverständnis mit Schleicher abgehen lassen werde. Aber in der Sache enthielt das Schreiben doch eine klare Zurückweisung des Schleicherschen Vorschlages. Neurath faßte seine Ansicht in dem kurzen Satz zusammen: „Das ist politisch nicht tragbar.“

In den folgenden sechs Tagen verschärfte sich die Lage insofern, als die negativen Stellungnahmen Frankreichs und Englands in Berlin bekannt wurden⁵⁰. Dies gab natürlich der Forderung Schleichers nach Abbruch der Verhandlungen verstärktes Gewicht. Zudem verfügte der Reichswehrminister durch das militärische Delegationsmitglied, General von Blomberg, über eine eigene Informationsquelle in Genf und eine weitere Möglichkeit der Einflußnahme. Ein undatierter Telegrammentwurf aus jenen Tagen an Blomberg macht dies deutlich: „Für Deutschland“, hieß es darin, „ist nur eine Resolution annehmbar, die in jeder Richtung unseren Forderungen auf Grund des V.V. [Versailler Vertrag] entspricht oder die in anderer Weise die volle Gleichberechtigung bringt. Jede andere Resolution ist scharf abzulehnen“⁵¹.

In diesen Zeilen zeichnet sich jedoch schon der schließliche Kompromiß ab. Die Resolution sei „scharf abzulehnen“, von weiteren Folgerungen ist dann aber nicht mehr die Rede. Der Telegramm-Entwurf dürfte kurz vor dem 20. Juli entstanden sein, da an jenem Tag die letzte Unterredung zwischen Neurath und Schleicher über die Weisung an Nadolny stattfand⁵².

⁴⁹ Siehe Anm. 22.

⁵⁰ Siehe Anm. 40.

⁵¹ AK, II F Abrüstung, Bd. III, BB: E 535935.

⁵² Begleitnotiz Neuraths vom 20. 7. an Schleicher bei der Übermittlung der endgültigen Fassung der Weisung an Nadolny. BdRS, 18 Nr. 1, 101/2, Bd. VII, BB: D 667493.

Wohl auf den Druck Schleichers hin hatte Neurath seine ursprüngliche Ansicht⁵³ aufgegeben. In dem Entwurf der Weisung, die dem Gespräch vom 20. Juli zugrunde lag, lautete der entscheidende Satz bereits:⁵⁴ „Die Deutsche Regierung muß aber heute schon darauf hinweisen, daß sie sich vor ernste Entschlüsse gestellt sehen würde, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte.“

In der endgültigen Fassung hieß es dann: „Die Deutsche Regierung muß aber schon heute darauf hinweisen, daß sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen kann, wenn . . .“

Bedeutung und Sinn dieser Änderung werden bei näherer Prüfung klar. Denn trotz ihres äußerlich ‚starken‘ Hinweises auf ‚ernste Entschlüsse‘ vermeidet die erste Fassung (des Auswärtigen Amtes) jede inhaltliche Festlegung solcher Konsequenzen, während die zweite Fassung bereits Art und Weise der deutschen Reaktion auf eine intransigente Haltung der Gegenseite umreißt. blieb bei der ersten Formel im Grunde noch alles offen und vage, so läßt die zweite eine Inanspruchnahme deutscher Handlungsfreiheit schon deutlich durchblicken.

Am 25. Juli wurde die Resolution der Konferenz zur Abstimmung vorgelegt. Die Sowjet-Union schloß sich dem deutschen „Nein“ an, acht Staaten enthielten sich der Stimme. Der deutsche Schritt wurde allgemein bedauert, fand jedoch einigens Verständnis in den angelsächsischen Ländern. Der Hinweis auf die Bedingungen einer weiteren Mitarbeit Deutschlands wurde zunächst geflissentlich ignoriert.

Überblicken wir noch einmal die innerdeutsche Auseinandersetzung um die Gestaltung der Abrüstungspolitik während der Monate Juni und Juli. Neurath hatte sich insofern gegenüber Schleicher behauptet, als der Grundsatz einer Politik durch Verhandlungen aufrechterhalten wurde. Er hat diese Linie auch in den folgenden Monaten beibehalten und schließlich auf diesem Wege am 11. Dezember 1932 die Anerkennung der rechtlichen Gleichberechtigung in Abrüstungsfragen bei den Westmächten durchgesetzt. Solange nach diesem Grundsatz verfahren wurde, konnte der Außenminister in materieller Hinsicht dem Reichswehrminister entgegenkommen. Das zeigte sich nicht nur in den bisherigen Auseinandersetzungen, sondern auch in den Verhandlungen mit Frankreich, die Ende August begannen⁵⁵. Dieser Gedanke der Sonderverhandlungen beruhte – wie wir sahen – auf Überlegungen, die den führenden Männern der beiden Ministerien gemeinsam waren.

Aber welcher Unterschied gegenüber der unter Brüning üblichen Praxis! Den Hintergrund zu der noch aufrechterhaltenen Verständigungspolitik in Abrüstungs-

⁵³ Vgl. Seite 175.

⁵⁴ Die beiden Variationen der Weisung finden sich in: BdRS, 18 Nr. 1, 101/2, Bd. VII, BB: D 667494–98.

⁵⁵ Die Übergabe der deutschen Note an Frankreich am 29. 8. wurde vorbereitet durch ein Gespräch zwischen Bülow und François-Poncet am 23. 8. 1932.

fragen bildete ein Wehrprogramm, das auf alle Fälle durchgeführt werden sollte⁵⁶. Schleicher hatte sich zwar gegenüber Neurath nicht völlig durchgesetzt – Deutschland hatte die Konferenz nicht verlassen –, aber in die Rüstungspolitik des Reiches war durch die von Schleicher mitgestaltete Erklärung zur Resolution vom 23. Juli ein neues Element hineingekommen. Und der General begnügte sich damit nicht. Am 26. Juli hielt er eine Rede zur geplanten Umrüstung des Heeres, die den Auftakt zu einer ganzen Reihe ähnlicher Äußerungen bildete⁵⁷. Inhaltlich deckten sich diese Reden mit seiner Denkschrift vom 14. Juni; es ist daher verständlich, daß das Auswärtige Amt hiervon sehr unangenehm berührt war⁵⁸. Auch an den Verhandlungen mit Frankreich Ende August beteiligte Schleicher sich maßgeblich und nahm damit seine Linie von Lausanne wieder auf.

Die politische Aktivität des Generals hat sich also auch auf die Außenpolitik des Reiches erstreckt, ihr neue Inhalte verliehen und eine bisher kaum gewohnte Methode an sie herangetragen. In welchem Maße Schleicher dabei neben militärischen auch spezifisch innerpolitische Gründe bestimmten, bleibt noch eine offene Frage.

Bei der Beurteilung des ganzen Vorgangs muß gewiß berücksichtigt werden, daß nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen eine Aktivierung der deutschen Politik in jedem Falle nahe lag. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß der Anstoß hierzu nicht von der politischen Leitung, sondern von dem interessierten Ressort, auf Grund eines ausgearbeiteten, weit vorausplanenden Programms, ausgegangen ist.

⁵⁶ Vgl. die Angaben bei Castellan a. a. O., S. 82/3 und bei Raeder a. a. O., S. 275/4.

⁵⁷ Schleichers Reden am 8. 8., 31. 8., 1. 9. u. 6. 9. 32 abgedruckt in: Schwendemann, Handbuch der Sicherheitsfrage u. d. Abrüstungskonferenz, Leipzig 1933 u. im „Berliner Tageblatt“.

⁵⁸ Nadolny a. a. O., S. 125/6, Mitteilung des Freiherrn v. Neurath vom 1. 7. 1955.

DokumentationHITLERS EINTRITT IN DIE POLITIK
UND DIE REICHSWEHR

Die in Vorgeschichte und Ablauf des Hitler-Putsches von 1923 zutage getretenen Beziehungen zwischen NSDAP und Reichswehr – Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen im Prozeß vor dem Volksgericht München I, in dem vom Bayerischen Landtag eingesetzten Untersuchungsausschuß und in der interessierten Öffentlichkeit – regten Forschungen über deren Anfänge an. Ermöglicht wurden sie durch die Registrierung des im Hauptstaatsarchiv München Abt. II (ehem. Bayerischen Kriegsarchiv) – HStA. München. Abt. II – befindlichen Aktenbestandes des Reichswehr-Gruppenkommandos 4¹. Das Ergebnis dieser Forschungen wird in der nachstehenden Dokumentation vorgelegt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, bringt sie wesentliche neue Aufschlüsse über die erste politische Betätigung Hitlers und die Agitation der Deutschen Arbeiter-Partei (DAP) bzw. NSDAP in den Jahren 1919/20. Für diese Phase standen bisher bekanntlich nur sehr allgemein gehaltene, lückenhafte Darstellungen zur Verfügung², die weitgehend den subjektiven Ausführungen Hitlers in „Mein Kampf“³ folgen. Die ermittelten Schriftstücke erlauben nunmehr, diese nachzuprüfen und das Dunkel zu durchdringen, das den vom „Führer“ mythisierten Beginn der „Kampfzeit“ einhüllte. Sie legen die Beziehungen zwischen Hitler und dem Übergangsheer frei und gestatten zugleich, an Hand dienstlicher Versammlungsberichte die Entfaltung der DAP bzw. NSDAP zu verfolgen. Damit werden viele, wenn auch nicht alle Fragen über die Entwicklung sowohl Hitlers als auch der NSDAP in den Jahren 1919/20 beantwortet. Hitlers Weg in die Politik läßt sich nachzeichnen. Sein erster Gönner tritt aus seiner Anonymität. Die Stufen seines Aufstiegs zum politischen Redner und zum unermüdlich redenden Politiker werden erkennbar. Die Zeitspanne zwischen seiner zweiten Verwundung im Oktober 1918 und seiner Respektierung als Politiker durch das offizielle Bayern 1921 – Ministerpräsident von Kahr empfing am 14. Mai 1921

¹ In Verehrung gedenke ich des verstorbenen Staatsministers a. D. Dr. Anton Pfeiffer, der mir im Frühjahr 1950 den Zutritt zu den bayerischen Akten 1918–1933 gestattete. Ich bin dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem 1958 verstorbenen Generaldirektor der staatlichen Archive Bayerns, Dr. Wilhelm Winkler, für Unterstützung und Förderung dieser Forschung zu Dank verpflichtet. Auf den Aktenbestand des Reichswehrgruppenkommandos 4 machte mich Herr Oberregierungsarchivrat Günter Böhm aufmerksam, der mir aus persönlicher Kenntnis auch bereitwillig zahlreiche Fragen über die Verhältnisse in den Münchner Reichswehreinheiten beantwortet hat. Ich darf ihm deshalb auch an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

² K. Heiden, Adolf Hitler, 2 Bde., Zürich 1936 u. 1957. A. Bullock, Hitler. A Study in Tyranny. London 1952. W. Görlich u. H. A. Quint, Adolf Hitler, Stuttgart 1952. Hinweise auch in der leider ohne Belege veröffentlichten Darstellung Wilhelm Hoegners, Die verratene Republik, München 1958.

³ Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1925 (zit. nach der 419.–423. Aufl., 1939).

eine von Hitler geführte Delegation der NSDAP⁴ – erschließt sich geschichtlicher Betrachtung und Nachprüfung.

Am 10. Mai 1919 befahl das Bayerische Ministerium für Militärangelegenheiten für das rechtsrheinische Bayern die Errichtung einer dem Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 (RGBl. 1919, S. 295ff.) entsprechenden Wehrmacht. Bereits am 11. Mai wurde das für die Entsetzung Münchens gebildete „Oberkommando von Möhl“⁵ in das „Bayerische Reichswehrgruppenkommando 4“ umgewandelt, dem die in Bayern stationierten Einheiten des im Übergang befindlichen Reichsheeres unterstellt wurden⁶. Da sich der Bayerische Landtag und das Bayerische Gesamtstaatsministerium noch in Bamberg befanden, wohin sie am 18. März vor der durch die Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar ausgelösten Entwicklung geflüchtet waren, übernahm das Reichswehrgruppenkommando 4 nicht nur die militärische Sicherung, sondern zunächst auch die politische und verwaltungsmäßige Betreuung Münchens. Dazu gehörten die Kontrolle der Tätigkeit der politischen Parteien und Organisationen und – unter Umständen – eine Einflußnahme. Im Reichswehrgruppenkommando 4 bildete sich sehr bald die Überzeugung, die von zahlreichen Strömungen der Zeit erfaßte Truppe bedürfe politischer Aufklärung; nur auf diese Weise könnten die in die Einheiten des Übergangsheeres eingedrungenen, als „bedenklich“ deklarierten Vorstellungen zurückgedrängt werden. Die Wahrnehmung dieser weitgespannten, im einzelnen nicht konkretisierten Aufgabe wurde der Abteilung Ib/P zugewiesen, die unter den Bezeichnungen „Nachrichtenabteilung“, „Presse- und Propagandaabteilung“, „Aufklärungsabteilung“ bekannt wurde. Ihre Leitung übernahm der als Sohn eines hochangesehenen bayerischen Richters am 5. Januar 1883 in Mindelheim geborene, am 17. Juli 1901 in das 1. Bayer. Inf. Rgt. eingetretene Hauptmann i. G. Karl Mayr. Er war, hervorragend qualifiziert, zum Bayerischen Generalstab kommandiert worden und hatte im Weltkrieg in Truppen- und Stabsstellungen Dienst getan. Im Reichswehrgruppenkommando 4 wurde er auf Grund seiner persönlichen Initiative und seines Arbeitseifers eine zentrale Figur, deren Wirksamkeit über Rang und Referat weit hinausging. Mayr schied 1920 als „Charaktermajor“ aus der Reichswehr aus. Die Gründe dafür sind nicht feststellbar. Eine aktenkundig gewordene Beschwerde über ihn bei Reichswehrminister Geßler kann nicht als Ursache angesehen werden⁷. Von der zeitgenössischen Literatur erwähnt nur Röhm die Tätigkeit Mayrs⁸. Dieser machte offensichtlich eine politische Wandlung durch, in

⁴ Vgl. dazu Herbert Speckner, *Die Ordnungszelle Bayern*, Phil. Diss. Erlangen 1955, S. 205.

⁵ Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919. Im Auftr. des OKW bearb. u. hrsg. v. d. Kriegsgesch. Forschungsanstalt des Heeres. Berlin 1939, S. 43.

⁶ Ebd., S. 176. Vgl. auch die umfangreichen Organisationsakten bei HStA. München, Abt. II. Gruppen Kdo. 4.

⁷ Der Personalakt Mayrs bei HStA. München. Abt. II. Offz. Pers. Akt 7539. Über Mayrs Einstellung zur Revolution vgl. sein Gespräch mit Karl Alexander von Müller am 7. November 1918, in dessen Buch „Mars und Venus“, Stuttgart 1954, S. 266.

⁸ E. Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, 1. Aufl. München 1928, S. 100f.: „Wenn ich mich recht erinnere, war es Hauptmann Mayr, der eines Tages auch Adolf Hitler in diesen

deren Verlauf er sich der SPD näherte, in die er schließlich auch eintrat. Tätig wurde er vor allem im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“; mehrere Jahre gehörte er der Redaktion der Zeitung des „Reichsbanners“ an. Sein wechselvoller Lebensweg endete am 9. Februar 1945 im Konzentrationslager Buchenwald⁹. – In den Jahren 1919/20 widmete sich Hauptmann Mayr zufolge der Akten des Reichswehrgruppenkommandos 4 vor allem drei Aufgaben. Die erste betraf die Auswahl von „Vertrauensmännern“ („V-Männern“) in allen Heeresseinheiten, die in der Lage waren, politisch zu wirken; die zweite die Durchführung von Aufklärungskursen, in denen ausgewählte Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in Vorträgen und „Seminarübungen“ über politische Fragen belehrt wurden. Schließlich verfolgte Mayr aufmerksam die politische Entwicklung Münchens und Bayerns und unterstützte – auch finanziell – Parteien, Verlage und Organisationen¹⁰.

Ende Mai/Anfang Juni 1919 wurden von I b/P die ersten umfangreichen Listen über „V-Leute“ angelegt. In einer findet sich der Name „Hittler Adolf“¹¹, jedoch ohne weitere Zusätze. Hitler wurde nicht als „Bildungsoffizier“, als welchen er sich selbst ausgibt¹², sondern als „V-Mann“ geführt. Wenn auch die Bezeichnung „Bildungsoffizier“ nicht auf Offiziere beschränkt blieb, so wird doch selbst in den ersten Listen, die in Eile und unter Verzicht auf büromäßige Sorgfalt entstanden, zwischen „Bildungsoffizieren“, die ausnahmslos Offiziere waren, und „V-Männern“, die dem Unteroffizier- und Mannschaftsstande angehörten, unterschieden. Den Großteil der „Bildungsoffiziere“ stellten die an der Universität München studierenden Offiziere, die beurlaubt, jedoch noch nicht entlassen waren. Aus „Bildungsoffizieren“ und „V-Männern“ rekrutierten sich die Teilnehmer jener „Aufklärungskurse“, mit deren Vorbereitung Mayr noch im Mai 1919 begann. Die damit verfolgte Absicht war, den nichtsozialistischen Kräften Einfluß auf das Übergangsheer zu verschaffen. Die Rednerliste des Aufklärungskurses I, der knapp vier Wochen nach Er-

Kreis brachte. Hitler war Bildungsoffizier im Stabe des Gruppenkommandos und unterstand, ebenso wie Hermann Esser als Pressereferent, der politischen Abteilung, die Hauptmann Mayr leitete. Dieser ehrgeizige Offizier, der heute im marxistischen Reichsbanner eine führende Rolle einnimmt, hatte bei der Beweglichkeit, die ihm eigen war, Zutritt und Geltung bei den Kreisen, die scharf national eingestellt waren, sich zu verschaffen gewußt. Neben seiner Dienstführung als Nachrichtenoffizier des Wehrkreiskommandos . . . wandte er sein Augenmerk allen politischen Bestrebungen zu. Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür, daß er hierbei nicht seiner Überzeugung folgte. So war er vielleicht der entscheidendste Förderer des Kapp-Unternehmens in Bayern.“ Diese bisher unbeachtet gebliebene Behauptung Röhm's ist keineswegs aus der Luft gegriffen.

⁹ Herr Dr. Morsey/Bonn-Münster machte mich freundlicherweise auf die von Herrn Karl Rohe/Münster übernommene Dissertation über das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ aufmerksam. Sie wird, wie mir Herr Rohe mitteilt, Mayrs Tätigkeit im Reichsbanner eingehend schildern.

¹⁰ In der vorliegenden Dokumentation sind zwei Fragenbereiche ausgeklammert: Die Entstehung der DAP bzw. NSDAP und deren Finanzierung. Es besteht Aussicht, auch dafür neue Archivquellen zu erschließen.

¹¹ HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/4. Der Akt trägt die Beschriftung: „Rw Gruppen Kdo 4. Abt. Ib. Listen der Propaganda- und Vertrauensleute“.

¹² Mein Kampf, S. 255 ff.

richtung des Reichswehrgruppenkommandos 4 begann, enthält Namen, die in München bekannt waren. Die prominenten Vertreter der Landespolitik weilten noch in Bamberg oder in Weimar, sofern sie der verfassunggebenden Nationalversammlung angehörten. Mayr scheint bei der Auswahl der Redner seine persönlichen Beziehungen genutzt zu haben. Der eingeladene Karl Alexander von Müller ist ein Schulkamerad Mayrs¹³. Bemerkenswert ist die Beteiligung Gottfried Feders. Dieser hatte in alldutschen Zusammenschlüssen und Organisationen von sich reden gemacht. Mayr trug offensichtlich keine Bedenken, ihn seine Anschauungen vor den Aufklärungskursen vertreten zu lassen. Mit diesen Kursen verfolgte Mayr das Ziel, die gemeldeten „Bildungsoffiziere“ und „V-Männer“ über grundsätzliche und aktuelle Fragen zu informieren und dadurch truppeneigene „Aufklärer“ zu gewinnen. Die Aufklärungskurse waren keine Münchner Besonderheit. In Würzburg fanden ähnliche Veranstaltungen statt. Der Verlauf der Kurse wurde in Programmen festgelegt. Teilnehmer waren nur Angehörige der Reichswehr, die dazu von ihren Truppenteilen abkommandiert wurden. Es war üblich, von den Kursbesuchern einen Bericht über ihre Eindrücke und Vorschläge anzufordern, doch ist die Sammlung dieser Niederschriften sehr lückenhaft. Vom 5. Kurs an, der am 10. Juli begann, erfolgte eine Gliederung der Teilnehmer nach Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften. Im „A-Kurs“ wurden die Offiziere, in dem zeitlich gleich laufenden „B-Kurs“ die Unteroffiziere und Mannschaften zusammengefaßt¹⁴. Die Kurse scheinen im Herbst 1919 ausgelaufen zu sein. Hauptmann Mayr verwandte viel Zeit auf die Pflege persönlicher Beziehungen zu den Kursteilnehmern. Er führte mit nicht wenigen von ihnen eine bemerkenswerte Korrespondenz¹⁵, in der er zu Fragen und Vorschlägen Stellung nahm, gleichzeitig aber auch Anregungen zu propagandistischem Wirken gab. Er vertrat dabei, z. T. sehr temperamentvoll, die Auffassung, die Reichswehr müsse bei den „guten Kräften“ der Bevölkerung Rückhalt suchen und finden. Eine starke Antipathie gegen die „Linksparteien“, die in seinen Augen bei der SPD anfangen und bei den Kommunisten endeten, schlug durch. Den „Schwarzen“, der Bayerischen Volkspartei, stand Mayr zumindest reserviert gegenüber. Seine Abneigung gegen die Revolution ist nicht ungewöhnlich. Die Ereignisse vom 7. November 1918 und ihre verfassungsrechtlichen Folgen wurden in Bayern bis zum Ende der Weimarer Republik scharf verurteilt. Das Unbehagen Mayrs an Revolution und Republik bildet also keine Ausnahme; durch seine dienstliche Aufgabe wurde er jedoch in die Lage versetzt, seine Anschauungen zu propagieren und ihnen in das politische Denken der Reichswehr Eingang zu verschaffen. Mit Verfügung über nicht unbeträchtliche Geldmittel ausgestattet, entfaltete Mayr eine sehr emsige Tätigkeit. Der Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 4, Generalleutnant von Möhl, und dessen Chef des Stabes, Major von Prager, ließen ihm freie Hand, offensichtlich glücklich darüber, in Mayr einen interessier-

¹³ Nach einer schriftlichen Mitteilung Prof. Dr. K. A. von Müllers vom 17. 9. 58.

¹⁴ HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/6.

¹⁵ Es handelt sich vor allem um zwei umfangreiche Korrespondenzakten: HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/7 und 8.

ten und kundigen Verwalter des im militärischen Dienstbetrieb neuen und ungewohnten Referates gefunden zu haben. Von diesem wurde eine Konsolidierung der politischen Verhältnisse vor allem Münchens erwartet. Zahlreichen Stellen seiner sozusagen dienstlichen Privatbriefe ist zu entnehmen, daß er viel unterwegs war, vermutlich in der Absicht, mit den Einheiten der in Bayern stationierten Reichswehrverbände Fühlung zu halten und sich auch über die politische Lage an Ort und Stelle zu unterrichten. Zahlreichen Korrespondenzpartnern klagte er seine Zeitnot. Sie war denn auch der äußere Anlaß für ihn, zumindest in einem Falle, am 10. September 1919, die Hilfe des Gefreiten Hitler in Anspruch zu nehmen, der dabei das erste vorliegende Schriftstück seiner politischen Laufbahn, ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Antisemitismus, fertigte.

Hitler hatte sich, wie seine Kriegsstammrolle (Dok. 1) ausweist, am 21. November 1918 bei der 7. Ers. Komp. des 2. Bayer. Inf. Rgts. gemeldet. Sein militärischer Werdegang ist offenbar lückenlos aufgezeichnet. Er erlitt zwei Verwundungen. Am 5. Oktober 1916 wurde er bei Le Barqué durch Artilleriegeschloß am linken Oberschenkel leicht verwundet. Er selbst gibt dafür den 7. Oktober an¹⁶. Vom 9. Oktober bis zum 4. Dezember 1916 war er im Vereinslazarett Beelitz-Berlin, anschließend bis zum 5. März 1917 beim Ersatztruppenteil in München. Auch bei der zweiten Verwundung bestehen Unterschiede zwischen der Kriegsstammrolle und der Angabe Hitlers. In ersterer wird dafür der 15. Oktober 1918 angegeben. Hitler nennt den 14. Oktober. Wesentlicher ist die Abweichung hinsichtlich der Natur der Verwundung. In der Kriegsstammrolle heißt es „gaskrank“; Hitler machte daraus eine „Erblindung“. Da in der Verhandlung vor dem Volksgericht München I der Lazarettakt für abhanden gekommen erklärt wurde, ist die sehr allgemein gehaltene Krankheitsbezeichnung der Kriegsstammrolle bemerkenswert¹⁷. Über seine Revolutionserlebnisse äußerte sich Hitler in einer Rede am 29. Oktober 1920 (Dok. 30). Bereits am 21. November 1918, wie gesagt, traf er bei der 7. Ers. Komp. des 2. Bayer. Inf. Rgts. ein. Am 12. Februar 1919 wurde er der 2. Dem(obilmachungs) Komp. des IR 2 zugeteilt¹⁸, vom 10. Mai 1919 bis zu seiner Entlassung am 31. März 1920 bei der Kom(mandierten) Kompagnie des IR 2 geführt. Dieser jetzt gesicherte Ent-

¹⁶ Mein Kampf, S. 209.

¹⁷ Vgl. dazu die Bemerkungen Hoegners a.a.O., S. 123, die jedoch unvollständig und ungenau sind. Über den Verlust des Lazarettaktes äußerte sich Landgerichtsdirektor Neithardt mehrfach im Hitler-Prozeß. In diesem Zusammenhang ist eine Richtigstellung über Hitlers „Militärpapiere“ notwendig. Für Mannschaften wurden in der Bayer. Armee keine Personalakten geführt. Ihre Erfassung erfolgte durch die Stammrolle bzw. Kriegsstammrolle. Krankenpapiere wurden der Versorgungsverwaltung übergeben, wenn Antrag auf Versorgung gestellt war. In den Kriegsstammrollen blieben die Begründungen zu Ordensvorschlägen, lobende Erwähnungen u. a. unberücksichtigt. Unter „Hitlers Militärpapieren“ ist daher zu verstehen: 1. Kriegsstammrolle (als Dok. 1 gedruckt), 2. Krankenpapiere, bereits 1924 als abhanden gekommen bezeichnet, 3. Eingaben zu Ordensverleihungen, die an anderer Stelle veröffentlicht werden sollen.

¹⁸ Wenn es gelingt, die Verwendung dieser Einheit im Frühjahr 1919 aufzuklären, wird die häufig gestellte Frage nach Hitlers Verhalten während der Münchner Rätezeit beantwortet werden können.

lassungstermin verdient kurze Betrachtung. Hitler machte keine Versorgungsansprüche geltend, obwohl er über die Anmeldung von Versorgungsansprüchen und über die dabei zu beachtenden Fristen belehrt worden war. Seine Verwundungen dürften also ohne gesundheitliche Folgen geblieben sein; er kehrte nicht, wie er später pathetisch behauptete, als „Krüppel“ aus dem Kriege heim. Hitler hielt seine ersten politischen Reden und vollzog seinen Eintritt in die DAP als Angehöriger der vorläufigen Reichswehr. Sogar das Programm der NSDAP war bereits verkündet, ehe er entlassen wurde. Auch wenn die verworrenen Verhältnisse im Übergangsheer berücksichtigt werden, ist die Behauptung erlaubt, daß eine solche Betätigung nur mit Wissen und Duldung der vorgesetzten Dienststelle möglich war. Im Falle Hitlers war diese das Reichswehrgruppenkommando 4/I b/P. Er nahm – auf wessen Veranlassung, ist nicht zu ermitteln – am Aufklärungskurs Nr. 1 (Dok. 2) teil¹⁹. Karl Alexander von Müller erzählt, er habe dabei seinen Schulkameraden Mayr auf Hitlers rhetorisches Naturtalent aufmerksam gemacht²⁰. Hitler war zu diesem Zeitpunkt Hauptmann Mayr bereits namentlich bekannt, weshalb ihn dieser auch bei der Zusammensetzung eines Aufklärungskommandos für das Lager Lechfeld berücksichtigte.

Am 19. Juli 1919 erstattete Hauptmann Lauterbach, Leiter des Reichswehrwerbebüros Lager Lechfeld, einen Bericht an das Reichswehrgruppenkommando 4, in dem er die Verhältnisse in Lager Lechfeld ausführlich schildert (Dok. 3). Er empfahl eine propagandistische Bearbeitung der dort untergebrachten Truppenteile, die er als politisch nicht zuverlässig und dem Einfluß revolutionärer Kreise erlegen bezeichnete. Die Reichswehrwerbezentrale München gab die Meldung mit einer ergänzenden Bemerkung an das Reichswehrgruppenkommando 4, dessen Chef des Stabes sie an die Abteilung I b/P zur weiteren Veranlassung leitete. Diese erließ am 22. Juli 1919 einen Befehl (Dok. 4) über Aufstellung, Tätigkeit und Zusammensetzung eines Aufklärungskommandos für das Lager Lechfeld, dessen Leitung dem Infanteristen Rudolf Beyschlag²¹ vom Wehrregiment München übertragen wurde. Unter den dafür abgestellten Unteroffizieren und Soldaten wird unter Nr. 17 der „Infanterist Adolf Hitler vom 2. IR Abwicklungsstelle (I.A.K.)“ aufgeführt. Über dieses Kommando äußerte sich Hauptmann Mayr in seinem Brief an Vizefeldwebel Josef Meier/Ingolstadt vom 12. September 1919: „Das von mir bereitgehaltene Kommando setzt sich zusammen lediglich aus früheren Kursteilnehmern, die namentlich in einem früheren, den einschlägigen Truppenteilen gegebenen Befehl aufgeführt worden sind. In diese Liste würden auch Sie aufgenommen wor-

¹⁹ Diese Annahme ist nicht eindeutig belegbar. Teilnehmerlisten fehlen; die bereits erwähnte Liste von Propaganda- und Vertrauensleuten kann bedingt als Ersatz angesehen werden. Hitler muß an einem vor dem 22. Juli beendeten Kurs teilgenommen haben. Nur im Kurs 1 sprach K. A. von Müller über „Die politische Geschichte des Krieges“. Diese Umstände rechtfertigen, Hitler dem Kurs 1 zuzuweisen.

²⁰ Müller a.a.O., S. 338.

²¹ Das Schicksal des Rudolf Beyschlag hat sich nicht weiter aufklären lassen. Beim Einwohnermeldeamt München ist ein Rudolf Beyschlag vermerkt, der 1881 in Nördlingen geboren wurde und am 16. Juni 1928 in München starb.

den sein, wenn noch einmal der Bedarf nach einem Kommando für die Kriegsgefangenen in Erscheinung getreten wäre. Das andere Kommando, dem Sie irrtümlich zugeteilt worden sind, hätte eigentlich nur den Zweck gehabt, vertrauenswürdige Leute in verschiedene Arbeitsdienste hineinzubringen, die bisher von wenigen zuverlässigen Dulag-Leuten wahrgenommen wurden. Und wenn diese Leute auch keine planmäßige, einem eigenen Propagandakommando vorbehaltene Aufklärung zu betreiben hatten, so sollten sie immerhin Hetzereien möglichst verhindern. Es wäre also zu unterscheiden gewesen zwischen einem Kommando und einem eigenen Aufklärungskommando. Das von mir früher zusammengestellte Aufklärungskommando hat schon einmal eine kurze Probedienstleistung auf Lager Lechfeld gemacht²². Dazu erging am 13. August vom Reichswehrgruppenkommando I b/P Befehl²³. Er sah vor, daß das mit Befehl vom 22. Juli zusammengestellte Aufklärungskommando sich am 19. August im Lager Lechfeld bei der Kompanie Bendt des II. Batl. Reichswehr-Inf.-Reg. 34 zu einer Probedienstleistung sammle. Über die Tätigkeit des Kommandos (Dok. 6) liegen mehrere Berichte vor. Beyschlag selbst gab einen „Vorläufigen Bericht“²⁴; ein darnach zu erwartender Schlußbericht wurde nicht festgestellt. Oberleutnant Bendt, Führer der nach ihm benannten Kompanie, äußerte sich in zwei Berichten (Dok. 7/8), wobei Hitler erwähnt wird. Mit Hitlers Person und Tätigkeit befassen sich auch die von den Angehörigen des Aufklärungskommandos eingereichten Schlußberichte (Dok. 9). Ein Schlußbericht Hitlers selbst ist nicht ermittelt.

Bevor das Kommando Beyschlag im Lager Lechfeld in Tätigkeit trat, schrieb Hermann Esser²⁵, Teilnehmer des Aufklärungskurses 4²⁶, an Hauptmann Mayr (Dok. 5) und leitete damit eine nicht uninteressante Korrespondenz ein. Zunächst war er bemüht, sein Verhalten während des Kurses zu rechtfertigen. Mayr beruhigte Esser mit der Versicherung, von einer Taktlosigkeit könne nicht die Rede sein, empfahl ihm jedoch, in seinen Urteilen künftig noch etwas vorsichtiger zu sein und das Temperament der Jugend etwas zu meistern. Er klärte ihn darüber auf, warum in den Kursen nicht die Schriften Gottfried Feders verkauft würden: „Im übrigen – und das ist der springende Punkt – ist es sachlich viel nützlicher, wenn die 50 bis 60 Kursteilnehmer, die sich für die Schrift interessieren, sich die geringfügige Mühe machen, in möglichst vielen Buchhandlungen in München nach dieser Schrift zu fragen und sie sich dort zu bestellen. Das ist die günstigste Reklame für diese Schrift,

²² HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/8. Faszikel „Mair, Josef“.

²³ Abtlg. I b/P des Reichswehrgruppenkommandos 4. Nr. 502. München, 13. 8. 19. Betr.: Aufklärungskommandos Lechfeld. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/3.

²⁴ „Vorläufiger Bericht über die Tätigkeit des Aufklärungskommandos für Lager Lechfeld vom 19. bis 23. August 1919, erstattet von Infanterist Rudolf Beyschlag.“ Ohne Datum. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/5. – Auszug: Dok. 6

²⁵ Esser, Hermann, 1900 zu Röhrmoos bei München. 1920 Reichswehrgruppenkommando 4/I b/P. Anschließend Redakteur des „Völkischen Beobachters“. 1933 Staatsminister und Chef der Bayerischen Staatskanzlei.

²⁶ HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/6. Der Kurs 4 fand vom 30. Juli bis 9. August 1919 statt.

für die zweifellos die Gefahr besteht, daß sie von jüdischer Seite immer wieder aus den Auslagefenstern der Buchhandlungen entfernt wird.“ Zum Schlusse forderte er Esser zu einem Bericht über die Situation in Kempten auf²⁷. Dieser antwortete umgehend, wobei er den Kommandeur II/43, Major Pitroff, für außerstande erklärte, sich die Zuneigung weiterer Kreise zu gewinnen²⁸. Mayr bedankte sich für den Bericht mit der Bemerkung: „Aufgabe des Majors P. ist es allerdings nicht, sich beliebt zu machen, weder bei den Roten noch bei den Schwarzen, sondern nur seine Pflicht zu tun“²⁹. Eine ihm über Esser zugegangene Mitteilung veranlaßte Mayr am 12. September, einen anderen Teilnehmer, den Unteroffizier Kuntstädter, um Auskunft zu bitten: „Bekanntlich war Esser gemeinsam mit Ihnen im Kurs Nr. 4. In der Diskussion kam er auch auf die Presse zu sprechen und fragte damals, ob nicht die Mannschaften eines Truppenverbandes, wenn ein Blatt andauernd mit scharfen Ausfällen gegen sie arbeite, zweckmäßig selbst mit einer in corpore gefaßten Erwidern antworten sollten. Er spielte damals also schon auf die Hetzarbeit des bekannten Kempter-Blattes an, die dann zu dem Willkürakt der Zerstörung der Druckerei führte. Ich hatte damals, als ich ihm in der Diskussion antwortete, nicht übel Lust, ihm zu bemerken, daß man heutzutage gegen Hetzartikel hilflos sei und daß es das beste wäre, dem Redakteur eine entsprechende Tracht Prügel zu verabfolgen. Selbstverständlich gab ich eine ähnliche Bemerkung nicht von mir und unterdrückte jede diesbezügliche Andeutung. Im Hinblick darauf, daß er sich Ihnen gegenüber jetzt als Mitarbeiter dieses Blattes entpuppt, wird diese seine Anfrage doch in ein merkwürdiges Licht gerückt. Hätte ich ihm damals so geantwortet, wie es einem der Instinkt vielleicht eingab, und aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht, so hätte er vielleicht aus einer solchen unbedachtsamen Äußerung entsprechendes Kapital geschlagen. Vielleicht haben Sie die Möglichkeit, in Ihrer früheren Eigenschaft als Kursteilnehmer, der ja Essers Diskussionsfrage gehört haben konnte, ihm nochmals auf den Zahn zu fühlen“³⁰. Eine schriftliche Antwort hierauf ist jedoch nicht festgestellt worden. Auch über die weiteren Beziehungen zwischen Mayr und Esser fehlen aktenmäßige Niederschläge. Eine dauernde Entfremdung ist jedoch offenbar nicht eingetreten³¹. Übrigens berichtet auch Röhm, daß Hitler und Esser beim Reichswehrgruppenkommando 4/I b/P tätig gewesen seien³².

Was ersteren angeht, so wandte sich Mayr, wie gesagt, bereits am 10. September 1919 an ihn (Dok. 10) unter der Überschrift „Sehr verehrter Herr Hitler“ – eine

²⁷ Mayr an Esser. München, 16. 8. 1919. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/7. Durchschlag.

²⁸ Esser an Mayr. Kempten, 18. 8. 1919. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/7.

²⁹ Mayr an Esser. München, 22. 8. 1919. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/7. Durchschlag.

³⁰ Mayr an Kuntstädter. München, 12. 9. 1919. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/8. Durchschlag.

³¹ Mayr an Esser. München, 23. 1. 1920. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4 Bd. 50/7. Durchschlag. – In diesem Brief forderte Mayr Esser auf, den Dienst mit Meldung bei ihm erst am 3. Februar 10 Uhr vorm. anzutreten, da er erst bis dahin von einer Reise zurück sei.

³² Röhm a. a. O., S. 100 f.

gewiß nicht alltägliche Briefanrede eines Hauptmanns i. G. gegenüber einem Gefreiten. Mayr übersandte einen an ihn gerichteten Brief eines Teilnehmers der Aufklärungskurse, des Adolf Gemlich aus Ulm (Dok. 10a).

Die Zustellung an diesen Gemlich sollte über Mayr erfolgen, jedoch sollte Hitler selbst unterzeichnen und seine Postadresse angeben. Mayr behielt sich vor, zu den von Gemlich aufgeworfenen Fragen des Ausschusses für Volksaufklärung und der Regierungsozialdemokratie Stellung zu nehmen. Er bestätigte gleichzeitig den Eingang Hitlerscher „Ausführungen über die Ansiedlungsfrage“, wozu er bemerkte, das Gruppenkommando 4 behalte sich vor, unter Umständen diesen (nicht erhalten gebliebenen) dienstlichen Bericht, gekürzt oder ungekürzt, in geeigneter Weise in die Presse zu lancieren. Dem erteilten Auftrag kam Hitler umgehend nach und schrieb am 16. September an Gemlich einen ausführlichen Brief (Dok. 12) über das Judenproblem. Es ist das erste Schriftstück der politischen Laufbahn Hitlers, geschrieben im Auftrag des Reichswehrgruppenkommandos 4 I b/P. Der Brief Hitlers liegt nur in einer maschinengeschriebenen Abschrift vor. Daraus kann gefolgert werden, daß der handschriftliche Entwurf entweder von Hitler oder von Mayr an sich genommen oder vernichtet wurde. Es ist jedoch auch denkbar, daß Hitler den Brief an Gemlich im Büro Mayr, d. h. im Reichswehrgruppenkommando 4, das im Gebäude des Bayerischen Kriegsministeriums in der Schönfeldstraße untergebracht war, diktieren ließ. In seinem Begleitschreiben vom 17. September an Adolf Gemlich (Dok. 11) versicherte Mayr, er pflichte den sehr klaren Ausführungen Hitlers durchaus bei. Er machte lediglich eine Einschränkung in bezug auf die von Hitler gegebene Darstellung des Zinsproblems. Er bemerkte, den besten Einblick in diesen Fragenbereich gäben die Ausführungen Feders, den er deshalb auch trotz Widerstrebens sehr einflußreicher Kreise gefördert habe. Hitlers Ausführungen sprechen für sich selbst. Seine Rassenideologie ist bereits fertig, sein Programm zu deren Verwirklichung weithin umschrieben. Daß er damit den Beifall eines einflußreichen Generalstabsoffiziers errang, mußte er als Bestätigung und Ermunterung betrachten. Denn Mayr hatte sich beeilt, Hitler sein Einverständnis und seine Anerkennung auszusprechen³³.

Über die weiteren Beziehungen zwischen Mayr und Hitler liegen drei Schriftstücke vor, und zwar zwei Aufforderungen vom 24. Oktober und 21. November 1919³⁴, zu Besprechungen in das Gruppenkommando 4 zu kommen, sowie eine undatierte Niederschrift über die Erörterung der „Angelegenheit Beyschlag“ (Dok. 13). Dieser ist zu entnehmen, daß es beim Einsatz des von Beyschlag geführten Aufklärungskommandos im Lager Lechfeld zu Differenzen über die zusätzliche Bezahlung gekommen ist. Die abkommandierten Unteroffiziere und Soldaten sollten

³³ Mayr an Hitler. München, 17. 9. 1919. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/8. Durchschlag: „Besten Dank für Ihre Ausführungen. Anbei ein Durchschlag meiner Bemerkungen. Sind Sie telefonisch erreichbar?“ Vermerk Mayrs: „Siehe Akt Gemlich. Brief vom 17. 9. 19.“

³⁴ Reichswehrgruppenkommando 4/I b/P an Hitler. München, 24. 10. 19 / Nr. 908. München, 21. 11. 19. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/8. Durchschläge.

zu ihrem Sold eine Propaganda-Zulage“ von Mk. 3.50 erhalten³⁵. Diese war den Angehörigen des Aufklärungskommandos aber nicht ausbezahlt worden. Beyschlag, der beschuldigt wurde, 500 Mark, die er erhalten hatte, nicht verteilt zu haben, behauptete, er habe sie verloren³⁶. Im Oktober 1919 zog sich Beyschlag von der Tätigkeit für I b/P zurück. Mayr hatte noch am 10. Oktober vor, „Beyschlag mit finanzieller Unterstützung von hier als ständigen ‚Gehilfen‘ nach Kempten“ zu beordern³⁷. Am 21. Oktober schrieb er an den in Kempten stationierten Leutnant Willi Kaiser, der mit großem Eifer Volksbildungsabende organisierte: „Die Angelegenheit Beyschlag hat sich leider endgültig zerschlagen, da Beyschlag angibt, als Redakteur unter günstigen Bedingungen in Kempten angestellt worden zu sein³⁸.“ Am 22. Oktober wurde Beyschlag zu einer Besprechung ins Reichswehrgruppenkommando 4 gebeten³⁹. Am 24. Oktober wurde Hitler für den 25. Oktober bestellt; Beyschlag kam später dazu⁴⁰. Wahrscheinlich wurde bei dieser Gelegenheit die undatierte Niederschrift (Dok. 13) abgefaßt, in der Hitler für das Aufklärungskommando Lager Lechfeld sprach. Beyschlag unterschrieb am 25. Oktober eine Quittung über 15 M Vorschuß zwecks Benachrichtigung von 23 früheren Kursteilnehmern, daß er die diesen zustehenden Zulagen zahlen werde⁴¹. Bemerkenswert an diesem nicht aufregenden Vorgang ist die Rolle Hitlers. Vom bloßen Kursteilnehmer war er zum Angehörigen des Aufklärungskommandos und dann zum politischen Mitarbeiter Mayrs „avanciert“. In der „Angelegenheit Beyschlag“ trat er jetzt nicht nur als Sachkenner, sondern auch als Sprecher der übrigen Kursteilnehmer auf. Hitler hatte

³⁵ Verschiedene Angehörige des Aufklärungskommandos brachten in ihrem Schlußbericht den Wunsch nach Erhöhung dieser Vergütung zum Ausdruck. Eine Ausnahme machte Luftschiffer Wilhelm Bolle, der (Brief an Reichswehrgruppenkommando 4/I b/P. München 26. 8. 19. HStA. München, Abt. II Gruppen Kdo 4. Bd. 50/5) erklärte: „Meinem Bericht vom Kurs im Lager Lechfeld möchte ich noch besonders anfügen, daß eine Erhöhung der in Aussicht gestellten Zulagen von 3.50 Mk. nicht stattgegeben werden möge. Diejenigen Herren, welche in dieser Sache ein Geschäft machen wollen, sind nicht geeignet, Menschen, welche verirrt sind, auf den rechten Weg zu führen. Wer so wenig Verständnis für die große Not Deutschlands hat, möge seine Finger weglassen.“

³⁶ Vgl. die Quittung Beyschlags über 15 M vom 25. 10. 19. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/3.

³⁷ Mayr an einen namentlich nicht genannten Major. München, 10. 10. 19. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/8. Durchschlag.

³⁸ Mayr an Kaiser. München, 21. 10. 19. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/8. Durchschlag. Eine Anfrage beim Einwohnermeldeamt Kempten ergab, daß Beyschlag dort nicht gemeldet war.

³⁹ Mayr an Beyschlag. München, 22. 10. 19. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/7. Durchschlag.

⁴⁰ Reichswehrgruppenkommando 4/I b/P an Hitler. München, 24. 10. 19. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 50/8. Durchschlag.

⁴¹ „Quittung über 15 M Vorschuß für Verständigung von 23 früheren Kursteilnehmern nach Liste, daß Herr Beyschlag die am 18. 8. laut bei Gr. Kdo liegender Quittung von Hptm. ausgehändigt erhaltenen fünfhundert Mark angeblich verloren und noch an die einzelnen rückzuzahlen hat. M., 25. Okt. 19. R. Beyschlag.“ HStA. München, Abt. II. Reichswehrgruppenkommando 4. Bd. 50/3. Handschriftlich. Auf einem der beiliegenden zwei Posteinlieferungsscheine vom 27. 10. 19 ist an vierter Stelle Hitler angeführt.

Beyschlag überrundet. Er hatte das Vertrauen Mayrs gewonnen, der seine Hand schützend über ihn hielt und ihn nicht nur zum Briefschreiben heranzog.

Hauptmann i. G. Mayr ist auch als die „vorgesetzte Dienststelle“⁴² anzusehen, die Hitler beauftragte, eine Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei zu besuchen. Das Reichswehrgruppenkommando 4 beobachtete seit seiner Errichtung sorgfältig die Tätigkeit der politischen Parteien Münchens und sammelte über sie Informationen. Die darüber angelegten Akten enthalten eine lückenlose Zusammenstellung der in der bayerischen Landeshauptstadt wirkenden politischen Parteien und Organisationen:

Allgemeine Arbeiter Union	Heimatsdienst Bayern
Bay. Volkspartei	Jungdeutscher Orden
Bay. Mittelpartei	Internationale Jugend-Organisation ⁴⁴
Bayer. Königspartei	
Bayer. Ordnungsbund	Kommunistische Arbeiter-Partei
Bauernbund	M. S. P.
Berg-Partei	M. S. P. Frauenversammlung
Bibelforscher	Neues Vaterland
Bürgerrat	Nova Vaconia
Block der revol. Studenten Deutschlands	National Soziale Deutsche Arbeiter Partei
Bund sozialer Frauen	Ostara-Bund
Christl. Soziale Partei	Rat geistiger Arbeit
Deutsche Arbeiterpartei (u. National-Soziale D.A.P.)	Republikanische Freiheit
Deutsch-Nationale Mittelpartei	Reichsbund der Kriegsbeschädigten
Deutsch-Nationale Volkspartei	Reichsbürger
Deutsch-Nationaler Volksverein	Roter Soldatenbund
Deutscher Bund	Republikanischer Führerbund
Deutsche Friedens-Gesellschaft	Republikanischer Schutzbund ⁴⁵
Deutsche Demokratische Partei	
Der freie Bauern- und Handwerkerbund	Syndikalisten (Anarchisten)
Diskutierklub ⁴⁶	Syndikalische Jugendorganisation
	Sozialdemokratie
Freie Vereinigung sozialer Schüler	Sozialdemokratie im Unterelsaß
Front-Bund	Siegfriedring
Gesellschaft für soziale Reform	Schutz- und Trutzbund
	Universalbund
	Verein kommunistischer Sozialisten
	Zentrumspartei ⁴⁶

Ib/P des Reichswehrgruppenkommandos 4 setzte zur Überwachung dieser Gruppen V-Männer ein, die ihm Berichte lieferten. Sie figurierten nicht unter ihrem Namen, sondern unter einer Zahlenchiffre. Auch Hitler kam als V-Mann mit der DAP in Berührung, wenn auch darüber Niederschriften fehlen. Die erste V-Mann-Auf-

⁴² Mein Kampf, S. 236.

⁴³ Verzeichnis und Berichte in HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 46/6.

⁴⁴ Verzeichnis und Berichte in HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 46/7.

⁴⁵ Verzeichnis und Berichte in HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 46/8.

⁴⁶ Verzeichnis und Berichte in HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 46/9.

zeichnung über die DAP stammt vom 13. November 1919⁴⁷. Die folgenden Versammlungsberichte reichen bis zum Spätherbst 1920 – bis zum Ende der Aktenführung des Reichswehrgruppenkommandos 4. Unter Berücksichtigung der Meldungen des „Völkischen Beobachters“ ergibt sich für die DAP bzw. NSDAP für diesen Zeitraum folgender Veranstaltungskalender:

Datum	Lokal	Redner	Thema
1919			
13. November	Eberlbräukeller	Hitler	„Brest-Litowsk“ (Dok. 14)
26. November	Eberlbräukeller	Kühn Dallmayr Feder Danuel	„Äußere Politik“ (Dok. 15) „Innere Politik“ „Sparprämienanleihe“ „Antisemit. Bewegung“
10. Dezember	Gasthof „Deutsches Reich“	Hitler	„Deutschland vor seiner tiefsten Erniedrigung“ (Dok. 16)
1920			
16. Januar	Gasthof „Deutsches Reich“	Feder	Zinsknechtschaft (Dok. 17)
5. Februar	Gasthof „Deutsches Reich“	Eckart	„Deutscher Kommunismus“ (Dok. 18)
4. März	Hofbräuhaus	Romender	Judenfragen
6. April	Hofbräuhaus	John Gorsleben Ritter	„Ariertum und Judentum“
9. April	Hofbräuhaus	Köhler	Brechung der Zinsknechtschaft
9. April	Hofbräuhaus	Hitler	Über die politischen Vorgänge ⁴⁸
14. April	Löwenbräukeller	Romender	„Gegen die Ostjuden“
29. April	Hofbräuhaus	Hitler	„Judentum“ (Dok. 19)
10. Mai	Sterneckerbräu	Ernstberger Hitler	Arbeiter und Jude (Dok. 20)
15. Mai	Hofbräuhaus	Hitler	Programm der NSDAP (Dok. 21)
18. Mai	Wagnerbräusaal	Feder	Brechung der Zinsknechtschaft
2. Juni	Bürgerbräukeller	Hitler	Programm der NSDAP
9. Juni	Sterneckerbräu	Hitler	„National“
11. Juni	Bürgerbräukeller	Dr. Denk Hitler	„Politik“ (Dok. 22)
16. Juni	Sterneckerbräu	Hitler	Über die politische Lage
19. Juni	Kolbermoor	Hitler	„Der Schandfriede von Brest-Litowsk und der Versöhnungsfriede von Versailles“ ⁴⁹

⁴⁷ Hoegner a. a. O., S. 122 behauptet, der Gefreite Hitler sei am 2. Juli 1919 von der Nachrichtenabteilung der Reichswehr als politischer Vertrauensmann in die „Deutsche Arbeiterpartei“ entsandt worden. In den Akten des Reichswehrgruppenkommandos 4 ist dafür kein Nachweis festgestellt worden. Der bei HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 46/6 liegende Übersichtsbogen über Veranstaltungen der Deutschen Arbeiterpartei beginnt mit dem 13. November 1919.

⁴⁸ Hier handelt es sich um eine Versammlung des „Deutschnationalen Volksvereins“.

⁴⁹ Es handelt sich um das erste Auftreten Hitlers als Redner der NSDAP außerhalb Münchens, über das der VB (Nr. 59 v. 16. 6. 20) berichtet. Hitlers Name erscheint mit dem Zusatz: „... von der Leitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Münchens“.

Datum	Lokal	Redner	Thema
21. Juni	Kolbermoor	Feder	Über Zinsknechtschaft
21. Juni	Sterneckerbräu	Wiegand	„Ehrliche Arbeit“
24. Juni		Ernstberger Hitler	Der Jude als Arbeiterführer
5. Juli		Hitler	Über das Alltagsleben
6. Juli	Bürgerbräukeller	Hitler	Über die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Friedensvertrages von Versailles
12. Juli	Bürgerbräukeller	Hitler	Über die politische Lage
28. Juli	Sterneckerbräu	Hitler	Spa und Moskau
6. August	Sterneckerbräu	Hitler	Finanzwesen
14. August	Hofbräuhaus	Dr. Schilling Hitler	Verhalten der Tschechen zu den Deutschen (Dok. 23)
24. August	Hofbräuhaus	Hitler	„Warum sind wir Antisemiten?“
27. August	Wagnerbräusaal	Feder Hitler	Brechung der Zinsknechtschaft
28. August	Hofbräuhaus	Hitler	„Deutschland als Freistaat“ (Dok. 24)
31. August	Saubräusaal	Hitler	Warum sind wir Antisemiten?
3. September	Hofbräuhaus	Ruetz	Der Staat des Wucher- und Schiebertums
15. September	Münchner Kindl-Keller	Hitler	Über die früheren Verhältnisse Deutschlands
20. September	Münchner Kindl-Keller	Hitler	„Macht und Recht“ (Dok. 25)
21. September	Hofbräuhaus	Ilg	„Wahrheit an alle“
22. September	Hofbräuhaus	Hitler	„Versöhnung oder Gewalt“ (Dok. 26)
24. September	Münchner Kindl-Keller	Hitler	„Internationale Solidarität oder Selbsthilfe“ (Dok. 27)
30. September	Hofbräuhaus	Ruetz	Talmud u. Judentum (Dok. 28)
3. Oktober	Braunau/Inn	Hitler Schörner	
5. Oktober	Hofbräuhaus	Wagemann	Deutsches Recht
7. Oktober	Münchner Kindl-Keller	Ilg	Politische Betrachtung
13. Oktober	Hackerkeller	Esser	„Partei- und Geschäftspolitik und das Volkswohl“
26. Oktober	Münchner Kindl-Keller	Hitler	„Volkswohl und Nationalgedanke“ (Dok. 29)
29. Oktober	Mathildensaal	Frau Ellendt Hitler	„Stellung zum Völkerbund“ ⁵⁰ Kriegsende 1918 (Dok. 30)
12. November	Stuttgart	Esser u. a. Esser	Partei- und Geschäftspolitik und das Volkswohl
19. November	Hofbräuhaus	Hitler	Die politische Lage Deutschlands
24. November	Hofbräuhaus	Hitler	„Versailles – Deutschlands Vernichtung“ (Dok. 31)

⁵⁰ Hier handelt es sich um eine Versammlung der „Deutschnationalen Arbeiterpartei“.

Der „Völkische Beobachter“ enthält Ankündigungen noch weiterer Versammlungen, doch fehlen für diese Berichte. Bemerkenswert ist, daß kein V-Mann-Bericht über die Verkündung des Programmes der NSDAP am 24. Februar 1920 vorliegt. Dieses selbst⁵¹ und ein bisher unbekanntes Flugblatt – „Warum mußte die Deutsche Arbeiterpartei kommen? Was will sie?“⁵² – sind in dem Sammelakt eingelegt. Die große Zahl der Veranstaltungen der DAP bzw. NSDAP fällt auf. Sie übertrifft die der von anderen Parteien im gleichen Zeitraum durchgeführten Versammlungen bei weitem. Der meist beschäftigte Redner war – Hitler. Noch als Reichswehrangehöriger tat er sich hervor. Im Bericht über die Versammlung der DAP vom 13. November 1919 heißt es, Hitler wolle berufsmäßiger Werberedner werden (Dok. 14). Nach seiner Entlassung widmete er sich ganz der Rednertätigkeit. Die Frage nach seinem Lebensunterhalt ist bisher nicht zuverlässig beantwortet.

Die Berichte über die Versammlungen der DAP bzw. NSDAP sind von verschiedenen V-Männern verfaßt. Ihre Ausdrucksweise ist primitiv; einer der Berichtersteller ist der deutschen Schriftsprache nur sehr mangelhaft mächtig. (Orthographie und Interpunktion der Vorlagen sind unverändert gelassen). Sie reflektierten auf ihre Weise die phrasenreichen und schwülstigen Reden, die bei diesen Kundgebungen in Münchner „Bräuhäusern“ gehalten wurden. Der Zulauf zu ihnen war, wenn die angegebenen Besucherzahlen stimmen, groß. Die „Münchener Post“, das Organ der SPD, schrieb am 14. August 1920: „Die ‚Gaudi‘, die in letzter Zeit mit Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbunden ist – man hat vor kurzem einen Heim-Bothmer-Jünger frisch-fröhlich an die Luft gesetzt – übt ihre Zugkraft.“ Die Glosse kommt zu der Feststellung: „Eines hat Herr Hitler los, das muß man ihm lassen, er ist der gerissenste Hetzer, der derzeit in München sein Unwesen treibt“⁵³. Seit dessen politischen Redeübungen im Lager Lechfeld war

⁵¹ „Auszug aus dem Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.“ Das Formular eines Anmeldescheins ist beige genommen.

⁵² Für den Charakter der Flugschrift ist ihr Anfang bezeichnend: „Das deutsche Volk hat durch Weltkrieg, Umsturz und Bruderkrieg Furchtbares erlitten. Jene Männer, die sich nach den Novemberstürmen unter den schönsten Versprechungen als die alleinberufenen Retter Deutschlands aufspielten, haben uns nun zu Tode regiert. Alle Bande der Ordnung, des Rechtes und der Sitte sind zerrissen, die uns verheißene Freiheit äußert sich in einem noch nie gekannten Überhandnehmen des gemeinen Verbrechertums wie der privilegierten Wucherer und Volksausbeuter.“

Das Alte stürzte – und nun grinst Zerstörung, aber blüht kein neues Leben aus den Ruinen! Es muß klar ausgesprochen werden: „Nicht ein Systemwechsel hat sich in den Herbsttagen 1918 vollzogen, sondern die Krönung des alten Systems. Die kapitalistische Konstitution hat vor der deutschen Revolution hinter den Kulissen regiert, hat mit der Revolution alle mißliebigen Personen durch ihre Günstlinge ersetzt und mißregiert uns weiter, bis wir durch Not, Hunger und Elend willenlose Sklaven des Weltkapitalismus – dessen Vertreter auch in Deutschland sitzen – geworden sind.“

1,55% Fremdrassige = 79 Regierungsanteil,
98,67% Deutschvölkische = 21% Anteil an der Regierung ihres eigenen Heimatlandes.
Diese Zahlen sagen Alles!“ HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 4. Bd. 46/8. Gedruckt.

⁵³ Münchener Post Nr. 188 v. 14./15. 8. 1920. Die Glosse schließt: „Die Aussprache hielt sich auf der Höhe der Ausführungen des Referenten.“

Dokument 1

BHStA. München. Abt. II. Kriegsstammrolle der 7. Ers. Kp./2. Bayer. Inf. Rgt. Bd. 23 Nr. 7111 (s. S. 191, Anm. 1)

249

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
				Ort (Bewohnungsbezirk, Bundesstaat) der Geburt	Lebensstellung (Stand, Gewerbe) Wohnort	Ber- und Familiennamen des Ehegatten, Zahl der Kinder. Bemerk. dah. der Dienststand ledig ist	Ber- und Familiennamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Eltern	
2444	Hiller Wolff	16.	Brannau a. S. Königsreich	Königsreich Aimshaus 4. 1889		L.	Maid v. König Hiller geb. Köhl, Christe, geb. K. K. Zoller offiziell dort u. d.	3. 3. 1918 1. 1. 1918 4. 1. 1918

2) 15. 10. 18 b. Boulogne unklar
23. 10. 18 b. Long. Stollin.

1) 5. 10. 16 b. de Bargeol l. w. von A. G. l. Oppental;
9. 10. 16 b. Gen. Long. Böhle - Berlin

Bem.: Der Mädchenname der Mutter Hitlers muß richtig lauten: „Pözl“, nicht: „Hözl“.

Dokument 1a

10.	11.	12.	13.	14.	15.
Dienst-Verhältnisse: a) frühere, b) nach Eintritt der Mobilisierung	Orden, Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen	Wichtigste Befehle, Bemerkenswerte Leistungen	Kommandos und besondere Dienst- verhältnisse, Kriegsgefangenschaft	Führung, Berichtliche Be- strafungen, Rehabilitierung.	Bemerkungen
a) 1.	2. 12. 14 28. 12. 15 4. 8. 18 7. 12.	1914/15/16 1918 gegen Frankreich			Wurde über Anmeldeung von Versorgungsansprüchen u. die dabei zu beachtenden Fristen, sowie über die in § 35 Ziff 1 u. 2) gemachten Bestimmungen u. über die Bestellungsrichtungen unterrichtet.
b) 16. 8. 14 2. 6. 15 2. 9. 14 1. 11. 14 27. 11. 15 3. 12. 16 5. 3. 17 13. 10. 18 27. 11. 18 12. 2. 19 10. 5. 19	1. 1. 14 1. 1. 15 1. 1. 16 1. 1. 17 1. 1. 18 1. 1. 19	Hal einen Entlassungsantrag erhalten bestehend aus 7 Stücken 1 Feldmütze 1 Waffentasche 1 Tuchtasche 1 Unterhose 1 Hemd 1 Mantel 1 Paar Schnürschuhe und 50 Mk Entlassungsgeld und 1 Mk Monatsgehalt 19. 1. 19			Versorgungsansprüche werden von ihm nicht gefordert. Die Richtigkeit der Einträge bestätigt geg. Adolf Hiller. Die eigenhändige Unter- schrift des Mannes be- stätigt: München, den 31. 8. 1920 geg. den Leutnant Oswald Hiller.

ein Jahr vergangen. Er sprach über alles, es gab beinahe kein Thema, das er nicht aufgriff. Im Vordergrund standen die Hetze gegen die Juden und die Auseinandersetzung mit Versailles. Sie erschienen immer wieder, bestenfalls in leicht abgewandelter Form. Auch die Versammlungsberichte sprechen für sich selbst. Sie enthalten bemerkenswerte Einzelheiten, wie z. B. die Mitteilung, daß sich Hitler im Spätsommer 1920 vier Wochen in Österreich aufhielt. Die Vorgänge um den Versuch des Rabbiners Dr. Bärwald, sich zur Diskussion zu melden⁵⁴, charakterisieren den Geist ungezügelter Hasses, der in diesen Veranstaltungen gepredigt wurde. Zu dem Zeitpunkt, in dem die Aufzeichnungen der obersten Dienststelle der Reichswehr in Bayern darüber aufhören, war die NSDAP der bayerischen Öffentlichkeit bekannt, ja vertraut geworden. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ veröffentlichte am 20. Oktober einen von einem führenden Nationalsozialisten – vielleicht Hitler – geschriebenen Leitartikel „Die national-sozialistische Bewegung“, der eingangs feststellt: „Seit dem Zusammenbruch unseres Vaterlandes beginnt eine neue Bewegung sich anzudeuten; da und dort noch keimhaft und schüchtern, anderwärts, so besonders in süddeutschen und österreichischen Gauen, fester eingewurzelt und lebendig regsam⁵⁵.“ „Das aus dem Reichswehrgruppenkommando 4 hervorgegangene (Bayer.) Wehrkreiskommando VII sah sich bei Jahresende 1920 veranlaßt, in seinen Berichten über die politische Lage in Bayern die Tätigkeit der NSDAP besonders zu würdigen (Dok. 32).

Ernst Deuerlein

⁵⁴ Dok. 28. – Über Pr. B. vgl. H. Lamm, S. 375, Von Juden in München, München 1958.

⁵⁵ München-Augsburger Abendzeitung. Nr. 434 vom 20. Oktober 1920.

Dokument 1, siehe Abbildung.

Dokument 2

Gruppenkommando 4 Abt. I b/P: Programm der Aufklärungskurse
1 und 2.

BHStA. München, Abt. II Gruppen Kdo. 4 Bd. 50/6. Gedruckt.

a) Programm des Kurses Nr. 1

beginnend Donnerstag, 5. Juni, endigend Donnerstag, 12. Juni 1919.

Donnerstag, den 5. Juni vorm. 8–10 Uhr, Universität, Erdgeschoß links, Eingang Ludwigstraße: Vortrag Professor Karl Alexander von Müller: Die deutsche Geschichte seit der Reformation.

Nachmittags ½6 Uhr – ½9 Uhr, Hörsaal 148: Seminar.

¹ Die Angaben stimmen mit zwei weiteren Kriegsstammrollen Hitlers überein: 1. Kriegsstammrolle des Bayer. Res. Inf. Rgt. Nr. 16, 1. Kp. Bd. 1 Nr. 148, 2. Kriegsstammrolle des Bayer. Res. Inf. Rgt. Nr. 16, 3. Kp. Bd. 2 Nr. 1062. In allen Fällen ist der Bogen mit Hitlers Stammrolle ausgetauscht worden. Zeitpunkt und Ursache des Austausches sind nicht feststellbar. Verschiedene Umstände sprechen dafür, daß es vor 1933 erfolgte. Auch wäre denkbar, daß beim Umbinden der Bände die entsprechenden Seiten ausgetauscht wurden. Nach Ansicht von ORAR Böhm ist die Möglichkeit, daß bei diesem Vorgang Korrekturen vorgenommen wurden, auszuschließen.

Kursleiter: Graf von Bothmer²,
Kustos Dr. Dirr³,
Dipl.-Ingenieur Gottfried Feder⁴,
Professor Dr. Joseph Hofmiller⁵,
Dr. Michael Horlacher⁶, Geschäftsführer des Zweckverbandes landwirtschaftlicher Vereine und der Agrarindustrie,
Professor Karl Alexander von Müller.

Freitag, den 6. Juni vormittags 9–11 Uhr, Universität, Hörsaal 148:

Vortrag Professor Karl Alexander von Müller: Die politische Geschichte des Krieges.

Nachmittags ½6–½9 Uhr: Seminar. Lehrkräfte die gleichen.

Samstag, den 7. Juni vorm. 8–10 Uhr, Universität, Hörsaal Nr. 148:

Vortrag Karl Graf von Bothmer: Der Sozialismus in Theorie und Praxis.

Nachmittags 3–6 Uhr: Seminar. Lehrkräfte die gleichen.

Dienstag, den 10. und Mittwoch, den 11. Juni vormittags 9–11 Uhr, Universität, Hörsaal Nr. 148: Vortrag Dr. Michael Horlacher, Geschäftsführer des Zweckverbandes landwirtschaftlicher Vereine und der Agrarindustrie in Bayern: Unsere wirtschaftliche Lage und die Friedensbedingungen.

Nachmittags ½6–½9 Uhr: Seminar. Lehrkräfte die gleichen.

Donnerstag, den 12. Juni vorm. 8–10 Uhr, Universität, Hörsaal Nr. 148: Vortrag Karl Graf von Bothmer: Der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik.

Nachmittags 3–6 Uhr: Seminar. Lehrkräfte die gleichen.

b) Programm des Kurses Nr. 2

Beginn Donnerstag 26. Juni Ende Samstag 5. Juli.

1. Kursleiter: Hauptmann i. Generalstab Pflaumer.

² Bothmer, Karl Graf von, 1881 – Publizist. 1919/20 Leiter der bayerischen Dienststelle der Reichszentrale für Heimatdienst. Verfasser der politisch wirksam gewordenen Streitschrift „Bayern den Bayern“, Diessen vor München 1920. Einzelheiten über sein Wirken nach 1918 in München: Ludwig Franz Gengler, Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925, Kumbach 1932 u. Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, München 1954.

³ Dirr, Pius, 1875 bis 1943. 1919 bis 1924 Mitglied der bayerischen Kammer der Abgeordneten. 1919 Leiter des Münchner Stadtarchivs. Vgl. Heinrich Geidel, Pius Dirr. In: Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben. Hsgh. von Götz Frhr. v. Pölnitz. Bd. 1. München 1952. S. 445 ff.

⁴ Feder, Gottfried, 1883 bis 1941. Seine überragende Rolle für die DAP bzw. NSDAP ist noch nicht untersucht. Feder stellt m. E. den Übergang von der nicht unbedeutenden alldeutschen Bewegung Münchens zum Nationalsozialismus dar.

⁵ Hofmiller, Joseph, 1872 bis 1933. Gymnasiallehrer in München, zuletzt in Rosenheim. Mitherausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“. Seine „Gesammelten Schriften“ erschienen 1938/41 in sechs Bänden. In diesem Zusammenhang ist besonders zu erwähnen sein „Revolutionstagebuch“, das die Situation in München 1918/19 schildert.

⁶ Horlacher, Michael, 1888 bis 1957. Führend in landwirtschaftlichen Organisationen und im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen Bayerns. 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstags (Bayerische Volkspartei). 1946 bis 1950 Mitglied des Bayer. Landtags, 1949 bis 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages.

- Vortragende: Karl Graf von Bothmer, Leiter des Seminars.
 („Sozialismus in Theorie und Praxis“
 „Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik“
 „Die auswärtige Politik seit dem Kriegsende“)
 Kustos Dr. Dirr.
 (Rußland und die Bolschewikiherrschaft.)
 Reg.-Assessor Dr. Hasselberger.
 (Die Zwangswirtschaft in Brot und Getreide.)
 Geh. Rat Prof. Erich Marcks⁷.
 (Deutschland von 1870–1900)
 Hauptmann i. Generalstab Mayr.
 (Die Bedeutung der Reichswehr.)
 Reg.-Assessor Dr. Merz
 (Preispolitik in der Volkswirtschaft.)
 Prof. K. A. von Müller.
 (Die Deutsche Geschichte seit der Reformation.)
 Prof. Zahn, Präsident des Statistischen Landesamtes.
 (Bayern und die Reichseinheit.)
2. Die Einschlebung weiterer Vorträge, ebenso die Anordnung von Führungen wird vorbehalten. Die Vorträge finden zunächst im großen Saal, Museum Promenade-str. 12 statt. Beginn pünktl. 9.15 Uhr. Die Reihenfolge der Vorträge kann mit Rücksicht auf die berufliche Inanspruchnahme der Vortragenden erst von Tag zu Tag geregelt werden. An den Nachmittagen, ausgenommen Donnerstag, 26. Juni und Samstag, 28. Juni, ist Seminar (Diskussion und Redeübungen), Beginn pünktl. 3.15 Uhr.
3. Zutritt zu den Vorlesungen und Übungen nur gegen Vorzeigen der ausgegebenen Karten.
 Zur Unterstützung des Kursleiters wird täglich ein Gehilfe aus der Zahl der Hörer bestimmt.

Dokument 3

Hauptmann Lauterbach an das Gruppenkommando 4,
 München, 19. Juli 1919.
 Bericht über die Verhältnisse auf Lager Lechfeld.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4 Bd. 50/3.

Bei meinen Besuchen auf Lager Lechfeld am 18. ds. Nachm. zwecks Orientierung über die Einrichtung eines Werbebüros für die Reichswehr bei den zurückkehrenden Kriegsgefangenen u. bei meiner Besprechung mit dem Lagerkommandanten Herrn General Raab, die in Anwesenheit zweier Herren H. W. Z.⁸ (Zivilabteilung) erfolgte, habe ich folgende Eindrücke gewonnen:

1. Der Lagerkommandant steht der Errichtung u. Arbeit eines Werbebüros in jeder Beziehung sympathisch gegenüber, konnte mir jedoch weder ein Büro, noch Unterkunftsmöglichkeit für mein Personal zusagen, da die verfügbaren Räumlichkeiten an alle möglichen, auch private Kommissionen vergeben seien. Eine diesbezügliche bindende Zusage für meine Unterbringung steht noch aus.
2. Die zurückkehrenden Kriegsgefangenen werden in 12 Kompagnien eingeteilt, bei welchen der Arbeitsdienst von je 40 Stamm-Mannschaften geleistet werden soll.

⁷ Marcks, Prof. Dr. Erich, 1861 bis 1938. 1919 Ordinarius für Geschichte an der Universität München.

⁸ Hauptwerbezentrale.

Auf die Klage des Herrn General hin, daß ihm an diesem Stammpersonal bis jetzt noch ca. 1000 Mann fehlen, so daß er gezwungen sei, ohne Rücksicht auf die Gesinnung jeden Soldaten annehmen zu müssen, machte ich den Vorschlag, zu versuchen, die Abstellung von verlässigen ordentlichen Leuten aus der Reichswehr zu veranlassen. Dieser Vorschlag wurde wärmstens begrüßt.

Die Werbemöglichkeit auf dem Lager Lechfeld könnte sich nämlich sehr günstig gestalten, wenn es gelänge, in die Stellen, die ständig mit den Gefangenen in Berührung sind, z. B. Sanierungsanstalt, Warteräume, Abgabestellen von Bekleidung und Liebesgaben, Kantinen, Friseurbudens usw. absolut zuverlässige Leute hineinzubringen, die dort Propaganda machen oder dort gegenereischer Propaganda entgegenzutreten, denn gerade die Langweile, die das stundenlange müßige Warten bei der Entlassung u. Einkleidung hervorruft, ist der beste Boden für Zerstreuung durch Plakate, Schriften und Propaganda bezweckende Unterhaltungen.

Herr General würde bei Abstellung von Reichswehrlenten sehr gerne für die Einteilung derselben an die geeigneten Stellen sorgen, falls die Leute auch den ihnen zugewiesenen Dienst richtig versehen.

3. Da das Lager jedermann zugänglich ist, da sehr viele Zivilarbeiter dort beschäftigt sind, haben natürlich alle den Reichswehrgedanken schädigenden Elemente Zutritt.

Die Stimmung, die in dieser Beziehung im Lager herrscht, hat auf mich einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht u. zur Empfindung geführt, daß der Boden dort bereits bolschewistisch und spartakistisch verseucht ist.

Sowohl die Soldaten des Stammpersonals der Kompn., die ich in den Kantinen sah, als auch ganz besonders die Zivilarbeiter, mit welchen ich abends im Zuge von Kloster Lechfeld nach Augsburg zurückfuhr, betrachteten mich in meiner Reichswehruniform mit Blicken, die, wenn sie gekonnt hätten, wie man sagt, getötet hätten.

Ich habe den festen Eindruck gewonnen, daß es sich hier um eine beabsichtigte Organisierung durch die USP usw. handelt, daß sich hier Leute eingedrängt haben, die bolschewistische Propaganda machen wollen; denn sowohl unter den Soldaten als unter den Zivilarbeitern habe ich Gesichter gesehen, die mir aus der Rätezeit in München unliebsam in Erinnerung geblieben sind.

Aus diesen Gründen scheint es mir ganz besonders wichtig, für das Stammpersonal der Kompagnien, für Abstellung von besonders verlässigen Leuten Sorge zu tragen.

Lauterbach
Hauptmann u. Leiter des Werbebüros
Lager Lechfeld.

Nr. 45 geh.

Reichswehr-Werbezentrale
München.

München, 19. 7. 19.

An das Gruppenkommando 4.

wegen Dringlichkeit direkt zugeleitet mit Einverständnis der H. W. Z. an die gleichzeitig Abschrift ergeht.

Obige Schilderung bestätigt eine Mitteilung eines Abgeordneten der Nationalversammlung, die vor einiger Zeit der W. Z. zugeing u. den maßgebenden Stellen mitgeteilt wurde, wonach ausgesprochene Spartakisten sich als Krankenträger auf dem Lechfeld befinden.

I. V.
Unterschrift
Oblt. u. Stv. Leiter.

Dokument 4

Gruppenkommando 4/Ib/P: Befehl zur Aufstellung eines
Aufklärungskommandos vom 22. Juli 1919.

BHStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4 Bd. 50/3.

Unter dem Vermerk der Weiterleitung an das Bayr. 2. Inf. Rgt. steht: „G. R. Beschl. zum Dem. Btl. (Kdtr. Kp) zur Verständigung des Hitler.“ Daneben steht „Verständigt“ und eine nicht lesbare Paraphe.

1. Im Durchgangslager Lechfeld ist von der nächsten Zeit an mit dem regelmäßigen Eintreffen stärkerer oder schwächerer Transporte von Heimkehrern zu rechnen.

2. Die derzeitigen Verhältnisse im Lager Lechfeld scheinen an sich nicht günstig zu sein. Die zurückkehrenden Kriegsgefangenen werden in 12 Kompagnien eingeteilt, bei denen der Arbeitsdienst von je 40 Stamm-Mannschaften geleistet werden soll. Diese Stamm-Mannschaften, ebenso die vielen Zivilarbeiter, die sich in dem jedermann zugänglichen Lager befinden, sollen unzuverlässig sein.

3. Dem im Lager eingeteilten Wachkommando (von II./43) wird ein Aufklärungskommando zugeteilt. Hierzu werden die einschlägigen Kommandobehörden gebeten, nachstehende Leute, die an den Kursen des Gruppenkommandos beteiligt waren, abzustellen; die Abstellung dauert zunächst 4 Wochen und darf gleichzeitig als praktischer Redner- und Agitationskurs betrachtet werden. Es wird weiterhin ersucht, jedem nachstehend bezeichneten Teilnehmer zu gestatten, einen von ihm als Hilfsdienst im praktischen Aufklärungsdienst (Verteilen von Flugblättern, kameradschftl. Beeinflussung) als geeignet angesehenen Kameraden zur Einteilung vorzuschlagen. Die Vorgeschlagenen wären dann im allgemeinen als kommandiert einzuteilen. Bei der besonderen Bedeutung der Vorsorge für die Kriegsgefangenen, auch im Interesse der Reichswehr, muß die Notwendigkeit der Abstellung besonders betont werden.

Sollte für Schützenbrigade 21 die Abstellung zum „Aufklärungskommando“ auf besondere Schwierigkeiten stoßen, so kann die Zahl der hierfür eingesetzten in Anrechnung gebracht werden auf die mit Gru. Kdo. 4 I b/P 146 pers. verfügte Abstellung von 100 Mann.

Liste der Abstellungen.

1. Rudolf Beyschlag	Wehr-Rgt. München (als Leiter des Aufklärungsdienstes in Aussicht genommen). Das Wehr-Rgt. wird ersucht, Beyschlag die Zuteilung von bis zu 10 Mann aus dem Stande des Wehr-Rgts. nach seinem Vorschlag zu ermöglichen.
2. Kan. Wunderlich	Art.-Regt. 21, 5. Battr.
3. Schütze Stritzki	bayer. Schützen-Regt. 1, 2. Komp.
4. Unteroffz. Raab	bayer. Reichswehrbrigade 22, Stab
5. Inf. Bosch	bayer. Schützenbrigade 21, Intendantur
6. Gefr. Österlein	bayer. Schützen-Regt. 1, M.G.K.
7. Kraftf. Müller	bayer. Kraftfahr-Komp. 21
8. Schütze Lorenz	1. Schützen-Regt., Minenwerfer-Komp.
9. Sgt. Gassner	Art. Regt. 21, 3. Battr.
10. Pionier Gerl	Art. Flieger-Staffel 21, SchleiBheim
11. Luftsch. Bolle	Luftschiffer-Abtlg. 21
12. San. Sold. Frank, Lorenz	Sanitätskomp. 21
13. Schütze Wiedemann Josef	Schützen-Regt. Nr. 2, 2. Komp.
14. Schütze Thurm Johann	Minenwerfer-Ausb.Komp., Landshut
15. G. Merkt	2. Wehr-Regt. München

16. Vizef. Stephainsky	Art. Flieger-Staffel 21, Schleißheim
17. Inf. Hitler Adolf	2. Inf. Regt. Abwicklungsstelle (I. A. K.)
18. Krftf. Bittermann	Kraftf. Komp. 21
19. Gefr. Bernhard Lachenmaier	1. bayer. Feld. Art. Regt. Abwicklungsstelle (I. A. K.)
20. Gefr. E. Heyer	Grend. Sturm-Komp. 2. Batl. Hess. Thür. Wald Freikorps
21. Gefr. Klubach	3. Batl. Hess. Thür. Wald. Freikorps
22. Gefr. Müller Kurt	„ „ „ „ „
23. Gefr. K. Wagner	„ „ „ „ „ 2. Grend. Sturm-Komp.

Hierzu würden im Falle der Zustimmung der Kommandobehörden die von jedem der vorstehend bezeichneten als Hilfskräfte vorgeschlagenen Kameraden treten.

4. a) Naturalverpflegung erfolgt durch die abgestellte Komp. des 2. Batl. R.W. Inf. Regts. 43.

b) Die zuständigen Geldgebühren sind durch die Stammtruppenteile den kommandierten Aufklärungsmannschaften durch die Post zuzusenden.

5. Genauere Einweisung des Kommandos erfolgt am Freitag, den 25. ds. Mts. 8 Uhr 30 Vorm. Museum, kleiner Saal, Promenadestraße 12, II. Stock. Die für die Kommandierung bestimmten wollen hierzu beordert werden.

Abtransport (voraussichtlich Samstag, 26. ds. Mts.) wird nebst der weiteren Dienst-einteilung am 25. ds. Mts. mündlich und – für Übermittlung an die Truppenteile – schriftlich den Teilnehmern des praktischen Aufklärungskurses mitgeteilt werden.

6. Zur Verfügung des Aufklärungskommandos sind nach Lager Lechfeld, Kommandantur bestellt zunächst 5000 Lindenau, „Was man wissen muß vom Bolschewismus“, je 5000 Flugblätter 1, 2, 3 u. 4.

Außerdem wird für jeden Kommandierten eine Handbibliothek (die wichtigsten Aufklärungsschriften) abgegeben.

Für das Gruppenkommando 4:
Der Chef des Generalstabes
v. Prager
Major

Dokument 5

Hermann Esser an Hauptmann Mayr. Kempten, 11. August 1919.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4 Bd. 50/7

Wegen meiner mit Genehmigung der Kursleitung am Samstag erfolgten Abreise aus München war es mit leider nicht möglich, persönlich bei Herrn Hauptmann vorzusprechen, um folgendes vorzubringen:

Ich habe in der am Freitag nachmittag nach dem Vortrag des Herrn Feder stattfindenden freien Aussprache der Kursleitung den Vorwurf gemacht, daß ich es nicht begreifen kann, daß sie die vorzüglichen Schriften des Herrn Feder nicht ebenso wie vieles andere den Teilnehmern kostenlos zur Verfügung stelle. Ich sagte u. a. wörtlich: „Ich glaube, daß hier eine zu große Rücksicht auf gewisse Kreise geübt wird, die ein natürliches Interesse daran besitzen, daß diese Schriften, die an den Grundfesten der ausbeutenden Großfinanzen rütteln, nicht in die breite Öffentlichkeit gelangen.“

Ich erdreistete mich auch, diese Kreise, die der Krebschaden unserer gesamten deutschen Wirtschaftskraft sind, summarisch mit dem Namen „Internationales Judentum“ zu bezeichnen.

Ein Kursteilnehmer, der schon bei anderen Gelegenheiten diese Kreise in Schutz nahm, glaubte auch hier wieder eine Lanze für sie brechen zu müssen und suchte den Eindruck meiner Worte mit dem Vorwurf abzuschwächen, daß es meinerseits doch

eine Taktlosigkeit sei, der Kursleitung so gewissermaßen ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

Es wäre mir unlieb, wenn die Leitung auch diese Ansicht vertreten würde.

Ich weiß recht wohl, daß die jetzige Art der Kursführung und die Auswahl der Lehrkräfte von gewissen Kreisen zu deutsch von den jüdischen Finanzern mit kritischen Augen verfolgt und nach Möglichkeit bekämpft wird. Daß der Kursleitung, in einem Staatswesen, daß nur von Juden regiert wird, natürlich auch die Hände gebunden sind, ist mir selbstverständlich.

Ich wollte eigentlich der Kursleitung, von der ich überzeugt bin, daß sie in der Judenfrage ganz meiner Ansicht ist, nur eine Handhabe für die Verbreitung auch solcher Schriften geben, die sie dann damit begründen könnte, daß nicht sie die Verbreitung veranlaßt, sondern aus den Reihen der Kursteilnehmer geradezu dazu aufgefordert wurde, was gar keine Übertreibung sein würde, da ich nach meinen Ausführungen einen großen Beifall einer Mehrheit der Kursteilnehmer hatte.

Ich glaube, der Kursleitung nicht eigens versichern zu müssen, daß mir die Absicht, gegen die Leitung eine Taktlosigkeit zu begehen, vollständig fern lag.

Ich erlaube mir aber bei dieser Gelegenheit die Anfrage, warum der Verkauf erwähnter Schriften im Hörsaal verboten war?

Einer dementsprechenden kurzen Rückäußerung im voraus dankend entgegengehend

zeichne hochachtungsvoll

Hermann Esser

Dokument 6

Vortragsfolge der Aufklärungskommandos Beyschlag im Lager Lechfeld. Aus dem „Vorläufigen Bericht“ Beyschlags.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 50/3. Handschriftlich.

Mittwoch, den 20. August 1919

vormittags 9–11 Uhr: „Wer trägt die Schuld am Weltkrieg“
(Beyschlag)

Donnerstag, den 21. August 1919

vormittags 9–11 Uhr: „Der Aufstieg des deutschen Volkes im
19. Jahrhundert“ (Beyschlag)

abends 8 $\frac{1}{2}$ –9 $\frac{1}{2}$ Uhr: „Erinnerungen an London“ (Beyschlag)

Freitag, den 22. August 1919

vormittags 9–11 Uhr: „Weltkrieg und Weltrevolution“ (Beyschlag)

abends 8 $\frac{1}{2}$ –11 Uhr: „Erlebnisse an einer Durchlaßstelle für russische
Flüchtlinge“ (Gerl)

„Erlebnisse eines deutschen Kriegsgefangenen
in Rußland“ (Huber)

Samstag, den 23. August 1919

vormittags 9–11 Uhr: „Aus den Tagen der Münchener Räterepublik“
(Beyschlag)

„Friedensbedingungen und Wiederaufbau“
(Hitler)

abends 8 $\frac{1}{2}$ –11 $\frac{1}{2}$ Uhr: Fortsetzung des Vortrags
(Erlebnisse während der Bolschewistenzeit in
Petersburg und Moskau)

Sonntag, den 24.

vormittags 10–11 Uhr: „Goethe und Deutschland“ (Beyschlag)

nachm. 2.30–5 Uhr:

gleichzeitig nachmittags 3 Uhr bis 3¹/₂ Uhr:

„Unsere Flieger im Kampf“ (Gerl)

Montag, den 25.nachmittags 2–5 Uhr: Sozial- und wirtschaftspolitische Schlagworte
(Hitler)

Das Wesen der politischen Parteien

(Beyschlag)

Dokument 7

Aus dem Bericht des Oblt. Bendt 2. Bayer. Schützenregiment 42. Jäger-Batl. 10. Kp. Lager Lechfeld an Gruppenkommando 4 vom 21. August 1919.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 50/5. Handschriftlich.

Das Propaganda-Kdo. unter Führung des Herrn Beyschlag traf am Dienstag den 19. d. M. im Laufe des Tages hier ein (namentl. Liste liegt bei). Nach Rücksprache mit Herrn Beyschlag wurde die Tätigkeit während des 5tägigen Aufenthaltes folgendermaßen festgelegt. Tägl. vorm. 9 Uhr findet ein Aufklärungsvortrag statt (Beyschlag), ferner an einem Abend über Erlebnisse des Herrn B. in London und an einem weiteren über Verhältnisse an der Ostfront (Inf. Gerl).

Der erste gestern gehaltene Vortrag behandelte das Thema: „Wen trifft die Schuld am Weltkrieg.“ Der Vortrag war in leicht faßlicher Art gehalten und erweckte bei den geistig regeren Leuten d. Kp. großes Interesse. Durch Ergänzungen und weitergreifende Ausführungen des Gefr. Hitler wurde die Grundlage für eine Diskussion geschaffen und hoffe ich, daß, wenn die anderen Angehörigen des Kds. durch kurze Zwischenreden, Zwischenrufe, usw. sich an der Diskussion beteiligen, auch die anderen Leute aus ihrer Passivität heraustreten und tätigen Anteil an der Diskussion nehmen werden.

Der Dienstälteste des Kdos. hat die Aufgabe mit dem Führer desjenigen Truppenteils, dem das Kdo. während seiner Dienstleistung angeschlossen ist, alle wirtschaftl. und disziplinären Fragen zu erledigen; die geistige Leitung des Kds. und damit die Bestimmung über die Art und den Zeitpunkt der Vorträge erhält Herr Beyschlag mit dem Führer des Truppenteils, bei dem die Vorträge stattfinden. Durch diese Maßnahme wäre einerseits dem Selbstbewußtsein der Chargen entgegengekommen, andererseits wäre bezüglich der Aufklärungsvorträge die Initiative des Herrn Beyschlag nicht beeinträchtigt.

Dokument 8

Schlußbericht des Oblt. Bendt an das Gruppenkommando 4. Lager Lechfeld, 25. August 1919.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bl. 50/5. Handschriftlich.

Zurückkommend auf meinen Bericht vom 20. d. M. möchte ich, bevor ich mein abschließendes Urteil über das Kdo. fälle, einige Einzelheiten herausgreifen und würde mir gestatten Euer Hochwohlgeb., sobald es die Verhältnisse in Kempten erlauben, darüber noch persönlich Vortrag zu halten.

Da die Dulag⁹ Kpn. nicht aufgeklärt werden konnten, wegen der bereits im 1. Bericht geschilderten Verhältnisse, fand die Aufklärung nur bei den Reichswehrtruppen statt. An Vorträgen wurden gehalten:

1. Wer trägt die Schuld am Weltkrieg?
2. Der Aufstieg Deutschlands im 19. Jahrhundert.
3. Weltkrieg und Weltrevolution.
4. Aus den Tagen der Münchener Räte-Repbl.;
5. Über die politischen Parteien;
6. Goethe und Deutschland;

durch Herrn Beyschlag, der die einzelnen sachlicher Art behandelte. Vorzüglich ergänzt wurde er durch den Gefr. Hitler der 2. JR Abwicklungsstelle, der einzelne Pkte. aus den verschiedenen Vorträgen herausgriff, und in äußerst temperamentvoller, leicht faßlicher Art sie den Leuten klar machte. Ganz kurze Einreden hielt auch Off.Stellv. Fröhlich und Gefr. Bernard. Die anderen Leute der Pr.Abtg. beteiligten sich nicht an der Diskussion. Sie scheinen auch in ihrer Ausbildung und ihrem Wissen noch lange nicht so weit zu sein. Einen unpolitischen Vortrag hielt Infantr. Gerl b. Art. Fl.Staffel über Erlebnisse an einer Durchlaßstelle an der Ostfront.

Eine Frage drängte sich mir auf, nämlich die, sind alle Leute der Abtlg. politisch vollkommen zuverlässig? Ich erkundigte mich bei den mir am zuverlässigsten erscheinenden Leuten und wurde mir dabei gesagt, daß sie sich über einige selbst nicht im klaren seien, da diese sich jeder Diskussion, wie auch auf den Zimmern jeder klaren Meinungsäußerung enthielten. Gelegentlich eines sehr schönen, klaren und temperamentvollen Vortrags des Gefr. Hitler über den Kapitalismus, der dabei die Judenfrage streifte, ja streifen mußte, entstanden über die Art und Weise gelegentl. einer Besprechung d. Abteilg. mit mir Meinungsverschiedenheiten, ob man klar und unverblümt seine Meinung äußern solle, oder in etwas verschleierter Form. Es wurde angeführt, die Abteilg. sei von Gruppenkdo. Möhl aufgestellt und in dienstlicher Eigenschaft tätig. Wenn nun die Judenfrage in ganz klarer Form unter bes. Berücksichtigung des germanischen Standpunktes dargestellt würde, so könnte leicht diese Erörterung den Juden Anlaß geben, die Vorträge als eine Judenhetze zu bezeichnen. Ich sah mich deshalb veranlaßt anzuordnen, daß bei Behandlung dieser Fragen möglichst vorsichtig vorgegangen werden solle und daß zu deutliche Hinweise auf die dem deutschen Volke fremde Rasse nach Möglichkeit zu vermeiden seien.

Am Sonntag nachmittag wurden weiterhin Vorträge gehalten von Infantr. Gerl über Erlebnisse als Flieger, und von Gefr. Hitler über Auswanderung.

Unter Bezugnahme auf meinen ersten Bericht über die wirtschaftliche Führung des Kdos. möchte ich meine Meinung dahin abändern, daß mit der Führung des Kdos. nur ein arbeitsamer, für Propaganda-Tätigkeit Interesse zeigender Offizier bestimmt wird, da Offz.Stellv. Fröhlich, von mir ausdrücklich für die wirtschaftlichen Fragen des Kdos. bestimmt, ohne meine Erlaubnis am 23. bereits nach München wegfuhr. Die Führung durch einen Offizier dürfte auch dem Interesse der Disziplin der Abtlg. gelegen sein.

Meine Eindrücke fasse ich dahin zusammen:

Diese Aufklärungsvorträge sollten bei allen Reichswehrtruppen und sämtlichen mit dem Militär noch in Verbindung stehenden Stellen gehalten werden; denn dadurch wird

1. die Überzeugung der Leute für die richtige Sache einzutreten gestärkt;
2. werden die Leute gegen die Schlagworte von links unempfindlicher und lassen sich nicht so leicht mehr von dem hohlen Phrasentum dieser radikalen Elemente anstecken;

⁹ Durchgangslager (für zurückkehrende und zur Entlassung kommende Kriegsgefangene).

3. sind die Leute dankbar in dieser ansprechenden Form ihre Allgemeinbildung erweitern zu können, da sie alle empfinden, daß an unseren Schulen, seien es Volks- oder Mittelschulen, gerade über die Neue und Neueste Geschichte des Deutschen Volkes nichts, oder viel zu wenig gelehrt wird.
4. Werden die Leute bei ihrer Entlassung aus der Reichswehr unwillkürlich die sich angeeigneten gesunden Gedanken in weitere Kreise tragen.

Bendt
Obleutt. u. Fhr. d. Wachkdos.

Dokument 9

Auszüge aus den Berichten der zum Aufklärungskommando Beyschlag befohlenen Soldaten.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 50/3. Handschriftlich

- a) Ewald Bolle, Luftschiffer. Lager Lechfeld, 24. August 1919.
„... Die geschichtlichen historischen Vorträge des Herrn Beyschlag fanden bei weitem nicht den Anklang wie die temperamentvollen Vorträge (mit Beispielen aus dem Leben) des Herrn Hitler.
Während bei letzterem Rede und Gegenrede alle Anwesenden mitriß, fehlte dieser Moment bei den ersteren Vorträgen...“
- b) Schütze Dachs, Wehrrégiment. II. Batl. 6. Komp. Lager Lechfeld, 24. August 1919.
„... Besonders waren die Vorträge wirksam und leicht fassend, die Herren Hitler und Beyschlag sind also sehr geeignet für diesen Zweck...“
- c) Infantrist Karl Eicher. Lager Lechfeld, 24. August 1919.
„... Herr Beyschlag und auch Herr Hitler haben es verstanden durch ihre lehrreichen und leicht begreiflichen Vorträge die Leute in eine geradezu begeisterte Stimmung zu bringen...“
- d) Krankenträger Lorenz Frank. Lager Lechfeld, 23. August 1919.
„... ‚Ende gut, alles gut‘, so möchte ich auch hier sagen, denn ich bin sowohl überrascht, aber noch mehr erfreut über die Erfolge, die unser Aufklärungskommando in den 5 Tagen hier erzielt hat. Den Heldenanteil des Erfolges haben zweifelsohne die Herren Hitler und Beyschlag, die durch ihre hervorragenden Vorträge die Aufmerksamkeit und das Interesse der Kompagnie Bendt, auf die ich nachher noch zu sprechen komme, erweckt haben. Besonders Herr Hitler ist, ich darf wohl sagen, ein geborener Volksredner, der durch seinen Fanatismus und sein populäres Auftreten in einer Versammlung die Zuhörer unbedingt zur Aufmerksamkeit und zum Mitdenken zwingt. Ich für meine Person suchte mein Tätigkeitsfeld in Kantinen, umliegenden Wirtschaften und als Zuschauer bei den Sportspielern...“
- e) Kanonier Hans Knoden. Lager Lechfeld, 24. August 1919.
„... Was nun die Aufklärungstätigkeit während unseres 5-tägigen Aufenthalts bei der Komp. Bendt betrifft, so war ein ganz befriedigendes Resultat zu verzeichnen, da die Mannschaften den verschiedenen Vorträgen mit großem Interesse folgten namentlich bei H. Beyschlag und Hitler. Letzterer namentlich entpuppte sich als hervorragender und temperamentvoller Redner und fesselte die Aufmerksamkeit der ganzen Zuhörer für seine Ausführungen. Einmal nun war es ihm nicht möglich, einen langen Vortrag zu beenden; er fragte die Leute, als er abbrechen mußte, ob sie vielleicht nach Dienst denselben zu Ende hören wollten und sofort waren alle einverstanden. Man merkte offensichtlich, daß das Interesse der Leute geweckt war und das ist schon ein bemerkenswerter Erfolg...“

- f) Ottmar Stadler, Lager Lechfeld, 24. August 1919.
 „... Es folgte sodann eine Auslegung der Friedensbedingungen durch Herrn Hitle[*sic*] in zwei Fortsetzungen. Dieses Thema zündete ein besonderes Interesse bei den Teilnehmern, man konnte es von den Gesichtern lesen...“

Dokument 10

Hauptmann i. G. Mayr an Hitler. München, 10. September 1919

Beilage: Adolf Gemlich an Hauptmann i. G. Mayr. Ulm, 4. September 1919.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 50/8.

Sehr verehrter Herr Hitler!

Anbei eine Abschrift eines Briefes. Da ich derzeit sehr in Anspruch genommen bin, wenn Sie mir 1–2 Seiten lange Ausführung zu den Fragepunkten (mit Ihrer Unterschrift und Briefadresse) zur Verfügung stellen könnten, ich behalte mir vor, im Anschluß an Ihre Zeilen noch die Fragen wegen des Ausschusses und der „Regierungssozialdemokratie“ zu beantworten. [*sic*!]

Ihre Ausführungen über die Ansiedlungsfrage habe ich erhalten; das Gru. Kdo. behält sich vor, u. U. diesen dienstl. Bericht gekürzt oder ungekürzt in geeigneter Weise in die Presse zu lancieren.

Besten Gruß
M.

10a. Beilage: Adolf Gemlich¹⁹ an Hauptmann i. G. Mayr. Ulm, 4. September 1919

Hochverehrter Herr Hauptmann!

Ihr freundliches Schreiben ist mir geworden, gestatten Sie, daß ich Ihnen meinen ergebensten Dank sage.

Sehr gespannt bin ich auf die in Aussicht gestellte Schrift über Staatsaufbau usw.

Heute hätte ich eine sehr große Bitte und ich möchte sie um Ihren erfahrenen Rat bitten; wenn es Ihnen nicht zuviel Zeit und Mühe kostet, wäre ich Ihnen für einen, wenn auch noch so kurzen Aufschluß sehr dankbar.

Von einem Freunde bin ich angehalten worden, dem „Ausschuß für Volksaufklärung“ Berlin W. 9, Köthenerstr. 45 Hof I beizutreten. Dieser Ausschuß dürfte Ihnen, der Sie doch mitten in der Volksaufklärung stehen, nicht unbekannt sein und er verfolgt einen Kampf bis aufs Messer gegen das Judentum. Wie verhält sich nun der heutige Sozialismus unserer Mehrheits-, also Regierungssozialisten hierzu? Selbstverständlich weiß ich, daß es nicht im Sinne der heutigen Regierung sein kann, eine Bewegung offiziell zu unterstützen, eine Bewegung, die schließlich zu öffentlichen Unruhen führen kann. Doch darf dies wiederum kein Beweggrund sein, eine Gefahr für das Volkstum nicht auszumerzen: jede Operation ist doch letzten Endes ein Aufhäuten, ein Aus-dem-Weg-schaffen irgend einer Kalamität und gelingt bei besonnener Ausführung in den meisten Fällen.

Ich meine: Wenn die Regierung wirklich erkannt hat, daß die Juden eine nationale Gefahr bedeuten, müßte sie doch dem Judentum eine Bedeutung in der Politik, eine Bedeutung für das Volkwohl in jeder Beziehung abstreitig machen.

Vorerst tut sie das aber nicht und für mich erhebt sich nun die Frage: Sind die Juden nicht die Gefahr für die man sie hält, wird ihr verderblicher Einfluß überschätzt

¹⁹ Auf Anfrage teilte das Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Ulm mit, daß ein Adolf Gemlich, geb. 30. August 1895 in Pasewalk, am 28. Dezember 1958 in Ulm verstarb.

oder verkennt die Regierung die Gefahr oder aber – ist die Regierung zu schwach, um gegen ein gefährliches Judentum einzuschreiten?

Und nun die Generalfrage: Wie verhält sich eigentlich die Regierungssozialdemokratie gegenüber dem Judentum? Gehören zur „Gleichberechtigung“ der Völker auch die Juden mit in das sozialistische Programm, auch wenn man sie als eine Gefahr für das Volkstum betrachten muß?

Vielleicht macht Ihnen, verehrter Herr Hauptmann, die Beantwortung dieser Fragen große Schwierigkeiten, weil Sie an Ihr Amt gebunden sind und parteilos sein müssen. Dann verzichte ich natürlich auf die Beantwortung, wenngleich ich hier versprechen möchte, daß niemals einen offiziellen Brauch von Ihrer Antwort machen werde. In dieser Beziehung brauchen Sie also nicht vorsichtig zu sein, und ich nehme an, daß Sie meinem Versprechen glauben werden.

Ich möchte Ihre kostbare Zeit nun nicht länger in Anspruch nehmen.

Hoffentlich haben Sie inzwischen wieder einen recht erfolgreichen Aufklärungskurs leiten dürfen: Wenn auch nicht glänzende Redner aus den Kursen hervorgehen können, so dürfen Sie doch überzeugt sein, daß diesen Kursen nur Gutes entspringt, ich möchte sagen, das Beste, was einem heute mit auf den Weg gegeben werden kann in unseren Zeiten der inneren Bedrängnis und Zerrissenheit.

Im kommenden Winter hoffe ich, daß ich einige kleinere Vorträge halten kann. Vielleicht darf ich dann in einigen Gewissens- und Wissensnöten nochmals zu Ihnen kommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ganz ergebenster
(Adolf Gemlich)
A. Gemlich
Ulm a/Donau, Schaffnerstr. 13

Dokument 11

Hauptmann i. G. Mayr an Adolf Gemlich. München, 17. September 1919.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 50/8. Durchschlag.
Handschriftlicher Entwurf Mayrs liegt bei.

Sehr verehrter Herr Gemlich!

Besten Dank für Ihren Brief! Da ich augenblicklich sehr in Anspruch genommen habe ich den von ^{10a} Herrn Hitler (ebenfalls einem früheren Kursteilnehmer) um Äußerung gebeten; sie liegt im Wortlaut an. Ich kann den sehr klaren Ausführungen nur durchaus beipflichten – mit einer Ausnahme, und das ist das von Herrn Hitler ebenfalls berührte Zinsproblem. Der Zins ist nicht eine Erfindung der „Manichäer“ oder Juden, sondern eine im Prinzip des Eigentums und dem gesunden Erwerbstrieb begründete Einrichtung, bei der es nur darauf ankommt, alle Auswüchse rechtzeitig und mit rücksichtsloser Entschiedenheit auszumerzen. Was die Juden in Verbindung mit der Zinsfrage anlangt, so ist das festzustellen, daß natürlich diese Rasse es gewesen ist, die die schädlichen und gewinnreichen Möglichkeiten des Zinsproblems am raschesten erkannt und am rücksichtslosesten auszubeuten und jede großzügige gesetzgeberische Beschränkung mit größter Gerissenheit zu hintertreiben verstand. Den besten Einblick in das Zinsproblem geben die Ausführungen des Herrn Feder, die ich deshalb auch trotz Widerstreben sehr einflußreicher Kreise gefördert habe; nur schützt eben

^{10a} Im handschriftl. Entwurf folgten hier die (dann gestrichenen) Worte: „mir sehr geschätzten“.

auch Herr Feder schließlich das Kind mit dem Bade aus. Mit dem Zinsproblem geht es wie mit dem Problem z. B. der Autokratie (Selbstherrschaft, Despotie, Zarismus). Man muß die Auswüchse beschneiden, den goldenen „constitutionellen“ Mittelweg gehen und darf nicht alles über einen Kamm scheren (sozialistische Demokratie).

Meine Ausführungen sind nicht an das Amt gebunden, wie Sie meinen. Ich bin mit dem Herrn Hitler durchaus der Anschauung, daß das, was man Regierungssozialdemokratie heißt, vollständig an der Kette der Judenheit liegt. Bevor man aber über „Gleichberechtigung“ der Völker reden will, muß zuerst die Eigenberechtigung oder das „Selbstbestimmungsrecht“ der einzelnen Völker sichergestellt sein. Dieses Recht ist verankert in der Rasse. Alle schädlichen Elemente müssen wie Krankheitserreger ausgestoßen oder „verkapselt“ werden. So auch die Juden!

Besten Gruß!
M

1 Beilage

Dokument 12

Hitler an Gemlich. München, 16. September 1919.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 50/8. Abschrift.

Sehr geehrter Herr Gemlich!

Wenn die Gefahr die das Judentum für unser Volk heute bildet seinen Ausdruck findet in einer nicht wegzuleugnenden Abneigung großer Teile unseres Volkes, so ist die Ursache dieser Abneigung meist nicht zu suchen in der klaren Erkenntnis des bewußt oder unbewußt planmäßig verderblichen Wirkens der Juden als Gesamtheit auf unsere Nation, sondern sie entsteht meist durch den persönlichen Verkehr, unter dem Eindruck, den der Jude als einzelner zurückläßt und der fast stets ein ungünstiger ist. Dadurch erhält der Antisemitismus nur zu leicht den Charakter einer bloßen Gefühlserscheinung. Und doch ist dies unrichtig. Der Antisemitismus als politische Bewegung darf nicht und kann nicht bestimmt werden durch Momente des Gefühls, sondern durch die Erkenntnis von Tatsachen. Tatsachen aber sind:

Zunächst ist das Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgenossenschaft. Und der Jude selbst bezeichnet sich nie als jüdischen Deutschen, jüdischen Polen oder etwa jüdischen Amerikaner, sondern stets als deutschen, polnischen oder amerikanischen Juden. Noch nie hat der Jude von fremden Völkern, in deren Mitte er lebt, viel mehr angenommen als die Sprache. Und so wenig ein Deutscher der in Frankreich gezwungen ist sich der franz. Sprache zu bedienen, in Italien der italienischen und in China der chinesischen, dadurch zum Franzosen, Italiener oder gar Chinesen wird, so wenig kann man einen Juden, der nunmal unter uns lebt, und, dadurch gezwungen, sich der deutschen Sprache bedient, deshalb einen Deutschen nennen. Selbst der mosaische Glaube kann, so groß auch seine Bedeutung für die Erhaltung dieser Rasse sein mag, nicht als ausschließlich bestimmend für die Frage, ob Jude oder Nichtjude gelten. Es gibt kaum eine Rasse, deren Mitglieder ausnahmslos einer einzigen bestimmten Religion angehören.

Durch tausendjährige Inzucht, häufig vorgenommen in engstem Kreise, hat der Jude im allgemeinen seine Rasse und ihre Eigenart schärfer bewahrt, als zahlreiche der Völker unter denen er lebt. Und damit ergibt sich die Tatsache, daß zwischen uns eine nichtdeutsche, fremde Rasse lebt, nicht gewillt und auch nicht im Stande, ihre Rasseneigenarten zu opfern, ihr eigenes Fühlen, Denken und Streben zu verleugnen, und die dennoch politisch alle Rechte besitzt wie wir selber. Bewegt sich schon das Gefühl des Juden im rein Materiellen, so noch mehr sein Denken und Streben. Der Tanz ums goldene Kalb wird zum erbarmungslosen Kampf um alle jene Güter, die nach

unserm inneren Gefühl nicht die Höchsten und einzig erstrebenswerten auf dieser Erde sein sollen.

Der Wert des Einzelnen wird nicht mehr bestimmt durch seinen Charakter, der Bedeutung seiner Leistungen für die Gesamtheit, sondern ausschließlich durch die Größe seines Vermögens, durch sein Geld.

Die Höhe der Nation soll nicht mehr gemessen werden nach der Summe ihrer sittlichen und geistigen Kräfte, sondern nur mehr nach dem Reichtum ihrer materiellen Güter.

Aus diesem Fühlen ergibt sich jenes Denken und Streben nach Geld, nach Macht, die dieses schützt, das den Juden skrupellos werden läßt in der Wahl der Mittel, erbarungslos in ihrer Verwendung zu diesem Zweck. Er winselt im autokratisch regierten Staat um die Gunst der „Majestät“ des Fürsten und mißbraucht sie als Blutegel an seinen Völkern.

Er buhlt in der Demokratie um die Gunst der Masse, kriecht vor der „Majestät des Volkes“ und kennt doch nur die Majestät des Geldes.

Er zerstört den Charakter des Fürsten durch byzantinische Schmeichelei, den nationalen Stolz, die Kraft eines Volkes, durch Spott und schamloses Erziehen zum Laster. Sein Mittel zum Kampf ist jene öffentliche Meinung, die nie ausgedrückt wird durch die Presse, wohl aber immer durch sie geführt und gefälscht wird. Seine Macht ist die Macht des Geldes, das sich in Form des Zinses in seinen Händen mühe- und endlos vermehrt, und den Völkern jenes gefährlichste Joch aufzwingt, daß sie seines anfänglichen goldigen Schimmers wegen so schwer in seinen späteren traurigen Folgen zu erkennen vermögen. Alles was Menschen zu Höherem streben läßt, sei es Religion, Sozialismus, Demokratie, es ist ihm alles nur Mittel zum Zweck, Geld und Herrschgier zu befriedigen.

Sein Wirken wird in seinen Folgen zur Rassentuberkulose der Völker.

Und daraus ergibt sich folgendes: Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Progromen [*sic*]. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er nur zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein. Zu beidem ist nur fähig eine Regierung nationaler Kraft und niemals eine Regierung nationaler Ohnmacht.

Die Republik in Deutschland verdankt ihre Geburt nicht dem einheitlichen nationalen Willen unseres Volkes, sondern der schlaun Verwertung einer Reihe von Umständen, die zusammengefaßt sich in tiefer allgemeiner Unzufriedenheit äußerten. Diese Umstände jedoch waren unabhängig von der Staatsform und sind auch heute noch wirksam. Ja mehr noch als früher. So erkennt denn auch schon ein großer Teil unseres Volkes, daß nicht die geänderte Staatsform als solche unsere Lage zu ändern und zu bessern vermag, sondern nur eine Wiedergeburt der sittlichen und geistigen Kräfte der Nation.

Und diese Wiedergeburt wird nicht in die Wege geleitet durch eine Staatsführung unverantwortlicher Majoritäten unter dem Einfluß bestimmter Parteidogmen, einer unverantwortlichen Presse, durch Phrasen und Schlagwörter internationaler Prägung, sondern nur durch rücksichtslosen Einsatz national gesinnter Führerpersönlichkeiten mit innerlichem Verantwortungsgefühl.

Diese Tatsache jedoch raubt der Republik die innere Unterstützung der vor allem so nötigen geistigen Kräfte der Nation. Und so sind die heutigen Führer des Staates gezwungen, sich Unterstützung zu suchen bei jenen, die ausschließlich Nutzen aus der Neubildung der deutschen Verhältnisse zogen und ziehen, und die aus diesem Grunde ja auch die treibenden Kräfte der Revolution waren, den Juden. Ohne Rücksicht auf

die auch von den heutigen Führern sicher erkannte Gefahr des Judentums (Beweis dafür sind verschiedene Aussprüche derzeitiger leitender Persönlichkeiten) sind sie gezwungen, die Ihnen zum eigenen Vorteil von den Juden bereitwillig gewährte Unterstützung anzunehmen, und damit auch die geforderte Gegenleistung zu bringen. Und dieser Gegendienst besteht nicht nur in jeder möglichen Förderung des Judentums überhaupt, sondern vor allem in der Verhinderung des Kampfes des betrogenen Volkes gegen seine Brüder, in der Unterbindung der antisemitischen Bewegung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Adolf Hitler

Dokument 13

Niederschrift über die „Angelegenheit Beyschlag“. Ohne Datum und Unterschrift.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 50/3. Handschriftlich.

Hr. Lt. Zech¹¹ erklärt, daß die Fälle in letzter Zeit sich mehren, in denen Leute die ihnen früher zugesprochene außerordentliche Zulage von 3 M 50 pro Tag für das Lechfeldkdo. anfordern und behaupten, noch nichts bekommen zu haben. Die Leute behaupten zu wissen, daß Beyschlag eine größere Summe zu diesem Zwecke ausgehändigt erhielt. Von einer Absicht des Majors Fischer, den Beyschlag in einer Art Vertragsform für die Weiterführung der Aufklärungs- und Bildungsbestrebungen im Wehrrgt. zu gewinnen, ist dem zuständigen Bildungsreferent nicht das Geringste bekannt.

Hr. Hitler: Auf Lechfeld erklärte B., Rechnung nach Rückkehr dem Hptm. Mayr vorlegen zu wollen. Irgendeine Andeutung, daß ihm Geld ausgehändigt worden sei, hat er weder dem Hr. Hitler noch irgend einem and. Kodateilnehmer *[sic]* gegenüber gemacht. Nach Rückkehr (etwa 1 Woche) erklärte er, daß er 300 M v. Hptm. Mayr erhalten habe, daß er sich aber über die Verteilung noch nicht im klaren sei, da die Redner besonderes Honorar bekämen. Da der Betrag von 300 M hierzu nicht ausreiche, müsse er bei Hptm. Mayr eine besondere Forderung noch stellen. Bei neuerlichen Zusammentreffen erklärte er, diese Forderung in Höhe von 150 M befriedigt bekommen zu haben. Anderen früheren Kursteilnehmern gegenüber wurde, soweit Hr. Hitler orientiert ist, von Beyschlag dasselbe behauptet.

Dokument 14

Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei am 13. November 1919 im Eberlbräukeller.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/6.

Im Kopf angegeben: P. N. D. M.¹² 35.

Im großen Saale des Eberlbräukeller fand am 13. ds. ein Vortragsabend statt. Gegen Vorzeigung der Einladung und Entrichtung von 50 Pfg. wurde Einlaß gewährt. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt.

¹¹ Lt. Zech war Mitarbeiter – als Hilfsoffizier eine Art Adjutant Mayrs – der Abteilung I b/P des Reichswehrgruppenkommandos 4.

¹² Politischer Nachrichtendienst München – der vom Polizeipräsidium München einge-

Der Vorsitzende, Herr Karl Harrer, Beamter in der M. Augsburger-Abendzeitung, eröffnet die Versammlung und erklärte: Wenn auch gewisse Leute die Vergangenheit ruhen lassen wollen, wir lassen sie nicht ruhen, es muß heraus, welche Fehler gemacht wurden und von wem. Der M'er Beobachter¹³ wurde verteilt, die Deutsche Arbeiterpartei besteht seit 3 Monaten, sie vertritt die ähnlichen Prinzipien wie der Schutz- und Trutzbund, der Monatsbeitrag beträgt 50 Pfg. Leider waren nur 20–30 Arbeiter da, sehr viele Studenten, Offiziere, Kaufleute und Soldaten.

Der I. Vortragende Herr Hitler entledigte sich seines Themas „Brest-Litowsk“ in meisterhafter Weise; er ist Kaufmann und wird berufsmäßiger Werberedner. Dieselben Machthaber, führte der Redner aus, die früher erklärten, der Ausgang des Krieges sei gleichgültig, erklären jetzt, der Krieg sei an all' dem Elend schuld. Anstatt Verteidigung ist alles Betrug, anstatt Versöhnung alles Gewalt. Er zieht drastische Vergleiche zwischen den beiden Frieden. Brest-Litowsk wird ein Schandfrieden genannt, aber ein Vergleich ergibt von selbst, welch' ein gewaltiger Unterschied herrscht. Der Waffenstillstand von Spaa wurde auf 21 Tage geschlossen und war Verlängerung vorgesehen, unser Waffenstillstand war auf 30 Tage geschlossen und mußte jedesmal eine Verlängerung erbettelt werden. Welch' gewaltiger Unterschied ist in der Ablieferung des Verkehrsmaterials und der Waffen? Was müssen wir zur See opfern, unsere gesamte Marine. Wie sieht es mit dem Handel aus? Er erinnere nur an die Hungerblockade, an die Gefangenenbehandlung. 4–6 Herren haben das 463 Artikel umfassende Friedenswerk hinter hermetisch verschlossenen Türen gemacht. Redner übt weiter vernichtende Kritik; er schilderte die Verschiedenheiten, die sich schon im Waffenstillstandsabschluß ergaben und erst im Friedensvertrag, lauter Abänderungen und doch heißt man Brest-Litowsk einen Schandvertrag und Versailles einen Menschenvertrag. Die deutsche Flotte ist zerschmettert, dann die Wiedergutmachung, obwohl nachgewiesenermaßen die Feinde bedeutend mehr Schaden anrichteten als wir. In Frankreich, Belgien, Rumänien, ja später sogar in Rußland, wenn es eine Kolonie der Entente ist, müssen wir alles wieder gut machen, 20 Milliarden sollen wir in Gold abliefern. Und erst wegen der Abtretungen: auch unsere mit großem Fleiß aufgerichteten Kolonien, die den Neid der Engländer erweckten, sollen wir abtreten. In Straßburg wurden 2 Stunden die Glocken geläutet, 3 Tage würden die Glocken geläutet, wenn der letzte Franzose hinausginge. Brauchen die von der ganzen Welt unterstützten Gegner unsere Viehbestände? Nein, sie wissen, daß wir sie sehr notwendig brauchen könnten. Was sagen die Worte eines Königs von England: Mit den Deutschen ist es aus; oder wie sich Clemenceau auszudrücken beliebte: In Deutschland leben um 20 Millionen Menschen zuviel (die müssen noch zugrunde gerichtet werden, schaltete der Vortragende ein). Wie einschneidend ist die horrende Kohlenablieferung? Aber das ist sicher, daß der Mann, der uns einen solchen Vertrag an den Hals brachte, wenn die Kohlenlieferungen beendet sind, nicht mehr an dem Platz ist, auch nicht mehr als Volksschullehrer in Buttenhausen. (Zuruf: Dem geht es noch wie Eisner.) Alle unsere Gegenwerte schwächen unsere Gegner, unsere Farbstoffe nehmen sie uns. Die Bedeutung unserer Ströme sinkt auf ein Minimum herunter. Die erste Rechnung, die uns die Entente präsentierte betrug 3 Milliarden. In München werden in den nächsten Tagen ein paar Hotels für die Überwachungskommission beschlagnahmt, die Spitzeln müssen wir füttern, in Berlin sind schon 1000 solche dort. Ein Söldnerheer müssen wir

richtete Überwachungs- und Informationsdienst. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Reichswehrgruppenkommando 4/Ib/P und dem Polizeipräsidium München muß angenommen werden.

¹³ Münchner Beobachter – Vorgänger des VB. Vgl. Sonja Noller, Die Geschichte des Völkischen Beobachters von 1920–1923, Phil. Diss. München 1956.

halten (bei 12 jähriger Verpflichtung), unsere jetzigen 100 000 Mann kosten uns soviel als früher unsere 500 000, nämlich 1 Milliarde 800 Millionen (Zuruf: Lesen Sie den „Kampf“ die Juden und die U.S.P. sind die größten Spitzeln im eigenen Lande). Aber nicht genug, daß die Gegner von uns die Waffen verlangen, auch noch die Geister fordern sie. Solange die Erde steht, hat kein Volk einen solchen Schandvertrag zu unterzeichnen sich bereit erklären müssen. (Judenmache). Das heißt man Freistaat, es heißt alles ist frei, einstweilen ist alles Schwindel, Betrug, schämt man sich ja gar nicht mehr die Judeneinwanderung zu gestatten. Freies Volk wollen wir sein und kein Freistaat. (Brausender Beifall). Die Idee, daß es so nicht weitergehen kann, müssen wir verfechten. Das deutsche Elend muß durch deutsches Eisen zerbrochen werden. Diese Zeit muß kommen. Mit diesen Worten schloß Herr Hitler.

Der Vorsitzende: Ihr reicher Beifall, den Sie dem Vortragenden zollten, beweist, daß Sie mit dessen Ausführungen einverstanden sind. Nicht in erster Linie die U.S.P. ist es, sondern die Juden, die Freimaurer und die Sozialdemokraten sind es, denen wir unsere jetzige Lage zu verdanken haben. Was können wir dagegen tun? Alles müssen wir tun, jeder soll sich politisch betätigen. Lassen Sie meine Worte ihre Zustimmung finden: Keine Partei entspricht unseren Anforderungen, schließen Sie sich restlos der Deutschen Arbeiterpartei an, sie ist die erste und einzige judenfreie Partei, weil nach den Satzungen schon keine Juden aufgenommen werden dürfen. Unser Programm lautet:

1. Beseitigung der Juden aus allen öffentlichen Ämtern,
2. Befreiung der Zinsherrschaft,
3. Kampf gegen Wucher etc.

Der Weg, den wir zu betreten haben, ist Aufklärungsarbeit, daher helfe jeder mit, belehre jeder seinen Berufsgenossen, trete jeder der deutschen Arbeiterpartei bei. Nicht nur Geld und Mitglieder brauchen wir, auch treue Mitarbeit, dann werden wir siegen. Die in Umlauf gesetzten Volksabstimmungszettel, die eine Urabstimmung wegen der Einwanderung der Ostjuden herbeiführen sollen, wolle jeder unterschreiben. Auch diesen Ausführungen erfolgte großer Beifall.

.....

Mit dem Wunsche, alle Anwesenden möchten doch für die gute Sache arbeiten und jeder möge zu der am 25. ds. stattfindenden Versammlung mindestens 3 mitbringen, schloß der Vorsitzende um 10 Uhr die Versammlung.

Dokument 15

Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei
am 26. November 1919 im Eberlbräukeller.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/6.
Im Kopf angegeben: P. N. D. M. 35

Tagesordnung:

1. Parteiangelegenheiten,
2. Die politische Lage.

Redner:	Dr. Kühn	über äußere Politik.
	Dr. Dallmayr	„ innere Politik
	Dipl. Ing. Feder	„ d. Sparprämien-Anl.
	Herr Danuehl	„ antisemitische Bewegung

3. „Der Anschluß Deutsch-Österreichs“.

Anwesend: rund 300 Genossen. Der Saal war voll.

Der Vors. eröffnet um 1/8 Uhr d. Versammlung und teilt die Veranstaltungen mit. Alle Monat findet ein Vortrag statt, dann eine Versammlung, in der alle Parteiangelegenheiten erledigt werden. Außerdem wird jeden Montag im Sterneckerbräu im Tal ein Diskussionsabend veranstaltet, in der die Meinungen der einzelnen Mitglieder besser zum Ausdruck gebracht werden können. Die Zahl der Mitglieder ist beträchtlich gestiegen. Die verschiedenen Drucksachen, wie Statuten, Aufnahmekarten, Programme etc. werden demnächst fertiggestellt. Der beschlossene Weihnachtsabend ist noch nicht festgestellt wegen der Heizsperr der Säle. Anfangs Dezember findet wieder Vortragsabend statt. Der bisherige 1. Schriftführer trat zurück. Die Versammlung wählte einstimmig Maier (vom letzten Vortragsabend bekannt) zum 1. Schriftführer. Die Werbung wird nunmehr aufs Land ausgedehnt. Er bat Adressen bekanntzugeben.

Hitler (vom letzten Vortragsabend bekannt) in seiner lebhaften Weise: Viel Kritik wird geübt. Alle Verheißungen, nicht nur die vor dem Kriege gemacht wurden, sondern auch die, welche im Manifest vom 15. November versprochen wurden, sind restlos nicht erfüllt worden. Der Bürgerkrieg, er ist ja gekommen. Jeden Tag werden wir mehr gepreßt (Sparprämien-Anleihe). Die Bauern werden uns mit Lebensmitteln versehen, in wenigen Tagen nimmt alles seinen geregelten Gang. (Lachen Sie nicht). So wurden wir vor 12 Monaten angeschwindelt. Ungeahnte Kräfte! Ja, allerdings, die haben keine Ahnung vom Regieren. Waffenstillstandsbedingungen werden gemildert. Ja, ja, vor einigen Tagen hat man die Beweise erfahren. Abbau der Preise! Vereinfachung der Verwaltung! Die Hauptschufthen sitzen im Kriegswuchteramt. Freie Bahn den Gesinnungstüchtigen. Schuhe flicken, Hosen machen, kann schließlich jeder. Es kann einer der beste Lehrer von Buttenhausen, aber der schlechteste Finanzminister sein. Die jetzige Regierung kann nicht regieren, weil sie keine blasse Ahnung vom Regieren hat. Wenn das Volk kritisiert, heißt man es Reaktion, Alldeutsche heißt man sie. Wir wollen dem Volke Trotz einimpfen. 12 Monate waren wir geduldig. Sind wir Bürger oder Hunde? Wir leisten Widerstand. Wir fordern Menschenrecht der Besiegten und Betrogenen. Gehört nur eine Rasse zum Leben und ist die andere Rasse berechtigt zum Ausbeuten? Man verspricht uns in 25 Jahren deutschen Wald.

Wir wollen Fachleute nicht Stümper in der Regierung haben. Nicht durch Zusehen sondern nur durch Arbeiten erreichen wir etwas. Weil wir arbeiten, nennen wir uns die Arbeiterpartei und deutsch, weil wir nicht international sind. Der Freistaat muß in Trümmer gehen.

Drewes aus Wien: Die Deutsch-Österreicher sollen Freistaat werden. Die Auslieferung von 80.000 Gefangenen wurde verhindert. Für 400.000 Dosen norwegische Kondensmilch wurde die Einfuhrbewilligung verweigert. 60.000 Gefangene wurden erst kürzlich nach Sowjet-Rußland abgeschoben. Das Rote Kreuz in Österreich versagt fast ganz; nur 123 Vermißte meldeten sie von den 1 1/2 Millionen. Er (Drewes) ist gezwungen die Reichshilfe nach Deutschland und der Schweiz zu verlegen und für die armen Deutsch-Österreicher Mittel zu erbetteln (Damen sammelten auch sofort dafür). Deutsch-Österreich ist rettungslos verloren, wenn ihm nicht bald Lebensmittel zugeführt werden. Nicht an die österr. Regierung dürfen die Lebensmittel gesandt werden, sondern an die arische Vereinigung in Wien, da sonst der Zweck verfehlt würde, weil die Beamten den Löwenanteil für sich in Anspruch nähmen. Die Deutschen in Österreich sind die Vorposten für das Deutsche Reich. In mir ist der Glaube an den Wiederaufbau des Deutschen Reiches, schließt der Redner, nachdem er vorher noch ein langes patriotisches Gedicht vorgelesen hatte.

Harrer verliert – es war schon 10 Uhr vorbei – 4 Entschlüsse:

1. Aufforderung, die Not der Deutschen in Österreich zu lindern,
 2. Kohlenzufuhr zu bestätigen,
 3. Gegen die Sparprämienanleihe zu protestieren,
 4. Gegen die Behandlung der Kriegsgefangenen Protest zu erheben.
- Alle 4 Punkte wurden einstimmig angenommen.

Dokument 16

Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei am 10. Dezember 1919
im Gasthof „Deutsches Reich.“

HSStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/6.

Referent: Herr Hittler.

Ferner sprach ein Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes aus Berlin und ein Abgeordneter der D.A.P. aus Wien.

Die Versammlung war von Civil und Militär, sowie von Leuten jeden Standes und jeder Partei besucht.

Um 7¹/₂ Uhr eröffnete Herr Hittler die Versammlung und begann seinen Vortrag mit dem Thema „Deutschland vor seiner tiefsten Erniedrigung“.

Immer und immer wieder stellt die Entente uns neue Bedingungen zur Unterzeichnung des Friedens. Als Tag der Unterzeichnung ist, wie die englischen Blätter schreiben, der Weihnachtstag ausersehen. Aber immer wieder treffen uns neue Schicksalsschläge. Erst wenn die Bedingungen eingehalten werden müssen, die momentan nichts anderes als Versprechungen bedeuten, dann wird die Lage unerträglich. Wenn ganze Erdteile mobil machen, kann man nicht einem einzigen Land die Schuld am Kriege geben. Schon in früheren Zeiten hat es der englische Diplomat verstanden, alle Länder zu entzweien, um später daraus seine Vorteile ziehen zu können. Die Wegnahme der Kolonien bedeutet für uns einen unersetzlichen Verlust. Wir sind gezwungen, unsere Rohstoffe von den Alliierten zu beziehen und zwar so teuer, daß wir als Konkurrenz auf dem Weltmarkte ausgeschaltet werden. Betrachten wir die Lage, dann scheiden sich unsere Feinde in zwei Lager. Erstens in ein solches, das wirklich kriegerischen Grund hatte, uns zu bekämpfen, und zweitens in ein solches das durch diplomatische Tricks soweit gebracht wurde, an der Zertrümmerung des Staates mitzuhelfen. In Frankreich wurde der Haß gegen den Deutschen bereits in der Schule gepredigt, das gleiche geschah in Italien gegen Österreich. Der Haß mußte 50 Jahre lang gepredigt werden, bis er zum Ausbruch kam. Frankreich verfolgte bereits seit Jahrhunderten das Prinzip, die Grenzen der großen Nation bis an den Rhein zu tragen. Ein Franzose, der im Jahre 1907 eine Studienreise durch Deutschland machte, schrieb später ein Werk darüber, dahingehend, daß er die Organisation und die Förderung des Proletariats aufs Höchste pries. England, seit Jahrhunderten die Weltmacht, besitzt alle Weltmonopole. Nachdem der Engländer zuerst seine eigenen Handelsschiffe in alle Welt hinausschickte, gelang es uns später, uns unabhängig von ihm zu machen und mit ihm zu konkurrieren. Deutschland hatte in den letzten Jahren auf allen Erdteilen Fuß gefaßt und war im Begriffe, an die Spitze der Weltmächte zu treten. Das war auch die Ursache der Engländer, uns zu bekriegen. Und nun Amerika. Als Geldland mußte es in den Krieg eingreifen, um seine geborgten Werte nicht zu verlieren. Amerika war es auch, das den Löwenanteil am Gewinnen des Krieges hatte. Und nun stehen wir vor einem Nichts. Die Revolution hat das Staatsgebäude bis ins tiefste Innerste erschüttert. Raub, Mord und Totschlag gehören zu den alltäglichen Begebenheiten. In der Regierung sitzen unfähige Leute, die nur versprechen, aber nichts halten können. Es ist geboten, bei den nächsten Wahlen, das alles zu bedenken

Vierteljahrshefte 2/7

und nicht zu vergessen, daß es heute die Juden sind, die allein die Geschäfte machen und die sich nicht scheuen, durch Hetze und Aufwiegeleien den Bruderkrieg zu schüren. Ich stehe auf dem Standpunkt: Deutschland den Deutschen!

Dokument 17

Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei am 16. Januar 1920
im Gasthof „Deutsches Reich“.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/6.

Um $\frac{1}{2}$,8 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung, die mittelmäßig besucht war, und erteilte dem Referenten das Wort:

Ing. Feder begann sein Referat mit einer Aufstellung der Schulden des Reiches, der Länder, Kreise, Gemeinden usw., die er aus den statistischen Jahrbüchern des Deutschen Reiches und Bayerns zusammengestellt hatte. Darnach berechnen sich die Gesamtschulden auf 300 Milliarden Mark, was einem Zinsbetrage von jährlich rund 15 Milliarden entspricht. Die Zinsen für die Staats-, Kreis- und Gemeindegeldanleihen aber müßten durch Steuern aufgebracht werden. Redner kam dann auf Erzberger zu sprechen, der in der Nationalversammlung bei seiner Antrittsrede als Minister erklärt habe, er sei zweimal im Leben erschrocken, einmal als er in die Waffenstillstandskommission berufen wurde und das andere Mal, als ihm das Reichsfinanzministerium angeboten wurde. Feder habe ihm daraufhin einen Brief geschrieben, der mit folgenden Worten begann: „Herr Minister! Nicht nur Sie, sondern auch ich und hunderttausende von deutschen Männern sind erschrocken als Sie Finanzminister wurden usw.“ Eine Antwort wäre natürlich nicht gekommen. Erzberger habe auch erklärt, daß die Zinsen für die Kriegsanleihen unbedingt aufgebracht werden müßten und das wäre nur durch Steuern möglich. Es helfe daher kein anderes Mittel, erklärte Feder, als die Zinsknechtschaft aufzuheben, d. h. der sogenannte Staatsbankrott. Wenn die Zinsen vom Leihkapital verschwinden würden, so könnten die Steuern erheblich herabgesetzt werden. Damit würden auch die ständigen Preis- und Lohnerhöhungen aufhören und das Wirtschaftsleben wieder in geregelten Gang kommen. Die Abschaffung des Zinses träfe das Volk nur in geringerem Umfange wie das Großkapital, wenn z. B. ein kleiner Sparer für 10.000 Mark Kriegsanleihe besitze, wofür er 500 Mk. Zinsen bekomme, so müsse er mindestens andererseits wenigstens das Fünffache an direkten und indirekten Steuern bezahlen. Und diese Steuern dienen doch hauptsächlich nur zur Zinszahlung für die Schulden des Staates. Die Zinsknechtschaft müßte daher unter allen Umständen verschwinden. Der Redner verließ dann das Programm des Kampfbundes gegen die Zinsknechtschaft und forderte die Anwesenden auf, sich recht zahlreich aufzunehmen zu lassen. Die Ausführungen des Referenten wurden durch starken Beifall ausgezeichnet.

Die Versammlung verlief durchaus ungestört.

Dokument 18

Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei am 5. Februar 1920
im Gasthof „Deutsches Reich“.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/6. Handschriftlich.

Deutscher Kommunismus.

Redner: Herr Dietrich Eckart.

Betrachten wir uns die Zeit in der wir gegenwärtig leben. Die Dinge der Welt liegen seltsam. Alles Reden und Schreiben ist umsonst, wenn nicht jedem selbst ein gewisses Flutium entgegenschlägt. Es haben Redner gleich welchen Unsinn sie sprachen, gleich welchen Dingen es anging, sie haben Beifall gefunden. Kommunismus heißt auf deutsch Gemeinsinn. Seine Sache muß der Allgemeinheit zugutekommen. Zu viel dem Guten zu tun, schadet nur. Es muß sich in uns Deutschen noch etwas anderes rühren u. sprechen die Seele. Unsere Seele ist noch lange nicht so heruntergekommen wie die der Entente-Völker. Wir sind ein argloses Volk, welches betrogen ist und Schiebern in die Hände gefallen ist. Wie hätte eine Revolution in Frankreich ausgehen. U. S. P. M. S. P. und K. P. D. alle streben nochmal einem einzigen Ziele zu. Ob Rechts oder Links ist ganz gleich alles ist voll Unmut gegen diese Mißwirtschaft. Wir stehen noch vor einer großen Schlacht auf kandaladischen Feldern. Rußland gleicht einer Wüste. Die Geschichte ist merkwürdig es auch so klingen mag, aber es verstanden es geheime Drahtzieher dahinten zustehen. Die Englische Hand streckt sich bereits über den ganzen Erdball. Ein alter Lateiner sagt *Opero d. h. ich werde getrieben*. Wir sind es nicht, es ist eine andere Kraft. Kommunismus ist für uns das Schlagwort. Jeder soll so wenig als möglich Politik treiben. Wenig Zeitungen lesen usw. Der Franzose frißt z. B. alles was ihm die Judenpresse in Paris eingibt. Der Handelnde hat kein Gewissen nur der Betrachtende. Man muß auch seinen Geist mal ablenken von Politik und durch Religion oder Kunst zu zerstreuen suchen. Vor allem sind wir uns klar, Ordnung muß sein. Aber der Tumult der Völker ist noch nicht vorbei wir kommen erst zum schlimmsten. Man beschwor einen Welt- und Bruderkrieg herauf und jetzt grinst der Tod überall heraus. Tag und Nacht müssen wir arbeiten und denen entgegentreten, die Verwüstungen und Ruin herstellen wollen. So haben die Franzosen in der Pfalz Gelder hergegeben für die U. S. P. die das Volk hetzen. haben sie es aus Liebe zu Ihrem Volke oder unserm Volke oder zu Ihrem Gott oder nur aus Haß gegen alles Deutsche gemacht. Man muß bei dem Wort Kommunismus Gemeinnutz vor Eigennutz vorziehen und das ist unser Wort. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

Die Versammlung war zahlreich besucht.

Dokument 19

Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei am 29. April 1920 im Hofbräuhaus.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/6. Handschriftlich.

Referent: Hittler

Die Versammlung begann um 7 $\frac{1}{2}$ und endete um 10 $\frac{3}{4}$ Uhr. Der Referent gab eine Aussprache über das Judentum. Der Referent gab bekannt, daß überall wo man hinsieht, Juden sind. Ganz Deutschland wird von Juden regiert. Es ist eine Schande, daß die Deutsche Arbeiterschaft ob Kopf oder Hand sich so von den Juden verhetzen lassen. Natürlich weil ja der Jude das Geld in der Hand hat. Der Jude sitzt in der Regierung und schiebt und treibt Schleichhandel. Wenn er seine Taschen wieder voll hat, dann hetzt er wieder die Arbeiterschaft durcheinander, damit er immer wieder ans Ruder kommt und wir armen Deutsche lassen uns das alles gefallen. Er kam auch über Rußland zu sprechen, daß die Russen, obwohl sie 2 Jahre um Freiheit kämpfen, noch schlechter daran sind wie zuerst. Diese arbeiten jetzt auch wieder 12 Stunden. Sollten bei uns keine anderen Verhältnisse kommen, so gehts uns genau so wie den Russen und wer hat das alles fertig gebracht? Nur der Jude. Darum Deutsche seit

7*

einig und kämpft gegen die Juden. Denn die fressen uns den letzten Brocken auch noch weg. Es wurden dann die 25 Punkte aufgeklärt. Schlußwort des Referenten: Wir wollen den Kampf solange führen bis der letzte Jude aus dem Deutschen Reich entfernt ist und wenn es auch zu einem Putsch kommt und noch viel mehr nochmal zu einer Revolution. Es sprach noch ein Rechtsanwalt, daß es doch andere Verhältnisse waren als die Monarchie da war. Darauf gab ihm der Referent die Antwort, daß jetzt eine Monarchie nichts sei. Zuerst müssen wir ans Ruder kommen, dann erst kann die Monarchie eintreten. Und übrigens kann sich und muß sich die Monarchie seinen Stand selbst erkämpfen wie wir auch. Der Referent erhielt einen großen Beifall. Er schimpfte auch über die Presse, besonders über den Kampf¹⁴, Neue Zeitung und M.N.N., da bei der letzten Versammlung ein solcher Schmierfink alles aufgeschrieben hat und alles verlogen und umgedreht in den Kampf setzte. Er wies auch heute wieder daraufhin, daß er heute genug Material habe, daß er einen schönen Artikel schreiben kann. Alles andere in diesen Blättern.

Dokument 20

Versammlung der NSDAP vom 10. Mai 1920 im Sterneckerbräu.

BHStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Referent: Ernstberger

Der Jude ist eine eigene Rasse, denn er versteht alles nur die Arbeit nicht. Der Jude ist nur ein Geschäftsmann. Der Jude hat es auch verstanden die Arbeiterschaft zu unterkriegen und zu verhetzen. Natürlich gibt er ihnen Geld dazu, denn der Jude war ja der Erste der in diesem Krieg mit dem Schleichhandel begonnen hat. Überall wo man hinsieht, sitzt der Jude darin, in jeder Partei ist gleich welche, nur zu uns getrauen sie es nicht, denn er weiß ganz genau, daß er von den Antisemiten bekämpft wird, auch mit vollem Recht, denn diese Blutsauger haben Deutschland schon längst ausgesaugt. Der Arbeiter natürlich hat sich von diesen so verhetzen lassen, aber wir bringen es noch so weit, daß sie wieder zur richtigen Besinnung kommen, denn das muß doch einem klaren Menschen einleuchten, daß es mit solchen Sauställen, wie es jetzt in Deutschland sind, nicht weiter gehen kann. Wenn es auch nicht jetzt vor den Wahlen schon ist, es muß auch nicht sein, es können vielleicht noch 2-3 Wahlen vergehen, bis wir soweit kommen. Denn viele Leute wissen überhaupt nicht, wenn sie wählen sollen, denn es ist noch keine Partei da, die ihren Standpunkt vertritt. Aber wenn wir öfters öffentliche Versammlungen abhalten, bekommen wir noch genug Anhänger, wenn wir auch noch eine junge Partei sind. Wir sind eben Deutsche und können diesen Saustall nicht mehr länger gedulden. Kollege Hitler sagte noch, daß es sehr erfreulich sei, daß die Partei in der letzten Versammlung im Hofbräuhaus nahezu 100 Mitglieder aufnehmen habe können. Ebenfalls hielt gestern Hitler einen Vortrag in Rosenheim wo sich ebenfalls 64 Mitglieder neu zu bezeichnen sind. Sie haben jetzt bereits in Rosenheim, Kempten, Augsburg und Ingolstadt Parteigruppen gebildet. Die Mitglieder sind alle selbst gekommen und haben Vorträge mit angehört und agentieren jetzt in diesen Städten. Am 26. Mai wird Hitler nach Stuttgart fahren und wird auch dort wenn es möglich ist, eine Gruppe bilden. Er führte auch noch aus, daß auch schon andere Parteien Nachfrage gehalten hätten, ob sie nicht geneigt wären mit ihnen zu arbeiten, was er aber verneinte, denn er strebt allein mit seinen Mitgliedern dem Ziele entgegen, das sie aufgesetzt haben und geht auch nicht weg davon.

¹⁴ „Kampf“: Zeitung der USPD Münchens.

Dokument 21

Versammlung der NSDAP vom 15. Mai 1920 im Hofbräuhaus.

BHStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Vortrag des Herrn Adolf Hitler über das Programm d. D. Arbp. (Programm liegt bei¹⁵). Ferner brachte Hitler eine starke Judenhetze zum Ausdruck, die der dicht gefüllte Saal mit großem Beifall erwiderte. Es waren meist Leute vom Mittelstand. Die wenigen Arbeiter, welche anwesend waren schimpften über die Ausführungen des Redners, so erklärte ein Mitglied der U.S.P. an meinem Tische, daß diese Partei eine raffinierte Schwindelbande sei. Es wird gefordert der Zusammenschluß aller arbeitenden Massen, fort mit dem schönen Namen Proletarier-Bourgeoisie. Deutsche wollen wir sein und nur den Unterschied kennen Arbeitende und Nichtarbeitende. Über den Anschluß Österreichs an Deutschland hat Frankreich gedacht mit der Besetzung Frankfurts heute ist Frankfurt auch besetzt, hätte unsere Regierung flammenden Protest erhoben gegen eine solche Knebelung Deutschlands, aber warum hat sie das nicht getan, weil es eine internationale kapitalistische Schwindelbande ist. Man machte dem Volke vor, es käme zu einem neuen Krieg mit Frankreich, wenn die Forderungen nicht erfüllt würden: niemals! Ferner wird die Abschaffung des Söldnerheeres gefordert und Einführung eines Volksheeres. Wenn die Regierung die Interessen des Volkes vertritt, wird sie jederzeit auch vom Volke beschützt werden, tut sie es nicht, dann soll sie zu Grunde gehen. Es kommt der Tag an dem unsere Ziele verwirklicht werden und dazu brauchen wir Gewalt und Tat, wenn wir auch eine Polizeidirektion haben, welche von Gewalt und Tat nichts wissen will, aber wir brauchen Gewalt um unseren Kampf durchzusetzen. Ferner gab Hitler bekannt, daß die Berg-Partei¹⁶ eine Judenpartei sei.

Schluß 10¹/₂ Uhr.

Dokument 22

Versammlung der NSDAP vom 11. Juni 1920 im Bürgerbräukeller.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8.

Referent: Dr. Denk über Politik.

Von den Ausführungen des Referenten konnte nicht viel verstanden werden, da er die ganze Rede vorlas. Er betonte hauptsächlich, was die Sozialdemokratie will mit der Sozialisierung und daß dieses zu keinem guten Ziele führen kann. Seine Weisungen gingen darauf hin, Propaganda für eine rechts stehende Partei zu machen. Er sprach seine Freude darüber aus, daß sich eine sozialistische Partei gebildet habe, die auch national denke.

¹⁵ Weist keine Unterschiede gegenüber den späteren Wiedergaben des Programms der NSDAP auf.

¹⁶ Die „Bergpartei“ ist eine typische Erscheinung Münchens. Ein von Helmut Gröhn (Moyn) unterschriebenes Flugblatt fordert den Zusammenschluß aller germanischen Bergland-Völker der B. P. zu einem „Berg-4-Bund (d. h. vorläufig nur Vertreter von Süd- und Mitteldeutschland, Tirol-Vorarlberg und Deutsch-Österreich zu einer edelrassigen Quadriga, zu einem Kristallisationskern für die übrigen deutschen Bundesstaaten mit Einschluß Preußens)“. HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo 46/6.

Anschließend an die Ausführungen Denk's sprach Vors. Hittler, der unter Händeklatschen empfangen wurde. Dem Referenten Denk sprach H. seinen Dank aus, der als Gast hier sprach.

Hittler: Es sei schwer, ein Volk das sehr krank sei, nun auf das richtige Geleise zu bringen. Es sei ganz schön, wenn die Sozialdemokraten auf ihre Plakate schiefe Türme bauen, wahrscheinlich wird aber der Bau diesmal ganz einstürzen, denn was sah das Volk von dieser Regierung, was sie geleistet, nichts. Zu solchen Parteien kann das Volk kein Vertrauen haben, die wohl alles schriftlich machen, nichts aber durch Taten bewies. Was hat den der Bolschewismus in Rußland alles fertiggebracht? Das Volk derart verhetzt, bis es einen direkten Raubzug durchs ganze Land machte. Die Folgen davon sind, daß Rußland vollständig dem Hunger und Elend preisgegeben ist, die Schuld daran trägt niemand als die – Juden. Was waren Eisner, Levin Toller und Konsorten? Lauter Juden! Sie wollten nichts anderes als ganz Deutschland in Elend zu bringen. Hoffentlich kommt das deutsche Volk noch zur Einsicht und bekämpft das Judentum und den Friedensvertrag. Nur das kann unsere Rettung sein.

Schluß der Versammlung 10 Uhr.

Die Partei zählt bereits 4.000 Mitglieder. Trotz allgemeinem Verlangen wird kein Kandidat aufgestellt, denn Hittler sagt: „Erst muß das Volk national sein, dann stellen wir einen Kandidaten auf.“ H. gibt jedem zu verstehen, nur national zu wählen.

Zum Schluß der Versammlung gab es noch eine kleine Auseinandersetzung zwischen der Nat. soz. Arb-Partei und einigen Herren der Mittelstandspartei, die aber ganz ruhig verlief.

Dokument 23

Versammlung der NSDAP am 14. August 1920 im Hofbräuhaus.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Herr Dr. Schilling sprach hauptsächlich über das Verhalten der Tschechen zu den Deutschen. Er wies hauptsächlich auf die Brutalität hin, die die Tschechen an den Deutschen verüben, daß die Deutschen jetzt einfach aus den Betrieben geworfen werden, und damals bei dem Umsturz nur mit dem Maschinengewehr am Marktplatz einfach 3 Dtz. Deutsche ihr Leben lassen mußten. Es durften nicht mal die Deutschen mehr auf die Straße gehen. Während der Kriegszeit mußten sie bitter genug hungern, sodaß sie nur Grieß im Salzwasser kochten. Und verschiedene solche Sachen. Es war auch grauenhaft anzuhören. Schilling sagte, daß die Tschechen jetzt mit der Entente Hand in Hand arbeiten. Es sagte, daß sie erst um Hilfe gerufen haben, aber leider umsonst, aber jetzt ist seine Partei so groß, daß er auch keine Hilfe mehr benötigt, denn es befinden sich doch 4 Millionen Deutsche in der Tschechei, die sich jetzt alle vereinigt haben. Sie brauchen jetzt also keine Hilfe mehr. Er bekam einen sehr großen Beifall. Es sprach dann Herr Hitler über das Thema aber dieser geriet in eine Wut und schrie so, daß man rückwärts nicht viel verstehen konnte. Auf die Reden des Herrn Hitler schrie ein Kerl immer „Pfui“ während die andern immer „sehr richtig“ betonten. Aber mit diesem wurde kurzer Prozeß gemacht. Er flog gleich durch den Saal, auf der Treppe wurde er dann von einem Schutzmann in Schutz genommen, wäre so vielleicht nicht mehr ganz heimgekommen. Auch Hitler erhielt dann großen Beifall, indem er betonte, daß wir niemals die Deutschen in der Tschechei im Stiche lassen werden, und wenn es gilt in jeder Stunde bereit sind, ihnen zu helfen. Er betonte hauptsächlich noch die Durchförderung der Truppen auf der Donau das werden wir uns niemals gefallen lassen. Er sagte, daß jetzt die Zeit kommt, in der man sieht, ob Deutschland einig ist, aber er hofft, das sich Deutschland bald die Augen öffnen.

Dokument 24

Versammlung der NSDAP am 28. August 1920 im Hofbräuhaus.

BHStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Der Referent Hitler führte aus wie es mit uns stand vor dem Krieg und wie es jetzt mit uns ist. Über das Wucher- und Schiebertum, daß die alle an den Galgen kommen. Ferner über unser Söldnerheer. Er sagte daß es wohl den jungen Burschen nicht schaden würde, wenn sie wieder einrücken müßten, denn das habe keinem geschadet, denn von diesen weiß jetzt keiner mehr, daß der Jüngere vorm Alter den Mund halten soll, denn bei diesen fehlt überall Disziplin. Auch streifte er die Einjährigen, daß es das auch nicht mehr geben brauche, daß die, die 6 höhere Klassen besucht haben, zum Militär in Urlaub kommen, dann den großen Herrn spielen. Dann führte er noch sämtliche Punkte durch, die im Programm stehen, wo er sehr viel Beifall erhielt. Er betonte noch, daß die Herrn, die immer so geschrien haben von der Entwaffnung, daß diese beigetragen haben, daß die Polen damit bewaffnet worden sind.

Der Saal war sehr voll. Ein Mann, der den Herrn Hitler einen Affen hieß, wurde mit aller Gemütsruhe hinausbefördert.

Dokument 25

Versammlung der NSDAP am 20. September 1920 im Münchner Kindl Keller.

BHStA. München. Abt. II. Gruppen. Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

20 Minuten nach 8 Uhr wurde die von über 2000 Personen, meist Angestellte, Angehörige des Mittelstandes und besseren Arbeitern darunter ca. 20–25 % Frauen besuchte Versammlung mit einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden eröffnet u. Herrn Hitler das Wort über sein Referat „Macht und Recht“ erteilt.

In 2½ stündiger Rede hielt dieser in einer großartigen oft durch begeisterten Beifall unterbrochenen Rede, die Zuhörer in Spannung u. führte etwa folgendes aus:

Am 7. 8. sei in Salzburg Delegiertentag der Deutschnationalistischen Arbeiterpartei gewesen. Es habe sich zwischen den 284 Delegierten aus Deutschland und Österreich völlige Übereinstimmung in ihren Zielen ergeben: „Streng national, streng antisemitisch, streng sozial.“ Die Vertreter Österreichs hätten die Not Österreichs besonders Wiens geschildert, die sich von der Deutschlands dadurch unterscheidet, daß sie um einige Grade größer sei u. so hätten sie sich entschlossen die Brüder in ihrem bevorstehenden Wahlkampf zu unterstützen und diese 3 Versammlungen veranstaltet um den Reinertrag zu spenden.

Er bewies dann, daß das Recht immer nur dort sei, wo die Macht ist und daß letzten Endes Recht ohne Macht eben kein Recht sei. Aus der Geschichte führte er eine Menge Beispiele an, um dann länger bei den letzten geschichtlichen Ereignissen zu verweilen. Er zeigte, wie die kommunistischen Schlagwörter „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ Phrasen sind, die sich widersprächen, denn eine Gleichheit könne man nur mit Gewalt herstellen, dann höre aber die Freiheit auf u. noch nie wäre weniger Brüderlichkeit gewesen als z.Zt. als sie entstanden bei der franz. Revolution u. jetzt wieder. Jedesmal sei sie in einem Meer von Blut untergegangen. In längeren Ausführungen zeigte er wie gerade England, das angeblich das Recht der Völker erkämpfen wollte in den Jahrhunderten gerade dieses Recht mit Macht unterdrückt habe. Nicht allein durch

Krieg, sondern viel verwerflichen Mitteln (Vernichtung der Ureinwohner Nordamerikas durch Branntwein, den Versuch Chinas mit Opium und wie daraus der englisch-chinesische Krieg 1853 entstanden sei, wo sich England sein Recht mit Gewalt erkämpft hat. Die Aushungerung Indiens durch Ausfuhr von Getreide u. Anpflanzung von Baumwolle und Kautschuk etc.etc.) Ferner die Vernichtung Spaniens mit Hilfe Hollands, dessen Vernichtung mit Hilfe Frankreichs u. dessen Vernichtung in 22 Jahren mit Hilfe der übrigen Völker, neuerdings aber die Vernichtung Deutschlands. Weiter die Vertreibung der Buren von Etappe zu Etappe, diese endlich durch die Konzentration von ihren Frauen und Kindern zur Unterwerfung zwingen.

Hitler schilderte dann den Werdegang Deutschlands von den ohnmächtigen Kleinstaaten zu seiner Größe vor dem Kriege. Diese sei der wahre Grund zum Weltkriege, alles sei Lüge.

Auch Rußland, das angebl. Paradies müsse sich sein Recht d. h. was die Führer als Recht ansehen, mit Gewalt erkämpfen. Die wahren Verhältnisse kenne er nicht. Er nicht. Er glaube aber wenn Dittmann von Rußland erzähle, dort sei die Hölle, aber ebenso könne Levi, Goldschmid u. die übrigen Juden Recht haben, wenn sie behaupten, dort sei der Himmel. Für die Einen d. h. für die Russen sei es wohl die Hölle, während es für die Juden der Himmel sei.

Deutschland habe ebenso ein Recht auf Existenz wie die anderen: nicht nur auf Grund der Zahl (90 Millionen in ganz Europa) sondern auch auf Grund seiner Kultur. Man solle einmal alles von der Welt nehmen, was Deutsche erfunden, gedichtet und geschaffen u. eine große Lücke würde sich zeigen.

Ein Recht für Deutschland gebe es aber nicht mehr, weil es keine Macht habe.

Eingehend sprach H. auch über Frankreich und dessen Erbfeindschaft, wie es früher Stück um Stück von Deutschland genommen, wie jetzt sein letztes Ziel der deutsche Rhein sei u. die Zersplitterung Deutschlands. Jeder Vernünftige müsse sich darüber klar sein, was der franz. Gesandte in München wolle.

Einen kommunistischen Zwischenrufer, der weiter oben „Nationalismus“ rief, fertigte H. gehörig ab. U. a. gab er bekannt, daß ein engl. Botschafterbericht behaupte, daß Sowjet-Rußland an den Emir von Buchara (?) 137.000 Deutsche u. Österr. Kriegsgefangene verkauft habe.

Auch über die Zeitungen „Kampf u. Neue Zeitung“ zog H. her. Diese brächten es fertig Deutschland in unglaublicher Weise zu beschimpfen selbst dort wo Engländer erklärten, solches Unrecht wie den Deutschen in Oberschlesien geschähe, nicht mehr ansehen zu können. (Kommissäre).

Ein Recht auf die Regierung von 1914 zu schimpfen, daß diese Schuld am Kriegsausbruch habe, hätte keiner. Er beschrieb diese Tage u. sagte eine Regierung, die es damals gewagt hätte, gegen den Volkswillen den Krieg zu verhindern, wäre einfach vom Volke zerschmettert worden.

Auf Grund unserer, auch von den Gegnern anerkannten Organisationen und genialer Führung hätten wir nur den Krieg gegen die ganze Welt 4 1/2 Jahre führen können und wenn die Diplomatie so wie die militärische Führung gewesen u. in der Heimat nicht solche verräterische Volksverführer gearbeitet, sei er der Überzeugung, daß Deutschland trotzdem den Krieg gewonnen.

Jetzt habe die Regierung keine Autorität u. nur weil ihr die Macht fehle, die Macht um das Recht zur Geltung zu bringen. Es gäbe jetzt soviel Gerichte u. a. sogar ein „Wuchergericht“ man sollte es nicht glauben, denn noch nie wäre mehr gewuchert worden, als seitdem dieses bestehe.

Das Geschick Deutschlands könne ja auch nicht anders sein, wenn 2/3 der Regierung aus Lumpen bestehe.

Die Regierung könne erst Autorität erlangen, wenn sie national die Ehre nach außen und innen rette. Dann würden auch wieder die Gesetze beachtet.

Jetzt sei Deutschland der Amboß der geschlagen und immer wieder geschlagen würde: aber die Zeit werde kommen wo der Amboß wieder zum Hammer werde. Es gäbe wohl viel zum ändern, dies solle zugegeben werden u. tiefe Operationen vorgenommen werden, sie wären die ersten, die den Mut hätten, den Finger auf die Wunde zu legen.

Eingangs erwähnte H. noch die Verrätereien „Karls des Letzten“ der am 30.10.18 an Kaiser Wilhelm ein Telegramm richtete, daß er die Italiener etc. nicht nach Deutschland lasse etc., vorher aber bereits den Vertrag unterzeichnet habe, wonach der Entente alle Eisenbahnen und Straßen zur Operation gegen Deutschland freigegeben würden.

Kurz vor 11 Uhr schloß der Vorsitzende mit einigen Worten die Versammlung, nachdem sich kein Gegner gemeldet hatte.

Dokument 26

Versammlung der NSDAP am 22. September 1920 im Hofbräuhaus.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Bereits $\frac{1}{2}$ 8 Uhr war im großen Saale kein Sitzplatz mehr zu erhalten u. trotzdem noch alle Stühle einiger Gesellschaftsräume geholt wurden, mußten noch einige Hundert stehen. Es dürften zwischen 3-4000 Personen im Saal gewesen sein, darunter ca. 20% Frauen.

Kurz nach 8 Uhr wurde die Versammlung mit einer Begrüßung durch den Vors. eröffnet. Dieser führte in nicht ganz glücklicher Weise aus, daß im Aug.14 das Deutsche Volk erkannt hatte, daß es einen Existenzkampf führe. Alle, auch die Sozialisten einbegriffen, seien für den Krieg gewesen. Scheidemann habe sich noch 1916 für die Notwendigkeit des Krieges erklärt. Im Juli 17 sei das erste Gift ins Volk getragen worden. Er erteilte alsdann Herrn Hitler das Wort zu dessen Referat „Versöhnung oder Gewalt“¹⁷.

(Folgen im wesentlichen die bereits in anderen Berichten enthaltenen Ausführungen über die Entstehung des ersten Weltkrieges und den Versailler Vertrag.)

Dokument 27

Versammlung der NSDAP am 24. September 1920 im Münchner Kindkeller.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Um 8 Uhr wurde die von 3-4000 Personen (30% Frauen, auch einige Reichswehrsoldaten) besuchte Versammlung mit einigen Begrüßungsworten eröffnet. Der Vors. wies darauf hin, daß nichts mehr versagt habe, als die Internationale Solidarität 1914 u. erteilte dann Referenten Hitler über das Thema: „Internationale Solidarität oder Selbsthilfe“ das Wort.

¹⁷ Durch den Bearbeiter des Berichtes ist unterstrichen „durch den Vors.“ und „Hitler“. Mit dem Vorsitzenden ist Drexler gemeint. Am Rande ist dazu vermerkt: „Spricht immer sehr mäßig!“

Hitler mit großem Beifall begrüßt, führte etwa folgendes aus:

Der Schand- und Schmachfrieden von Versailles habe uns aller wirtschaftlichen Kraft beraubt. Die 3 Grundpfeiler Kohle, Eisen, Kali seien uns zum größten Teil verloren gegangen. Hitler belegte dies ausführlich durch Zahlen, welche bewiesen, daß ohne Aufhebung des Versailler-Vertrages eine Rettung aus der Sklaverei des deutschen Volkes unmöglich sei. 55 Milliarden Defizit sei in diesem Jahre nicht etwa für Werte sondern für Ausgaben für die Wiedergutmachung wie Löhne an die Kohlenarbeiter für kostenlos ausgeführte Kohlen etc. etc. Man gehe nun her und mache dafür Noten; dadurch würde aber nur erreicht, daß im nächsten Jahre das Defizit 70 Milliarden betrage (Zinszahlung) u.s.fort. Unsere Mark würde dadurch entwertet u. am Ende würden die Gläubiger hergehen u. Pfänder verlangen, Bergwerke, Eisenbahnen etc. etc., wie man es jetzt bereits in Österreich begonnen hätte. Wir würden eben ein Sklavenvolk bleiben, wie man es 3500 Jahre in der Geschichte zurückverfolgen könne nur wäre das Prinzip grausamer.

Statt aber auf Abhilfe zu sehen, gingen die Parteien her u. hätten andere wichtige Dinge zu besorgen. Sammlungen für die bolschewistischen Internierten in Deutschland (wo doch für deutsche Kinder das weiteste Feld für Wohltätigkeit wäre). Andere Parteien besprächen wieder höchst unwichtige Verfassungsfragen, das Rätewesen etc.etc. Wieder Andere schreien nach der Sozialisierung, wo doch die Erfahrung lehre (Bahn, Post 20 Milliarden Defizit). Daß es so nicht gehe. Dies mache aber nichts, es müsse weiter sozialisiert werden und wenn dann die Lasten steigen, dann würde jammern u. dieselben Führer, die die Kosten verursacht (auch erhöhte Gehälter u. Löhne durchgesetzt hätten.) gehen dann her u. fordern zum Steuerstreik etc. auf. Andere wieder wollen helfen durch Weckung des Weltgewissens (Gothein etc.) doch wenn dies bei dem unerhörten Frieden nicht aufgewacht sei, würde Gotheims Stimme zu schwach sein, um es zu wecken.

Auch mit moralischen Eroberungen solle man die Sache ändern u. beginnen damit auf dem Bauch zu kriechen und Speichel zu lecken, man würde damit nur noch mehr Verachtung ernten.

Der Gesandte (deutsche) Müller in der Schweiz habe dafür gearbeitet, daß die Schweiz in den Völkerbund gekommen, obwohl die Deutschschweizer erkannt hätten, daß ihr Fernbleiben ein Protest gewesen wäre u. ihre Stimme allein doch nichts im Völkerbund zu Gunsten Deutschlands machen könne, sei doch dank der Bemühungen des deutschen Ges. bei der Abstimmung mit geringer Mehrheit der Beitritt beschlossen worden.

Über die Solidarität im allgemeinen, insbesondere der Internationalen zug H. gehörig her. Man solle doch erst mal im Innern Solidarität herstellen. Daß dies aber eine Utopie sei, zeige doch am besten die Geschichte der Sozialdemokratie. Solange die Welt bestehe, gäbe es keine Solidarität, dies liege in der Natur. Schon die Rassenunterschiede seien nie aus der Welt zu schaffen (Schwarze, Gelbe etc.). Hitler brachte Beispiele u. anderem Hamsterer, die sich gegenseitig überbieten u. scheel ansehen; ein Proletarier würde nie seinem norddeutschen Bruder, der bis $\frac{2}{3}$ schlechter lebe als der Bayer $\frac{1}{3}$ freiwillig abgeben etc. etc. Es gäbe nur eine internationale Solidarität der Gauner, Schieber, Verbrecher und Wucherer und nur weil diese auf Kosten des Volkes leben; dies aber auch nur so lange als es nicht über den eigenen Beutel gehe. International sei daher auch das Judentum; obwohl unter sich streng national infolge seiner Verteilung u. Prinzipien intern.solidarisch.

Es gäbe folgende Wege:

1. Die politische Revolution; wie kläglich deren Erfolge seien, sähen wir an den Deutschen.
2. Die wirtschaftliche Revolution: als Beispiel hier Rußland es gehe eben genau so

wenig, daß man das Wirtschaftsleben zurückschraube, als daß man es um große Stufen vorausschicke. Alles müsse sich langsam entwickeln etc.

3. Die Revolution der Gesinnung; hier müsse eingesetzt werden Liebe zum Vaterland und damit Nationalgefühl müsse bereits den Kindern eingesetzt werden. So wie jeder an den Vorkommnissen Schuld trage, so müsse jeder wieder einsetzen. Der Bürger (den H. klassierte) müsse von seinem Standesgefühl sehr viel nachgeben wie auch der Proletarier von seinem Klassenstolz. Es kann keine Klassen geben wie heute, bei ihm (Hitler) sei die höhere Schicht alle jenen Deutschen, die Liebe fürs Vaterland und die für die Wiedererhebung und Erstarkung tätig seien. Dazu gehöre auch jeder Kanalarbeiter etc. Die untere Schicht seien aber die, welche gegen die Erstarkung arbeiten und dazu gehöre evtl. auch der Millionär, der nichts für die deutsche Sache tue.

Es solle jeder nachgeben u. sich einigen, die Bürger als auch die Arbeiter (als Jemand „Juden“ rief sagte H. unter großem Beifall „Die rechne ich überhaupt nicht zu den Deutschen.“) Es gäbe auch noch eine Revolution der Staatsorganisation. Es sei unmöglich, daß Fremde die Geschäfte des Staates führten. Nur Deutsche seien dazu zu bestimmen. Auch dem Arbeiter resp. dessen Kindern müsse bessere Erziehung möglich sein, dann würde er auch seine Nationalhelden kennen lernen u. nicht wie jetzt, trotz Verdienstes, kein Theater etc. besuchen.

Ihre Pflicht hätten nur die 2 $\frac{1}{2}$ Millionen getan, die draußen für Vaterland gefallen u. die als Krüppel hier wären; alle Anderen aber hätten die Pflicht jetzt für die Einigung aller Deutschen in Europa tätig zu sein und dann würde auch die Erringung der Freiheit aus Sklavenfesseln möglich sein. (Stürmischer Beifall).

Er fordere sie auf, alle als Apostel tätig zu sein, er aber wolle nach Österreich gehen u. dort sprechen, die Grenzpfähle müßten verschwinden.

Der Vorsitzende stellte den Antrag von einer Diskussion abzusehen, um den Eindruck der Rede Hitlers nicht abzuschwächen.

Das Sammelergebnis der letzten beiden Versammlungen betrug ca. 2500 M, womit sich die Leitung zufrieden erklärte als Rufe „Zu wenig“ erschollen.

Dokument 28

Versammlung der NSDAP am 30. September 1920 im Hofbräuhaus.

Beilage: Meldung der „Münchner Neuesten Nachrichten“ Nr. 413 vom 5. Okt. 1920.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Der Saal, der sich bereits nach 6 Uhr füllte, war um 8 Uhr zum brechen voll. Es mögen ca. 5.000 Personen gewesen sein. Um 8 Uhr eröffnete der Vors. die Versammlung mit der Bemerkung, daß aus dem zahlreichen Besuch so kurz nach den 3 Versammlungen am besten zu ersehen sei, daß die Sache marschiere und wie recht sie hätten im Programm in erster Linie Lösung der Judenfrage aufzunehmen. Die jüdische Religion solle als solche nicht bekämpft werden, jeder Mensch solle nach seiner Fassung seelig werden, gegen Schäden müsse aber gekämpft werden. Heute abend sollen solche Mißstände aufgedeckt werden u. er erteilte dazu dem Referenten Ruetz das Wort über den Talmud zu sprechen.

Ruetz mit Beifall empfangen, führte etwa folgendes aus:

Am Abend des Einwohnerwehreffestes hätte er sich etwas leisten wollen u. sei zu dieser Vorstellung gegangen, es sei ihm aber gründlich verleidet worden, denn vor ihm

sei ein Jude mit einem deutschen Mädels gesessen, rechts ein deutsches Mädchen mit einem Juden, hinter ihm u.s.f. sogar auf der Bühne sei ein Jude aufgetreten, etc. etc. Er wolle nun heute zeigen nach welchen Grundsätzen dieses Volk lebe, es solle durchaus keine Religionshetze sein, aber während die christliche Religion wenigstens das Gute wolle u. die Anhänger dazu anhalte, tue der Talmud gerade das Gegenteil. Keine Religion der Welt sei so gemein als die Jüdische.

Wissenschaftlich überlegte er die Anschauung, daß das jüdische Volk das Erste der Welt sei. Dies sei auch eine solch selbstherrliche Anmaßung der Juden, u. werde leider durch die Bibel im Volke verbreitet.

(Dazwischen ersuchte der Vorsitzende im Saale nicht mitzuschreiben, Pressevertreter hätten am reservierten Tische Platz zu nehmen oder könnte ja z. gr. Teile sofort nach Hause gehen, denn was sie heute hörten dürften sie doch nicht in ihrer Presse bringen).

Der ganze erste Teil war wissenschaftlich, behandelte das Auftauchen der Juden, ihre Verbreitung, wie sie bereits vor 2100 u. 1900 Jahre v. Chr. Völker vernichtet, mit welchen Mitteln etc. Alles an Hand von Unterlagen, nur mit dem Unterschiede, daß es jetzt nach Chr. heißt. Die Methoden seien noch genau die gleichen. Seine Angaben erhärtete Ruetz vorerst mit Bibelsprüchen, die er genau mit Buch, Kapitel u. Vers angab. Er erzählte wie die Juden die Ägypter u. Israeliten (die ein ganz anderer Stamm als die von Juda gewesen seien) ausgesogen und ausgebeutet habe, letzteren sei es genau gegangen, wie heute Deutschland (Die Bibelsprüche habe er aus der Lutherischen und Katholischen Bibel außerdem habe er auch die Bibel wie auch den Talmud in hebräischer Urschrift hier, die er frei übersetzen wolle, denn er bemerke hochgelehrte Leute unter den Zuhörern u. wandte sich dorthin wo Rabbiner etc. waren).

Er kam dann auf den Talmud, behauptete, daß es kaum etwas unmoralischeres gäbe. Der Talmud sei erst lange nach Chr. geschrieben worden 430–500 n. Chr., bestehe in 2 versch. Ausgaben, nannte die Teile, Bücher, Anzahl der Kapitel, Verse etc. etc. Dann las er unter genauer Angabe der Bücher, Kapitel u. Verse, die verschiedensten unglaublichsten Dinge vor z. B. wie der Talmud vorschreibe die Nichtjuden zu betrügen, zu beschwindeln, bewuchern, bestehlen, falsch zu schwören, zu ködern etc. etc. Wie die Nichtjuden Affen u. Schweine seien, die Menschengestalt nur deswegen hätten, um den Juden zu dienen resp. zu bedienen. Wie der Gott der Juden im Talmud verlästert werde, wie er des Falschschwurs etc. bezichtigt wird und er (Gott) noch heute täglich zur Strafe 3 St. im Talmud lesen müsse, kurz, eine Stunde lang Auszüge der unglaublichsten Dinge. Heiterkeit erregte besonders folgender Vers:

„Wenn du in den Krieg ziehst, so ziehe nicht an der Spitze in den Krieg, sondern als letzter, damit du bei der Rückkehr der Erste seiest.“

Ein ganzes Kapitel gab Auszüge aus dem Talmud über geschlechtliche Dinge, die so schamlos waren, daß er die Vertreter der Presse ersuchte, darüber nichts zu veröffentlichen. Er schloß endlich seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß er nichts mehr ausführen wolle, denn ihm u. wohl auch den Zuhörern ekle es vor derartigen Gemeinheiten u. auf so etwas bauten die Juden ihre Religion etc. auf. Es wäre eigentlich gar kein Volk, sondern nur der Abschaum der Menschheit. Ein Staatswesen könnten die Juden nicht führen, denn einen Staat könne nur die schaffende Arbeit erhalten; Staaten wo alles schwächere u. einer den anderen betrüge, könnten nicht bestehen. Infolge dieser Lehren habe es der Jude bisher stets verstanden andere zu unterjochen u. überall einen Staat im Staate zu bilden u. diese nach ihrem Willen zu lenken (Krieg, Revolution etc.)

Am Schluß kam der Redner auf die Ritualmorde und bejahte diese auf Grund einiger Prozesse (er kenne deren über 80, die aber fast alle nach bekanntem Muster zu den Akten gelegt wurden). Wenn es auch der Talmud nicht direkt vorschreibe, so gäbe

es mündliche Überlieferungen etc. u. ein übergetretener Rabbiner (R. nannte Namen u. Zeit) habe ja verraten, zu was die Juden Christenblut, brauchen.

Die Veröffentlichung des Talmudes suchten die Juden mit allen Mitteln zu verhindern. R. führte Fälle auf. Wenn aber etwas dennoch erscheine, was nicht nach Wunsch übersetzt sei, so werde alles aufgekauft, sogar die Polizei u. deutschvölkische Vertreter nähmen die Juden in Schutz; heute erst hätte man die Plakate zensuriert (der Satz wurde vom Vors. verlesen).

Die betr. Sätze betr. die Juden im Programm der Partei beständen demnach zu Recht. Nur Deutschen das Recht zum Staatsbürger. Nichtdeutsche sollen nur Gäste sein u. wenn sie sich nicht dementsprechend aufführen, ausgewiesen werden (großer Beifall).

In der kurzen Pause wurde ein Jude hinausgeworfen. Zur Diskussion hatten sich 6 gemeldet, darunter auch der Rabbiner Dr. Leo Bartsteiner (?). Eine Abstimmung gab diesem das Wort. Große Erregung in der Versammlung. Der Redner kam kaum zu Wort. Er sei stolz Jude zu sein, aber ebenso stolz sei er Deutscher zu sein. Den Talmud könne jeder haben in der Staatsbibliothek u. er wolle beweisen, daß viel Gutes drin stände (Rufe kurz: Er soll sagen, ob es wahr ist was der Redner sagte oder nicht) als Dr. B. sagte es sei unwahr u. Lüge, erhob sich furchtbarer Tumult u. so konnte er nicht weiter sprechen. Ruetz trat auf, sagte, daß er alles beweisen könne, Dr. B. solle ihn verklagen, er habe doch auch angeführt, daß der Talmud moralische Mätzchen enthalte, das schändliche sei aber dabei, daß es anderseitig wieder verneint werde. Er erkläre hier öffentl. daß Herr Dr. Leo B. ein ganz gemeiner Lügner sei u. gebe ihm daher die Möglichkeit, ihn zu verklagen, damit er (Ruetz) Beweis antreten könne. Um eines bitte er, den Dr. B. unbehelligt ziehen zu lassen (dieser wurde dann unter Begleitung hinausgeleitet).

A. Drexler bat dann, das Konzert am Sonntag, an welchem nur deutsche Künstler spielten, zu besuchen, damit das Defizit (3.000 M) in der Kasse vermindert werde.

Ein Arbeiter (Vogel?) sagte, die Juden haben die Rev. gemacht, dies sei eine Kapit.Rev. gewesen. Man solle doch die Führer fragen, woher sie das Geld seit der Rev. hätten etc. etc. Ein weiterer Redner mahnte zur Disziplin. Der Dr. B. habe nicht das Aussehen eines Juden, es sei sicher ein Teil arischen Blutes in ihm, u. dies habe ihm wohl auch den Mut gegeben, hier zu sprechen. Man sähe genau, wie die Juden es verstanden aus weiß schwarz zu machen u. sprach noch über Rassenunterschiede.

Vorm Hofbräuhaus u. in der Nähe war eine große Menge Polizei postiert zu 3, 6 u. mehr Mann.

28a. Beilage: Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ Nr. 413 vom 5. Oktober 1920.

Ausschreitungen in einer antisemitischen Versammlung. Zu den Vorgängen in der Versammlung der „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ am letzten Donnerstag abend im Hofbräuhaus werden wir von einem Augenzeugen um Aufnahme folgender Darstellung ersucht: Die Nat.-soz.d.Arbeiterpartei hatte in einem Plakat öffentlich den Talmud als Quelle und Ursache von „Haß und Verachtung der Juden gegen alles Menschliche“ hingestellt. Der geistliche Führer der hiesigen Kultusgemeinde, Rabbiner Dr. Bärwald, hielt es für seine Pflicht in öffentlicher Rede diesen Schmähungen der jüdischen Lehre entgegenzutreten. Fünf jüdische Münchner Mitbürger begleiteten ihn. Die Ausführungen des Redners, Herrn Ruetz, bewegten sich in den bekannten Gedankengängen. Schon bei Beginn dieser Rede wurden wir Juden von unserer Umgebung mit Schmähungen bedacht; Herr Dr. Bärwald, der sich Notizen gemacht hatte, wurden diese unter dem Hinweis weggenommen, daß es hier verboten sei, Aufzeichnungen zu machen, die die doch nur „mißbräuchlich“ verwendet werden

würden. Als dann die Pause kam und Dr. Bärwald nach vorne ging, wurden wir fünf Juden (in einer Masse von vielleicht 1500 Mann!) unter Schlägen und Mißhandlungen hinausgedrängt und die Treppe hinabgestoßen. Ich betone, daß wir uns weder durch Zwischenrufe noch durch abfällige Äußerungen irgendwie bemerkbar gemacht hatten. Die an der Münzstraße in Deckung stehenden Schutzleute zogen es vor, um die Erregung der fanatisierten Massen nicht zu steigern, nicht einzugreifen. Unterdessen war Herr Rabbiner Dr. Bärwald unter der schmählichen Einführung „es hätten sich sechs Deutsche und ein – Ausländer zum Wort gemeldet“, zur Aussprache zugelassen worden. Seine Ausführungen wurden niedergebrüllt, er selbst von Referenten des Abends als „gemeiner Lügner“ bezeichnet. Der Beleidiger wird sich vor Gericht zu verantworten haben.

Über die Stimmung, die solche Vorgänge in unseren Münchner eingewanderten jüdischen Bürgern auslösen, gibt wohl am besten der Auszug aus dem Schreiben Kenntnis, das Herr Dr. Bärwald vom „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ empfing. Hier heißt es: „Monatelang haben die Münchner Juden gegenüber den aberwitzigen und gehässigen Angriffen, welche die sog. Nationalsoz. deutsche Arbeiterpartei in ihren Versammlungen und auf den mit List und Berechnung abgefaßten blutrünstigen Plakaten gegen die jüdische Gesamtheit erhoben hat, vornehme Zurückhaltung bewahrt; nicht als ob alle diese Angriffe schwer zu widerlegen gewesen wären, sondern weil wir zu der Urteilsfähigkeit unserer Mitbürger das Zutrauen hatten, daß sie von selbst die Nichtigkeit und Verlogenheit dieser Anwürfe erkennen würden...“

Wir übergeben diese Kundgebung der Öffentlichkeit in der Überzeugung, daß die große Mehrheit unserer christlichen Mitbürger solche Ausschreitungen bedauert und verurteilt. Wenn sie sie ebenso wie die Behörden bisher schweigend geduldet haben, so können wir uns dies nur so erklären, daß sie die schwere Gefahr, die aus planmäßiger Verhetzung der Massen nicht allein für uns Juden, sondern für die Autorität des Staates und die Ruhe und Sicherheit aller seiner Bewohner droht allzusehr verkannt haben.

Ferner erhalten wir eine Zuschrift der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, in der es u. a. heißt: In der Nationalsoz. Versammlung wurden in rein sachlicher Art Auszüge aus dem jüdischen Religions- und Staatsgesetzbuch, dem „Talmud“ gebracht. Wenn die Wiedergabe dieser unserer Ansicht nach allerdings nicht gerade moralischen und religiösen Stücke nicht Wonne und Jubel, sondern tiefe Erbitterung und Entrüstung erweckte, so ist das nicht die Schuld der Partei, sondern der Leute, die den Talmud geschrieben haben, und das waren unseres Wissens keine Antisemiten.

Dokument 29

Versammlung der NSDAP am 26. Oktober 1920 im Münchner Kindl-keller.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

8.10 Uhr wurde die von ca. 3–4000 Personen besuchte Versammlung vom Vors. Drexler mit einigen Worten darüber, daß Hitler 4 Wochen in Österreich für die Sache tätig war, u. nun zurück sei. Das Mißtrauen der Sozialisten gegen das Wort „National“ sei ungerechtfertigt, die Linken dächten bei diesem Wort sofort an Krieg etc., den wahren Sinn werde heute abend Hitler in seiner Rede über „Volkswohl u. Nationalgedanke“ klarlegen.

Hitler, mit Beifall begrüßt, begann alsdann seine Rede.

Er erzählte im ersten Abschnitte von Österreich. In der „Neuen Freien Presse“ habe er gelesen von dem großen Unglück in München. Den Dr. Hirschfeld habe man totgeschlagen. Keiner wäre mehr erschrocken als er. In Graz hätte man aber den Dr. Schilling niedergeschlagen, kein Wort hätte man darüber verlauten lassen. Dr. Schilling, früher ein Führer der Sozialisten, der leicht an die Spitze u. zu einflußreichen Stellen kommen können, habe die Wahrheit erkannt u. den Mut gehabt dies öffentlich zu bekennen, er sei zur D.N.S.P. übergetreten u. habe 2 Tage nachdem er niedergeschlagen wurde, noch verbunden, wieder gesprochen u. sei nicht so feig ausgerissen wie Hirschfeld. Des Weiteren sprach H. eingehend über die Leiden des österr. Volkes, die schon so weit gestiegen, daß es nicht mehr die Kraft zum Widerstand habe u. in Letargie dahindöse. Der Winter würde wieder ein großes Sterben dort bringen. Wo bleibe da die internationale Solidarität.

Die österr. Sozialisten etc. wollten den Donaubund u. die morschen Habsburger. Gegenüber dem Elend lebten heute in Wien 600.000 Juden, trotzdem die Bevölkerungsziffer infolge des großen Sterbens der Deutschen um 400.000 zurückgegangen, in größten Schlemmereien u. 10.000de arme deutsche Kriegsteilnehmer (aus Gefangenschaft kommend) wüßten nicht wohin das Haupt legen. Für diese müsse Platz geschafft werden, indem man die Juden hinausjage.

Der Marxismus lese sich ganz schön in der Theorie, aber in der Praxis habe er gänzlich versagt. u. führte als Beispiel russische Zustände an. Das sei aber die Absicht des jüd. Großkapitals Rußland ganz kaput zu machen um dann die Gewinne zu vergrößern. Tragen müsse dies alles das russ. Volk. Denn die jüdischen Führer werde man dann nach dem Zusammenbruch in der Schweiz etc. bei bestem Wohlbefinden treffen.

Man käme zum Unglück trotzdem auch bei uns mit allerhand Kommunalisierungs- und Sozialisierungsplänen. An der richtigen Stelle (Banken, Großhandel etc.) wage man sich aber nicht heran. Die Schieber und Wucherer wurden durch das jüdischrömische Recht geschützt u. dadurch die darniederliegende Moral des Volkes noch mehr geschwächt. Ein deutsches Recht müsse her, um die Moral zu heben. Todesstrafe für die Wucherer u. nicht kleine Geldstrafe etc. Um Reformen durchzuführen, müsse in erster Linie, koste es was es wolle, der Friedensvertrag revidiert werden. Dazu sei aber politische Macht erforderlich, die wiederum nur durch den nationalen Gedanken errungen werden könne. Was der nationale Gedanke vermag, zeige er an Hand der engl. Geschichte.

Man habe in den letzten Tagen auf einem Plakat die schöne rote Farbe der D.N.S.P. gesehen (Bagreta). Wie man nur als Überschrift „Arbeiter, Bürger u. Hausfrauen“ bringen könne. Wenn Bürger ein Ehrenname sei, so verdiene ihn in erster Linie der Arbeiter, wenn aber als Bürger keine Arbeiter gemeint seien, dann sollte man „Arbeiter“ ganz weg lassen.

Säumer (Landtagsabg.) habe im Landtag von antisemitischen Gesindel reden können. Wo seien da die Vertreter der beiden stärksten Parteien gewesen, die früher angeblich Antisemiten gewesen, geblieben u. hätten ihn auf seine jüdische Frau aufmerksam gemacht?

Die Entente käme immer mit neuen Forderungen. 810.000 Kühe wolle man haben. In der Presse stände alles mögliche (er führte vieles an), aber ganz wenig über die Tatsache. Was tue diese Regierung? Sie winsle bei der Entente über den Schaden, Unmöglichkeit etc. Und die Parteien? Sie protestieren u. fordern die Regierung auf, die Sache mögl. unmögl. zu machen. So würde nichts erreicht, im Gegenteil.

Man hätte der Entente klipp u. klar sagen müssen: „Das tun wir nicht“ u. sich an das Volk wenden müssen. (Großer Beifall). Mehr nationaler Stolz fehle uns u. dieser würde dann auch das Nationalgefühl heben.

Die Hoffnung auf eine Wiedergeburt müsse geweckt werden. Er streifte dann 1813.

Stein etc. und wandte sich dann an die Konservativen, Sozialisten, Studenten u. Jugend um zu beweisen, daß an Seite der D. N. S. P. der richtige Platz für alle zur Wiedergesundung des Vaterlandes sei. Erst das Nationalgefühl wecken, damit Macht gewinnen um Bündnisfähig zu werden u. das Joch abzuschütteln.

Nicht eine Parteimajorität könne das Volk retten. Und wenn er noch 10 Jahre zum Volk reden müsse, einmal werde es doch erwachen u. sich zur Wahrheit durchringen. Eine größere Schmach wäre dem deutschen Volk noch nie angetan worden. Immer wieder habe es sich nach kurzer Zeit vom Joch befreit u. so würde es auch jetzt. Er kenne keine Klassenpartei, sondern nur das nationale deutsche Volk u. man solle sich bei der D. N. A. P. finden und alle Klassengegensätze fallen lassen. Dies sei der richtige Weg aus dem Elend. (Starker Beifall.)

Nach einigen Worten Drexlers, in welcher er erklärte, daß die Partei keine Mittel besitze und nur auf die Mitglieder angewiesen sei etc. trat Hitler nochmals auf; sagt, daß die Partei jeden Pfennig hergenommen u. man infolge der Valuta den deutschen Brüdern in Österreich zu ihrem Wahlkampf über 60.000 Kr schicken konnte (großer Beifall). Die Soziale Partei habe dagegen über 42 Millionen Wahlgelder verfügt. Woher das Geld stamme, wisse er nicht. (Rufe: Juden etc.) Die Bücher der D. N. S. P. ständen jedermann zu Verfügung, u. es könne jeder Pfennig nachgewiesen werden. Ob dies die anderen Parteien auch könnten, bezweifle er sehr (Es wurden Rufe nach einer Sammlung laut, die auch in der Pause vorgehen wurde).

Nach der Pause sprach wiederum erst Hitler. Man habe sich dadurch, daß viele im Saale mitgeschrieben, vor einiger Zeit das mitstenographieren nicht geduldet, weil die Gegner, auch wenn es falsch, dies als Beweis benützt hätten, man könne dies auch jetzt nicht dulden, da viele Spitzeln anderer Parteien da wären. So wäre vor allem ein gewisser Lindner, dieser habe sich sehr an die Partei herangemacht. Es habe sich dann aber herausgestellt, daß er ein Dutzfreund von Juden sei u. in anderen Parteien verkehre. Er habe immer radikal gehetzt u. zu Aktionen aufgefordert, wohl um der Partei zu schaden. Es solle sich jeder hüten, denn es könne passieren, gehörig verhauen zu werden. Die Dr. Anita Augspurg werde im Saale für den Völkerbund sprechen. Die D. N. S. P. werde dagegen am Freitag im Mathildensaal eine Gegenversammlung halten u. dort mit dem Völkerbundschwindel u. Volksverbrüderung gehörig aufräumen. Es spräche eine Frau (Auslandsdeutsche) man solle zahlreich erscheinen.

In der Aussprache kamen nur Redner der D. N. A. P. zum Wort weil sich wie der Vors. sagte, keine Gegner gemeldet, die er immer vermisse.

.....
Es sprachen dann noch 2 Redner der D. N. S. P. u. a. Reiter der die Partei u. Leitung gegen Angriffe der Presse in Schutz nahm, es sei dies das Zeichen, daß sie auf dem richtigen Wege sei. Es müsse trotzdem ein großes Schwert erstehen, der nationale Gedanke u. seine Spitze ist unser Hitler. (Großer Beifall).

11 1/4 Uhr Schluß der Versammlung.

Dokument 30

Versammlung der Deutschnationalen Arbeiterpartei am 29. Oktober 1920 im Mathildensaal.

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Ein Mitglied des Ausschusses der D. N. A. P. eröffnete 8.10 die Versammlung, die von ca. 350 Personen, darunter ca. 50% Frauen besucht war, u. erteilte der Referentin

A. Ellendt das Wort über die Auslands- u. Hetzpropaganda unserer Feinde u. Stellung zum Völkerbund.

.....

Als erster Disk. Redner trat Hitler auf.

Bereits 2 × seien die Deutschen an der Nase herumgeführt worden, erst mit den 14 Punkten Wilsons zum Waffenstillstand, dann bei der Unterzeichnung des Friedens; jetzt aber sollte man sich nicht wieder betören lassen. Die D.N.A.P. stehe als einzige auf dem klaren Standpunkt der Ablehnung u. werde nächste Woche eine große Protestversammlung veranstalten.

Er sei am 5. u. 6. 11. 18 bei Stettin gewesen u. habe die Matrosen gehört, die engl. Kriegsschiffe mit roten Fahnen gesehen haben wollten u. von engl. Funksprüchen erzählten, daß die Engl. auf den Schiffen revolutioniert hätten, die Deutschen sollten nur nachfolgen u. als sie folgten, seien sie die einzigen gewesen. Wie sei dann der Matrosen Rat von den Engl. verachtet worden. Die „Post“ hätte sich nicht entblödet den Protest des Soldatenrates zu drucken. Die „Post“ u. der „Kampf“ hätten heute Freibillette zur Versammlung für den Völkerbund verteilt.

Die Referentin habe vergessen von Bernsdorf zu sagen, daß diesem von der amerik. Regierung als einzigem Deutschen ein Teil des Vermögens seiner Frau freigegeben wurde. Dieser Teil sei aber 67 Millionen. Er könne sich nun vorstellen, wie ein Grieche oder Römer dies abgelehnt hätte mit der Begründung, wenn die andern nichts bekommen, brauch ich auch nichts; Bernsdorf aber gehe her und spreche zum Danke dafür überall für den Völkerbund.

Timm u. Genossen gingen her u. entrüsteten sich, wenn so ein Vaterlandsverräter mal ordentlich verhaue wurde, denn sterben würde diese Sorte nicht, wenn aber ehrliche Deutsche ermordet würden, wie in Oberschlesien etc., dann täten die Herren nichts (großer Beifall).

Dokument 31

Versammlung der NSDAP am 24. November 1920 im Hofbräuhaus.

BHStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 46/8. Handschriftlich.

Anwesend waren ca. 1000–1100 Personen.

Um 1/9 Uhr eröffnete der Parteileiter Drexler die Versammlung über das Thema „Versailles – Deutschlands Vernichtung“ Redner führte aus, weder Regierung noch der größte Teil der Parteien finden den Mut, dem Volk die Wahrheit über den uns aufgezwungenen Vertrag bekannt zu geben. Um über unsere Volksverführer und Lügner, die Schuld an diesem Vertrag sind, ein klares Bild zu geben, erteilt er dem Gen. Ad. Hitler das Wort.

Redner schilderte zu Beginn seines Programms nochmals kurz das große Vertrauen, das die alte Regierung genossen hat, der beste Beweis dafür sei 1914 erbracht worden, als sich 2 1/2 Millionen freiwillig zu den Fahnen stellten um das uns zugefügte Unrecht zu bekämpfen. Bald darauf haben die jüdischen Kriegsgesellschaften mit ihrem Plan begonnen unter den breiten Massen Unzufriedenheit zu stiften, indem man den Soldaten, die ihr Leben in die Schanze schlugen, eine spärliche Löhnung gab, während man auf der anderen Seite den Heimarbeitern fabelhafte Löhne bezahlte. Dies war der Anfang der Minierarbeiten zu weiteren „Verhetzungen unter dem Volke“ und so kam es, daß dieselbe jüdische Gesellschaft, die mit ihrem internationalen Kapital den

Krieg in Szene setzten, auch dieselben waren, die durch die Revolution unseren Zusammenbruch herbeiführten.

Durch das allzugroße Vertrauen, das man unserer Regierung entgegenbrachte, kam man immer noch nicht zur Einsicht, was bei uns im Reiche vorgeht und so hat man auch im Vertrauen um Ruhe zu bekommen, Wilson seine 14 Punkte anerkannt.

Der größte Teil der Presse hat dazu sein Nötigstes getan um das Verbrechen, das in den 14 P. enthalten ist, zu verschleiern, und Wilson als einen Friedensapostel zu feiern.

Obwohl dieser Verbrecher von Wilson ein großer Lump war, so muß man doch vor ihm Respekt haben, denn er hat seinem Volke dadurch Vorteile verschafft, ganz anders war es bei Erzberger, dieser ist der größte Lump, denn der hat durch die Unterzeichnung Volk und Vaterland verraten.

Als der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet war, war auch der Friedensvertrag und somit unser Zusammenbruch besiegelt. In den jüdischen Zeitungen wurde sodann Stimmung für Wilson's Genialität gemacht, um auf unser eigenes Elend nicht so leicht darauf zu kommen.

Redner ging dann auf die einzelnen Punkte, die im Friedensvertrag enthalten sind über und verweist als Punkt 1 auf den Wirtschaftlichen Zusammenbruch hin, der durch die Unterzeichnung des Vertrages bewerkstelligt wurde. Redner führte die Abmachung, die in Spa getroffen wurden auf; hinsichtlich der Ablieferung von Kohle, Schiffe, Maschinen, Chemikalien, Vieh und allen sonstigen industriellen Erzeugnissen schilderte er die unübersehbaren Auswirkungen, die unserer gänzlichen Verarmung gleichkomme.

Im 2. Punkt kommt die „politische Ausschaltung“ anderen Staaten gegenüber in Betracht.

Um dies gründlich ausführen zu können, hat man unsere politische Organisation, unser Militär, auf 100.000 Mann herabgesetzt und diese dürfen nur aus Söldnern bestehen, damit der Gegner ja keine Angst mehr haben muß, daß ihm eine geschlossene Macht gegenüberstehe. Nicht allein dieses genügt den Gegnern es werden noch die besetzten Gebiete von ihm vorläufig auf 15 Jahre mit Beschlagnahme belegt, um uns auf diese Weise, politisch vollständig zu knebeln. In der ständigen Beunruhigung lebend, es könne im Inneren des Landes, soweit es noch nicht besetzt ist, doch noch irgend eine geschlossene Einigkeit bestehen, setzt man Spione in unser Land und läßt durch Mittelspersonen an Deutsche, welche dafür zu haben sind, wie z. B. Dr. Dorten riesige Summen überweisen. Diese Leute haben dafür zu sorgen, daß der letzte Rest von Einigkeit unterbunden wird.

Punkt 3 Entstehung des Deutschen Volkes.

Redner erklärte, nicht genug, daß man uns alles geraubt u. gestohlen, so will man auch noch unser letztes und bestes unsere Ehre nehmen. Dem Gegner ist es nicht um die Offiziere etc. allein zu tun, die in der Auslieferungsfrage in Betracht kommen, nein, er will uns nur auf die Knie zwingen und uns einer schmachvollen Verzweiflung Preis geben.

All das Elend meinte Redner haben wir unseren fanatischen Linksparteien in Berlin W (?) und unseren Giesingern, Haidhausern und nicht zuletzt auch denen von der Schwanthaler Höhe zu verdanken. Diese Sorte von Leuten habe damals die Revolution gemacht und haben sich nicht gescheut, den heimkehrenden Kriegern, die 4 ½ Jahre gekämpft haben, in der Heimat die Achselstücke und Kokarden herunterzureißen u. a. m. Diese Leute hatten auch die Frechheit das Symbol unseres Nationalstolzes, die schwarzweißrote Fahne zu vernichten und an deren Stelle das Judenbanner zu setzen.

Ihr Linksparteien habt den Mut, die dritte Internationale und die Sowjetregierung in Rußland anzuerkennen, aber den Mut euch als Deutsche zu bekennen und das

Joch der jüdischen Fremdherrschaft abzuschütteln, habt ihr nicht. Unsere Linksparteien waren es auch, welche in ihren Zeitungen, all die Grausamkeiten die unsere Offz. und Mannschaften im Feindesland begangen haben sollen, veröffentlichten, um dadurch dem Gegner Gelegenheit zu Represalien in der Auslieferungsfrage zu geben.

Hitler kam auch auf Hptm. Schützinger zu sprechen, der nur immer das Schlagwort über das unnütze Blutvergießen führt, auf der anderen Seite aber ganz außer Acht läßt, was die Juden durch ihre Revol. von den Arbeitern für Blut gefordert haben.

Redner streifte noch kurz die Ansichten über Preisabbau und erklärte, daß an einen Abbau erst dann zu denken sei, wenn einmal der Friedensvertrag seine Ungültigkeit erlangt habe, denn die Härten, die darin enthalten sind, berauben uns jeder Bewegungsmöglichkeit. Es gibt nur eine Möglichkeit zu unserer nationalen Gesundung, den Friedensvertrag zu durchlöchern, wo er nur irgendwie zu durchlöchern ist, wenn auch die Münch. Post schreibt „Wir haben den Vertrag anerkannt und müssen daher bestrebt sein den Verpflichtungen nachzukommen.“

Hierauf ergriff Gen. Drexler das Wort. Er brachte in seinen kurzen Ausführungen nichts mehr wesentliches. streifte die vielen Ententekommissionen u. Besatzungs-Armee, die uns ungeheure Lasten auferlegen und sagte zum Schluß: „Wir bekämpfen nicht den Friedensvertrag sondern seine vollständige Versklavung, die darin enthalten ist.“

Schluß der Versammlung gegen 11 Uhr.

Dokument 32

Aus dem Bericht des (Bayer.) Wehrkreiskommandos VII
an das Reichswehrministerium vom 7. Dezember 1920

HStA. München. Abt. II. Gruppen Kdo. 4. Bd. 39/4. Durchschlag.

... Hervorzuheben ist auch die rege Versammlungstätigkeit der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die in durchaus vaterländischem Sinne erfolgreich wirkt. . . .

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Rudolf von Albertini, Professor für neuere Geschichte an der Universität Heidelberg, Heidelberg, Historisches Seminar der Universität.

Dr. Waldemar Besson, Dozent für neuere Geschichte an der Universität Tübingen, Tübingen, Westbahnhofstr. 22.

Dr. Wilhelm Deist, Studienreferendar, Stuttgart, Eduard-Pfeifferstr. 35 B.

Dr. phil. Ernst Deuerlein, Oberregierungsrat, München 55, Reulandstr. 22.